

Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch u. a. herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

(Nr. 5 der Schriftenreihe: **Forschungen zur Geschichte des Ancien régime und der großen Revolution**, hrsg. von Prof. Dr. Otto Becker)

==== Heft 253 ====

Die politische Ideologie des französischen Klerus bei Beginn der großen Revolution

Von

Dr. Katharina Heinrichs

Verlag Dr. Emil Ebering
Berlin 1934

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.
Vaduz
1965

Historische Studien

Verlag von Ernst Eberhard
Berlin 1904

Die politische Ideologie
des französischen Klerus
des Beginn

Reprinted from a copy in the collections of
The New York Public Library

Dr. Katharina Heintze

Verlag von Ernst Eberhard

Berlin 1904

Verlag von Ernst Eberhard
Berlin 1904

Printed in the United States of America

Meinen Eltern



Digitized by the Internet Archive
in 2024

Einleitung.

Große Bewegungen im Leben der Völker, durch die Altes zerstört, Neues hervorgebracht wird, zwingen auch die Stillen im Lande zur Stellungnahme. Was im ruhigen Verlaufe der Ereignisse widerspruchslos hingenommen wurde, ohne daß es nötig schien, über seine Daseinsberechtigung nachzudenken, das wird in Zeiten der Krise in Frage gestellt und hat einem Neuen gegenüber sein Recht zu begründen. Die große Staatsumwälzung in Frankreich am Ende des 18. Jahrhunderts stellte in dem Zeitraum ihres Beginnes, mit dem allein wir es hier zu tun haben, das französische Volk zweimal vor eine Entscheidung. Das eine Mal hieß die Alternative: Festhalten am Absolutismus und Vollendung der Entwicklung zum Einheitsstaat auf absolutistischer Grundlage oder Rückkehr zur Mitregierung der Stände. Das andere Mal handelte es sich darum, ob nach Beschränkung der königlichen Macht durch das wiederhergestellte Ständetum der moderne Einheitsstaat auf dem Wege organischer Fortbildung ständischer Formen angestrebt werden könne, oder ob der Revolution der privilegierten Stände die Revolution des dritten Standes folgen und die souveräne Nation es unternehmen werde, die dem modernen Einheitsstaat entgegenstehenden Hindernisse zu beseitigen.

Wie der erste Stand, der Klerus, sich zu diesen Kernfragen der Revolution stellte, wie er in Wort und Schrift seiner politischen Überzeugung Ausdruck gab, handelnd in den Gang der Ereignisse eingriff und seine Stellung im politischen Geschehen wählte, das soll im folgenden dargestellt werden, wobei es gilt, vor allem die seiner politischen Haltung zugrunde liegenden Ideen aufzuzeigen.

Die Haltung des Klerus im Verlauf dieses Zeitabschnittes weist eine Wandlung auf. Um diese verständlich erscheinen zu lassen, soll in einem einleitenden Kapitel zunächst die politische und soziale Stellung der katholischen Geistlichkeit vor Beginn der ständischen Revolution skizziert und ein Abriß der Ideen gegeben werden, von denen der Klerus damals beherrscht wurde.

Die Anregung zu dieser Arbeit verdanke ich Herrn Professor O. Becker in Kiel. Für die Förderung durch seinen stets gern gewährten Rat bin ich ihm zu großem Danke verpflichtet.

Erstes Kapitel.

Der französische Klerus am Vorabend der Revolution.

1. Die verfassungspolitische Einstellung der Kirche in Frankreich im 16. und 17. Jahrhundert.

Das 16. Jahrhundert war von heftigen Kämpfen der katholischen Kirche in Frankreich gegen die jungen, im Entstehen begriffenen protestantischen Gemeinden erfüllt. Die Kirche führte diese Kämpfe durch ihre hervorragendsten Vertreter in Geistlichkeit und Heer unter Führung des Geschlechtes der Guisen. Der Prozeß der Konsolidierung der königlichen Macht in Frankreich war aber bereits soweit vorgeschritten, daß die gallikanische Kirche diesen Streit nur gewinnen konnte mit dem Beistand der Krone. Die französische Geistlichkeit besaß zwar eigene Rechtsprechung, eigene Einnahmen und eigene Verwaltung; außerdem war ihr hoher Klerus berechtigt, als erster Stand neben dem weltlichen Adel und den im Tiers état vereinigten Vertretern der großen Städte und des bürgerlichen Grundbesitzes auf den Generalständen die ständischen Interessen der Nation zu vertreten. So schien sie unabhängig von den staatlichen Gewalten. In Wirklichkeit aber hatte sie „ein Schloß vor den Lippen, Fesseln an den Händen und Stricke an den Füßen“¹ dank der gallikanischen Freiheiten, die das Versammlungsrecht der Bischöfe und ihren Verkehr mit dem Papst von königlicher Genehmigung abhängig machten, ihre Ernennung in die Hand des Königs legten und päpstlichen Breven das königliche Plazet aufzwangen. So wurde der Machtkampf zwischen den beiden Konfessionen zu einem Kampf um den Einfluß auf den König. Zeitweise gelang es der katholischen Partei, den jeweiligen Herrscher als mächtigen Bundesgenossen auf ihre Seite zu bringen und in blutigen Bürgerkriegen siegreiche Schläge gegen die Hugenotten zu führen. Als es

aber den Trägern der Krone im Interesse des Staatswohles geboten erschien, diese enge Bundesgenossenschaft zu lösen und einen gemäßigten Kurs gegenüber dem Zwiespalt der Konfessionen einzuschlagen, verschmähte es die katholische Partei nicht, auf Spanien gestützt, eine offen gegen den König gerichtete Politik zu verfolgen. Diese erstrebte ebenso sehr die Herstellung der Alleinherrschaft des katholischen Bekenntnisses in Frankreich wie eine Stärkung des Ständetums gegenüber der Macht der Krone. In der Heiligen Liga, dem Bündnisse der Guisen mit Spanien, fanden Adel und Klerus den energischsten Vorkämpfer für ihre Ansprüche auf Teilnahme an der Regierungsgewalt. So war es ein Angehöriger des hohen Klerus, der Kardinal von Bourbon, der dem Könige Heinrich III. als Thronfolger aufgezungen werden sollte; es waren Vertreter des niederen Klerus, die das urteilslose Volk im Verlauf der sieben Religionskriege durch ihre Predigten fanatisierten, und es war ein Ordensbruder, der den verzweifelten König, als er sich seiner Feinde durch Meuchelmord zu entledigen suchte, mit einem Dolchstoß niederstreckte. Die Staatskunst Heinrichs IV. machte die ausschweifenden ständischen und konfessionellen Pläne zunichte. Er stellte das Staatsinteresse höher als alle Sonderwünsche von Ständen und religiösen Parteien; er erkannte den Katholizismus als alleinige Staatsreligion an und gewährte im Edikt von Nantes im Jahre 1598 den Protestanten Duldung. So stellte er den Frieden her, stärkte die königliche Macht und wahrte die bedrohte Einheit des Reiches.

Dieser große Gewinn, mit dem das 16. Jahrhundert dank der staatsmännischen Größe Heinrichs IV. für Frankreich abgeschlossen hatte, nämlich die Stärkung der königlichen Zentralgewalt im Innern und die Sicherung der Grenzen gegen das Ausland, wurde in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts durch die Ministerkardinäle noch gefestigt. Den Calvinisten wurde die politische Macht zwar genommen, aber das so schwer errungene Gut des konfessionellen Friedens haben diese Staatsmänner, obwohl sie aus dem hohen Klerus hervorgegangen waren, nicht angetastet. Auch ihnen galt das Staatswohl mehr als die besonderen klerikalen Interessen. Die gallikanische Kirche ließ jedoch ihr Ziel: die Wiederherstellung der Alleinherrschaft des katholischen Bekenntnisses, nicht aus den Augen und suchte auf dem Wege über jesuitische Beichtväter in diesem

Sinne Einfluß auf die Herrscher auszuüben. Sie sah sich der Verwirklichung dieses Zieles nahe, als unter Ludwig XIV. die Zentralisierung des Reiches weitere Fortschritte machte. Der königliche Absolutismus, der sich machtvoll gegen alle Widerstände durchsetzte, bot eine Gewähr dafür, daß Frankreich auch auf dem Gebiet des Glaubens zu einer einheitlichen Willensgestaltung kommen konnte. Es kam nur darauf an, die königliche Macht den Zwecken der Kirche dienstbar zu machen. Tatsächlich gelang es auch der Kirche, diesen durchaus unreligiösen König für ihre Pläne zu gewinnen, nachdem er eben erst in einem heftigen Kampfe mit dem Papst um die Verselbständigung der gallikanischen Kirche Rom gegenüber gerungen hatte. Gelockt von der Gier nach dem reichen Besitz der Hugenotten, im Dünkel des Selbstherrschers, der keine andere religiöse Überzeugung als die seine dulden zu dürfen meinte, bewogen auch von der Hoffnung auf eine Versöhnung mit dem Papst, bot Ludwig der Kirche die Hand zur Vernichtung des Protestantismus. In der Aufhebung des Ediktes von Nantes im Jahre 1685 und in seiner rücksichtslosen Durchführung, die noch über den Buchstaben des Gesetzes hinausging, triumphtierte die katholische Kirche über den verhaßten calvinistischen Gegner. Die Einheit des Glaubens in Frankreich war wiederhergestellt.

So hatte die Kirche im 17. Jahrhundert das eine ihrer beiden großen Ziele erreicht. Dem anderen Ziel aber, der Verwirklichung ihrer ständischen Machtansprüche, schien sie damals ferner denn je zu sein; denn bekanntlich scheute sich Ludwig XIV. nicht, den königlichen Absolutismus auch hervorragenden Vertretern des hohen Klerus sowie überhaupt der Kirche gegenüber zur Geltung zu bringen. Doch die Arbeit der Kirche ist Saat auf Hoffnung. Vorausschauend sah sie durch die Erreichung des religiösen Zieles auch auf dem Felde ständischen Machtstrebens die zukünftige Ernte reifen. Der König, aller staatsmännischen Einsicht bar, ahnte nicht, als er die hugenottische Glaubensbewegung unterdrückte, daß er selbst dem Königtum mit der Ausschaltung des Calvinismus eine wertvolle Waffe aus der Hand schlug, die ihm gegen die Ansprüche eines machthungrigen Klerus einst wertvolle Dienste hätte leisten können. Es ist im Hinblick auf das Ziel der vorliegenden Arbeit, die politische Einstellung des Klerus gegen Ende des 18. Jahrhunderts zu untersuchen, wichtig zu hören, wie sich unter dem Eindruck des

machtvollen königlichen Absolutismus führende Stimmen der katholischen Kirche um die Wende des 17. Jahrhunderts über Stellung und Aufgaben des Königtums geäußert haben.

So lehrte Bossuet, der Bischof von Meaux, daß die königliche Gewalt absolut wäre; der König vereine alle Befugnisse im Staate in seiner Person, er sei Gottes Abbild und ihm allein verantwortlich.² Der dem Könige innewohnende heilige Charakter könne durch kein Verbrechen ausgelöscht werden. Auch ein unterdrücktes Volk dürfe den Herrscher nur durch respektvolle Vorstellungen zu erweichen suchen und nur auf legitimen Wege, niemals unter Anwendung von Gewaltmitteln eine Änderung seiner Lage erstreben.³ Bossuet wies auf die Krönungszeremonie der französischen Könige hin, nach der der König das Schwert führt, um die Kirche und ihre Diener zu verteidigen und die Häretiker auszurotten. Der Bischof verteidigte diese Anschauung ausdrücklich; Imperium und Sacerdotium seien zwar unabhängige, aber verbündete Gewalten, beide gingen auf Gott zurück. Bossuet suchte seiner These dadurch religiöse Begründung zu geben, daß er seine Staatsanschauungen aus dem Alten Testament ableitete und die zeitbedingten Lebensverhältnisse des jüdischen Volkes auf die modernen Gesellschaftsformen übertrug. Tatsächlich hat er aber das Ideal des absoluten Herrschers, wie er es am Hofe Ludwigs XIV. kennen lernte, willkürlich in die jüdischen Verhältnisse hineingetragen. Sein Zweck war, seiner Zeit das absolute Königtum als eine gottgewollte Einrichtung hinzustellen. Der Erfolg blieb nicht aus. Für einen Teil der Geistlichkeit des 18. Jahrhunderts galt es als selbstverständlich, daß der König alle Macht in seiner Hand vereinigte, aber er sollte sie in den Dienst der Kirche stellen. Die „Vorstellungen“ des französischen Klerus sind ein unverhüllter Ausdruck dieser aus Bossuets Buch gewonnenen Überzeugung. Seine Lehre ist aber schon damals in den Kreisen der Geistlichkeit nicht gänzlich unwidersprochen geblieben. Die anonymen „*Soupirs de la France esclave*“ wandten sich gegen diese Theorie von der absoluten Macht des Königs und gegen die Lehre vom leidenden Gehorsam, den die Kirche predigte. Sie erinnerten an die ursprüngliche Freiheit der Nation, an eine Zeit, in der „nichts Großes und Bedeutendes im Königreich gemacht wurde ohne Meinung und Einwilligung der Stände, so daß die Regierung Frankreichs eher aristokratisch als monarchisch war oder wenigstens eine durch die Aristo-

kratie eingeschränkte Monarchie war“.⁴ Das waren die Zeiten, „wo die versammelten Stände alles in den großen Angelegenheiten vermochten und die Könige nichts ohne sie ausrichten konnten, sie aber im Gegenteil alles ohne die Könige vermochten“. Die Stände und das Volk machten die Gesetze. Ja, die Stände standen in gewisser Weise sogar über dem Könige; an ihrer Stelle beschränkten später die Parlamente die königliche Gewalt; denn die Herrscher unternahmen nichts Bedeutendes ohne die Meinung und Zustimmung dieser Versammlungen, „le raccourci des Etats du Royaume“, welche die Angelegenheiten des Staates ebenso wie die des Rechtswesens kannten.⁵

Diese, nachweisbar von einem katholischen Geistlichen stammende Schrift,⁶ erstrebte also die Rückkehr zum aristokratischen System als Rettung vor dem Despotismus. Sie war eine deutliche Absage an die Verherrlichung des Absolutismus durch die Hoftheologen. In Fénelon trat eine führende Persönlichkeit der französischen Kirche für dasselbe politische Ideal ein. Fénelon ist zwar der Ansicht, daß die beste Form für einen Staat die Monarchie sei, aber auch er hält die unumschränkte Gewalt des Fürsten für Wahnsinn, sie zerstöre seine Autorität.⁷ Nur der Fürst selbst könne gegen die Übergriffe seiner Gewalt Schutz gewähren, indem er sich freiwillig eines Teiles seiner Macht entäußere. Fénelon will die absolute Gewalt des Herrschers eingeschränkt wissen durch Belebung der ständischen Einrichtungen. Er empfiehlt einen dreistufigen Aufbau der Stände und zum Zwecke der Dezentralisation die Schaffung einer Behörde, des Staatsrats, neben dem Könige. Er will die Intendanten beseitigt und die Provinzialversammlungen vermehrt wissen.⁸ Alle seine Vorschläge laufen auf eine ungeheure Stärkung der politischen Rechte des Adels hinaus. Das Ziel seiner Reformvorschläge, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, war „Wiederherstellung des Kontaktes zwischen König und Volk durch Beseitigung des Despotismus des Königs und seiner Regierung in der inneren sowie in der äußeren Politik. Diese glaubte er am besten zu erreichen durch Wiederbelebung und Ausbau der alten ständischen Institutionen des Reiches.“⁹

Es fanden sich also Vertreter entgegengesetzter politischer Anschauung unter der katholischen Geistlichkeit im Zeitalter Ludwigs XIV. Hier werden Stimmen laut, die uns etwa hundert Jahre

später in neuer Stärke entgegenschallen, wie im Verlauf dieser Arbeit zu zeigen sein wird.

Das beginnende 18. Jahrhundert findet die katholische Kirche in siegreicher Stellung gegenüber ihrer calvinistischen Rivalin. Innerhalb der Kirche jedoch entbrannten nun heftige Kämpfe und erschütterten sie auf das tiefste. Lehrstreitigkeiten, die durch ein Werk des Bischofs Jansenius entfacht worden waren, führten zu einem Vernichtungskampf des mächtigen Jesuitenordens gegen die Jansenisten. Im Verlaufe dieses Kampfes erwirkte dieser Orden, der Vorkämpfer des Ultramontanismus in Frankreich, vom Papste im Jahre 1713 die Bulle Unigenitus. In dieser Bulle wurden alle Anhänger des Jansenismus der Verfolgung preisgegeben. Dadurch verlor der Katholizismus den religiös-sittlichen Gehalt, mit dem ihn die Kirchenväter des frühen Mittelalters erfüllt hatten und dessen Wiederbelebung die Jansenisten erstrebten, und das Übergewicht des spekulativen jesuitischen Geistes in der gallikanischen Kirche wurde befestigt.

Es ist gewiß kein Zufall, daß die Revolution am Ende gerade dieses Jahrhunderts steht, in dessen Anfang es den Jesuiten im Bunde mit dem Papste gelang, nach der Ausrottung des Protestantismus nun auch diesen wahrhaft innerlichen Geist der katholischen Lehre in Frankreich auszuschalten. Dieser Geist hatte schon, wie die Geschichte von Port-Royal beweist, einen breiten Einfluß auf den höchsten weltlichen und geistlichen Adel sowie auf das gebildete Bürgertum gewonnen. Durch seine Schwächung legte die Kirche selbst einen Wall nieder, der sie gegen die unmerklich eindringenden Ideen der Aufklärung hätte schützen können, und eine Entwicklung wurde hier geistig vorbereitet, deren politische Auswirkungen in Frankreich uns im folgenden beschäftigen sollen.

Nach diesem kurzen Überblick über die Geschichte der katholischen Kirche in Frankreich und die von ihr vertretenen politischen Ideen vom 16. bis in das beginnende 18. Jahrhundert wenden wir uns nun dem französischen Klerus am Vorabend der Revolution zu.

2. Der hohe Klerus.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts bietet die politische Haltung des katholischen Klerus in Frankreich scheinbar ein einheitliches Bild. Die heftigen Kämpfe um die im Jahre 1713 gegen

Jansenius erlassene Bulle Unigenitus waren endlich zur Ruhe gekommen. Die im Jahre 1773 erfolgte Aufhebung des Jesuitenordens hatte dem durch die jansenistischen Streitigkeiten zerrissenen Klerus den Frieden wiedergegeben. Dennoch lassen sich innerhalb des Klerus tiefgehende Unterschiede feststellen. Die katholischen Geistlichen befanden sich wirtschaftlich in ganz ungleicher Lage; sie stammten aus den verschiedensten sozialen Schichten und standen auf ganz verschiedener gesellschaftlicher Stufe. Auch waren sie von religiösen Strömungen entgegengesetzter Art — dem Jansenismus und dem Jesuitismus — beeinflußt und gemäß ihrer verschiedenen Erziehung, Bildung und jeweiligen Stellung in ganz ungleichem Maße von den geistigen Bewegungen ihrer Zeit berührt.

Der hohe Klerus entstammte durchweg dem Adel. Vom Könige allein konnte er Ruhm und Stellung erwarten. So lebte er losgelöst von seinen Diözesen, an politischer Wirksamkeit in den Generalständen seit mehr als einem Jahrhundert behindert, ebenso wie der weltliche Adel einen großen Teil des Jahres hindurch am königlichen Hofe. Dort fand er auch die Möglichkeit zur Teilnahme am politischen Leben. Aus seinen Reihen wählte der König die Erzieher für seine Söhne und seine Gesandten an auswärtigen Höfen. Der geistliche Nachwuchs gebrauchte seine Stellung als Beichtvater, Vorleser und fürstlicher Almosenpfleger dazu, sich ab und zu in die Dinge der Politik, meistens einer ehrgeizigen Personalpolitik, zu mischen. So benutzte der Abbé Vermond sein Amt als Vorleser bei der Königin Marie Antoinette dazu, seinem Gönner, dem Erzbischof von Toulouse, den Weg zum Ministersessel zu bahnen. So suchte der Abbé Maury durch öffentliche Parteinahme für Necker die Aufmerksamkeit des Hofes auf sich zu lenken. Er machte in einer Predigt, die er vor dem Könige zu halten hatte, den Versuch, „Seiner Majestät zu verstehen zu geben, daß es seine Pflicht wäre, die Regierung des Landes nicht länger schwachen und zitternden Händen zu überlassen“, womit er deutlich auf den Grafen Maurepas hinzielte.¹⁰

In den Diözesen, die sie meistens von Versailles aus verwalteten, zeigten sich die Bischöfe als energische Verteidiger ihrer Vorrechte gegen die Angriffe der Parlamente auf ihre Steuerfreiheiten und gegen die Eingriffe der königlichen Intendanten in ihre Befugnisse. Von physiokratischen Ideen beeinflußt, entfalteten die Bedeutendsten unter ihnen eine rege Verwaltungstätigkeit. In den Pays d'états

benutzten sie ihren Einfluß als Vorsitzende und Mitglieder der Provinzialstände und Provinzialversammlungen zur Hebung der wirtschaftlichen und kulturellen Zustände der Provinzen. In ihrer Eigenschaft als Grundherren ausgedehnter Besitzungen unterschieden sie sich nicht von den weltlichen Seigneurs. Der Appell des Königs im Jahre 1779 an den Adel, dem von ihm auf seinen Domänen gegebenen Beispiel der Freilassung der Mainmortables zu folgen, verhallte lange Zeit ungehört. Besonders hartnäckig widersetzte sich das Kapitel von St. Claude diesem Ansinnen; es wurde schon von Voltaire aus diesem Grunde angegriffen, hatte aber noch bei Zusammentritt der Generalstände seine Mainmortables nicht befreit, wie eine Flugschrift aus dieser Zeit beweist.¹¹

Der niedere Klerus war seit 1695 in seinen geistlichen Vollmachten in mannigfacher Weise beschränkt. Er lebte auch in wirtschaftlicher Hinsicht oft in dürftigen Verhältnissen. Die Prälaten ließen sich nur durch energischen Druck seitens der Regierung zur Erhöhung der Portion congrue bewegen. Sie gestanden den Pfarrern aber auch auf den Gebieten kirchlicher Verwaltung keinen Anteil, im Diözesanbureau, in der *Chambre ecclésiastique* und den Generalversammlungen keine selbstgewählte Vertretung zu. Nur durch Gunst und Vertrauen der geistlichen Oberen wurden hier und da einzelne Landpfarrer in die kirchlichen Verwaltungsorgane berufen. Den Versuchen der Pfarrer, sich zu Interessengemeinschaften zusammenzuschließen, setzten sie energischen Widerstand entgegen. Mit dieser Beeinträchtigung in rechtlicher Hinsicht ging die gesellschaftliche Nichtachtung des aus dem Volke stammenden Pfarrers und seines Vikars durch den aristokratischen Bischof Hand in Hand. So war innerhalb des Klerus eine Spaltung eingetreten, die dieser Körperschaft, die durch ihren geistlichen Charakter, ihren reichen Grundbesitz und ihre pekuniäre Unabhängigkeit fast unüberwindlich schien, im Falle einer ernsthaften Bedrohung jede Stoßkraft im Angriff, jede Festigkeit in der Abwehr nehmen mußte.

Der Gedanke aber an die Möglichkeit solcher ernsthaften Bedrohung kam der katholischen Geistlichkeit jener Jahre nicht. Die Alleinherrschaft des Katholizismus in Frankreich schien eine sichere Garantie für die Vorrangstellung des Klerus zu bieten; denn fest war die katholische Kirche durch Gesetze im Staat verankert und unlösbar mit der staatlich-gesellschaftlichen Ordnung verbunden. Durch

die Aufhebung des Ediktes von Nantes besaß die protestantische Kirche kein Daseinsrecht mehr in Frankreich; weder ihre Lehre noch ihr Kultus war in irgendeiner Form gestattet. Mochten auch unter Ludwig XV. wieder kleine protestantische Gemeinden entstanden sein, die in der Verborgenheit und unter ständiger Bedrohung ihr Dasein fristeten, im allgemeinen herrschte doch die vom Königtum erstrebte Einheit des Glaubens. Außerdem hatte sich die Kirche selbst durch bestimmte Lehrsätze mit dem Königtum verbunden, und die sittliche Entartung am Königshofe änderte daran nichts; denn nach der Lehre der Kirche war das Königtum, das den Staat repräsentierte, göttlichen Ursprungs. Der König wurde als *Evêque du dehors*, also als kirchliche Persönlichkeit angesehen, und eng fühlten sich die Prälaten dem Herrscher verbunden, den sie so in gewisser Weise als einen der Ihren betrachteten. Es gehörte aber auch zu der Grundanschauung der ganzen Nation, „daß die historisch-natürlichen Größen: Frankreich, französischer König und französisches Volk die letzte Grundlage im Katholizismus hatten“.¹² Rechtlich und ideell schien somit die Vormachtstellung der katholischen Kirche und der Einfluß ihrer Diener auf das Leben der Nation begründet.

Erst um die Mitte des 18. Jahrhunderts begann dieser feste Unterbau, auf dem die Kirche ruhte, die Gläubigkeit der Nation, die ersten Risse aufzuweisen. Gerade, als die Kirche sich im Gefühl ihrer Macht nach Ausrottung ihrer calvinistischen Gegner sicher fühlen konnte, begannen allmählich die literarisch gebildeten Kreise des Volkes sich von ihr abzuwenden. Die Intoleranz der Geistlichkeit gegen Andersgläubige, ihr Widerstand gegen freie wissenschaftliche Forschung, die Streitigkeiten innerhalb der Kirche zwischen Jansenisten und Jesuiten hatten ihr das Herz des wohlhabenden und gebildeten Bürgertums entfremdet und den vom Ausland einströmenden Ideen der Aufklärung den Boden bereitet. In der Popularisierung der englischen Religions- und Naturphilosophie durch Voltaire, in ihrer Fortbildung im Sinne religiöser Skepsis bis zum Atheismus durch die Enzyklopädisten und in den Ideen eines unverhüllten Materialismus erstand der katholischen Kirche so nach der Niederringung des Calvinismus ein neuer Feind, der ihre Lehre und Praxis und damit ihre Stellung angriff.

Das Bewußtsein der einzigartigen Stellung der katholischen Kirche in Frankreich und auf der anderen Seite das Bewußtsein,

durch das Eindringen aufklärerischer Ideen in die gebildeten Oberschichten der Nation in dieser Vormachtstellung bedroht zu sein, lassen die Äußerungen des französischen Klerus im letzten Jahrzehnt vor der Revolution über politische Fragen, soziale Verhältnisse und geistige Bewegungen verständlich erscheinen. Sie finden sich in den Verhandlungen der Generalversammlungen, in den Ansprachen an den König, in Hirtenbriefen und Predigten.

So gedachte die Generalversammlung des Klerus im Jahre 1782 der Deklaration der gallikanischen Artikel vor 100 Jahren und bekannte sich feierlich zu ihnen. Sie bewilligte als Beweis ihrer Hingabe an König und Volk ein *Don gratuit* von 15 000 000 Livres und fügte dieser Summe noch die besondere Spende von einer Million für die Hinterbliebenen der im Kriege gefallenen Seeleute hinzu. Durch ihren Präsidenten wies diese Versammlung auf die enge Verbindung zwischen Königtum und Kirche hin, deren Diener aus ihrem heiligen Amt immer neue Antriebe der Treue und des Gehorsams gegen ihren Herrscher empfangen.¹³ Ja, die Geistlichen wurden nach dem Worte des Erzbischofs von Rouen vom Standpunkt der Religion aus nur insofern würdig erachtet, Träger des geistlichen Amtes zu sein, als sie auch zugleich dem Staate die treuesten Diener wären.¹⁴ Die offizielle Vertretung der Kirche gab somit ihrer nationalen und royalistischen Gesinnung feierlich Ausdruck; andererseits unterließ sie jedoch nicht, die dem König bewilligte Abgabe als ein freiwilliges Opfer des Klerus hinzustellen, das er dem Ruhme des Königs und dem Wohle des Staates darbrächte; denn sie erklärte: „*Jamais nous ne regarderons les dons que nous offrons librement au roi comme la représentation d'un impôt*“.

Was die Kirche vom König erwartete, läßt sich aus einigen Hirtenbriefen des Erzbischofs von Lyon erkennen. Anläßlich der Geburt des Dauphin im Jahre 1781 entwirft dieser Prälat das Idealbild eines zukünftigen Herrschers.¹⁵ Er denkt ihn sich im Besitz höchster sittlicher Eigenschaften und als Beschützer der Religion; denn diese ist nach ihm „der einzige Zügel für die Leidenschaften der Könige, die stärkste Stütze ihrer Autorität, die notwendige Grundlage jeder Gesellschaft, die Hüterin der öffentlichen Sitten“. Die Religion wird also als ein moralischer, staatserhaltender Faktor gewertet. Auch soziales Empfinden erwartet der Erzbischof vom späteren Herrscher; er wünscht, „daß der Prinz daran denke, daß es

der Landmann ist, der mit seinem Schweiß den Prunk bezahlt, mit dem die Großen sich umgeben; möge er Mitleid für die Leiden des Volkes haben und den Unglücklichen wenigstens durch sein Mitgefühl nahe kommen“. Auch hofft der Prälat, daß der junge Prinz, falls ihn die göttliche Vorsehung jemals zu diesem hohen und gefährlichen Amte berufen sollte, nicht nur der König seines Hofes, sondern der König seines Volkes werde. Diese Redewendungen erinnern an die durch die Lektüre Rousseauscher Schriften im Adel geweckte Vorliebe für den *bon paysan*. Sie sind auch hier nur Ausdruck einer gefühlsmäßigen Aufwallung, die sich der hohe Kleriker gern gestatten konnte, da er, wie aus dem Rundschreiben hervorgeht, irgendwelche Forderungen zur Beseitigung der Notstände nicht damit verband. Der König sollte nach dem Wunsche dieses Bischofs nicht etwa ein sozialer Reformator sein; es genügte ihm, daß er *sensibilité* besaß.

In einem Rundschreiben anläßlich des Friedensschlusses mit England spricht derselbe Geistliche die Erwartung aus, daß der regierende König die Friedenszeit dazu benutze, sein Volk weise und glücklich zu machen und mit der gleichen Energie wie den Krieg jetzt die Werke des Friedens zu betreiben.¹⁶ Er weist hin auf das vom Könige erreichte Alter, „in dem die Seele am fähigsten ist, schwere Arbeit auszuhalten und sich emporzuschwingen“. In diesen Worten verrät sich die Ungeduld, die ernste Männer gegenüber der Unfähigkeit Ludwigs XVI. empfanden, der vor allen durchgreifenden Maßnahmen zurückschreckte, selbst wenn sie nur bestanden in der hier geforderten Unterdrückung der „falschen und kühnen Philosophie, die alle Grundlagen der Sittlichkeit und der Autorität erschütterte“.

Aus den eben erwähnten bischöflichen Rundschreiben geht hervor, daß der hohe Klerus damals hinter der vom Könige geführten Außenpolitik stand. Im Interesse der inneren Wohlfahrt des Landes hatten sich damals Bedenken gegen die Teilnahme Frankreichs an dem amerikanischen Befreiungskrieg erhoben. Außenpolitische Gesichtspunkte jedoch, nämlich der Wunsch, das im siebenjährigen Kriege verlorene Prestige wiederzugewinnen, hatten über diese Bedenken gesiegt. Die Regierung entschied sich für die Teilnahme am Kriege. Dieser Entschluß wirkte sich verhängnisvoll für Frankreichs schon zerrüttete Finanzen aus; auch das Ansehen der Dynastie

wurde dadurch geschädigt, daß sie die Waffen für eine aufständische Kolonie gegen ihren legitimen Herrscher ergriffen hatte. Dem Erzbischof von Lyon aber schien der Krieg berechtigter Staatsinteressen wegen für Frankreich geboten und um des allgemeinen Wohles willen begonnen zu sein. Frankreich habe nur die Würde seiner Flagge und die Unabhängigkeit seines Handels geschützt. Dem Könige sei warmes Lob zu spenden, weil er die französische Nation wieder in den Rang eingesetzt habe, der ihr zukomme.

Bedeutungsvoller ist die Stellung, die der hohe Klerus in diesen letzten fünfzehn Jahren vor der Revolution zu den innerpolitischen Maßnahmen der Regierung einnahm.

Eine Periode der Reformen hatte gerade damals im Staate begonnen. Der Staat war durch die Kriege Ludwigs XIV. tief verschuldet. Die Verschwendungen und Kriege seiner Nachfolger hatte diese Schuldenlast ins Unermeßliche gesteigert. Die Einkünfte reichten längst nicht mehr aus, die Ausgaben zu bestreiten; neue Steuern einzuführen, war der König nicht in der Lage; denn das Eintragsrecht des Pariser Parlamentes erwies sich gerade auf dem Gebiete der Steuergesetzgebung als wichtige Einschränkung des Absolutismus. Daneben besaßen einzelne Provinzen in ihren „Freiheiten“ gegen die Einführung neuer Steuern eine Schutzwehr, die sie durch ihre Stände energisch gegen die Regierung verteidigen ließen. So trieb die Geldnot die Regierung dazu, ein großzügiges Reformwerk in Angriff zu nehmen.

Turgot war der erste Minister Ludwigs XVI., der es unternahm, den Absolutismus von den Schranken zu befreien, die die ständischen Einrichtungen ihm auferlegten. Er wollte den Einheitsstaat schaffen mit einheitlicher Verwaltung und freiem Umlauf der Güter im Lande. Die unerträgliche Lage der unteren Volksschichten, auf deren Schultern die ganze Steuerlast lag, während Adel und Geistlichkeit fast völlig davon befreit waren, beabsichtigte er durch gleichmäßige Verteilung der Steuern auf alle Besitzenden zu erleichtern. Seine Maßnahmen liefen einerseits auf Stärkung der Zentralgewalt hinaus, andererseits wollte er durch sie die Nation zur Teilnahme an der Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten heranziehen. Munizipalitäten, deren Mitglieder nur auf Grund ihres Besitzes gewählt waren, sollten in den Provinzen die Steuerveranlagung und -erhebung sowie die Verteilung und Beaufsichtigung der öffentlichen Arbeiten über-

nehmen. Gesetzgeberische Vollmacht sollte diesen Körperschaften nicht zustehen; sie waren nur als Helfer und Berater der Regierung gedacht. Die wirtschaftliche Lage des Landes, besonders der Industrie, wünschte Turgot u. a. durch Zurückberufung der ausgewanderten Hugenotten zu heben. Die Ausführung dieses Planes hätte wieder die Verkündigung der religiösen Toleranz zur Folge haben müssen.

Durch dieses ganze Reformprogramm wurden die Interessen des ersten Standes, wie leicht ersichtlich, mehrfach berührt. Wie würde sich der hohe Klerus dazu stellen?

Obwohl es sich dabei um Fragen der Volkswirtschaft und der Staatsverwaltung handelte, befanden sich die Bischöfe hier auf einem ihnen wohlvertrauten Gebiet. Als Verwalter ihres Kirchensprengels wie als Mitglieder der Provinzialstände hatten viele von ihnen Einblick in die Mißstände gewonnen, mit denen die Verwaltung überreich belastet war. Sie lernten also die Hemmungen, die dem Wirtschaftsleben durch Zölle, Steuern und Wegfronden auferlegt waren, aus eigener Anschauung kennen. Und die Bischöfe sahen auch die Notwendigkeit einzelner Reformen ein. Aber trotzdem teilte der hohe Klerus die ablehnende Haltung, die Turgots Pläne bei den Parlamenten und Getreidehändlern wie bei der einflußreichen Hofgesellschaft sehr bald fanden.

Eine Ausnahme bildeten nur einige *Evêques réformateurs*; zu ihnen gehörten die Erzbischöfe von Toulouse und Narbonne wie auch Boisgelin, der Erzbischof von Aix. Boisgelins Privatbriefe zeigen, daß er Einsicht genug besaß, die verhängnisvolle Bedeutung der Finanzschwierigkeiten für das absolute Königtum zu erkennen und die Reformversuche Turgots zu billigen.¹⁷ Er schreibt im Jahre der Entlassung Turgots: „Ein König von Frankreich ist absoluter Herr, wenn er keine neuen Steuern zu erheben braucht, und gerade das ist es, was man nicht ohne Reformen erhoffen kann“.¹⁸ Deutlich tadelt er, daß Turgot gehen mußte, weil das Königtum durch seine Schwäche in eine gefährliche Abhängigkeit von den Parlamenten geraten war: „Es ist einer der größten Fehler des Ministeriums, einen Finanzminister abhängig von Haß oder Liebe der Parlamente zu machen. Die Verabschiedung eines beim Parlament nicht beliebten Ministers schadet der Autorität mehr als die bloße Verweigerung der Einregistrierung, die durch ein *Lit de justice* beendet wird. Ein

Nachfolger von Turgot wird schwerlich soviel Kraft, Rechtschaffenheit und Liebe zum Guten haben, und er wird sich immer selbst sagen, daß Turgot nicht einmal der besiegten Gegnerschaft des Parlamentes hat widerstehen können.“

Der Beifall, den Turgot so bei einzelnen einsichtsvollen Bischöfen fand, änderte jedoch nichts an der ablehnenden Haltung der Klerusversammlung im Jahre 1775 gegen ihn. Die von ihm geplanten Munizipalitäten mit ihrem unständischen Charakter sowie Turgots Versuch, den auf die Bekämpfung der Ketzer bezüglichen Passus im Krönungseid zu ändern, und sein Vorschlag, die ausgewanderten Protestanten zurückzurufen, mußten ihn dem Klerus verdächtig erscheinen lassen. Daher wurden seine verschiedenen Reformvorschläge, die sich u. a. auf Jugenderziehung und Verwaltung der Hospitäler bezogen und die er der Generalversammlung unterbreitete, bis auf einige von ganz untergeordneter Bedeutung zurückgewiesen. Die Prälaten spürten eben in Turgots ganzem Programm die feindselige Einstellung, die sich gegen die großen Korporationen richtete.

Dagegen fand der zweite Reformminister Ludwigs, der Genfer Protestant Necker, trotz der Bedenken, die sie gegen die Berufung des Ketzers gehabt hatten, bald den ungeteilten Beifall der Bischöfe. Die Provinzialversammlungen, die er als Organe der Selbstverwaltung schuf, waren ständisch gegliedert; ausdrücklich war den Bischöfen der Vorsitz in ihnen zugesichert. Neckers Verzicht auf den heimlich gehegten Plan, seinen Glaubensgenossen Duldung zu verschaffen, und sein Schweigen zu den Ausfällen der unduldsamen Prälaten gegen die *faux pasteurs* trug weiter dazu bei, ihm unter den Mitgliedern des ersten Standes Sympathien zu erwerben. Auch der vorgenannte Erzbischof von Aix gehörte zu seinen Anhängern. Nach der Lektüre von Neckers „Abhandlung über die Verwaltung der Finanzen“ nennt er den Minister einen *homme de talent* und rühmt seine „bonne morale mêlée partout à l'administration“.¹⁹

Die Stellung der hohen Kleriker zu den beiden Reformministern Ludwigs XVI. war also ganz verschieden, und das ist charakteristisch für die Erwägungen, von denen ihre Politik bestimmt wurde: Turgot, einst einer der Ihren und auf der Sorbonne Studienfreund von Loménie de Brienne und dem Abbé Morellet, fand fast nur Ablehnung bei ihnen, während der Protestant Necker sich ihrer Zustimmung

erfreuen durfte. Maßgebend für diese Haltung des Klerus war, daß die Macht der katholischen Kirche und die bevorzugte Stellung ihrer Diener bei dem einen Minister unangetastet blieb, während der andere sie beschränken wollte.

Die politischen Anschauungen des Klerus bewegten sich in dieser Epoche also um zwei Pole: um das Bekenntnis zum Königtum und um die Sicherung der geistigen und finanziellen Vormachtstellung der katholischen Kirche. Zu dieser politischen Haltung bestimmte ihn der Gedanke an die beiden Feinde der Kirche: an die Calvinisten, die trotz aller Verfolgungen sich im Lande erhielten, und an das Parlament, dessen Anstrengungen es gelungen war, die Vertreibung des Jesuitenordens aus dem Lande durchzusetzen, und das einen Gallikanismus vertrat, der der Überordnung der weltlichen Gewalt über die geistliche das Wort redete. Aus der Erwägung heraus, daß nur ein starkes Königtum imstande sei, die Kirche gegen diese beiden Gegner erfolgreich zu schützen, betonte der Klerus immer wieder seine enge Verbindung mit der Krone. Er machte sich zum Wortführer eines überzeugten Royalismus auch dann noch, als schon durch die würdelose Lebensführung Ludwigs XV. in seinen letzten Jahren das Ansehen der Bourbonen tief gesunken war und gleichzeitig Frankreichs Macht und Einfluß durch eine unglückliche Außenpolitik erhebliche Einbuße erlitten hatte, während im Innern die Verschwendungssucht des Hofes und die Mißwirtschaft der Beamten den Staat an den Rand des Abgrundes brachten.

Als politische Körperschaft ließ der Klerus fast nur dann seine Stimme hören, wenn es der Verteidigung seiner Immunität galt. Solange die Krone dieses Sonderrecht respektierte, hatte die Kirche gegen den königlichen Absolutismus nichts einzuwenden. Gewiß sah der Klerus es gern, daß Necker die Verschwendungssucht des Absolutismus in seinem Rechenschaftsbericht öffentlich geißelte und sie durch Verstärkung der Macht der Stände einzuschränken suchte, z. B. durch seine Provinzialversammlungen und durch das Gesetz von 1780, das die Erhöhung des Gesamtbetrages der Taille an die Genehmigung des Parlamentes band; aber irgendwie offensiv ging der Klerus selbst nicht vor. Erst als die Regierung in eine dritte Periode der Reformversuche eintrat, sollte sich in der Politik des Klerus eine Wandlung vollziehen, und sollten die ständischen Ideen, die, nachdem sie Fénélon vor mehr als 50 Jahren noch so über-

zeugend vertreten hatte, jetzt nur noch latent im Klerus vorhanden waren, zu neuem Leben erwachen.

Mit den politischen Anschauungen des Klerus hing aufs engste die Stellung der hohen Geistlichkeit zu den geistigen Bewegungen der Zeit zusammen. Sie blieb der heftigste Feind des Calvinismus auch nach seiner Niederwerfung und suchte den König für strenge Maßnahmen gegen die Ketzer zu gewinnen. Natürlich fühlte sie sich durch Turgots Toleranzbestrebungen verletzt und rief daher im Jahre 1775 anläßlich ihrer Generalversammlung dem König zu: „Es ist Euer Majestät vorbehalten, den letzten Schlag gegen den Calvinismus in Ihren Staaten zu führen“.²⁰ Fünf Jahre später beklagten sich die Bischöfe über die Kühnheit der protestantischen Prediger, die bis an die Tore der Städte kämen, und warnten vor ihnen, weil alle Annalen des Calvinismus eine Folge von Verschwörungen, Bürgerkriegen und Volksaufständen verzeichneten; daher wären Thron und Altar in gleicher Weise in Gefahr, wenn es der Ketzerei gelänge, ihre Ketten zu brechen. Auch wies der Präsident dieser Versammlung den König auf den „republikanischen Charakter dieser Sekte“ hin.²¹ Somit nahm der Klerus eine völlig ablehnende Stellung zu dem Problem der religiösen Duldung ein, das im Interesse der Volkswirtschaft von Turgot ernsthaft erwogen und um der Gewissensfreiheit und Gerechtigkeit willen von namhaften Schriftstellern erörtert wurde.

Erst in den achtziger Jahren änderte sich diese Haltung der katholischen Kirche und die Sorge vor dem Wiederaufleben der Ketzerei wich einer anderen, der Sorge vor dem Eindringen der materialistischen Philosophie. So mahnte der Erzbischof von Lyon den König zur Unterdrückung „jener falschen und kühnen Philosophie“, und der Erzbischof von Paris klagte in einem Hirtenbrief im Jahre 1785 über das Eindringen der gottlosen Philosophie selbst in kirchliche Kreise. Er tadelte die Herausgabe der Werke Voltaires und wandte sich gegen die neuen, „angeblich philosophischen Theorien“ einer Profanerziehung, der er die Schuld an allen Entartungserscheinungen auf sittlichem Gebiet zuschrieb.²² Die starke Betonung des Wertes der geistlichen Erziehung ist wohl ein Protest gegen die Bestrebungen, die Erziehung der Jugend in Laienhände zu legen, wie sie schon Turgot der Bischofsversammlung im Jahre 1775 gegenüber vertreten hatte. Es ist übrigens bezeichnend, daß dieses

Rundschreiben, das die Fastenordnung für die Pariser Diözese festsetzen sollte, erst in einer allerletzten Wendung der wirtschaftlichen Not der Zeit gedenkt, um deretwillen der Erzbischof auf Vorstellung der Behörden hin eine Milderung der Fastengebote gestattet. Und doch war gerade der Pariser Erzbischof persönlich sehr wohlthätig. Die Kirche als Organisation aber hatte Turgots Bestrebungen, durch aufgeklärte gesetzgeberische Maßnahmen der Volksnot zu wehren, ausdrücklich gehindert.²³

So bekannte sich also in dieser Zeitspanne von 15 Jahren, die der Staatsumwälzung vorangingen, der hohe Klerus in seiner offiziellen Vertretung und in seinen amtlichen Kundgebungen zu einer nationalen und royalistischen Gesinnung, die seiner Meinung nach sich aus seiner Stellung als Diener der französischen Kirche mit Notwendigkeit ergab. Er ließ ferner durchblicken, daß er um die Reformbedürftigkeit des Staates und um die wirtschaftliche Not der unteren Volksschichten wußte und daß ihm die Gefahr, die der Kirche aus den geistigen Strömungen der Gegenwart erwachsen konnte, nicht entgangen war. Aber die Folgerung, daß sich irgend eine Verpflichtung für ihn als Stand daraus ergeben könnte, zog er weder aus der einen noch aus der anderen Tatsache. Mochte man in den Kreisen der Bischöfe die Werke der Philosophen lesen, mochte selbst einer von ihnen, der Bischof Lafont de Savine, wegen seiner Vorliebe für Rousseau, der Jean-Jacques unter den Bischöfen genannt werden,²⁴ hatte man vielleicht auch auf religiösem Gebiet den zersetzenden Einfluß der Philosophen an sich selbst erfahren; ihr politisches Ideengut aber übernahm man nicht. Wenn es auch eine Gruppe reformfreudiger Männer unter den Bischöfen gab, die im Geiste physiokratischer Anschauungen weise und aufgeklärt ihre Diözesen verwalteten und den Provinzen mit ihrem Rate dienten, auch die politischen Ereignisse aufmerksam verfolgten, — neue Wege wiesen sie der inneren Politik nicht. Der Gesamtepiskopat machte seine Haltung zu den jeweiligen Ministern allein davon abhängig, in welchem Maße die Rechte der Kirche durch die Regierung Berücksichtigung erfuhren. Im übrigen beschränkte er seine Tätigkeit als Körperschaft auf die inneren Angelegenheiten seines Standes, auf die Abwehr aller Gleichheitsbestrebungen des niederen Klerus, auf wortreiche Klagen über die Verbreitung der philosophischen Literatur, weil sie die Grundlagen des katholischen Dogmas angriff

und damit die Stellung der Kirche und ihrer Diener erschütterte. Der Klerus wußte diesen neuen geistigen Strömungen aber nichts Positives entgegenzustellen. Von einem geistigen Führertum des hohen Klerus, wozu ihn Bildung, Stellung und geistliches Amt wohl hätten befähigen können, ist nichts zu spüren.²⁵

3. Der niedere Klerus.

Der Sekundärklerus bietet notwendiger Weise ein anderes Bild. In ihm bildeten die Landpfarrer mit niedrigstem Einkommen und ihre Vikare eine Art geistliches Proletariat. Die Dürftigkeit ihrer Besoldung zwang sie zur strengen Wahrnehmung ihrer Ansprüche, zum Handeln mit den Erzeugnissen ihrer kleinen Wirtschaft und zu genauer Eintreibung der ihnen zustehenden Gebühren. Dadurch wurden sie häufig in ärgerliche Händel und Prozeßverfahren verwickelt. Auch brachten mitunter ihre Unbildung, Unwissenheit und Roheit die Gemeinden gegen sie auf.²⁶ Aus den unteren Schichten der Bevölkerung hervorgegangen, litten sie oft unter der gleichen Not wie diese und verstanden die Sehnsucht des kleinen Mannes nach einer Befreiung von den schweren Lasten, die ihm Staat und Seigneurs auferlegt hatten. Aus ihren Reihen sollten der Revolution einst viele Anhänger erwachsen, aber führende Geister sind aus ihnen nicht hervorgegangen. Die Männer, die man als die geistigen Führer des Sekundärklerus in der Revolutionszeit ansehen kann, die Sieyès, Grégoire, Fauchet, befanden sich in besserer wirtschaftlicher Lage und gehobener kirchlicher Stellung. Sie bildeten eine Art Bürgertum im Klerus und standen zwischen dem Adel und dem Proletariat.

Jener Teil des niederen Klerus war an den Dingen der großen Politik vielleicht noch wenig interessiert, er lebte aber in enger Verbindung mit dem Volke. Daher drängte sich ihm im lebendigen Austausch mit der Bevölkerung auf, was dem hohen Klerus in seiner vornehmen Abgeschlossenheit entging, was er höchstens als der-einstigè Frucht der Lektüre philosophischer Bücher fürchtete: die tiefgehende Wandlung, die sich bereits in der Lebensanschauung des französischen Bürgers vollzogen hatte. Diese Kleriker erkannten, daß es mit der Jahrhunderte lang geübten Leitung des Volkes durch die Kirche vorbei war, daß die sozialen Zustände nicht mehr als gegebene und als unabänderliche widerspruchslos hingenommen wurden. Sie sahen, daß ihre Lehre: Armut gewähre eine Anwart-

schaft auf das ewige Heil und Reichtum sei eine gefährliche Gabe, keinen Glauben mehr fand, sondern daß das Streben nach Verbesserung der Lebensumstände, der Wunsch nach sozialem und wirtschaftlichem Fortschritt, kurz die positive Wertung der irdischen Güter nun im Volk lebendig war.²⁷ Und wenn Bauern und Arbeiter aus den Vorreden der Turgotschen Reformedikte erfahren hatten, „wie ungerecht das war, worunter sie bis jetzt gelitten hatten und wenn sie gesehen hatten, daß es einen Ausweg aus diesem Elend gab, und begriffen, daß man diesen Ausweg mit Absicht versperren wollte“,²⁸ so fanden sie bei der niederen Geistlichkeit volles Verständnis für ihr Verlangen, aus ihrer gedrückten Lage herauszukommen. Der Sinn für die Berechtigung der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit wurde bei diesen Geistlichen nicht wie beim hohen Klerus durch die Besorgnis um ihre Privilegien erstickt, da sie weder reiche Grundherren waren noch Anteil hatten an der bevorzugten Stellung ihrer Bischöfe und Brüder aus dem Adel.

Einen Einblick in die politischen Ideen, die den niederen Klerus damals bewegten, erhalten wir durch eine Rede, die der Abbé Fauchet im Jahre 1786 auf den verstorbenen Herzog von Orléans hielt.²⁹ Können die darin entwickelten Gedanken auch nicht ganz als typisch für diesen Stand gelten, da Fauchet eine Persönlichkeit von starker eigener Prägung war, so müssen sie doch nichts Außergewöhnliches gewesen sein; denn diese Rede erregte kein besonderes Aufsehen und erhielt ohne weiteres die kirchliche Druckerlaubnis. Fauchet sagt darin, das französische Volk sei monarchisch gesinnt und seine Anhänglichkeit an den Herrscher Ausdruck einer wahrhaft nationalen Empfindung. Die Sicherheit des Thrones beruhe auf der Achtung der französischen Könige vor dem öffentlichen Recht. Neben dem Könige stünden die Parlamente. Es sei ihr heiliges, durchaus mit der schuldigen Liebe und Unterwerfung zu vereinbarendes Recht, die Billigkeit des Fürsten anzurufen. Diese Anrufung ehre den König ebenso wie die Nation. — Keineswegs wird den Parlamenten damit von Fauchet das Recht des Widerstandes zugesprochen, sondern nach seiner Meinung müsse man in Frankreich immer der Gewalt des Herrschers gehorchen, welcher Gebrauch auch immer von ihr gemacht werde. Widerstand wäre Verbrechen und würde ein Angriff auf die Verfassung der Monarchie, auf den Geist der Nation und den Willen des Volkes sein. Die Gesetze aber, deren Wahrheit und

Heiligkeit Fauchet in glühenden Worten preist, stünden über dem Könige. Auch bei einer völlig absolutistischen Regierung müsse der Herrscher den ewigen Gesetzen der Gerechtigkeit und den unverletzlichen Verfassungen der Völker unterworfen sein. Sie zu verteidigen sei die Aufgabe der Parlamente. Die Gesetze der Nation seien hervorgegangen aus den Rechten der einzelnen Individuen. Für diese persönlichen Rechte fordert Fauchet tiefste Achtung. Er denkt hier nicht an ständische Vorrechte, sondern an die natürlichen Rechte Aller, auch der ärmsten Menschen. Der verstorbene Herzog von Orléans hätte sich die Achtung vor dem Eigentumsrecht seiner armen Gutsnachbarn zum Prinzip gemacht; weil aber viele mächtige Herren sich ohne Scheu über die Gesetze der Nation und der Natur hinwegsetzen, ruft Fauchet empört aus: „Affreux abus! Usurpations sacrilèges des droits de l'homme! Ne serez-vous pas enfin reprimés?“ Und in dem frohen Glauben an den Fortschritt des Menschengeschlechtes, wie er für das Zeitalter der Aufklärung charakteristisch ist, schließt der Redner: „La lumière brille sur le genre humain; la réclamation de l'univers se fait entendre, la religion, la nature unissent leurs voix puissantes; elles éclatent en tout lieu!“ Was Fauchet schließlich zusammenfassend von der politischen Grundanschauung des Herzogs sagt, ist gewiß auch seine eigene Meinung: „Er erkannte vier ursprüngliche und unveränderliche Elemente der Monarchie an: die souveräne Autorität der Könige, die unverletzliche Sicherheit des Eigentums, die geheiligten Rechte der alten Körperschaften und Gerichte, schließlich die große Macht der öffentlichen Meinung oder die Stimme des Volkes“. Diese politische Anschauung hat nach Fauchet ihre Wurzel in der Religion. Nationale und religiöse Gesinnung sind nach ihm so eng verbunden, daß er den Satz wagt: „Das patriotische Gefühl nimmt ab, wenn man die religiösen Grundsätze verliert, die dieses göttliche Feuer in den Herzen erhalten“. „Die Gottlosen sind Fremdlinge, nach ihrem eigenen Wort Kosmopoliten, sie haben kein Vaterland und werden an keinem Ort der Erde als Staatsbürger angesehen.“

Bei dieser engen Verknüpfung von Politik und Religion ist es nicht verwunderlich, daß Fauchet auch dem Geistlichen politische Pflichten zuweist; ihm fällt die Aufgabe zu, das Volk darin zu unterweisen, „mit einem immer gleichen Respekt die Heiligkeit der Gesetze, die Majestät des Thrones, das Vorrecht der Ersten der Nation

und die Würde der Gerichtshöfe zu ehren“, — auch dann, wenn er selbst die Berechtigung einzelner Maßnahmen der Regierung nicht einzusehen vermag.

In dieser Rede des Abbé Fauchet lassen sich die verschiedenen Züge der physiokratischen Staatstheorie leicht erkennen: die Betonung der absoluten Gewalt des Staatsoberhauptes, der gegenüber dem Untertanen unter keinen Umständen ein Recht des Widerstandes zugestanden wird, steht neben dem Hinweis auf die vernünftige Weltordnung, nach der jedem Individuum ohne Unterschied unverletzliche Rechte von Natur zustehen. Die Rechte der Nation, also das positive Recht, werden mit dem Naturrecht identifiziert. In der Forderung, daß der Träger der Souveränität ausgerüstet sein soll mit höchsten ethischen Qualitäten, die zusammengefaßt werden in dem Begriff der *équité*, tritt ein starker Idealismus zutage, der dann wieder als Kehrseite die Angst zeigt vor dem Versagen des Herrschers und der daher die Einschränkung seiner Macht durch die öffentliche Meinung verlangt. In der hohen Einschätzung der öffentlichen Meinung als Stimme der Naturordnung verrät sich ein für die Physiokraten charakteristischer Optimismus.³⁰ So finden sich also in dieser Rede die verschiedenen Elemente, aus denen sich die Staats- und Weltanschauung der Ökonomen zusammensetzte: Die Übernahme Montesquieu'scher Gedanken in der Identifizierung von Naturrecht und positivem Recht; Rousseau'scher Optimismus in der Einschätzung des „Volkes“ und sein Einfluß in der Herausarbeitung des Gegensatzes zwischen dem „Reichen“ und dem „Armen“, und die schon von Voltaire erhobene Forderung nach Gleichheit aller Individuen vor dem Gesetz und endlich das eigenste Gedankengut der Physiokraten, die Betonung der Staatseinheit, die keine Ausnahmegesetze und Sonderrechte zuläßt. Fauchet bringt dann noch seine besondere Note hinein durch die Verknüpfung von Ethik und Religion. Der nationale Mensch ist nach ihm der religiöse Mensch: „Il était bon, il fallait, qu'il fût chrétien!“ — Darin zeigt sich Fauchet als Anhänger einer rationalistischen Religion und ganz als ein Kind seiner Zeit, in der die vernünftige Religion, die bürgerliche und nationale Tugenden förderte, als Ideal gepriesen und mit dem Christentum identifiziert wurde.

Auch mit den übrigen Ideen, die Fauchet in dieser Rede entwickelte, stand er keineswegs allein. Waren auch nicht alle seine

Amtsbrüder Anhänger der physiokratischen Doktrin: in den Kernpunkten, dem Bekenntnis zur Monarchie und zur Nation, in der Forderung nach Gleichberechtigung vor Gericht und nach Erhaltung der Gerichtshöfe empfand und dachte man im niederen Klerus wie Fauchet. Das geht aus den Cahiers von 1789 hervor. Nur hörte man in der Öffentlichkeit selten etwas von den politischen Ansichten der Pfarrer. Was in den Generalversammlungen des Klerus gesagt wurde, war nicht ihre Meinung. Aus den Verhandlungen dort erkennt man nur, wie die Pfarrer innerhalb ihres Standes nach Gleichheit in der Verteilung der Lasten und nach dem Recht strebten, sich ihrerseits zusammenzuschließen. Das brachte sie in Gegensatz zu ihren geistlichen Oberen.³¹ Nichts erlaubt aber, Zweifel an ihrer monarchischen und nationalen Gesinnung zu hegen. Darin waren sie vom hohen Klerus nicht unterschieden, und wie dieser sahen sie in der christlichen Religion katholischer Prägung und vorzugsweise in ihrem geistlichen Amt die natürliche Quelle dieser Gesinnung.

Zweites Kapitel.

Der hohe Klerus im Machtkampf gegen den Absolutismus.

1. Die Revolution der ersten Stände.

Die Reformversuche, die Turgot und Necker unternommen hatten, waren in den Anfängen stecken geblieben. Es war der Krone nicht gelungen, die sich gegen die Reformen erhebende Opposition am Hofe und im Ministerium niederzuringen; auch brachte sie nicht den ehrlichen Willen auf, durch sparsamste Finanzwirtschaft das Vertrauen der Nation zu gewinnen. Die Teilnahme am amerikanischen Freiheitskriege hatte den Staat von neuem in große Ausgaben gestürzt, ohne daß das Ziel, um dessentwillen die Krone sich in dieses Abenteuer begeben hatte, nämlich die Wiedergewinnung des außenpolitischen Prestiges, erreicht worden wäre. Ein ständig wachsendes jährliches Defizit von vielen Millionen und eine ungeheure Schuldenlast waren die Ergebnisse einer hundertjährigen verderblichen Finanzwirtschaft. Sie zwangen schließlich die Regierung, die vernachlässigten Reformen wieder aufzunehmen.³²

Der neue Finanzminister Calonne trug sich seit dem Antritt seines Amtes im Jahre 1783 mit dem Plan einer Reform nicht nur des Finanzwesens, sondern der gesamten Verwaltung des Staates. Beeinflußt von den Ideen der Physiokraten, unter tätigem Beistand eines Gesinnungsgenossen von Turgot, entwarf er den Plan einer umfassenden Staatsreform, welche die Herstellung der administrativen und wirtschaftlichen Einheit Frankreichs bezweckte. Diesem Ziel standen die Sonderrechte der einzelnen Landschaften und der großen Korporationen sowohl auf dem Gebiete des Steuerwesens als auch auf dem der Verwaltung entgegen. Diese mußten also beseitigt werden. Das Bewußtsein, zur Durchführung dieses großen

Planes des Vertrauens des Hofes zu bedürfen, da bedeutende Männer mit viel bescheideneren Plänen gescheitert waren, bewog Calonne, vorerst mit seinen Absichten zurückzuhalten, um durch allerlei kühne Finanzoperationen zu versuchen, den Kredit des Staates zu heben. So ließ er kostspielige öffentliche Arbeiten ausführen und befriedigte begehrlche Wünsche der königlichen Familie und des Hofes. Seine Mittel aber verfringen nicht, und schließlich zwang ihn nach drei Jahren die einer Katastrophe zutreibende finanzielle Lage des Staates, den langgehegten Reformplan in Angriff zu nehmen. Dieser Plan sollte nun nicht mehr nur zur Verwirklichung eines staats-theoretischen Ideals, sondern in erster Linie zur Behebung der unerträglichen Geldnot, zur Beschaffung notwendiger Existenzmittel für den Staatshaushalt dienen. Calonnes Plan hatte also eine finanzpolitische und eine staatspolitische Seite, und fast jedes einzelne seiner Projekte trug diesen doppelten Charakter. Dem Zweck, die Einnahmen zu steigern und Geld in die leeren Kassen des Staates zu schaffen, sollte die Einführung einer allgemeinen Grundsteuer dienen, die die Zwanzigstel ablöste und sich auf alle Stände erstreckte. Überdies war die Schaffung zweier neuer Steuern und die Veräußerung der königlichen Domänen in Aussicht genommen. Das wirtschaftliche Leben gedachte Calonne durch Niederlegung der inneren Zollschränken und durch Aufhebung, oder Milderung der Gabelle zu heben. Gleichzeitig sollten alle diese volkswirtschaftlichen Maßnahmen auch der Herstellung der Staatseinheit dienen, besonders die allgemeine Grundsteuer; denn sie war ein Schlag gegen die Privilegien des Adels und des Klerus, und sie räumte zugleich mit der Ungleichheit in der Besteuerung der einzelnen Landschaften auf. Ferner aber bezweckte Calonne durch die Einrichtung von Munizipalitäten zunächst in allen Pays d'élection, die Verwaltung des Landes zu vereinheitlichen. In ihnen wollte er die Nation zur Mitarbeit an den Staatsgeschäften heranziehen und den staatsbürgerlichen Sinn wecken; er glaubte, daß gerade dieses Projekt die schönsten Früchte zeitigen würde. Hoffnungsvoll heißt es in Calonnes Denkschrift vom Jahre 1786 über diese Selbstverwaltungskörper: „On verrait alors, combien il est plus facile et plus avantageux de gouverner les hommes par leur propre intérêt que par une obéissance passive“.³³ Die Verfassung dieser Provinzialversammlungen sollte nicht auf der Einteilung nach Ständen, sondern

auf dem Besitzstand der Bürger beruhen, die Zugehörigkeit zu ihnen an einen hohen Zensus geknüpft sein. Ihre Aufgabe war, für gerechte Verteilung der Steuern und für die Verteilung und Beaufsichtigung der öffentlichen Arbeiten zu sorgen, der Regierung die Wünsche der Untertanen zu unterbreiten und sie in ihrer Verwaltungstätigkeit zu beraten. Durch sie sollten nunmehr Herrscher und Volk miteinander verkehren; die Bedeutung der Parlamente mußte dadurch natürlich abnehmen. Ferner würde nach Calonnes Plan die Regierung durch die Grundsteuer eine dauernde, feste Einnahme haben und somit nicht mehr auf den guten Willen des Parlamentes angewiesen sein, das mit dem Registrierungsrecht, welches den königlichen Verfügungen erst Gesetzeskraft verlieh, eine Waffe gegen die eigenmächtige Steuerpolitik der Regierung in Händen hatte. Die Parlamente würden also ihren politischen Einfluß verlieren.

Calonne hatte von der Bedeutung seines Reformplanes eine besonders hohe Meinung. „Es handelt sich darum“, heißt es in einer seiner Denkschriften, die Glagau der Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat, „alle Fehler der Verfassung des Reiches zu beseitigen und ihm endlich jenen regelmäßigen und einheitlichen Bestand zu geben, den frühere Jahrhunderte vergeblich erstrebt haben“.³⁴ Also den absoluten Einheitsstaat galt es zu schaffen. Ein herrliches Ergebnis dieser Reformen schwebte ihm vor: „Durch direkten und ständigen Verkehr mit seinem Volke verbunden, würde der Herrscher unermeßliche Quellen des Kredits und infolgedessen eine unermeßliche Ausdehnung seiner politischen Macht erhalten. Seine Wünsche würden immer gehört werden, weil er immer ein Mittel hätte, sie seinen Untertanen durch Organe, die sie sich selbst gewählt hätten, zu erklären; . . . und durch diese glückliche Verfassung würde die Autorität immer aufgeklärt sein und niemals in ihrem Gang angehalten werden; sie wäre immer auf die öffentliche Meinung gestützt und nie würde ihr durch Murren widersprochen. Sie würde immer wohlthun können und nie zu strengen Maßnahmen gezwungen sein. Der König würde sich nur als Schützer, Wohltäter und Vater zu zeigen haben.“³⁵ So wären also in dem neuen Einheitsstaat alle Ungleichheiten beseitigt, die durch das allmähliche Zusammenwachsen ursprünglich selbständig gewesener Landschaften entstanden waren, und alle Macht würde in den Händen des Königs

liegen. Die Sonderrechte der Provinzen und Städte auf Abonnements sowie die der ersten beiden Stände auf Steuerbefreiungen und die des Parlamentes auf Codifizierung der königlichen Gesetze, alle diese letzten Reste der ständischen Macht sollten nunmehr gänzlich verschwinden. Die seit Jahrhunderten im Werden begriffene Entwicklung des Reiches zum absoluten Einheitsstaat sollte somit ihren Abschluß und ihre Krönung finden.

Zu solchem gewaltigen Werk waren außergewöhnliche Mittel erforderlich, darüber war sich Calonne klar. Er würde die Parlamente gegen sich haben, ihre Gegnerschaft konnte den ganzen Plan vereiteln. Diese also galt es zu beseitigen. Calonne wußte jedoch im voraus, daß die Parlamente in ihrem Widerstand gegen die Absichten der Regierung nicht alleinstehen würden, sondern daß sich der Klerus zu ihnen gesellen würde. Unter den vom Minister zur Behebung der Finanznot des Staates und zur Durchführung einer gerechten Verteilung der Steuern ausgearbeiteten Vorschlägen befand sich, wie gesagt, auch der Plan einer allgemeinen Grundsteuer, der auch Adel und Geistlichkeit unterworfen sein sollten.

Eine andere Denkschrift enthielt einen Vorschlag über die Rückzahlung der Schulden des Klerus. Der Klerus hatte nämlich die Summen, die er dem Könige in Form des Don gratuit zahlte, nicht von seinem Vermögen genommen, sondern sie aus Anleihen bestritten, die er auf seine Güter aufgenommen hatte. Calonne wollte den Klerus nun von diesen Schulden befreien, um die geistlichen Güter zur Besteuerung heranziehen zu können. Diese Pläne bedeuteten eine Verletzung der Immunität des Klerus. Die betreffende Denkschrift läßt deutlich erkennen, daß sich dieses Projekt im Zusammenhang mit der Grundsteuer gegen jede finanzielle Ausnahmestellung des Klerus richtete.³⁶ Calonne gab zwar zu, daß der Klerus Ehrenvorrechte haben könnte, die mit der monarchischen Verfassung vereinbar wären und nicht gegen den Grundsatz der Gerechtigkeit verstießen, aber er stellte die Behauptung auf, daß, wenn es sich um Zahlung einer Grundsteuer handle, zu der Adel und Beamtenschaft verpflichtet seien, sich die Geistlichen nicht davon ausgenommen glauben dürften. Keinerlei Immunität könnte sie davon befreien. Und nicht nur die gleiche Steuer müßte der Klerus zahlen, sondern er müßte es auch in derselben Weise wie die übrigen Stände tun. Drei Gründe führte der Minister für diese Forderung an: Die Ein-

heitlichkeit sei die öffentliche Garantie für die Gerechtigkeit des Gesetzes; sie sei notwendig, um den Reichtum des Landes völlig kennen zu lernen und sie sei im Interesse des Klerus wichtig; denn er erhalte sich seine Popularität nur dann, wenn er dieselben Lasten trage wie die übrigen Staatsbürger.

Während sich Calonne also anschickte, dem Klerus große Opfer zuzumuten, suchte er jeden Widerstand dagegen dadurch niederzuschlagen, daß er mit der Mobilisierung der öffentlichen Meinung drohte. Ganz ähnlich hatte er sich dem Könige gegenüber bezüglich dieser Frage geäußert und ihn über die zu erwartende Opposition der Geistlichkeit beruhigt.³⁷ Er faßte zwar die Möglichkeit ins Auge, daß der Klerus von jetzt ab das *Don gratuit* verweigern würde, meinte aber, darauf könnte die Regierung gerne verzichten, da die Grundsteuer viel mehr einbringen würde; und er setzte hinzu: „*S'il poussait plus loin sa réclamation, elle aurait aux yeux de toute l'Europe une telle défaveur qu'elle ne pourrait être un seul instant redoutable.*“

Calonne war sich also durchaus bewußt, daß er mit seinem Reformplan bei zwei mächtigen Korporationen auf Widerstand stoßen würde, aber er hoffte, die Nation auf seiner Seite zu haben. In dem Reformplan selbst, seinen wohlthätigen Absichten und den segensreichen Wirkungen, die er verhiess, sah der Minister die Gewähr dafür, daß breite Kreise der Nation die Regierung bei seiner Durchführung willig unterstützen würden. Er rechnete auf die Loyalität des Adels, der dem König seinen Dienst nicht versagen könnte, auf die aufgeklärten Männer in den Behörden und der Kommunalverwaltung und auf die öffentliche Meinung. Für das beste Mittel, diese Kräfte für seinen Plan zu gewinnen, hielt er die Einberufung einer Notabelnversammlung. Wenn so der feste Wille des Königs in feierlichster Form verkündet würde, und wenn man das Allgemeininteresse den Sonderinteressen der Parlamente entgegensetzte, dann mußte nach seiner Ansicht der Plan gelingen. Es gelang Calonne, Ludwig XVI. für seinen großen Plan zu gewinnen durch den Hinweis darauf, daß er das einzige Mittel sei, den Staat aus seiner drückenden Notlage zu befreien und wirklich dauernde Abhilfe zu schaffen. Er stellte dem Könige vor, daß es nur auf dem immerhin außergewöhnlichen Wege einer Notabelnversammlung möglich sein würde, die Berufung der Generalstände zu umgehen, die

bei einer so wichtigen Angelegenheit, wie dieser Eingriff in die Verfassung es sei, sonst wohl hätten gehört werden müssen. Die Erfahrung habe gelehrt, daß die Generalstände ohne festes Programm arbeiteten, daß ihre Beratungen unruhig und ohne Ergebnis verliefen, und daß diese Versammlungen große Ausgaben verursachten, ohne Nutzen zu bringen. Ihre Einwilligung zu Plänen der Regierung aber hätten sie sich stets nur durch Zugeständnisse abkaufen lassen. Dagegen würden die vom König besonders ausgewählten und berufenen Notabeln nur ein festes Programm, das ihnen die Regierung vorlege, anzuhören haben. Sie würden nicht verfehlen, es gutzuheißen und dem Könige nur über die praktischste Art und Weise, es zu verwirklichen, ihren Rat erteilen. Diese Gründe überzeugten den König, und die Notabeln wurden für Januar 1787 nach Versailles berufen.

Als Calonne der Durchführung seiner Pläne wegen nicht die Generalstände berief, sondern den Mittelweg der Berufung von Notabeln einschlug, tat er es also in der Hoffnung, in ihnen gefügige Helfer zu finden. Nur die Rolle von Beratern der Regierung hatte er ihnen zugedacht; über die Notwendigkeit der Reformen sollte ihnen kein Urteil zustehen. Es lag im Wesen einiger seiner Projekte, daß sie den heftigsten Widerstand der Parlamente hervorrufen mußten, und es ließ sich voraussehen, daß sie die neuen Steueredikte nicht genehmigen würden, die dem Minister wegen der brennenden Finanznot des Staates besonders am Herzen lagen. Daher versuchte Calonne, durch die Zustimmung der Notabelnversammlung die Parlamente zu umgehen. Zwar mußte er den Vertretern der Parlamente eine beträchtliche Anzahl von Sitzen in der Notabelnversammlung einräumen, aber er glaubte, bei den übrigen Notabeln genügende Zustimmung zu finden, besonders aber des ungeteilten Beifalls der öffentlichen Meinung gewiß zu sein. Daher hielt er seine Pläne streng geheim, um nicht seinen Gegnern die Möglichkeit zu geben, etwa ihrerseits schon vor Beginn der Verhandlungen die Volksstimmung gegen seine Reformpläne aufzureizen.

Auch auf die Gegnerschaft des Klerus mußte sich Calonne, wie gesagt, gefaßt machen, er berief daher zu dessen Vertretung nur eine beschränkte Anzahl Geistliche. Dennoch haben diese 17 Prälaten die erste Notabelnversammlung geistig geleitet, und der geschmeidige Calonne hat an ihnen seine Meister gefunden. Auch im Kampf mit ihnen hatte er gehofft — und mit mehr Berechtigung als bei den

Parlamenten — die Öffentlichkeit auf seiner Seite zu haben. Waren doch oft genug Stimmen laut geworden, die die Ausnahmestellung des Klerus auf dem Gebiete der Besteuerung angriffen. Ein Minister, der den stolzen und begüterten hohen Klerus unter das Joch einer allgemeinen Steuer zwingt, dürfe des Beifalls weiter Kreise gewiß sein. Eine Flugschrift aus diesen Tagen lenkte erneut die Blicke der Nation auf diesen in behaglicher Ruhe lebenden Stand: Während der Adel außer seinen Steuern auch noch sein Leben opfere und während das Volk sein ganzes Dasein an die Bearbeitung des Bodens setze, bringe der Klerus selbst nur friedliche Gebete für das Heer dar und fordere den Zehnten von der Ernte ein; da, wo die anderen Stände Leben und Besitz dem Könige weihen, gestehe der Klerus nur gleichsam eine Gabe seiner Großmut im Don gratuit dem Herrscher zu.³⁸ Mit Lebrun, dem Verfasser der Flugschrift, wird das Volk gefragt haben: „Muß man, um die Diener einer Religion zu ehren, ungeheure Reichtümer auf sie häufen?“ und die Antwort, die er gab, war sicherlich jedem aus dem Herzen gesprochen: „Nein, es war Zeit, diese falsche Ansicht zu zerstören; es war Zeit, den Klerus zurückzuführen zu den Grundsätzen, die er dem Volke predigt. Nur indem er Mißstände verbesserte, konnte der Staat wieder neues Leben gewinnen. Man mußte diese abscheulichen Privilegien also beseitigen, die wie die Parasiten im Schatten eines nützlichen Baumes wachsen, ihn umschlingen, seinen Saft verzehren und sich mit seiner Hilfe erheben, während sie von seiner Kraft leben, und ihn schließlich ersticken.“

Die hier zum Ausdruck kommenden Sympathien für Calottes Angriff auf die Vorrechte der Geistlichkeit sollten ihm jedoch nichts nützen. Sie stellten nur einen Einzelfall dar. Die öffentliche Meinung stand den Reformplänen des als verschwenderisch bekannten Ministers mit starkem Mißtrauen gegenüber und glaubte nicht an die wohlmeinenden Absichten der Regierung. Aber auch in der Haltung der Notabeln hatte sich Calotte vollständig getäuscht. Nicht nur Parlament und Klerus, sondern auch Adel und Beamte standen ihm als Feinde gegenüber. Der durch Vergennes' Krankheit und Tod verursachte Aufschub gab den Notabeln Zeit und Gelegenheit, die Pläne der Regierung in Erfahrung zu bringen. Sie erkannten, daß es sich um einen vernichtenden Schlag gegen die Reste ständischer Gewalten und um einen Machtzuwachs der Krone handelte. Der

Minister, der dies plante, führte seit Jahren eine skrupellose Finanzwirtschaft, der König, der ihm dazu sein Vertrauen schenkte, hatte nach einigen Ansätzen, die Mißbräuche in der Verwaltung zu beseitigen, doch einen Stillstand in den Reformen eintreten lassen. Hoffnungsvolle Anfänge waren verkümmert, und schließlich war in der Hauptsache alles beim Alten geblieben: Günstlingswirtschaft am Hofe, kostspielige Liebhabereien der Glieder des königlichen Hauses, betrügerische Finanzoperationen des leitenden Ministers, drückende Mißstände in der Veranlagung und Eintreibung der Steuern. Dieser Regierung waren die Notabeln nicht gewillt, ihre Privilegien zu opfern, um sie noch zu stärken, und ihr freie Hand zu lassen, damit sie nach Gutdünken mit dem Volksvermögen schalten könnte. Und so rüsteten sich die Notabeln zum Widerstand.

Besonders der Klerus ging dabei ganz planmäßig vor. Daß einzelne Prälaten diesen Minister schon lange mit Mißtrauen betrachteten, geht aus Bemerkungen des Erzbischofs Boisgelin v. Aix hervor. Bald nachdem Calonne das Ministerium übernommen hatte, gab Boisgelin seinen Besorgnissen offen Ausdruck:³⁹ „Ich fürchte zur Zeit nichts mehr als seine Sucht, zu gefallen, als die Erhöhung der Ausgaben und das Fehlen einer gewissen Autorität, deren diese Stellung bedarf, und die die Grundlage des Kredits sein muß.“ Diese Sorge erwies sich nur zu bald als begründet; im Juni 1786 lag die unheilvolle Lage des Staates dem Erzbischof klar vor Augen. So schrieb er nach Rücksprache mit Finanzleuten, er habe erfahren, daß Geld nur durch Borg und Vorschüsse dreier Bankiers einkäme, daß dieses Geld zur Rückzahlung der Schulden benutzt würde und daß dieser Zustand keine zwei Jahre mehr dauern könne, und er setzte hinzu: „Ich bin bestürzt, dieselben Dinge von verschiedenen Seiten zu hören, es muß also etwas Wahres daran sein.“⁴⁰

Als Calonne jetzt mit seinen Reformplänen hervortrat, konnten die Prälaten über die Haltung, die sie ihm gegenüber einzunehmen hatten, nicht im Zweifel sein. Allabendlich trafen sie sich während der Dauer der Notabelnversammlung beim Erzbischof von Narbonne. Dort wurde die Linie festgelegt, die man in den Verhandlungen einhalten wollte, und man erteilte jedem Bischof seine Rolle für den nächsten Tag zu. Die Seele dieser klerikalen Gruppe war Loménie de Brienne, Erzbischof von Toulouse. Von der Art und Weise, in der die bischöfliche Oppositionspartei vorgegangen ist, geben die Briefe

des Erzbischofs von Aix und das Protokoll der Ausschußsitzung vom 2. März ein anschauliches Bild.⁴¹ Calonne hatte sich bereit erklärt, einem aus den 7 Präsidenten und 4 bis 5 Mitgliedern jedes Büros gebildeten Ausschuß die Grundlage für seine Berechnungen zu geben. Er legte in dieser Sitzung seinen Plan einer allgemeinen Grundsteuer vor, welche in Form von Naturalleistungen erhoben, die Vingtièmes ersetzen und alle Besitzenden umfassen sollte. In dieser Rede wurde er dauernd von den Prälaten unterbrochen; Aix verlangte eine Begrenzung der Grundsteuer betreffs ihrer Dauer; Narbonne behauptete, daß keiner sonst so viel zahle wie der Klerus, Arles machte eine Anspielung auf die Generalstände, ohne welche neue Steuern nicht erhoben werden dürften. Auch behaupteten alle diese Opponenten, daß die Vingtièmes gerecht verteilt wären, und setzten sich für ihre Beibehaltung ein. Bordeaux bestritt die Zweckmäßigkeit der Erhebung in Form von Naturalleistungen, ehe ein Kataster aufgestellt wäre. Nach diesen Vorgefechten, die den Minister beunruhigten sollten, führten Bordeaux, Narbonne und Toulouse die Hauptschläge gegen ihn. Calonne beschwor sie zwar: „Meine Herren, es handelt sich um die Behandlung der wichtigsten Angelegenheiten des Königs und der Nation, niemals hat man über größere Gegenstände verhandelt; lassen Sie die Worte aus dem Spiel! Ich gebe Ihnen meinen Stil preis und beschwöre Sie, sich nur mit dem Inhalt zu befassen, damit wir nicht kostbare Zeit verlieren!“⁴² Die Bischöfe jedoch bezeichneten die Vorschläge des Ministers als unbrauchbar. Als er neue Vorschläge von ihnen forcierte, erklärten sie, zu ihrer Ausarbeitung keine Zeit gehabt zu haben. Sie müßten erst in ihre Provinzen zurückkehren und dort die lokalen Erfordernisse erwägen.

Dillon v. Narbonne warf Calonne die Überstürzung wichtiger Maßnahmen vor; der Minister verteidigte sich: „Diesen Beschluß verzögern, heißt Gefahr laufen, alles zu verlieren und das Wohl des Staates aufs Spiel zu setzen!“ Darauf Brienne: „O, die Gefahr ist nicht so groß!“ Calonne drang nochmals in seine Gegner (man merkt, daß ihm das Messer an der Kehle sitzt): „Le besoin de l'Etat crie!“ Da erhielt er den scharfen Vorwurf: „Il fallait agir il y a un an avant que le besoin criât.“⁴³ Calonnes Plan, die neue Steuer in Naturprodukten zu erheben, wurde strikt abgelehnt.

Auch mit seinem anderen Vorschlag hatte Calonne in dieser

Sitzung kein Glück. Er verlangte, daß alle Landschaften gleichmäßig zur Grundsteuer herangezogen werden sollten. Das bedeutete die Abschaffung der Abonnements. Demgegenüber forderte der Generalprokurator von Aix für die Provence Fortdauer des Abonnements, und sein Erzbischof unterstützte ihn darin. Der Erzbischof von Narbonne wünschte Abonnements für alle Pays d'États. Calonne schlug diese Forderung ab und machte noch einmal auf die Notwendigkeit einer sofortigen Bewilligung der Grundsteuer aufmerksam. Da antworteten die Bischöfe zwar, daß man an ihrem Eifer nicht zweifeln solle; sie wagten also das Prinzip der Gleichheit nicht abzulehnen, aber Brienne sprach aus, was ihrer aller Meinung war, wenn er erklärte, der Klerus werde sich zwar nach Kräften an der Behebung der Finanznot beteiligen, man dürfe aber den Standpunkt der Gerechtigkeit nicht verlassen. Man müsse nämlich den Korporationen und Provinzen, welche Sonderrechte besäßen, den Gebrauch dieser Formen belassen, für die sie berechnete Anhänglichkeit hätten, und die unantastbar sein müßten, da sie die Gleichheit der Verteilung nicht veränderten.⁴⁴

Diese Behauptung widersprach den Tatsachen und sollte nur dazu dienen, das Prinzip Calonnes unwirksam zu machen. Denn eben die gleichmäßige Verteilung der Steuer wurde durch dieses, den Landschaften und dem Klerus gewährte Sonderrecht der selbständigen Steuerumlage unmöglich gemacht. Der Erzbischof von Narbonne verlangte Beweise dafür, daß die Steuer überhaupt notwendig sei, und der Erzbischof von Bordeaux berief sich auf Neckers *Compte rendu*: Bisher habe niemand vermuten können, daß sich in Neckers Berechnung irgend ein Irrtum befinde.⁴⁵

Der weitere Verlauf der Verhandlungen ist bekannt und soll hier nur skizziert werden. Die Notabeln zwangen unter Führung der Prälaten den Minister, zuzulassen, daß sich ihre Mitarbeit nicht nur auf Beratungen über die Durchführung der Reformen erstreckte, sondern auch auf Prüfung der Gründe, die die Reformen seiner Meinung nach notwendig machten. Sie erklärten sich zwar prinzipiell bereit, sich der allgemeinen Grundsteuer zu unterwerfen, verlangten aber die Vorlegung aller Etats der seit Neckers Abgang verflossenen Jahre, um die Entstehung des Defizits ergründen zu können. Calonne weigerte sich anfangs, ließ aber den Büros schließlich die Etats zugehen. Nachdem die Notabeln den gefor-

derten Einblick in die Rechnungsbücher genommen hatten, schenkten sie den Belegen des Ministers doch keinen Glauben; sie zweifelten die Notwendigkeit neuer Steuern an und stützten sich auf Neckers glänzenden Rechenschaftsbericht. In Calonne aber sahen sie nur den Verschwender und Erpresser, ein Werkzeug des Despotismus, vor dem die Nation geschützt werden müsse. Seine zentralistischen Pläne, also die Abschaffung der Abonnements, die ständefeindliche Zusammensetzung der Provinzialversammlungen, das Edikt über die Rückzahlung der Schulden des Klerus wurden ebenso abgelehnt wie die steuertechnischen: der Quotitätscharakter der Grundsteuer und die Abänderung der Gabelle. Vergeblich suchte Calonne durch Veröffentlichung seiner Denkschriften, denen er eine bittere Anklage gegen die Notabeln voranschickte, bei denen er so wenig Opferwilligkeit gefunden habe, die öffentliche Meinung für seine Pläne zu gewinnen und dadurch die Notabeln zur Änderung ihrer ablehnenden Haltung zu bewegen. Das Volk stand mit seinen Sympathien auf Seiten der Notabeln, und diese setzten, empört über die Anklagen des Ministers, beim Könige seine Absetzung durch.

Bald darauf wurde sein schärfster Gegner Brienne, Erzbischof von Toulouse, zu seinem Nachfolger gemacht. Man hätte erwarten sollen, daß ein solcher Ministerwechsel bezweckte, die Opposition zur aktiven Mitarbeit an der Regierung heranzuziehen, ihr Programm anzunehmen und es ihr zu überlassen, Mittel und Wege zu seiner Durchführung zu finden; davon konnte jedoch bei dem Eintritt Briennes in das Ministerium keine Rede sein. Als Mitglied der Notabelnversammlung hatte er scharf die ständischen Interessen gegen die absolutistischen Tendenzen der Regierung vertreten. Jetzt, als er durch die Fürsprache der Königin den schon längst begehrten Ministerposten erhalten hatte, stellte er sich vor den König und übernahm mit der Aufgabe, die Krone aus der verzweifelten Lage zu retten, in die sie eine gewissenlose Finanzwirtschaft und der Stillstand der Reformen gebracht hatte, zugleich von seinem Vorgänger auch das Programm, das diese Rettung bringen sollte. Jedoch konnte Brienne, der bei seinem Angriff auf Calonne seine Standesgenossen geschlossen hinter sich gehabt hatte, sich dieses Rückhaltes nicht in seiner ministeriellen Tätigkeit erfreuen; denn an der offenen Gegnerschaft des Klerus gegen die Regierung änderte auch Briennes Eintritt in das Ministerium nichts. Zwar fanden sich

auch unter dem Klerus einige Reformfreunde wie Boisgelin v. Aix, die willig mitarbeiteten und die Projekte Calonnes nach ihren Wünschen abänderten und nun freudig begrüßten; aber Boisgelin klagte in einem Briefe darüber, daß Brienne weder in seinem Büro noch in der Versammlung Herr der Lage sei, und daß sich Leute fänden, die alle Reformen ablehnten, weil sie ursprünglich von Calonne, diesem elenden Menschen, herrührten.⁴⁶ Die Koalition im Klerus, die sich gegen Calonne gebildet hatte, zerfiel, nachdem sie ihre zerstörende Arbeit getan hatte. Zu einer aufbauenden Tätigkeit, für die sich ihr Führer Brienne befähigt glaubte, fand sich keine geschlossene Mehrheit des Klerus bereit.

Brienne paßte die von Calonne entworfenen Reformprojekte den Wünschen der Notabeln an. Er begrenzte die Grundsteuer in ihrer Höhe; er gab den von Calonne nach Turgotschem Muster geplanten Provinzialversammlungen eine ständische Verfassung, welche sich eng an diejenige anlehnte, die Necker in Berry und Haute-Guyenne eingeführt hatte. Für diese Änderung des ursprünglichen Reformplanes hatten sich besonders die Vertreter des Klerus in der Notabelnversammlung eingesetzt. Die Regierung machte auch sonst viele Versprechungen, die Notabeln aber bewilligten die vorgelegten Steueredikte nicht, sondern traten nun ihrerseits mit Forderungen hervor. So verlangten sie vom Könige erhebliche Sparmaßnahmen in seiner Hofhaltung und verwiesen ihn mit dem Plan einer Tilgung der Schulden des Klerus an die nächste Generalversammlung dieser Körperschaft.

Den Höhepunkt aber bildete ihre Forderung eines ständischen Finanzrates. Schon in der Konferenz am 2. März war zum ersten Mal der Wunsch nach Bildung eines Finanzausschusses aus der Notabelnversammlung laut geworden, dem Calonne die Etats vorlegen sollte. Am 23. April hatte die Regierung diesem Wunsche insofern entsprochen, als sie versprach, den Büros die Einnahme- und Ausgaberegister zugehen zu lassen, damit sie sich vom Vorhandensein des Defizits und von der Notwendigkeit neuer Steuern überzeugen könnten. Am 9. Mai versprach der König die jährliche Bekanntgabe der Einnahmen und Ausgaben des Staates. Aber diese Zugeständnisse genügten bereits den Notabeln nicht mehr. Am 5. Mai gab ein Entwurf des 1. Büros den Wünschen der Versammlung festere Formen. Ein oberster Finanzrat sollte aus angesehenen,

unabhängigen Männern gebildet werden, die der König aus den Ständen wählen sollte. Außerdem sollten die beiden obersten Finanzbeamten des Reiches dieser Behörde angehören. Diesem Finanzrat wollte man die Aufsicht über das gesamte Finanzwesen des Staates zuweisen. Er sollte bei der Aufstellung des Staatshaushaltsplanes gehört werden, und alle größeren Finanzoperationen der Regierung sollten seiner Genehmigung bedürfen.

Diese Behörde würde, wenn sie ins Leben getreten wäre, eine bedeutsame Beschränkung des Königtums durch die Stände dargestellt haben. Die Notabelnversammlung hätte dann gerade das Gegenteil von dem bewirkt, wozu sie nach den Plänen der Regierung hatte dienen sollen. Statt ein Programm gutzuheißen, das den Absolutismus von den letzten ständischen Schranken befreite und Frankreich zu einem einheitlichen Wirtschafts- und Verwaltungsgebiet machte, würden sie den Absolutismus zurückgedrängt haben. Der wichtigste Zweig der Staatsverwaltung, die Finanzverwaltung, wäre der Kontrolle der Stände unterworfen. Mit dieser Forderung gingen die Stände noch über das hinaus, was Ludwig XVI. in den Deklarationen vom 23. Juni 1789 ihnen später zugestand; denn damals reservierte er sich eine bedeutende Summe zur freien Verfügung der Regierung für unvorhergesehene Ausgaben. Man hat dieses Ansinnen der Notabeln daher mit Recht als die Revolution der ersten Stände bezeichnet. Jetzt, im Frühjahr 1787, drangen sie mit diesen Wünschen freilich nicht durch. Ihrer Forderung fehlte der Nachdruck, weil sie sich nur als Wunsch einzelner Persönlichkeiten darstellte, die nicht durch die Autorität ihrer Korporationen gedeckt waren. Es gelang der Regierung, diesen Angriff auf ihre Selbständigkeit abzuwehren. Brienne, der sich zu Beginn der Notabelnversammlung für die Schaffung einer ständischen Finanzkontrolle eingesetzt hatte, wollte jetzt als leitender Minister nichts davon wissen. Er beabsichtigte, aus dem Finanzrat, den die Notabeln wünschten, eine Einrichtung zu machen, die sich den Wünschen der Regierung gefügig zeigte und beiseite geschoben werden konnte, wenn sie lästig fiel. An solcher Behörde hatten die Notabeln natürlich kein Interesse, und so kam sie nicht zu Stande. Ende Mai 1787 wurden die Notabeln vom König feierlichst verabschiedet.

Der große Reformplan, den Calonne mit soviel Hoffnungen entworfen hatte, war an dem Widerstande der Notabelnversammlung

gänzlich gescheitert. Statt eine Stärkung ihrer Macht zu erreichen, hatte die Regierung schwere Einbuße an ihrem Ansehen erlitten. Es war den Notabeln gelungen, den Absolutismus in seiner Verschwendungssucht und leichtfertigen Führung der Finanzgeschäfte bloßzustellen und zu demütigen. Einem weiteren Machtzuwachs der Krone auf Kosten der Stände hatten sie den Riegel vorgeschoben.

Bei der entscheidenden Bedeutung, die diese erste Notabelnversammlung für das Schicksal des französischen Königtums hatte und bei dem großen Einfluß, den der Klerus auf ihren Verlauf ausübte, ist es wertvoll zu fragen, wo der Schwerpunkt der Calonne'schen Reformpläne und der Grund für die Gegnerschaft des Klerus lag; hängt doch damit die Frage nach dem Maße an Verantwortung zusammen, das der französische Klerus an dem Sturz des Königtums gehabt hat. Die Aufmerksamkeit der Historiker hat sich daher auch von jeher diesen Fragen zugewandt.

Ranke hat sich in seiner Arbeit über die Notabelnversammlung dahin ausgesprochen, daß bei Calonne das Geldbedürfnis ausschlaggebend für die Aufstellung seiner Reformpläne gewesen wäre. Daher habe ihm am meisten an dem dritten seiner Projekte gelegen, das die Ablösung der Schulden des Klerus zum Gegenstand hatte.⁴⁷ Calonne habe den Klerus von ihnen befreien wollen, um ihn zur Grundsteuer heranziehen zu können. Dann aber habe diese Maßnahme auch seinen Zentralisierungsplänen dienen sollen; denn dem Prinzip der Uniformität, auf das Calonne das neue Frankreich zu gründen gedachte, habe nichts so entgegengestanden, wie der Klerus in seiner korporativen Haltung, mit seinem unermeßlichen Landbesitz und dessen abgesonderter Verwaltung und mit dem Recht einer freien Bewilligung seines Beitrages zu den Staatslasten. Calonne habe die Selbständigkeit des Klerus als Staatskörper mit diesem Plan angegriffen, wogegen sich der Klerus selbstverständlich gewehrt habe; denn in seinen Schulden sah er die Gewähr seines Bestehens. Die von Calonne für die Provinzen geplanten Selbstverwaltungsorgane mit ihrer unständischen Verfassung kamen nach Rankes Ansicht nur in zweiter Linie als Schlag gegen den Klerus in Frage.

Ein Blick in die drei ersten Denkschriften, in denen Calonne die Besteuerung des Klerus und die Organisation der Provinzialversammlungen behandelte, zeigt, daß sich die beiden Motive für das

Reformprogramm, das finanzielle und das staatspolitische, bei Calonne völlig durchdrangen.⁴⁸ Auch war Calonne von jeher Anhänger der auf Schaffung des Einheitsstaates gerichteten Bestrebungen der Physiokraten, insonderheit Turgots gewesen. Wenn Ranke dem fiskalischen Interesse unter den Motiven des Ministers den Vorrang zuweist, so hat er nur insofern recht, als der tatsächliche Antrieb zur Inangriffnahme des Reformplanes von dem Geldbedürfnis des Ministers ausging. Die erschreckende Leere des Staatssäckels zwang ihn dazu, endlich mit dem langgehegten Plan an die Öffentlichkeit zu treten, deren Vertrauen er erst noch hatte gewinnen wollen.

Nach Rankes Auffassung war die neue Grundsteuer auch der eigentliche Anlaß für die Gegnerschaft der Prälaten Calonne gegenüber. Diese Ansicht vertritt auch Cherest. Die neue Steuer habe den Verdacht erweckt, daß der Klerus bald auch noch anderen Steuern unterworfen werden sollte.⁴⁹ Außerdem sei seine eigene Verwaltung und sein Besitz bedroht worden. Die Erregung der Geistlichkeit über solche Pläne sei daher nur zu begreiflich, selbst wenn man ihr einzureden versuchte, diese Maßnahme würde nicht um des allgemeinen Nutzens willen, sondern im Interesse des Klerus selbst in Angriff genommen.

Abweichend von Ranke ist Cherest der Ansicht, Calonne hätte diese Erregung nicht hervorzurufen brauchen; er hätte zwar die Grundsteuer fordern müssen, aber es dem Klerus freistellen können, sich zu diesem Zwecke durch selbst gewählte Mittel von seinen Schulden zu befreien. Der Einfluß der Prälaten auf die Notabelnversammlung hätte eine solche Rücksichtnahme angebracht erscheinen lassen. Cherest übersieht indessen, daß Calonne eben nicht gewillt war, dem Klerus die eigene Verwaltung seines Besitzes zu belassen, daß ihm vielmehr die Finanzfrage eine willkommene Gelegenheit bot, die Privilegien des Klerus überhaupt anzugreifen. Er konnte sein Ziel, den absolutistischen Einheitsstaat, nur auf diesem Wege erreichen. Daß ihm dabei der Klerus besonders im Wege war, geht aus den oben angeführten Stellen seiner Denkschriften mit Deutlichkeit hervor. Auf ein Paktieren mit den Prälaten und auf eine Berücksichtigung ihrer Selbständigkeitsgelüste konnte er sich daher auf keinen Fall einlassen, selbst wenn er des finanziellen Erfolges ganz sicher gewesen wäre.

Im Gegensatz zu Ranke und Cherest vertritt der französische Historiker Cans in der *Revue Historique* die Ansicht, daß die Besteuerung des Klerus und die Ablösung seiner Schulden kein Grund zu seiner Feindschaft gegen Calonne gewesen wäre.⁵⁰ Er hätte sich zur Aufgabe seiner Steuerfreiheit bereit erklärt, und es sei kein Grund vorhanden, an der Aufrichtigkeit dieses Verzichtes zu zweifeln. Vielmehr wäre die Organisation der Provinzialversammlungen mit ihrem ständefeindlichen Charakter den Prälaten als der empfindlichste Schlag gegen ihre Rechte erschienen. Sie hätten es als ihre Aufgabe angesehen, diese Versammlungen gegen die Bewegungen eines lärmenden und unwissenden Tiers und gegen die ihre Gewalt mißbrauchenden Intendanten zu sichern, sich also zwischen eine Tyrannei von oben und von unten zu stellen. Cans stützt sich bei diesem Urteil auf die Briefe des Erzbischofs von Aix, die er in der erwähnten Zeitschrift veröffentlicht. In diesen Briefen schilt nämlich am Tage nach der Verlesung der Denkschriften Calonnes in der Notabelnversammlung der Erzbischof in den heftigsten Ausdrücken auf den Minister, diesen „Buben voller Vermessenheit, der von allen verachtet wird und nichts als Geld will“. Sein Urteil über die Reformprojekte lautet: „Feige Maßnahmen des Despotismus, äußerste Ausdehnung der Autorität der Intendanten, der Adel gedemütigt, die Provinzialversammlungen zu einem Nichts gemacht, ohne Macht und ohne Nutzen, das ist das traurige und schimpfliche Ergebnis!“⁵¹ Von der Angelegenheit des Klerus aber schreibt derselbe Prälat, daß sie ihn viel weniger als die Dinge von allgemeinem Interesse beschäftige, und daß er ihretwegen keine Opposition machen werde.

Aus diesen Briefstellen geht allerdings hervor, daß dieser Erzbischof nicht durch banalen, materiellen Egoismus bewogen wurde, dem Reformplan Calonnes heftigsten Widerstand entgegenzusetzen, sondern daß seine Opposition seinem ständischen Bewußtsein entsprang, das sich gegen jedes Vordringen des Absolutismus aufs äußerste wehrte, weil es nach seiner Auffassung das Wohl des Staates gefährdete. Nun meint Cans daraus schließen zu können, daß der gesamte Klerus so dachte wie dieser Prälat. Es ist aber kaum angängig, diese Schlußfolgerung zu ziehen. Selbst Glagau, der die Notabeln als wohlmeinende und patriotische Männer rühmt, stellt auf Grund der Quellen fest, daß der Klerus der Notabelnver-

sammlung mit zäher Engherzigkeit auf seine Steuerprivilegien pochte und deswegen von den übrigen Notabeln, die großmütiger dachten und im Fall der Not zu Geldopfern bereit waren, getadelt wurde.⁵² Außerdem zeigt ja das Verhalten Briennes, der sich trotz seines großen Einkommens als Kirchenfürst noch vom Könige ein Jahresgehalt von 120 000 Francs ausbedang, daß die Not des Staates nicht zu den Herzen aller Bischöfe sprach und daß keineswegs ihnen allen materieller Egoismus fern lag. Wenn Cans weiter meint, die Besteuerung des Klerus allein hätte keinen Anlaß zur Entrüstung und Opposition geben können, weil die Abschaffung der Steuerfreiheit nicht auch den Verlust der eigenen Verwaltung und der politischen Stellung nach sich zu ziehen brauchte, so hat er wohl die politische Bedeutung dieser Steueredikte unterschätzt und die Verbindung übersehen, die zwischen den verschiedenen Projekten Calottes bestand. Wie es sich für den Minister nicht nur darum handelte, dem Staat eine neue Einnahmequelle zu eröffnen, sondern darum, ihn finanziell unabhängig zu machen von dem guten Willen einer Korporation, so mußte der Klerus notwendig in dem Aufgeben seiner Steuerfreiheit und in der Unterwerfung unter dieselbe Steuer, die alle übrigen Untertanen zahlten, einen Verlust seiner Macht als selbständiger Staatskörper sehen. In seinem freiwilligen Beitrag zu den Staatslasten in Form der Dons gratuits hatte er ein Mittel besessen, seine Wünsche beim König durchzusetzen. Zwang man ihn zur Steuer, so verlor er der Regierung gegenüber an politischer Macht. Andererseits hat Cans mit Recht hervorgehoben, daß Calonne gerade durch den unständischen Aufbau der Provinzialversammlungen den Einfluß des Klerus in den Provinzen zurückdrängen wollte. In einer für den König bestimmten Denkschrift tadelt Calonne an Neckers Selbstverwaltungskörpern, daß den Bischöfen der Vorsitz in ihnen eingeräumt worden war; er sieht darin eine Gefahr für den Staat.⁵³ Es muß sowohl Ranke und Cherest als auch Cans gegenüber betont werden, daß Beides, die Verletzung der Steuerfreiheit und der ständefeindliche Charakter der Provinzialversammlungen, die Opposition des Klerus in der Notabelnversammlung hervorgerufen hat.

Wie Cans so ist auch Wahl der Ansicht, daß der Klerus damals das Steuerprivileg preisgegeben habe.⁵⁴ Die Allgemeingültigkeit dieser Behauptung hat schon Glagau bestritten.⁵⁵ Er stimmt aber

mit Wahl in dem Urteil überein, daß wie die übrigen Notabeln auch der Klerus seine sonstigen Vorrechte nicht aus engherziger Selbstsucht verteidigt habe, sondern daß es geschehen sei, um für die Freiheit des in den Ständen repräsentierten Volkes gegen den Absolutismus zu kämpfen.⁵⁶ Es wäre nicht vom Klerus zu erwarten gewesen, meint Glagau, daß er seine erbten Rechte einem Absolutismus opferte, den man als verschwenderisch, despotisch und sittenlos seit Jahrzehnten kannte. Auch nach Struck bediente sich der Klerus der Steuerprivilegien als eines taktischen Mittels im Kampf gegen den Absolutismus.⁵⁷

Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß auf der Notabelnversammlung dem französischen Klerus große Opfer zugemutet wurden, die sowohl seinen Besitz als auch seinen politischen Einfluß betrafen, und daß von den drei Reformministern Ludwig XVI. niemand ungeeigneter sein konnte, mit solchen Forderungen an den Klerus heranzutreten, als gerade Calonne. Er hatte sich durch seine leichtfertige Finanzwirtschaft in so hohem Grade das Mißtrauen der einsichtigen Männer zugezogen, daß sein Unternehmen von vornherein aussichtslos war. Es war eine selbstverständliche und in den Augen des Klerus eine durchaus patriotische Pflicht, daß er diesem Minister und diesem schwachen Könige gegenüber auf der Hut war.

Dennoch ist die Politik des Klerus in der Notabelnversammlung nicht nur als eine Verteidigung seiner wohlerworbenen Rechte aufzufassen. Indem er in der Angelegenheit seiner Schuldenablösung den König an die nächste Generalversammlung der Bischöfe verwies, verzögerte er nicht nur die Möglichkeit einer Rettung der Krone aus der brennenden Finanznot, er demütigte auch den König dadurch, daß er ihn, recht im Gegensatz zu einem auf der Notabelnversammlung gefallenen unbedachten Wort, der König könne nach Belieben Steuern erheben, zu Verhandlungen mit einer ständischen Vertretung zwang. Die Provinzialversammlungen, die als verständnisvolle Berater der absolutistischen Regierung auf dem Wege zur Vollendung des Einheitsstaates gedacht waren, sollten nach dem Willen der Privilegierten Bollwerke ständischer Macht und damit auch Werkzeuge provinzieller Sonderrechte werden. Die Notabeln und besonders die Bischöfe machen sich hier aufs Neue zu dem, was sie notwendig waren, zu Vertretern des Partikularismus gegenüber

den zentralistischen Bestrebungen des Absolutismus. Der Klerus verließ die Taktik des bloßen Widerstandes vor allem mit seiner Forderung nach einem ständischen Ausschuß, der das Finanzgebaren der Regierung streng kontrollieren sollte. Das bedeutete den Versuch, zum Kondominat der Stände zu gelangen. Somit ging der Klerus von der Verteidigung zum Angriff über und gab gemeinsam mit den übrigen Notabeln das erste Signal zur offenen Auflehnung gegen die Regierung.

Die Bedeutung, die diese Haltung des Klerus für das Schicksal des Königs gehabt hat, ergibt sich aus der Stellung, die man der Notabelnversammlung in der Vorgeschichte der Revolution einräumt. Für A. Wahl war nicht die Niederlage, die die Regierung bei dieser Gelegenheit erlitten hatte, schon irgendwie ausschlaggebend für das fernere Schicksal der Krone; erst die Schwäche des Königs und seines leitenden Ministers im Laufe der folgenden Jahre dem Ansturm eines machthungrigen Tiers gegenüber habe das Königtum dem Verderben preisgegeben. Für Struck und Glagau ist jedoch mit dem Scheitern der Reformversuche über den fernerer Bestand des Absolutismus entschieden. In dem Machtkampf gegen ein Ständetum, das die Rückkehr zum mittelalterlichen Feudalstaat erstrebte, war der Absolutismus unterlegen; er hatte nicht die Kraft gehabt, eine geordnete Staatsverwaltung einzuführen und sich neue Hilfsquellen zu erschließen. Die Schuld an diesem Zusammenbruch trugen nach Strucks Ansicht hauptsächlich die nach Macht strebenden Stände,⁵⁸ nach Glagaus Meinung hatte sich die Krone ihr Schicksal selbst zugezogen, weil sie schon unter Turgot sich für die Beibehaltung der traditionellen Machtpolitik und für die Begünstigung der verschwenderischen Hofgesellschaft entschieden hatte, statt in mühsamer und langwieriger Arbeit die innere Wohlfahrt des Staates zu fördern. Die Stände hätten nur ihre Pflicht getan, sagt Glagau, wenn sie die bestehenden Mißstände aufgedeckt hätten, und es wäre verständlich, daß sie dem Könige nicht mehr zutrauten, von sich aus Wandel darin zu schaffen.

Tatsächlich waren es alle drei Ursachen, die das Schicksal des Absolutismus in diesem ersten Stadium der Revolution besiegelten: das Machtstreben der Stände, die Unfähigkeit des Absolutismus zu ernster Reform der höfischen Mißstände sowie seine politische Schwäche, die sich im Zurückweichen und Umgehen ernster Ent-

scheidungen zeigte, und schließlich das tief eingewurzelte Mißtrauen der Nation gegen seinen Reformwillen.

Nach der schonungslosen Kritik, welche die Notabeln an der Finanzwirtschaft der Regierung geübt hatten — einer Kritik, die bald durch die Veröffentlichung der Verhandlungen in weite Kreise der Bevölkerung drang —, war natürlich nicht daran zu denken, daß der Gedanke der Staatsreform nun zu Grabe getragen werden durfte. Man wird aber doch fragen können, ob es notwendig war, daß die Reform, die der Absolutismus nicht hatte vollziehen können, nun durch revolutionäre Gewalten vollzogen wurde. Hatten nicht die ersten Stände, als sie in der Notabelnversammlung den Absolutismus lahmlegten, von ihm die Aufgabe übernommen, den Staat von Grund auf zu reformieren? Ein Königtum, das mit allen seinen Schäden so peinlich bloßgestellt war, konnte sich nur halten, wenn es in letzter Stunde gelang, das Staatswesen nach den Erfordernissen der Gegenwart umzubilden. Das hätten sich die Notabeln, die doch das Königtum erhalten wollten, sagen müssen. Den großen Körperschaften, den Landständen, Parlamenten und dem Klerus, fiel die Aufgabe zu, zur Herstellung der Staatseinheit, zur gerechten Verteilung der Lasten, zur Durchführung einer nach dem Grundsatz sozialer Gerechtigkeit auf die allgemeine Wohlfahrt abzielenden Verwaltung die Hand zu bieten. Nur wenn sie sich dieser Aufgabe unterzogen, wenn auch auf anderem Wege als Calonne, hatte ihre Politik in der Notabelnversammlung sittliche Berechtigung.

2. Der Klerus als Vorkämpfer der Nation?

Die von Calonne in Angriff genommene Politik mit ihrem doppelten Ziel, die der Vollendung des Einheitsstaates entgegenstehenden Sonderrechte der Korporationen zu beseitigen und dem Staate neue Geldquellen zu eröffnen, wurde auch von seinem Nachfolger Brienne nicht aufgegeben. Der Reformplan Calonnes war zwar gescheitert, aber die Regierung versuchte auf einem anderen Gebiete, dem der Gerichtsbarkeit, Reformen durchzuführen. Diese sollten Einheitlichkeit in der Rechtsprechung herbeiführen und zur Beseitigung vieler Mißstände dienen. Der Verfasser der meisten dieser die Gerichtsreform betreffenden Erlasse war der Großsiegelbewahrer Lamoignon. Von hoher politischer Bedeutung war an

diesem Reformplan der Versuch, die Krone von den Parlamenten unabhängig zu machen; denn als oberster Gerichtshof war eine Cour plénière geplant, eine aus königlichen Justizbeamten bestehende Behörde, der die Eintragung der königlichen Erlasse in die Staatsgesetzbücher zustehen sollte. Damit wäre den Parlamenten ihr wichtigstes politisches Recht entzogen worden, und die Regierung wäre zur unbeschränkten Herrschaft gelangt. Daher weigerte sich das Pariser Parlament, diesen Gesetzentwurf zu registrieren. Da griff die Regierung zum Staatsstreich und schickte das Parlament am 18. Mai 1788 in die Ferien.

Auch die zweite, noch dringendere Aufgabe ließ Brienne nicht außer Acht. Er suchte nach Mitteln und Wegen, die leere Staatskasse zu füllen. Der Notabelnversammlung hatte bekanntlich ein Entwurf über die Erhebung einer allgemeinen Grundsteuer vorgelegen. Sich ihr zu unterwerfen hatten sich damals unter dem Druck der weltlichen Notabeln und angesichts der besonderen Notlage des Staates die Geistlichen bereitgefunden. Man kann wohl annehmen, daß, wenn dieser Steuerentwurf zur Ausführung gekommen wäre, die ursprünglich für 1787 geplante Bischofsversammlung nicht gewagt haben würde, diese Erklärung der Prälaten zu mißbilligen. Brienne sah sich jedoch gezwungen, dieses Edikt schon im Herbst desselben Jahres wieder zurückzunehmen. Statt der geplanten Grundsteuer wurden die zu ihren Gunsten suspendiert gewesenen Vingtièmes wieder eingeführt. Bei dieser Gelegenheit befahl die Regierung, auch die geistlichen Einkünfte in die Steuerrollen eintragen zu lassen. Obwohl der Minister die beruhigende Erklärung abgab, er habe nur einen Überblick über den Reichtum der Nation gewinnen wollen, fühlte sich der Klerus durch diese Maßnahme bedroht. Er fürchtete, daß diese Eintragung seiner Güter in die Steuerlisten bald die Veranlagung zur Steuer nach sich ziehen würde. Die Vingtièmes aber, um die es sich hier handelte, waren eine reguläre Steuer, eine ausgesprochene „Laiensteuer“, von der die Geistlichen, bis auf den Klerus der Grenzprovinzen, bisher immer befreit gewesen waren. Der Klerus war daher nicht gewillt, sich ihr zu unterwerfen; denn mit der Annahme dieser Steuer wäre er ein für alle Mal seiner Steuerfreiheit und zugleich der eigenen Veranlagung und seiner Sonderstellung überhaupt verlustig gegangen. Es ist mit Gewißheit anzunehmen, daß dies nicht leere

Befürchtungen waren, sondern daß sich Brienne mit solchem Angriff auf den Klerus trug. Die verzweifelte Lage des Staates mußte den Minister zu solchem Schritt treiben, auch gehörte er ohnehin zu den aufgeklärten Geistlichen, die so veraltete Ansprüche wie die Steuerfreiheit ihres Standes willig aufgeben wollten, wenn ihnen keine Gegenleistungen von Seiten des Klerus entsprachen.

Somit bestanden für den Klerus, der sich im Frühjahr 1788 zur allgemeinen außerordentlichen Konferenz versammelte, hinreichende Gründe, an der Politik des Widerstandes festzuhalten, die er in der Notabelnversammlung des Vorjahres befolgt hatte. Der Regierung unter Brienne waren Angriffsabsichten durchaus zuzutrauen, zumal sie einer anderen politischen Körperschaft, dem Pariser Parlament, gegenüber, gerade jetzt eine energische Haltung zu zeigen begann, während sie gleichzeitig in verschiedenen Provinzen in offenem Kampfe mit den Stände-Versammlungen lag. Die Ereignisse während der Notabelnversammlung hatten aber hinreichend gezeigt, wieviel man erreichen konnte durch eine feste Haltung, wie schwach der sich jetzt so energisch und absolutistisch gebärdende Gegner im Grunde war. Der verhaßte Minister war preisgegeben, unerwünschte Reformpläne waren geändert worden, der Absolutismus, bedrängt auch durch Sorgen der äußeren Politik, hatte zurückweichen müssen. Dazu war der Gegner durch seine Finanznot dem Klerus gerade jetzt sozusagen in die Hand gegeben. Die Generalversammlung des Klerus sollte ursprünglich der Bewilligung eines Don gratuit von 8 Millionen und Beratungen über das Projekt der Ablösung der Schulden des Klerus dienen, um damit den Weg zur Heranziehung der geistlichen Güter zur Besteuerung freizumachen. Tatsächlich legte aber die Regierung dieses Projekt der Versammlung gar nicht mehr vor; sie hatte wohl erkannt, daß keine Aussicht auf seine Annahme bestand. Dem Klerus war also die Linie weiteren Handelns klar vorgezeichnet, sie konnte nur die der Opposition sein.

Sofort nach Eröffnung der Versammlung ergriffen der Erzbischof von Reims und der Bischof von Auxerre das Wort zur Verteidigung der Freiheiten des Klerus, zur Kritik der finanziellen Politik der Regierung und zur Befürwortung einer Beschränkung des Don gratuit. Die von diesen beiden Geistlichen ausgearbeiteten, in langen Verhandlungen von der Versammlung beraten und endlich dem König eingereichten „Vorstellungen“ protestierten gegen die

Eintragung der Einkünfte des Klerus in die Steuerlisten und gegen jede Heranziehung zur Besteuerung unter Hinweis auf die geistliche Bestimmung ihrer Güter und betonten feierlich die absolute Freiwilligkeit ihrer Gaben in Form des *Don gratuit*: „*Notre conscience et notre honneur ne nous permettent pas de consentir à voir changer en tribut nécessaire ce qui ne peut être l'offrande de notre amour*“.⁵⁰ Wenn sie damit nur wiederholten, was frühere Versammlungen bereits gesagt hatten, so gingen sie doch weit über früher Gesagtes damit hinaus, daß sie die Freiwilligkeit ihrer Abgaben als ein Grundrecht des französischen Staates hinstellten, das zwar der Klerus für sich allein bewahrt habe, das aber ursprünglich allen Ständen gemeinsam und den *Pays d'États* eigen gewesen wäre. Sie bezeichneten die *Franchises*, *Immunités* und *Exemptions* als „*restes précieux du droit commun de la Nation*“ und verlangten von der Regierung ihre ausdrückliche Bestätigung. Wie eine schlecht verhüllte Drohung klingt es, wenn die „Vorstellungen“ sagen: „Man kann uns nicht die Freiheit unserer Gaben und unserer Verwaltung nehmen, ohne uns auch die Fähigkeit zu nehmen, zu geben und anzubieten“.

Da es Brienne in erster Linie um eine sofortige finanzielle Hilfe zu tun war, erfolgte die gewünschte Bestätigung der Freiheiten des Klerus durch Kabinettserslaß. Das war ein klägliches Rückzug. Brienne verzichtete damit auf seine geheimen Pläne, von denen er, nachdem alle anderen Mittel, Geld zu bekommen, fehlgeschlagen waren, letzte d a u e r n d e Rettung für den Staat erhofft hatte. Zu diesem Schritt bewog ihn sichtlich nur die Erwartung, sich dadurch die finanzielle Unterstützung des Klerus f ü r d e n A u g e n b l i c k zu erkaufen und mit einem bedeutenden *Don gratuit* wenigstens die dringendsten finanziellen Bedürfnisse des Staatshaushaltes zu decken.

Wenn aber der Minister schon bei Schluß der Notabelnversammlung nicht mehr alle Prälaten hinter sich gehabt hatte, so hatte er sie jetzt fast geschlossen gegen sich. Die sich sonst befehdenden *Prélats devots* und *Prélats administrateurs* fanden sich jetzt zusammen gegen die Regierung. Die wenigen reformfreundlichen Männer wie Dillon, Boisgelin, Ciccé von Bordeaux blieben ohne Einfluß. Wenn man Weber glauben will, hatte Brienne in unglaublicher Verblendung über die wirkliche Meinung seiner Standes-

genossen nicht bloß auf momentane finanzielle Unterstützung seiner Politik gerechnet, sondern auch auf die Zustimmung der Klerus-Versammlung zu den übrigen, von Calonne übernommenen Reformplänen.⁶⁰ Der Überbringer seiner Bitte um das *Don gratuit* von 8 Millionen sprach die Erwartung des Königs aus, daß die Prälaten einem Minister aus ihren Reihen Vertrauen entgegenbringen und sich beeilen würden, allen Untertanen des Königs ein schönes Beispiel vollkommenster Hingebung an seinen Dienst zu geben. Das, was König und Minister aber erhielten, war eine kümmerliche Abfindung, nicht ein Viertel des geforderten Betrages, und ein großes Mißtrauensvotum in Form der „*Remontrances*“ des Erzbischofs Thémines von Blois.⁶¹ Blois geht darin von dem Konflikt der Regierung mit dem Parlament aus und verteidigt die Handlungsweise desselben; die Erhebung von „Vorstellungen“ dürfe die Regierung dem Parlament nicht zum Vorwurf machen; es hätte nur seine Pflicht getan, wenn es gegen die Edikte über die Gerichtsreform protestiert hätte, da man in einem *Empire tempéré* lebe, das nicht durch impulsive Gesetzesakte, sondern durch Verhandlungen und Beratungen regiert werde.

Was also der Regierung als Widerspenstigkeit und böser Wille erschienen war, wird hier vom Klerus als konstitutionelle Pflicht bezeichnet. Die Errichtung der *Cour plénière* wird abgelehnt mit der Begründung, daß sie einseitig regierungstreu sein würde, und daß durch sie eine Einheitlichkeit der Gesetzgebung herbeigeführt würde, die zu den Sonderrechten der Provinzen im Widerspruch stände. „Wozu würden die Verträge, Kapitulationen und alle Sonderrechte nützen, die doch ein Teil unseres Volksrechtes sind, wenn sie in Vergessenheit gerieten und mit einer allgemeinen Gesetzgebung vermengt würden?“ Dann wird die Frage der Besteuerung aufgegriffen, an der sich der Widerstand des Parlamentes immer wieder entzündete, und es wird betont, daß die Einwilligung des Volkes zu seinen Steuern notwendig sei: „*Le peuple français n'est donc pas imposable à volonté*“. Der Klerus habe mit seinem besonderen Recht der freiwilligen Abgabe an den Staat stets nur die Rechte des ganzen Volkes verteidigt. Die Parlamente seien völlig im Recht, wenn sie sich zu weiterer Bewilligung von Steuern nicht mehr berechtigt hielten. Sie seien zwar in den Augen der Nation „*une forme des trois États raccourcie au petit pied*“ und hätten die

Nation während der Zeit, in der die Generalstände nicht einberufen wurden, vertreten, aber die Parlamente selbst stellten jetzt ihr Recht den legitimen Inhabern wieder zu. Dies geschehe jedoch nicht zu dem Zwecke, daß der König dieses Recht an eine neue Behörde, die *Cour plénière*, übertrage, welches hieße „transporter en des mains étrangères les droits naturels de la Nation, qui ne les a jamais aliénés“, sondern damit die Nation selbst in ihren drei Ständen sie wieder ausübe. Die Generalstände allein könnten dem Staate Rettung bringen; ihre baldige Einberufung und periodische Wiederkehr sei daher dringend erwünscht. Der Schlußsatz dieser Denkschrift drückt die Hoffnung aus, daß der König es als seinen Ruhm ansehe, nicht König von Frankreich, sondern König der Franzosen zu sein.

In einer Ansprache an den König befaßte sich der Klerus schließlich mit dem königlichen Toleranzedikt vom vergangenen Jahre. Er billigte die Erteilung des Zivilrechtes an die Protestanten, gab das Streben nach ihrer Rückführung in die katholische Kirche zwar keineswegs auf, bekannte sich aber zu milden Bekehrungsmethoden. Das Recht der katholischen Kirche als Staatskirche auf Gotteshäuser, Kultus und Unterricht nahm er auch fernerhin mit aller Ausschließlichkeit für sie in Anspruch.⁶²

Diese Kundgebungen stellen einen bedeutsamen Schritt in der Politik des französischen Klerus dar. Wie schon Weber bemerkte, besteht ein großer Unterschied zwischen dieser Versammlung des französischen Klerus von 1788 und den früheren.⁶³ Statt mit Fragen von kirchlichem Interesse befaßt sie sich mit den Tagesfragen der Politik. Die von ihr dabei eingehaltene Grundrichtung ist die gleiche wie auf der Notabelnversammlung des Vorjahres. Sie stellt sich in mehreren bemerkenswerten Einzelzügen dar. Hervorzuheben ist zuerst die Stellung des Klerus zu den Parlamenten. Daß er überhaupt ihre Partei ergreift, scheint weniger auffallend, als Wahl findet.⁶⁴ Eine Annäherung zwischen den einstigen Gegnern hatte sich schon in der Notabelnversammlung angebahnt, wo man gemeinsam an einem Strang gezogen hatte; aber die Parlamente werden jetzt sogar als Hort der Freiheit, als Repräsentanten der Nation hingestellt. Vertreter der Nation konnten sie schon deswegen nicht sein, weil die Zugehörigkeit zu ihnen durch Erbschaft oder Kauf erworben wurde. Auch ein Hort der Freiheit waren sie kaum uneingeschränkt zu nennen, waren es doch gerade die Parlamente ge-

wesen, die erst kürzlich versucht hatten, königliche Erlasse unwirksam zu machen, die der Befreiung entrechteter Volksteile dienen sollten. So registrierte das Pariser Parlament das königliche Edikt über die Befreiung der Mainmortables erst auf Lettre de cachet, und das Parlament von Besançon wehrte sich gegen dasselbe Edikt solange und wollte auch das Toleranzedikt vom Jahre 1787 nicht registrieren, bis der König die Schließung des Parlamentsgebäudes durch Lettre de cachet befahl und dadurch die Eintragung beider Erlasse erreichte. Jetzt werden die Parlamente also vom Klerus zu Wächtern der Rechte des Volkes, zu Trägern des Vertrauens der Nation gemacht. Wir sehen also, daß der Klerus an der praktischen Bundesgenossenschaft von Parlament und Kirche aus den Tagen der Notabelnversammlung festhält und ihr nun auch eine theoretische Begründung gibt.

Wie ist es zu erklären, daß aus den einstigen Gegnern Freunde geworden waren? Die Antwort ist darin zu finden, daß die Gegensätze, die sie sonst trennten, im Augenblick belanglos geworden waren, und daß man sich auf das gemeinsame Interesse besann. Der Gallikanismus der Parlamente, den der Klerus sonst bekämpfte, trat jetzt ebenso zurück wie die Intoleranz einer durch die Jesuiten fanatisierten Geistlichkeit, der die Parlamente so häufig entgegengetreten waren. Der gemeinsame Feind, der Absolutismus, führte durch seine Reformversuche, die auf die Unterhöhlung der ständischen Macht hinarbeiteten, fromme und unfromme Prälaten einträchtig in das Lager der Parlamente. Diese waren bekanntlich die grimmigsten Gegner des reformierenden Absolutismus und somit die eifrigsten Verteidiger der bestehenden Ordnung. Machte doch diese, ursprünglich aus dem dritten Stand stammende hohe Magistratur und noblesse de robe vielleicht den einflußreichsten und mächtigsten Teil des Adels überhaupt aus. Ihre Macht fußte nicht zum wenigsten in der feudalen Gesellschaftsordnung. Die Parlamentarier waren häufig Besitzer großer Lehen und Gerichtsbarkeiten und übten die an diesen haftenden grundherrlichen Rechte aus. Somit waren sie zu einer Korporation geworden, die dem Geburts- und Schwertadel wie der geistlichen Aristokratie nichts an Standesbewußtsein nachgab.⁶⁵ Ja, das ständische Machtbewußtsein dieser Noblesse de robe war besonders wach, da sich diese Korporation im Besitz eines wichtigen politischen Rechtes befand,

wie es in gleicher Stärke selbst der Klerus nicht aufzuweisen hatte. In dem Registrierungsrecht der Parlamente war eine wirkliche Beschränkung der königlichen Macht in Frankreich vorhanden. Der Klerus erklärte sich solidarisch mit dieser Körperschaft, weil sie zum Adel gehörte und für die Generalstände eintrat, in denen der Klerus zu dominieren hoffte. Daher fühlte er sich durch die Angriffe der Regierung auf die Befugnisse der Parlamente mittelbar mitbetroffen. Jedem Einbruch in die Front ständischer Vorrechte mußten andere folgen und schließlich das ganze, ehemals so starke Bauwerk ständischer Macht gänzlich niederreißen. Aus diesem Grunde trat jetzt der Klerus dem Könige gegenüber leidenschaftlich für die Rückberufung der Parlamente aus der Verbannung ein. Um die Bedeutung der Gerichtshöfe noch zu erhöhen, stellte die Geistlichkeit die Behauptung auf, die Nation habe einst ihre natürlichen Rechte auf die Parlamente übertragen, jetzt verzichteten diese freiwillig auf die weitere Ausübung ihrer Befugnisse bei der Gesetzgebung, damit die Nation wieder in ihre alten Rechte trete, d. h. sich in den Generalständen versammle.

Der Klerus gab sich also alle Mühe, die Forderung auf Einberufung der Generalstände auch seinerseits rechtlich zu begründen. Seine „Vorstellungen“ sprachen sich für ein periodisches, in kurzen Zwischenräumen erfolgendes Zusammentreten der Generalstände aus. Als ihre Befugnis nannten sie das Recht, der Regierung Abgaben anzubieten und Vorstellungen und Beschwerden zu erheben. Doch nahmen die Bischöfe auch Gelegenheit, sich noch in anderer Form über ihre Wünsche betreffs dieser Nationalversammlung zu äußern. Während die Klerusversammlung tagte, befahl die Regierung durch einen Erlaß, Nachforschungen über die Art und Weise früherer Tagungen der Generalstände anzustellen. Der Klerus griff diese Anregung sofort auf. Am 5. August hielt der Abbé Desprez ein Referat mit dem Thema: „Über die Art der Einberufung, Zusammensetzung und Beratung der Generalstände“.⁶⁶ Nach Ansicht des Referenten war die Zahl der Abgeordneten jedes Standes gleich hoch, die Mindestzahl für jeden Stand müßte ein Abgeordneter in jedem Wahlbezirk sein. Dieser sei im Klerus natürlich der Bischof, falls ein solcher im Bezirk wäre, und neben ihm werde man noch einen zweiten Abgeordneten wählen, einen Domherren oder den Vertreter einer größeren Abtei. Die Beratung nach Zusammentritt

der Stände habe niemals gemeinsam stattzufinden. Die Stände dürften nur durch Kommissionen miteinander verkehren. Kein Stand könne durch die Beschlüsse der beiden anderen Stände gebunden werden.

Mit diesem Referat beantwortete der Klerus von sich aus zwei Fragen, die die Regierung dem Parlament und der zweiten Notabelnversammlung erst im Herbst vorlegte. Das Bild, das Desprez hier entwarf, wurde bei der Mehrzahl des hohen Klerus bestimmend für ihre zukünftige Haltung gegenüber der Frage der Verfassung der Generalstände. Für Desprez war also die Zahl der Abgeordneten belanglos, auf ihre Auswahl und auf die Art der Abstimmung kam es an, und die Berufung der Bischöfe stand ihm dabei über allem Zweifel. Für die Verhandlungen galt ihm als oberster Grundsatz die Abstimmung nach Ständen. Mit der zweiten These, daß die Verbindung zweier Stände in gemeinsamer Beratung gegen einen dritten zwecklos sein würde, da dieser niemals durch ihre Entscheidung gebunden werden könnte, ergriff der Klerus eine Vorsichtsmaßregel gegen die Möglichkeit, daß die beiden Laienstände sich verbünden könnten, um die Geistlichkeit der allgemeinen Steuer zu unterwerfen.⁶⁷ Im Unterschied zur Haltung der Bischöfe in der Notabelnversammlung, die sich schließlich mit der Durchführung der Grundsteuer einverstanden erklärt hatten, lehnte der Klerus jetzt jedes Besteuerungsrecht der Regierung ab. Er hielt also beharrlich an seinem Anspruch auf Ausnahmerechte fest und setzte sich damit in offenen Widerspruch zu den feierlichen Erklärungen seiner Vertreter auf der Notabelnversammlung des Vorjahres. Er knüpfte ferner seine finanzielle Beihilfe an Bedingungen; als ihm diese von der Regierung erfüllt wurden, entzog er sich jedoch der Verpflichtung, die sich für ihn aus diesem Handel ergeben mußte, und zeigte damit, daß er diese Regierung nicht zu stützen gewillt war.

In einem Punkte aber bewegte sich die Klerusversammlung von 1788 ganz in den Bahnen der Politik, die die Prälaten im Vorjahre verfolgt hatten: sie machte sich wie diese zum Verteidiger der Sonderrechte der Provinzen, sie bekannte sich zu partikularistischen Tendenzen gegenüber den zentralistischen des Absolutismus. Es könnte verwunderlich erscheinen, daß diese Körperschaft soviel Verständnis für landschaftliche Sonderrechte aufbrachte bei dem Geist der Uniformität, der die katholische Kirche kennzeichnet Ihre

eigene Organisation war so unitarisch, daß die These, die sie hier für das politische Gebiet aufstellte: „Es ist wesentlich, daß alle Landschaften die Gesetze beobachten, aber nicht, daß alle dieselben Gesetze haben“, auf Verwaltung und Disziplin der Kirche angewendet, eine Unmöglichkeit war. Es hatte aber seine guten Gründe, wenn der Klerus sich hier für die Sonderrechte der Provinzen einsetzte, wie A. Mathiez dargelegt hat.⁶⁸ Nicht um der Selbständigkeit dieser Landschaften willen, etwa aus foederalistischer Einstellung heraus, kämpfte er für die Erhaltung provinzieller Vorrechte, sondern weil diese Vorrechte ihm und dem Adel in den Ständen der Provinzen das Übergewicht verschafften. Denn die Sonderrechte der Provinzen waren nur Bollwerke der feudalen Macht gegen den Absolutismus. So stand auch hinter dieser Forderung, die auf den ersten Blick als Zeichen für das Vorhandensein foederalistischer Ideen im hohen Klerus erscheinen könnte, das eigene Machtinteresse.

Endlich ist die Klerusversammlung bemerkenswert durch die Stellungnahme der hohen Geistlichkeit gegenüber dem Könige. Die Bischöfe machten ihm offene Vorwürfe, weil man in seiner Gegenwart auf der Notabelnversammlung die Freiheiten des Klerus, die er doch bei seiner Krönung geschworen hätte, habe angreifen dürfen. Sie beschuldigten ihn einer leichtfertigen Erhebung von Steuern und Anleihen, die der Verschwendung und Mißwirtschaft Tür und Tor öffne, und erinnerten ihn an die Notabelnversammlung, in der auf die heuchlerische Ankündigung einer endlichen Befreiung des Volkes von dem Steuerdruck eine um so fatalere Aufdeckung des Defizits gefolgt sei. Rückhaltlos sprachen sie ihre Besorgnisse für die Zukunft aus: Schon sähen sie den Kreislauf von seltenen Ersparnissen und häufigen Verschwendungen sich erneuern, gegen die nur die Generalstände, nicht Wort und Person des Königs den Staat schützen könnten; denn ohne die Nationalversammlung sei das Glück auch der längsten Regierung doch nur ein vorübergehendes. „La prospérité d'un empire repose sur une seule tête. Dans notre antique monarchie qu'avons nous à citer? Quelques hommes et quelques années éparses!“ Das sprach beim Rückblick auf die lange Reihe französischer Herrscher die Körperschaft aus, die stets aufs engste mit der Dynastie verbunden gewesen war und sich zu ihren natürlichen Verbündeten rechnete! Des Königs bisherige

Regierung erklärten sie gleichsam für null und nichtig, indem sie ihn ermahnten, sich eine *nouvelle carrière* zu eröffnen, die seiner Regierung Dauer verleihen würde; denn wirtschaftliche Not erschütterte die Throne, die Liebe eines Volkes aber sei ihre festeste Stütze.

Das Königtum wurde hier also vom Klerus offen als unzuverlässig, wortbrüchig und verschwenderisch verurteilt und die Geschichte des königlichen Frankreichs auf ein paar Männer zusammengestrichen. Darüber kann auch die höfliche Form und die Verwendung der üblichen Redensarten aus dem Sprachschatz eines überzeugten Royalismus nicht hinwegtäuschen. Der Klerus hat hier ein Revirement vollzogen; was in der Notabelnversammlung noch Intrige einzelner Prälaten gegen einen verhaßten Minister hätte sein können, das ist hier zu einer von der überwältigenden Mehrheit des hohen Klerus ausgesprochenen Absage an das absolutistische Königtum geworden.

So war die Generalversammlung des Klerus von 1788 ein energisches Bekenntnis zum ständischen Liberalismus, eine Kampf-ansage an die zentralistischen, ständefeindlichen Bestrebungen des Absolutismus; sie war ein Versuch, Reste ständischer Freiheiten und die *États Généraux* neu zu beleben und das Königtum in Abhängigkeit von ihnen zu bringen. Das bedeutet aber nicht etwa, daß sie eine Abkehr vom monarchischen Gedanken überhaupt war. Daß Thron und Altar auf denselben Grundlagen ruhten, war ihre feste, hier noch einmal feierlich ausgesprochene Überzeugung.

Schon die Zeitgenossen haben diese letzte Versammlung des Klerus vor Ausbruch der Revolution als eine bedeutsame Kundgebung gewertet, wie die Zusammenstellung zeitgenössischer Broschüren bei Mautouchet in der „*Révolution française*“ zeigt.⁶⁹ Sie haben sich je nach ihrer eigenen politischen Einstellung zustimmend oder ablehnend geäußert. Die einen sahen in dem Vorgehen des Klerus Undankbarkeit, Irreligiosität und Ungehorsam; den anderen waren die Forderungen noch nicht weitgehend genug. Alle aber hatten den gleichen Eindruck gewonnen, daß sich da ein Riß aufgetan hatte zwischen Königtum und Klerus. Weber, der jene Zeit miterlebte, faßt sein Urteil in folgenden Worten zusammen: „Der Klerus setzt die Frage beiseite, über die zu beraten er berufen ist, und macht sich zum Beschützer des Volkes, Zensor der Regierung, Ratgeber des Königs. Er wirft sich zum Schiedsrichter auf

zwischen dem beleidigten König und seinen bei ihm in Unnade stehenden Gerichtshöfen.“⁷⁰

Von neueren Historikern ist mehr das positive Moment in dem Verhalten der Bischöfe hervorgehoben worden. So sieht der klerikale Schriftsteller Abbé Sicard, der die Geschichte des französischen Klerus der Revolutionszeit geschrieben hat, die Äußerungen der Versammlung als einen Beweis dafür an, wie sehr der Klerus teilhabe an der Geistesbewegung seiner Zeit, und behauptet, je mehr man sich der Revolution genähert habe, desto mehr habe auch sein Herz mit dem der Nation geschlagen.⁷¹ Mautouchet greift in dem erwähnten Aufsatz dieses Urteil auf und untersucht, ob der Klerus tatsächlich die Generalstände forderte, weil sein Herz mit dem der Nation schlug.⁷² Er stellt zwei Gründe für die Forderung des Klerus heraus. Sein erstes Ziel war, seine Privilegien zu sichern. Dieses Ziel aber war am sichersten zu erreichen, wenn das Prinzip der Selbständigkeit und Steuerfreiheit, das diesen Privilegien die historische Rechtfertigung verschaffen sollte, als Universalrecht der ganzen Nation betrachtet wurde. Die Proklamierung des Steuerbewilligungsrechtes der Nation bedeutete also einen Schritt zu Gunsten klerikaler Sonderinteressen. Wenn der Klerus dieses Recht genießen wollte, mußte er seine Ausdehnung auf die ganze Nation fordern, weil sich sonst die Eifersucht der beiden anderen Stände gegen ihn erheben würde. In seinem eigenen Interesse also war der Klerus dazu gekommen, auf die ganze Nation das Recht auszu dehnen, das er zu gebrauchen beabsichtigte, das Recht, die Steuern zu bewilligen. Man dürfe also nicht, meint Mautouchet, um der Versammlung von 1788 willen den hohen Klerus als Verteidiger der Rechte des Volkes hinstellen. Wenn es ihm mit der Verteidigung der Volksrechte im Jahre 1788 wirklich ernst gewesen wäre, dann hätte er diese Verteidigung auch im nächsten Jahre bei den Generalständen sich zur Aufgabe machen müssen. Diese Begründung hält Wahl für völlig unzureichend.⁷³ Nach ihm bestehe „kein Zweifel für den Unbefangenen, daß der hohe Klerus damals von denselben Idealen für Freiheit, Recht und Menschlichkeit erfüllt und begeistert war wie der Adel und der Bürgerstand, daß er sich als Vorkämpfer der Nation fühlte, daß er ihr Vorkämpfer war“. Die Weigerung des Klerus, sich besteuern zu lassen, wozu er vorher und nachher doch bereit gewesen wäre, geschah nach Wahl, um einen

Druck auf eine Regierung auszuüben, welche man für despotisch hielt. Ganz ähnlich äußert sich Guglia.⁷⁴ „Man mag den Klerus tadeln, daß er sich den Finanzforderungen auch reformfreundlicher Regierungen trotz seines ungeheuren Reichtums so oft widersetzt hat. Diese Opposition war doch nicht allein von schnöder Selbstsucht geleitet; sie hatte auch politische Motive . . . Der Klerus war sich der Gefahr bewußt geworden, welche eine despotische Unumschränktheit allen Sonderrechten im Staate bereitete.“ Guglia rühmt auch „die schöne Denkschrift des Klerus“, und der auf das Toleranzedikt bezügliche Passus in der Rede des Erzbischofs von Narbonne ist nach ihm von wahrhaft evangelischem Geiste durchweht.

Man wird den beiden letztgenannten Kritikern darin beipflichten müssen, daß die verschiedenen Denkschriften der Klerus-Versammlung unbestreitbar richtige und wertvolle Erkenntnisse enthalten. Die Prälaten hatten völlig recht, wenn sie darauf hinwiesen, „que c'est dans le désordre des finances et la misère publique que les coeurs se refroidissent et que les Trônes s'ébranlent“. Auch daran ist kein Zweifel, daß zur Verifizierung von königlichen Gesetzen nicht eine vom König eingesetzte und abhängige Behörde genügen konnte, wenn anders der Nation überhaupt ein Anteil an der Gesetzgebung bewahrt bleiben sollte. Es zeugt weiterhin von politischem Scharfblick, wenn die Prälaten auf die Bedeutung der Volkstimmung für einen Herrscher und eine Dynastie aufmerksam machten; denn das irrationale Moment ist für das Gebiet der Politik nicht hoch genug anzuschlagen.

Wenn dennoch diese Kundgebungen des hohen Klerus nicht den erhebenden Eindruck hinterlassen, wie er von dem Ruf eines unterdrückten Volkes oder geknechteten Volksteiles nach Freiheit noch zu allen Zeiten auf die Menschheit ausgegangen ist, so liegt das daran, daß hier ständische Interessen verhüllt werden sollten durch den Deckmantel nationalen Empfindens. Die Bischöfe gaben sich zwar den Anschein, als ob sie kraft ihres geistlichen Amtes den Herzschlag der Nation spürten, als ob sie ihre eigenen Interessen vergäßen über dem großen Ganzen und nur getrieben wären von der Liebe zu Staat, Volk und König. Aber aus allem geht doch nur zu deutlich hervor, daß sie die von der Nation geforderten Generalstände verlangten, weil diese ihnen eine Schutzwehr für ihre Vor-

rechte sein sollten. Und glaubte denn der Klerus selbst ehrlich, dem Interesse der Nation damit zu dienen, wollte er wirklich das Wohl des Staates? Wir wissen, wie die États Généraux aussahen, die der Klerus erstrebte: Abstimmung nach Ständen, keinerlei Bindung des einen Standes durch die Beschlüsse der beiden anderen. Was nieß das anders, als daß der Klerus sich allen Anforderungen, die in Fragen der Besteuerung, aber auch der Gewissensfreiheit, des Unterrichts, der freien wissenschaftlichen Forschung von den Laienständen an ihn gestellt werden konnten, rigoros entziehen wollte? Deutlich genug wiesen die Prälaten auch alle Gleichheitsbestrebungen zurück und grenzten sich damit von dem Verlangen des dritten Standes ab. Ihre Remontrances machten einen heftigen Ausfall gegen die „kühne Philosophie, die seit langem unternommen zu haben scheint, der Welt neue Gesetze zu geben, die alles in der politischen Ordnung wie in der der Religion zerstören möchte unter dem Vorsatz, alles zu reformieren, und laut die Opposition gegen alle alten Grundsätze bekennt“. Und die Bischöfe fügten hinzu: „Die Grundsätze unseres Reiches erlauben nicht, daß man an die Stelle der alten Unterscheidungen und Vorrechte, die im Staate begründet sind und seine Spannkraft bilden, Verwirrung und Unordnung einer falschen Gleichheit setzt.“⁷⁵

Damit hatte der Klerus, der in dieser Versammlung sonst seine Kraft auf die Bekämpfung der absoluten Regierung verwandte, sich auch gegen alle Bestrebungen gewehrt, wie sie von neueren philosophischen Theorien ausgingen, und die dem aufstrebenden Bürgertum als willkommenere Waffe gegen die Vorrechte der ersten Stände dienten. So war die Sorge wegen der Verbreitung radikaler demokratischer Tendenzen verbunden mit dem Erschrecken vor dem Vordringen des Unglaubens. Die Religion war nicht nur in den Augen der Staatsmänner der Revolution, sondern auch in der Meinung dieses Klerus vornehmlich ein moralischer und sozialer Faktor. Gute katholische Christen waren nach ihrem Urteil gehorsame Staatsbürger, die nicht über ihre Verhältnisse hinausstrebten und, zufrieden mit ihrem Los, dem Geist der Neuerungssucht und der Auflehnung keinen Einlaß gaben. Die von den Philosophen ausgehende Kritik an den Dogmen der Kirche und der Geist der Diesseitigkeit, zu dem sie sich bekannten, hatten zwar nicht das Landvolk, wohl aber weite Kreise des Bürgertums und des Adels dem

Glauben der Kirche entfremdet und diese Schichten zu Deismus und Atheismus geführt. Diese Geistesbewegung erschreckte die Diener der Kirche aufs tiefste wegen der Wirkungen, die sie auf das soziale und politische Leben ausüben mußte. Mit dem Glauben an die metaphysischen Grundlagen der Religion war ja auch der Glaube an die gottgewollte Vormachtstellung der Kirche im Staate erschüttert, und ein Angriff auf ihre Güter konnte dann nicht mehr als ein Ungehorsam gegen göttliches Gebot erscheinen. Damit aber war auch das Ständetum überhaupt in seiner bisherigen Verfassung, die dem ersten und zweiten Stande große Ehrenvorrechte gewährte, gefährdet. Ein Volk, das ganz der Welt zugewandt war, mußte zu einer hohen Einschätzung seines Menschentums kommen und — erfüllt von dem Gedanken an die von Natur gleiche Würde aller Menschen — nun auch stürmisch die Rechte fordern, die sich aus diesem Glauben ergaben. Daraus entstand folglich allen ständischen Vorrechten eine ernste Bedrohung. Aber auch das Wohl des ganzen Staates schien dann gefährdet; denn nach der Überzeugung des hohen Klerus deckte sich das Wohl des Staates mit dem der privilegierten Stände.

Es ist unter diesen Umständen eigentlich verwunderlich, daß die Furcht vor dem Machtstreben des dritten Standes den Klerus nicht dazu trieb, die königliche Macht zu stärken. Aber auch der dritte Stand dachte sich die kommende Freiheit damals noch in ständischen Formen, wenn auch nicht in den früheren, welche die beiden ersten Stände mit bedeutenden Vorrechten gegenüber dem dritten Stand ausgestattet hatten. Der Klerus war zwar keineswegs blind hinsichtlich der Gefährlichkeit der philosophischen Ideen; er glaubte aber, daß der Einfluß der Ideen Rousseaus und Mablys im Bürgertum noch zurücktrete gegen die Macht ständischer Überzeugung. Daher verschmähte er es, rechtzeitig die Bundesgenossenschaft der Krone zu suchen.

Auch der Klerus redete in seiner Denkschrift von „Freiheit“; er meinte aber nicht die Freiheit des Volkes, sondern die besonderen Freiheiten seines Standes. Wahls Begeisterung für den Idealismus der Bischöfe scheint uns daher keine Berechtigung zu haben. Wenn Wahl und E. Guglia die Selbstlosigkeit der Geistlichkeit rühmen, so muß man ihnen hier dasselbe vorhalten, was Struck bei anderer Gelegenheit gegen Wahl eingewandt hat: selbst angenommen, daß

kein materieller Egoismus die Prälaten geleitet habe, so ist es doch verfehlt, sie auch in politischer Hinsicht für selbstlos zu halten.⁷⁶

Auch Glagau kommt zu dem Urteil, daß der Klerus, während er der Krone die größten politischen Opfer zumutete, selbst gar nicht daran dachte, das geringste Titelchen von seinen Privilegien preiszugeben. Man könne daraus sehen, wie ahnungslos diese kurz-sichtige Aristokratie der Zukunft entgegenging: auf den Trümmern des Absolutismus hoffte sie ungestört eine Herrschaft des Adels und der adligen Geistlichkeit errichten zu können.⁷⁷

Vielleicht wird man einen Grund für dieses starke Machtstreben des Klerus darin erblicken dürfen, daß er sich so sicher in seiner Stellung im Staate fühlen konnte. Die Krone selbst hatte sich durch die Vernichtung des Protestantismus eines Mittels beraubt, den katholischen Klerus sich gefügig zu machen. Hätte der König noch die Möglichkeit besessen, die Calvinisten gelegentlich zu begünstigen und dadurch gegen die katholische Kirche auszuspielen, würde sich der katholische Klerus gehütet haben, den König durch Widersetzlichkeit zu reizen und etwa dadurch dem verhaßten Gegner ganz in die Arme zu treiben.

Die Politik des Klerus in den beiden Jahren, die dem Zusammentreten der Generalstände vorangingen, stellt sich also dar als eine Verquickung von egoistischen Bestrebungen nicht nur materieller, sondern vor allem machtpolitischer Art mit der Überzeugung, für eine große, zukunftsreiche, innerlich berechtigte Sache zu kämpfen. Welches Motiv das vorherrschende war, ist schwer zu entscheiden. Sie beeinflussten sich gegenseitig. Weil der Klerus seine eigenen Interessen bedroht sah, vermochte er sich mit solcher Leidenschaftlichkeit dem Vordringen des Absolutismus in den Weg zu stellen. Er hätte das jedoch nie so offen und so erfolgreich tun können, wenn er nicht zugleich von der moralischen Berechtigung seines Vorgehens vollkommen überzeugt gewesen wäre. Denn er war sich bewußt, daß er die Nation gegen die Unumschränktheit einer Regierung schützte, die zwar allerlei Pläne zur Volksbeglückung hegte, aber nicht ein einziges Mal den Willen und die Kraft besessen hatte, selber die dafür notwendigen Opfer zu bringen und mit der Reform bei sich selbst anzufangen. So hat Wahl mit seiner Behauptung doch in dem Sinne recht, daß der Klerus in der Frage, die die Nation zu jener Zeit am meisten bewegte, zu ihrem

Vorkämpfer dadurch wurde, daß er eine weitere Bresche in das Gebäude des Absolutismus legte.

Nur kurz sei darauf hingewiesen, daß mit dieser Politik die französische Geistlichkeit sich in Übereinstimmung glaubte mit einer freiheitlichen Geistesströmung, die nicht auf Frankreich beschränkt war; denn wie die Stände Frankreichs im Kampfe standen gegen die Reformversuche des Absolutismus, so kämpften die belgischen und ungarischen Stände gegen die zentralistischen Tendenzen Josephs II. Auch in Holland stand die antioranische Partei der Patrioten im Kampf gegen die Machtstellung, die das Erbstatthalteramt allmählich gewonnen hätte. Die holländischen Patrioten wollten, soweit sie aristokratischen Kreisen entstammten, die statthalterlichen Rechte beschneiden oder sogar die Macht des Statthalters, die einer willkürlichen Fürstengewalt gleich, beseitigen, die alte Regentenherrschaft wiederherstellen und die Republik ganz in ihre Gewalt bringen. Eine gewisse Analogie der politischen Bestrebungen der Stände in Holland zu den Bestrebungen in Frankreich läßt sich also nicht verkennen.

Die Haltung, die die französische Geistlichkeit hier der Krone gegenüber einnahm, wurde aber auch mittelbar für den Kampf der politischen Meinungen von Bedeutung; denn in seinen „Vorstellungen“ vom 15. Juni 1788 lieferte der Klerus dem Volke wichtige Gründe zum Widerstand, ja, wir können noch mehr sagen: er gab der Opposition das gute Gewissen. Fortan konnte, wer die Regierung angriff und ihr den Gehorsam versagte, sich darauf berufen, daß die beiden ersten Stände, die dem Throne am nächsten standen, ihm darin ein Beispiel gegeben hätten, und daß der Klerus des Reiches ihm dazu die moralische Berechtigung verliehen hätte.

3. Die Haltung der Geistlichen in den Provinzen.

Noch während die Versammlung des hohen Klerus tagte, war es in den Provinzen stellenweise zu heftigen Kämpfen zwischen der Regierung und den Provinzialparlamenten bei der Einrichtung der neuen Provinzialversammlungen gekommen. Der Klerus blieb von diesen Unruhen nicht unberührt; denn je enger eine Kirche mit dem Staate verknüpft ist, desto mehr wird sie von den Erschütterungen des staatlichen Lebens mit betroffen. Es zeigte sich nun aber, daß die schroffe Haltung ihrer offiziellen Vertretung der Regierung

gegenüber nicht durchweg auch von den einzelnen Bischöfen geteilt wurde. So berichtet der Erzbischof Boisgelin von Aix seiner Freundin über seine ausgleichende und beruhigende Tätigkeit in der Provence, die er ganz im Sinne der Regierung ausübe. Er schreibt Ende Januar 1788 über die Ständeversammlung: „Der empörte dritte Stand wollte eine Spaltung machen; sie sind alle zu mir gekommen, ich habe mich für ihre Interessen erwärmt, sie fühlten es und taten, was ich wünschte. Der Adel erhitzt sich, regt sich auf und kommt zu mir, um sich zu beruhigen. Ich bringe den Klerus dazu, seinen ältesten und geschätztesten Standesvorurteilen zu entsagen; man darf nicht glauben, daß sich das ohne beständige Anspannung aller Geisteskräfte erledigen läßt. . . . Dieselbe Einigkeit herrscht im Parlament und in den Ständen, und die Liebe für den Erzbischof von Toulouse ist allgemein. Ich darf sagen, daß ich es bin, der sie anfachte und erhält.“⁷⁸

Im Dauphiné verhielt sich die Kirche zurückhaltend. Als nach dem Ausbruch des Aufstandes in Grenoble ein heftiger Broschürenkrieg entbrannte zwischen der Regierung und der Reformpartei, die aus reichen Bürgern, liberalen Adligen und Parlamentariern bestand, suchte die Regierung einen Bundesgenossen in der Kirche und wollte die konservative und royalistische Gesinnung des Episkopats für eine Beruhigungsaktion ausnützen. Aber der Bischof von Grenoble hütete sich wohl, Partei zu ergreifen, und forderte seinen Klerus am 12. Juli nur in allgemeinen Ausdrücken zur Beeinflussung der Bevölkerung auf:⁷⁹ „Ich zweifle nicht daran, daß Sie wie ich es für eine der schönsten Aufgaben unseres Amtes halten, Vertrauen und Liebe zum Herrscher zu pflegen. Die Religion gebietet uns in Übereinstimmung mit dem wahren Patriotismus, in allem, was von uns abhängen kann, zur öffentlichen Ruhe beizutragen.“

Der Erzbischof von Vienne, Lefranc de Pompignan, drückte sich zwar im Prinzip etwas schärfer aus und entwickelte die Doktrin vom göttlichen Ursprung des Königtums: „Sie haben wie ich die Pflicht, nachdrücklich den der königlichen Gewalt schuldigen Gehorsam zu lehren und die Beweggründe dazu nicht nur aus einer rein weltlichen Politik und Moral zu schöpfen, sondern aus dem Christentum selbst. Das ist im besonderen die Lehre der gallikanischen Kirche. Sie hat sich daraus einen Schutzwall gemacht gegen die Ansprüche, die dem Heiligen Stuhl eine zum wenigsten indirekte

Gewalt über die weltliche Macht der Könige zugestanden. Um diese widerwärtige Anmaßung zu zerschmettern, hat der französische Klerus nur nötig, an den göttlichen Ursprung der königlichen Macht zu erinnern. Aber er hat mit demselben Schlag den Irrtum tödlich getroffen, der Volk und Nation an den Platz einer geistlichen Macht setzt, . . . man muß den gottlosen Büchern, von denen Frankreich überschwemmt ist, die Entstehung und Verbreitung anarchistischer Lehren zuschreiben.“ In seiner Anweisung für die Praxis aber ist dieser Erzbischof doch sehr vorsichtig: „Es gehört zu unserer Pflicht, diese Instruktionen so anzubringen und so anzuwenden, daß sie die Geister nicht erbittern. Beunruhigen Sie niemand auf Grund der gegenwärtigen Streitigkeiten; wir sind nicht Richter darüber und haben nichts Besseres zu tun, als mit Geduld die Entschlüsse zu erwarten, die die hohe Weisheit und Billigkeit des Königs ihm eingeben werden.“

An der Haltung der Stände änderten diese Versuche der Regierung, das Volk durch die Geistlichkeit im regierungsfreundlichen Sinn zu beeinflussen, nichts; denn im Dauphiné wie in der Franche-Comté und Bretagne protestierte der hohe Klerus gemeinsam mit den beiden anderen Ständen, bezw. dem Adel gegen die neuen Provinzialversammlungen.

In La Rochelle war es schon im Jahre vorher durch das Verhalten des Bischofs zu einem ärgerlichen Zwischenfall gekommen. Im Widerspruch zu den Bestimmungen des königlichen Ediktes, das den Protestanten erlaubte, ihre Ehen rechtsgültig zu schließen, und das den mit der Führung der Standesamtsregister betrauten katholischen Geistlichen dazu gewisse Anweisungen erteilte, befahl der Bischof allen seinen Untergebenen „de n'exercer à l'égard des non-catholiques aucunes fonctions, de ne point publier en chaire, ni à la porte de l'église leurs bans, de ne leur délivrer aucuns certificats, de ne jamais se permettre de recevoir leurs déclarations de mariage, ne point assister ni présider à leurs sépultures, de n'inscrire aucuns de leurs actes sur leurs registres, enjoignant expressément de les renvoyer à l'autorité séculière“.⁸⁰ Das war offener Ungehorsam gegen die Regierung, die nun einmal der besonderen Konstitution der gallikanischen Kirche gemäß das Recht hatte, von den Priestern bestimmte bürgerliche Amtshandlungen zu verlangen. Die Untergebenen des Bischofs scheuten sich dann auch nicht, diese Hand-

lungsweise mit dem richtigen Namen zu nennen; einer von ihnen erinnerte seinen Bischof an Bossuets Wort: „Die Vorstellungen voller Schärfe und Bitterkeit sind der Anfang von Empörung“,⁸¹ und warnte ihn vor den Folgen seines Widerstandes gegen den königlichen Befehl: „Sie greifen nicht eine besondere Klasse des Gesetzes an, das ganze Gesetz wollen Sie zerstören, . . . hüten Sie sich! Mit dieser Handlungsweise entfesseln Sie die Revolution!“ Der Bischof kam mit seiner Widersetzlichkeit freilich nicht durch, sein Rundschreiben wurde unterdrückt, aber dieser Vorfall ist bezeichnend für den Geist, der im hohen Klerus lebte.

4. Die zweite Notabelnversammlung.

Am Schlusse dieses unruhevollen Jahres steht die zweite Notabelnversammlung. Schon vor ihrem Zusammentritt, Anfang August, suspendierte ein Erlaß der Regierung die Cour plénière, und noch im selben Monat mußte Brienne Necker Platz machen. Am 5. Juli war die Berufung der Stände angekündigt, zwar noch ohne Angabe eines festen Termins, aber nach einem erneuten Kampf mit dem Pariser Parlament sagte die Regierung am 8. August die Berufung der Generalstände, die sie erst für 1792 in Aussicht genommen hatte, schon für Mai des nächsten Jahres zu. Damit lag der Absolutismus endgültig am Boden. Nun befragte die Regierung Parlament und Notabeln über Einberufung, Abstimmungsmodus und zahlenmäßiges Verhältnis der Abgeordneten der drei Stände. Das Parlament setzte sich für Beibehaltung der alten Formen von 1614 ein. Die Notabeln zeigten sich zwar in einigen Fragen entgegenkommend: sie setzten den Zensus für den Tiers herab und billigten dem zweiten Stande des Klerus das aktive und passive Wahlrecht zu; in den beiden Hauptpunkten jedoch hielten auch sie an der Form von 1614 fest, wenn sie die Abstimmung par Ordre und zahlenmäßige Gleichheit der drei Stände forderten. Der Klerus, soweit er in der Notabelnversammlung vertreten war, verzichtete jetzt ausdrücklich auf seine Befreiung von der allgemeinen Grundsteuer.

Wie kamen die Prälaten dazu, solche Beschlüsse zu fassen? Ihre Bereitwilligkeit, die Grundsteuer zu zahlen, erklärt sich wohl ebenso aus dem Druck, den die öffentliche Meinung auf den Klerus ausübte, als auch aus der Erwägung, daß man der Regierung jetzt, da die Generalstände in sicherer Aussicht standen, die Geldmittel,

die man ihr im Sommer verweigert hatte, unbedenklich zur Verfügung stellen konnte, ja mußte. Die vereinigten Stände würden es in der Hand haben, Dauer, Höhe und Verwendung dieser Steuer zu bestimmen. Die Notwendigkeit, die Steuerfrage als taktisches Mittel gegen die Regierung zu gebrauchen, bestand nicht mehr, nachdem die Berufung der Generalstände gesichert war. So wagte man also die schroffe Haltung der Bischofsversammlung vom selben Jahre nicht auf die Dauer festzuhalten.

Von größerer Bedeutung als dieser Beschluß war die Befürwortung der Erteilung des aktiven und passiven Wahlrechts an den Sekundärklerus, wurde doch die Zusammensetzung der Generalstände und die Stellung des Klerus innerhalb derselben dadurch entscheidend beeinflußt. Die hier gefällte Entscheidung läßt sich nur verstehen im Zusammenhange mit einem dritten Punkt, dem Festhalten an der Abstimmung par Ordre, und mit den sonstigen — stillschweigenden — Voraussetzungen des hohen Klerus hinsichtlich seiner Vertretung in der Nationalversammlung. Die Tatsache, daß sich der hohe Klerus für die Abstimmung nach Ständen entschied, zeigt, wie sehr der Abbé Desprez die allgemeine Meinung im Sommer zum Ausdruck gebracht hatte. Durch diese Form der Abstimmung sowie durch die Verweigerung einer Verdoppelung des dritten Standes wollten die Prälaten die Vorrechte der ersten Stände sichern. Sie nahmen an, daß die Regierung ihren Vorschlägen folgen würde. Aus dieser Voraussetzung erklärt sich auch die Befürwortung der Zuerteilung des Wahlrechtes an die Pfarrer. Die Abstimmung par Ordre mußte nach Meinung der Prälaten jedes Fraternisieren der niederen Geistlichkeit mit dem dritten Stand unmöglich machen. Außerdem nahm der hohe Klerus, wie sich bald zeigen sollte, stillschweigend an, daß den Bischöfen auf Grund ihrer adligen Geburt und ihrer hohen Stellung ohne weiteres ein Sitz in den Generalständen zukomme. Man rechnete auch mit einem persönlichen Wahlrecht der Klosterinsassen, das zu Gunsten der adligen Äbte ausgeübt werden würde und so dem hohen Klerus das Übergewicht in der Kleruskammer verschaffen mußte. Unter diesen Umständen konnte man den niederen Klerus getrost zur Wahl zulassen. Auch hoffte der hohe Klerus wohl, daß er durch diese liberale Haltung den Sekundärklerus für seine Politik gewinnen würde und daß ihm dadurch die Möglichkeit gegeben werde, in den

Generalständen als Gesamtkorpus der Geistlichkeit mit größerem Gewicht aufzutreten. Der hohe Klerus war allerdings nicht so jeder Menschenkenntnis bar, daß er nur Gutes von einer Vertretung des Sekundärklerus in der Nationalversammlung erwartet hätte. Der Bedeutung, die ein Übergewicht der Pfarrer in den Generalständen haben mußte, war er sich durchaus bewußt, wie seine späteren Proteste zeigen werden; aber er ahnte nicht, daß Necker durch die Wahlordnung vom Januar des folgenden Jahres seine Voraussetzungen zunichte machen und damit die Hemmnisse entfernen würde, die ein Einströmen des geistlichen Proletariats in die Generalstände nach dem Wunsche der Prälaten verhindern sollten.

Die Notabeln hatten mit ihrer Entscheidung für eine unbedingte Abstimmung nach Ständen und mit der Verweigerung einer Verstärkung der Abgeordnetenzahl des dritten Standes eine Kluft zwischen den ersten beiden Ständen und dem dritten Stand geschaffen, die der Regierung nur willkommen sein konnte. In völliger Verkennung des Eindrucks, den diese Beschlüsse auf das reiche, selbständig gewordene Bürgertum machen mußten, sprach der Erzbischof von Narbonne in seiner Abschiedsrede an den König die Hoffnung aus, daß eine glückliche Harmonie in den Generalständen herrschen werde, ohne welche diese so heiß ersehnte Versammlung statt zu einer Hilfe zu einem neuen Unglück für die Nation werden würde. Und obwohl der Klerus sich soeben noch für eine Form der Beratung und Abstimmung entschieden hatte, die die Unterschiede zwischen den Ständen betonte, versicherte er jetzt durch den Mund seines Sprechers, daß jeder, den die Freiheit der Wahl in die Generalstände berufen werde, dort alle seine Titel verliere, um sich nur mit der Würde eines Repräsentanten der Nation zu bekleiden. Alle Unterschiede der Stellung würden vor der Ehre verschwinden, zur Mitarbeit für das allgemeine Wohl des Staates zugelassen zu sein.⁸² Wie wenig es der hohen Geistlichkeit trotz dieser schönen Worte Ernst war mit diesem Ideal, hatte sie mit ihren Beschlüssen in der Notabelnversammlung gezeigt.

Wahl tadelt die Notabeln, weil sie kein Programm zu ihrer Rettung aufstellten und keine Sicherheitsmaßregeln ergriffen, nachdem sie durch ihre weitherzige Entscheidung in der Wahlrechtsfrage den radikalen Elementen den Eintritt in den Klerus und Tiers geebnet hatten. Er charakterisiert sie mit folgenden Worten: „Sorglos wie

sie sind, trotz aller ernstesten Symptome im Glauben an das 'Volk' nicht zu erschüttern, fehlt ihnen vor allem der naive Selbsterhaltungstrieb, der dem eignen muß, welcher aus schweren Kämpfen als Sieger hervorgehen will.⁴⁸³

Ein weiteres Programm zu ihrer Rettung durften jedoch die Notabeln noch glauben, entbehren zu können, denn ihre Entscheidung in der Abstimmungsfrage sollte nach ihrer Meinung ihnen die gewohnte Führerstellung in den Generalständen sichern. Nicht der naive Selbsterhaltungstrieb fehlte ihnen, wenigstens nicht dem Klerus; hatte er sich doch in seinen Maßnahmen bisher immer nur von ihm leiten lassen. Wohl aber fehlte dem Klerus jetzt der Blick für die Wirklichkeit. Dem Drange eines mündig gewordenen Tiers zur Teilnahme am politischen Leben glaubte er sich in den Weg stellen und dessen Ruf nach Gleichheit und Gerechtigkeit überhören zu können. Die schnelle Radikalisierung der Geister, die im letzten Jahre eingesetzt hatte und sich ständig verschärfte, war ihm zwar nicht völlig entgangen, trat sie doch in den Provinzen deutlich genug zu Tage. Aber die Bischöfe, die den König auf die irrationalen Kräfte drohend hingewiesen hatten, sahen nicht klar genug, welche Gefahr diese für sie selbst bildeten.

Man wird die Frage aufwerfen können, wie sich der Klerus verhalten haben würde, wenn Necker damals im Dezember 1788 die Verfassungsfrage so entschieden hätte, wie es durch den König in der königlichen Sitzung am 23. Juni des nächsten Jahres geschah, d. h. also, wenn die Fragen von allgemeinem Interesse mit Ausnahme der Frage der Verfassung der neuen Generalstände der gemeinsamen Beratung aller Stände zugewiesen worden und für sie die Abstimmung *par tête* verfügt worden wäre, sonst aber die ständische Trennung aufrecht erhalten geblieben wäre. Es läßt sich wohl mit Sicherheit sagen, daß der Klerus solchen Maßnahmen heftigen Protest entgegengesetzt hätte; denn unter den Gegenständen, die die Generalstände zu beraten hatten, mußten die Fragen von allgemeinem Interesse bei weitem in der Mehrzahl sein. Dadurch wäre die Abstimmungsform praktisch einem *Par tête* gleichgekommen. Es war für die Aristokraten ein schlechthin unmöglicher Gedanke, daß den bürgerlichen, noch dazu freigewählten, nicht berufenen Repräsentanten des Volkes der Hauptanteil an der Macht zukommen sollte, die dem Absolutismus entwunden worden war. Das hatte die erste

Notabelnversammlung gezeigt, bei der sich die Notabeln ausdrücklich von Brienne versichern ließen, daß in den geplanten Provinzialversammlungen Adel und Klerus die Vormacht hätten, selbst wenn der Tiers die Hälfte der Sitze erhielte. Es bedurfte erst der Ereignisse des 17. und 24. Juni, als sie die Kräfte der geistlichen und bürgerlichen Demokratie zu spüren bekamen, um die Prälaten einem bedingten *Par tête* geneigt zu machen.

Cherest knüpft bei der Beurteilung der privilegierten Stände an ein Wort Rabaut St. Étienues an, das sie mit ihren dämmerigen Versammlungsräumen vergleicht, in denen es erst um Mittag tage, während das Land ringsumher seit dem Morgen im hellen Licht liege; und er fügt hinzu, daß ihnen nicht nur die Erleuchtung zu spät käme, sondern daß die Macht der Gewohnheit sie bestimmte; es wäre ihnen eine Ehrensache gewesen, heute zu bleiben, was sie gestern waren.⁸⁴ Dieser wie Rückständigkeit anmutende Traditionalismus aber war, wie wir sahen, etwas sehr Aktives. Das ständische Machtbewußtsein des Klerus, das wir zu Beginn unserer Periode noch in einem Zustand der Ruhe fanden, wuchs zum Machtstreben und führte zu einer Bewegung von höchster Aktivität, sobald der Absolutismus zu Reformen griff, die auf die Beseitigung der ständischen Sonderrechte im Staate hienzielten. Dadurch kam es zu einem Ringen zwischen der Krone und den Ständen, in dem der Klerus zum Führer der ständischen Opposition wurde. Alle Reformen, welche die Einrichtungen beseitigen sollten, durch die dem Klerus Einfluß im Staate und Vorrangstellung gegenüber den anderen Ständen gesichert war, mußten an dem Widerstand dieser mächtigen Korporation scheitern. Sie handelte dabei in dem Bewußtsein, daß der Nation die Beschränkung der absoluten Herrschaft der Bourbonen zum besten diene. Da sie jedoch an die Stelle des Absolutismus die Wiederherstellung der mittelalterlichen Feudalmacht setzen wollte, schied sich die geistliche Aristokratie von den Bürgern, mit denen sie eben noch Schulter an Schulter den Absolutismus der Krone bekämpft hatte. Mit dem feinen Gefühl, das die Kirche immer dann gezeigt hat, wenn ihre Interessen im Spiel waren, empfanden die Prälaten sehr wohl, daß das absolute Königtum abgewirtschaftet hatte und auch moralisch erledigt war; aber „sie beabsichtigten keineswegs, nun mit der Nation zu verschmelzen“.⁸⁵ Treffend charakterisiert Glagau dieses Verhalten der

Geistlichen mit den Worten: „Reges Klassenbewußtsein und mangelnde politische Erfahrung verblendeten sie so sehr, daß sie die Spolien ihres Triumphes für sich allein zu behalten und den mittelalterlichen Ständestaat wiederherzustellen hofften“.⁸⁶

So hatte sich der hohe Klerus isoliert, und die weitere Untersuchung wird zeigen, daß er in dem kommenden Zusammenbruch nur darauf bedacht war, sich seine Machtstellung zu retten und auch morgen noch zu sein, was er gestern und heute war.

Drittes Kapitel.

Die Entfesselung des Kampfes der politischen Ideen durch die Berufung der Generalstände.

1. Der literarische Kampf.

Die zweite Notabelnversammlung war von der Regierung zu dem Zwecke berufen worden, dem Minister die Entscheidung über die Verfassung der Generalstände abzunehmen. Als die Notabeln ihre Antwort im Sinne einer Aufrechterhaltung der Formen von 1614 gegeben hatten, schob jedoch Necker die Entscheidung der Notabeln und des Parlamentes beiseite und entschied diese wichtige Frage von sich aus, wenn auch in gewohnter Halbheit. Er gestand dem dritten Stand die gleiche Abgeordnetenzahl wie den vereinigten beiden anderen Ständen zu und gewann durch Verhandlungen auch das Parlament für diese Bestimmung. Die Frage der Abstimmungsform aber wies er der Entscheidung der Generalstände selbst zu, jedoch brachte er zum Ausdruck, daß er ein bedingtes Par tête für wünschenswert halte. (27. Dezember 1788.)

Am 24. Januar 1789 berief der König die Stände; gleichzeitig traf ein Reglement nähere Bestimmungen über die Wahlen. Wie für die beiden anderen Stände, so brachte dieser königliche Erlaß auch für den Klerus beachtliche Neuerungen. Der gesamte Klerus erhielt das aktive und passive Wahlrecht, und zwar wurde jedem Pfarrer eine Stimme, den Kapiteln, religiösen Bruderschaften und Klöstern auf je 10 Personen eine Wahlstimme zugestanden. Im Gegensatz zu früher war die Zahl der Abgeordneten für jeden Wahlbezirk genau vorgeschrieben. Man hatte mit dem Brauch, daß Sitz und Stimme in den Generalständen ein ererbtes oder mit Amt und Stellung verknüpftes Recht sein konnte, aufgeräumt. Kein Erzbischof oder Bischof durfte jetzt in den Reichstag einziehen, wenn er nicht recht-

mäßig in einer Wahlversammlung seines Amtsbezirks gewählt worden war, und seine Stimme galt bei der Wahl nicht mehr als die des geringsten Dorfpfarrers seine Diözese. Die Beteiligung an der Wahl wurde jedem Franzosen zur Pflicht gemacht; den Pfarrern allerdings, deren Wohnort mehr als zwei Meilen vom Wahlort entfernt war, war sie nur gestattet, falls sie einen Vertreter für ihr Amt hatten. Diese Einschränkung wurde später von der Regierung aufgehoben. Den Wahlversammlungen fiel außer der Wahl noch die Aufgabe zu, aus den Wünschen der Wähler ein Beschwerde- und Wunschheft zusammenzustellen, das den Abgeordneten nach Versailles mitgegeben wurde und dessen Befürwortung die Wählerschaft von ihren Deputierten erwartete. Es galt also jetzt, sich mit der Lage des Staates und ihren Erfordernissen zu beschäftigen und sich eine politische Meinung zu bilden.

Dem Klerus war diese Aufgabe durch seine Bildung leicht gemacht. Von den zahlreichen Broschüren, die im Laufe der letzten Jahre erschienen waren und damals die Stelle der Zeitungen vertraten, werden viele den Weg auch in die Häuser der Landgeistlichen gefunden und ihr Interesse auf die Fragen gelenkt haben, die jetzt die allgemeine Aufmerksamkeit beanspruchten. Die Verhandlungen der Notabelnversammlungen waren gedruckt worden; Calonne hatte in dem dieser Veröffentlichung vorangestellten Avertissement Gerbier Propaganda zu machen versucht für seine Pläne. Auch die „Vorstellungen“ von Parlament und Bischofsversammlung waren durch Druck verbreitet worden. So lagen also die Schäden der Verwaltung und Rechtsprechung, die Verschwendung des Hofes und die erschreckende Höhe des Defizits offen vor aller Augen und gaben den Gedanken und Wünschen der Bürger ein Ziel. In erster Linie aber waren es doch die eigenen Erfahrungen, die jeder in seinem kleinen Kreise mit der Härte des Intendanten, der Bestechlichkeit der Richter, der Habgier gutsherrlicher Beamter gemacht hatte, und die sich jedem unmittelbar aufdrängende Erkenntnis von der ungleichen Verteilung der Rechte und Pflichten, die jetzt wie jedem französischen Bürger, so auch dem Kleriker das Herz bewegten und ihm die Feder in die Hand drückten, um seine vœux et doléances aufzusetzen. Denn viele Geistliche kamen mit einem fertigen Heft in die Wahlversammlung ihres Standes; andere, die selbst nicht kommen konnten, gaben ihr Heft und ihre Vollmacht einem Freunde mit; diese Einzel-

hefte könnten uns den tiefsten Einblick in die politische Gedankenwelt des Klerus geben, wenn sie erhalten geblieben wären.

Die Berufung der Generalstände und die ihr vorausgegangenen Verhandlungen der Notabelnversammlung und des Parlamentes hatten auch einen heftigen Broschürenkrieg entfesselt. Die Entscheidungen der Notabeln und des Parlamentes taten vor aller Öffentlichkeit dar, wie wenig die Privilegierten gewillt waren, der Stimmung des Volkes Rechnung zu tragen, und deckten den Interessengegensatz zwischen den beiden ersten Ständen und dem dritten Stand auf. Es war klar, daß dieser Gegensatz in den Generalständen zu einem Kampfe führen mußte. Auf die Zusammensetzung dieser Nationalversammlung kam für den Tiers alles an; es mußte ihm daran gelegen sein, möglichst viele Pfarrer, die aus den Kreisen des Bürgertums stammten und seine Interessen teilten, in die Generalstände einziehen zu sehen; denn von ihnen durfte der dritte Stand Verständnis und Förderung seiner politischen Wünsche, die besonders auf Beseitigung der Privilegien gerichtet waren, erhoffen. Den niederen Klerus also galt es zu gewinnen; daher entstanden jetzt eine Reihe von Flugblättern, die sich an die Pfarrer wandten, um sie darüber aufzuklären, daß es ihre Pflicht sei, Leute aus ihren eigenen Reihen als Abgeordnete nach Versailles zu senden.⁸⁷

Aber auch manchem Geistlichen gaben die Zeitereignisse Anlaß, mit Hoffnungen und Wünschen an die Öffentlichkeit zu treten, mit Wünschen, die seit langer Zeit im Stillen gehegt waren, jetzt aber, da eine neue Zeit ihnen Erfüllung zu verheißen schien, kühn ausgesprochen wurden. So findet sich unter der reichen Broschürenliteratur dieser Monate auch eine Anzahl von Schriften aus geistlicher Feder. Nicht alles, was sich als literarisches Werk eines Geistlichen gab, wird tatsächlich aus den Kreisen des Klerus hervorgegangen sein; anderes wiederum, was namenlos erschien, mag von einem Kleriker stammen; vieles ist längst verschollen. Doch auch das, was auf uns gekommen ist, zeigt, welche Gedanken den Klerus bei Beginn der Wahlperiode bewegten.

Es lassen sich mehrere Gruppen solcher Flugschriften unterscheiden. Die eine Gruppe befaßt sich hauptsächlich mit den Angelegenheiten des Klerus. Sie richtet sich gegen die politische Entrechtung und wirtschaftliche Belastung des niederen durch den

hohen Klerus und greift Luxus und Hochmut der Bischöfe und ihre Verstöße gegen die Residenzpflicht an. Diese Schriften entwerfen den Plan einer Reform des Klerus, durch welche der niederen Geistlichkeit bessere Existenzbedingungen, würdige Behandlung und eine ihrer Zahl entsprechende Vertretung in den Verwaltungsorganen der Kirche zugesichert werden. Zu den Schriften dieses Inhalts gehören die „Einsprüche der Pfarrer des Königreiches gegen die Ungerechtigkeiten des hohen Klerus“,⁸⁸ die „Beschwerden des Sekundärklerus“ und die vom Pfarrer Gouttes verfaßten „Betrachtungen über die Ungerechtigkeit der Ansprüche des Klerus und Adels“;⁸⁹ ferner gehören dazu der „Versuch über die Reform des Weltklerus“ des Pfarrers Laurent,⁹⁰ die Schrift „Über eine den Generalständen vorzuschlagende Reform des Klerus“ von Abbé Brothier und endlich das dem Kapuziner Chabot zugeschriebene Werk „Sittenbild des französischen Klerus am Ende des 18. Jahrhunderts“ oder „Der französische Klerus vor den Generalständen und wie er nachher sein soll“.⁹¹ Von politischem Interesse sind diese Schriften insofern, als hier die Reform des geistlichen Standes ausschließlich von den Generalständen erwartet wird. Sie sind ein Zeichen für die Unbefangenheit, mit der die Geistlichkeit den Gallikanismus vertrat; ganz selbstverständlich wird ausgesprochen, daß die Regierung mit Unterstützung der drei Stände die kirchliche Verwaltung und Zucht nicht nur ordnen dürfe, sondern ordnen müsse, und daß sie für die Beachtung der kanonischen Regel zu sorgen habe.

Eine andere Gruppe der von Klerikern in dieser Zeit verfaßten Schriften befaßt sich nicht vorzugsweise mit den Wünschen und Beschwerden des eigenen Standes, sondern richtet ihr Augenmerk auf die Nöte anderer Volksklassen oder beschäftigt sich mit Angelegenheiten von allgemeinem politischen Interesse. So stellt der Pfarrer S. in N. in seiner „Antwort eines Pfarrers vom Perche-Gouet“ an einen Beamten des Herzogs von Orléans die Notlage seiner Pfarrkinder in den Mittelpunkt seiner Schrift.⁹² Er protestiert darin gegen die Ausbeutung der armen Bevölkerung durch die Beamten des herzoglichen Grundherrn, von der er uns einige Beispiele gibt. So mußten die Frauen, die sich von ihren Männern trennten, für die Erlaubnis, ihre Ausstattung an sich zu nehmen, eine Gebühr entrichten, die dem Wert der Aussteuer entsprach, obwohl dies der Heiratskontrakt nicht vorsah. Und ebenso wurde von jeder Frau für das

Recht, im Falle des Todes ihres Mannes das gemeinsame Eigentum zu behalten, eine Abgabe verlangt, wiewohl es ja ganz ungewiß war, ob sie ihren Mann überhaupt überleben und von diesem Recht Gebrauch machen würde. In ironischen Worten weist der Verfasser darauf hin, daß der Herzog solche Geldforderungen, deren Berechtigung von Juristen bestritten werde, von seinen Gutsuntertanen in einem Augenblick noch verlangt, wo ein Schreiben dieses „gerechten und großherzigen“ Prinzen verbreitet wird, in dem er verspricht, mit seinem Ansehen die Wünsche des Volkes in den Generalständen zu fördern. Auch gegen den Zoll, den der Herzog von der Landbevölkerung beim Eintritt in die Städte erhebt, wendet sich der Pfarrer. Der König habe erst kürzlich auf seinen Domänen diese Abgabe aufgehoben; die Bewohner der herzoglichen Ländereien aber, die doch ursprünglich auch vom Könige stammten, müßten weiter auf jeden Korb voll Eier oder Käse, den sie in der Stadt verkaufen wollten, einen Zoll an den Herzog zahlen. Ebenso liege auf dem Volksgetränk, dem Apfelwein, eine so hohe Steuer, daß die Landleute gezwungen seien, auf ihn zu verzichten. Den billigen Wasserweg auf dem Loir, einem Nebenfluß der Sarthe, dürften sie nicht benutzen, damit sie nicht die vom Herzog auf der Loire erhobenen Abgaben umgingen; das bedeute eine unnötige Verteuerung ihrer Nahrungsmittel. Zu diesen gutsherrlichen Ausbeutungen kämen die Plackereien durch den Intendanten, der die Coutumes nicht achte und ohne Entgelt Land enteigne, um eine Prunkstraße zu seinem Schloß bauen zu lassen, während die Zufahrtstraßen zu den Marktplätzen nicht instandgesetzt würden. Die Antwort des Pfarrers auf das erwähnte Angebot des sich so großmütig gebärdenden Prinzen kann daher nur lauten: „Die beste Art und Weise, zum allgemeinen Wohl beizutragen, besteht darin, damit zu beginnen, das besondere Gute zu tun, was von einem jeden selbst abhängt“.

Dieser mutige Angriff gegen die Aussaugung der Bauern durch den Grundherrn entsprang dem sozialen Empfinden des Landpfarrers, nicht etwa politischen Erwägungen. Daher richtete er sich auch nur gegen die Auswüchse des Feudalwesens, nicht aber gegen das feudale System an sich.

Die städtischen Geistlichen, welche die verheerenden Wirkungen der Feudallasten nicht aus so unmittelbarer Anschauung kannten, haben sich nicht mit der gleichen Energie für ihre Milde-

rung eingesetzt. Selbst Abbé Sieyès warnt in seiner Schrift „Überlegungen, die in den Versammlungen der Amtsbezirke anzustellen sind“ davor, von den Generalständen die sofortige Erfüllung aller Wünsche zu erwarten; er will die Erörterung über die Abschaffung der Feudallasten zurückstellen, nicht etwa, weil er sie unterschätzt, sondern weil die Generalstände sich nach seiner Ansicht zunächst mit den Bedürfnissen des Staates beschäftigen müssen.⁹³ Nicht aus dem Mitgefühl für die Notlage einzelner Volksklassen sind seine Schriften entstanden, sondern sie sind diktiert worden von seiner politischen Einsicht. Sein „Versuch über die Privilegien“ aus dem Jahre 1788 verurteilt die Verleihung von Vorrechten an Staatsbürger, weil der Staat dadurch geschädigt werde.⁹⁴ Wohl dürfe die Nation einen ihrer Bürger für hervorragende Verdienste auszeichnen, aber nur durch Achtung, die sie ihm erweise, und im Notfall durch eine kleine Pension. Beides aber dürfe er nur für seine Person und nur solange erhalten, als er sich dessen wert zeige. Niemals dürfe diese Auszeichnung in der Verleihung von Vorrechten bestehen, die den einzelnen Staatsbürger herausheben könnten aus dem Kreise seiner Mitbürger. Denn in dem Augenblick, wo die Regierung ihm den Charakter eines Privilegierten aufpräge, öffne sie seine Seele für Sonderinteressen und verschließe sie mehr oder weniger den Interessen der Gesamtheit.⁹⁵ Die Idee des Vaterlandes verengere sich für den Privilegierten; sie sei jetzt identisch mit der Idee seiner Kaste. Alle Anstrengungen, die er vorher mit Erfolg zum Besten der nationalen Sache aufwandte, wende er jetzt gegen sie an. Man habe ihn ermutigen wollen, Besseres zu leisten, statt dessen habe man ihn aber zu einem Schädling der Nation gemacht. So seien die Privilegien wegen ihrer staatschädlichen Wirkung zu verurteilen, und ihre Inhaber, auch wenn sie sich für eine bevorzugte Nation in der Nation hielten, seien Schädlinge des Volkstums. Sieyès brandmarkt ihren Hochmut und ihr Prahlen mit den Verdiensten ihrer Vorfahren, das im schroffen Gegensatz zu ihrem wahren Wert stehe, und gibt sie dem Spott und der Verachtung preis.⁹⁶ Die Doppelzüngigkeit, mit der sie sich dem Monarchen gegenüber als Stütze des Thrones und als seine Verteidiger, dem Volke gegenüber als die wahren Beschützer gegen die zermalmende Gewalt des Königtums anpreisen, müsse schärfstes Mißtrauen gegen sie erwecken.

Dieser Kampf gegen die Privilegien und ihre Träger ist in der

Flugschrift „Was ist der dritte Stand?“ wieder aufgenommen, schärfer durchgeführt und eingehend begründet.⁹⁷

Für die im „Versuch“ aufgestellte These, daß für den Privilegierten das Interesse des Vaterlands mit dem seiner Kaste identisch wäre, hatte die zweite Notabelnversammlung inzwischen einen neuen Beweis erbracht. Mit der Verweigerung der gemeinsamen Abstimmung und einer Verdoppelung der Abgeordnetensitze für den dritten Stand hatten die Notabeln sich gegen das Verlangen der Nation ausgesprochen und zwar aus Angst — so wurde es allgemein aufgefaßt — vor einer Bedrohung ihrer Privilegien. Auch ihre Bereitwilligkeit, sich der Besteuerung zu unterwerfen, war nach der Ansicht des Volkes dieser Angst entsprungen. Die Notabeln hofften, dem dritten Stand damit eine Angriffswaffe aus den Händen schlagen zu können. Diese Beschlüsse wurden der äußere Anlaß zu der Schrift „Was ist der dritte Stand?“

Die Flugschrift diene recht eigentlich dem Zwecke, vor aller Welt darzulegen, wie berechtigt die Ansprüche des Tiers auf doppelte Abgeordnetenzahl, auf Vertretung nur durch Angehörige des eigenen Standes und auf Abstimmung nach Köpfen waren. Sieyès stellt die Behauptung auf, es sei eine unberechtigte Anmaßung der anderen Stände, insbesondere des Adels, irgendwie über die zukünftige Verfassung der Generalstände bestimmen und in ihnen eine einflußreiche Stellung einnehmen zu wollen, sei es durch ihre Anzahl oder ihr Vetorecht in der Abstimmung *par Ordre*, sei es durch ihre Eigenschaft als gewählte Vertreter des dritten Standes. Er begründet diese Behauptung durch folgende Gedankengänge: Der dritte Stand umfaßt 24 Millionen von nützlichen, arbeitenden Bürgern; er ist die Nation. Die Privilegierten aber sind nur ein „Schatten“, sie leisten nichts für das Volk. Ja, sie sind als Nachkommen der fränkischen Eroberer ein Fremdkörper innerhalb des Volkes, den man hinausweisen müßte, falls in ihnen nicht doch noch die bessere Einsicht siegt, so daß sie allen Anspruch auf ihre Vorrechte aufgeben und nichts sein wollen als Bürger, die sich dem selben Gesetz unterwerfen wie alle anderen und erst damit ein Anrecht darauf erlangen, zur Nation gerechnet zu werden.

Es ist nämlich ein Kennzeichen der Nation, daß sie eine Gemeinschaft von Individuen ist, die alle unter dem gleichen Gesetz stehen. Bisher gab es in Frankreich kein Gesetz, dem alle Bürger

gleichmäßig unterworfen waren; es ist daher die nächste Aufgabe, solch ein Gesetz, d. h. eine Verfassung zu schaffen. Das kann nur geschehen durch eine Vertretung der ganzen Nation, die ausdrücklich für diese Aufgabe von ihr gewählt wird. Diese repräsentative Versammlung legt bestimmte Grundrechte fest, die die Nation hinfort ausüben will.

Nach Aufstellung der Verfassung wählt die Nation eine Körperschaft, der sie die gesetzgebenden Befugnisse überträgt; die ausübende Gewalt überträgt sie einer anderen Körperschaft, der Regierung. Die gesetzgebende Körperschaft aber ist die wichtigere von beiden. Damit ist auch der zweite Schritt getan, der ein Volk zu einer Nation macht, nämlich die Bildung seiner Vertretung durch eine gesetzgebende Versammlung.⁹⁸

Die in drei Ständen gewählten Generalstände aber sind selbst dann, wenn die drei Forderungen des Tiers erfüllt würden, nicht als eine nationale Vertretung, welche die Verfassung schaffen kann, anzusehen, weil eben die Privilegierten mit dazugehören. Daher rät Sieyès dem dritten Stand, sich zur Nationalversammlung zu erklären.⁹⁹ Personen, die in einem Abhängigkeitsverhältnis stehen, dürfen der repräsentativen Versammlung nicht angehören.¹⁰⁰ Die ständische Gliederung ganz zu beseitigen, kann vielleicht nicht erreicht werden; aber den Beschlüssen der Versammlungen der beiden ersten Stände kommt nur dann Gültigkeit zu, wenn sie von dem dritten Stand, der Nationalversammlung, genehmigt worden sind; denn der dritte Stand vertritt die Majorität der Nation, und der Wille der Majorität entscheidet.¹⁰¹

Die Nation, die sich so selbst eine Verfassung gegeben hat, ist jedoch nicht auf immer durch diese gebunden. Es gibt kein Recht über der Nation als das natürliche; sie ist entstanden auf Grund eines Übereinkommens, nicht auf Grund eines Herrschaftsvertrages; von ihr selbst geht das positive Recht aus.¹⁰² In einer außerordentlichen, eigens für diesen Zweck von ihr gewählten Vertreterversammlung entscheidet sie in Streitfällen über die Verfassung; sie hat die Freiheit, wenn es die Umstände und die Entwicklung des Menschengeschlechtes fordern, sich eine neue Verfassung zu geben. Die Grundlagen jeder guten Verfassung sollen Vernunft und Moral sein. Weil die Privilegien, diese barbarischen Reste des Feudalstaates, die in Patrimonialgerichtsbarkeit und Ehrenvorrechten auf der einen

Seite, in Abgaben und Frondiensten auf der anderen Seite ihren Ausdruck finden, diesen Prinzipien der Vernunft und der Moral im Staatsleben widersprechen, darum gilt ihnen der leidenschaftliche Haß des Verfassers.

Ähnliche Gedanken wie in dieser seiner berühmtesten Schrift hat Sieyès niedergelegt in der Abhandlung „Überlegungen, die in den Versammlungen der Amtsbezirke anzustellen sind“. Hier sind diese Gedanken aber, vielleicht weil die Schrift zu unmittelbarer praktischer Anweisung dienen sollte, in vereinfachter und gemäßigter Form ausgesprochen; denn diese „Überlegungen“ erschienen als Anhang zu den „Instruktionen“, die der Herzog von Orléans herausgeben ließ. Sieyès erteilt darin dem Tiers die Aufgabe, der Nation die Freiheit zu geben, entweder gemeinsam mit den anderen Ständen, wenn sie sich dieser großen Wohltat würdig zeigten, oder gegen sie, wenn diese nur auf die Wahrung ihrer ständischen Interessen bedacht seien. Nach der Ansicht des Verfassers hat allein der dritte Stand das allgemeine Wohl im Auge, er allein kann sich als Verwalter der Vollmacht der Nation betrachten,¹⁰³ auf ihm ruhen die Geschicke der Nation. Voraussetzung einer Vereinigung mit den anderen Ständen ist die Beseitigung aller politischen Ungleichheiten, die jetzt die Privilegierten von den Nichtprivilegierten trennen. Nur unzutreffend wird der Tiers ein Stand genannt; er ist die Nation und hat kein ständisches Interesse zu verteidigen; sein einziges Interesse ist das nationale. Sieyès hat den Wunsch, aus allen Bürgern eine einzige soziale Körperschaft zu bilden, zuvor aber muß das Gesetz aufgeklärter und gerechter werden und allen Gliedern der Gesellschaft dieselben bürgerlichen und politischen Rechte geben. Die gemeinsame Aufgabe aller drei Stände ist, die Nation gegen den Mißbrauch der Regierungsgewalt zu schützen; diese gilt es dadurch zu beschränken, daß die Finanzverwaltung in die Hände der Nation gelegt und daß eine Verfassung geschaffen wird. Um für die Durchführung dieser Aufgabe hinreichend Muße zu haben, sollen die Generalstände alle Steuern für illegal erklären und sie provisorisch nur für die Dauer ihrer Tagung neu schaffen; dadurch sind sie vor einer gewaltsamen Auflösung durch die Regierung gesichert. Ihre letzte Handlung erst ist die Genehmigung neuer Steuern. Eine Erklärung der natürlichen Rechte des Menschen und Bürgers soll der Verfassung vorangestellt werden.

Die konstituierende Versammlung darf nicht Inhaberin der gesetzgebenden Gewalt sein. Diese soll einer frei gewählten Vertretung aller Bürger, dem nationalen Senat, übertragen werden. Um den Mißbrauch dieser Gewalt für lokale Sonderinteressen zu verhindern, ist eine neue territoriale Einteilung nötig, der nur die Grenzländer nicht unterworfen sein sollen; denn wenn man die alten Abgrenzungen zwischen den Landschaften tilgt, so fallen damit auch die provinziellen Vorrechte, die nur Hindernisse für die soziale und nationale Einheit bilden. Dann werden neue Versammlungen, die das Volk repräsentieren, aus allen Teilen Frankreichs einem einzigen Staatskörper, aus allen Bevölkerungskreisen eine einzige Nation schaffen. Wünschenswert wäre es, wenn auch die ständischen Unterschiede fallen würden, doch glaubt Sieyès dieses Ziel nicht in erreichbarer Nähe. Er verlangt jedoch, daß die beiden unteren Stufen der dreifach gestaffelten Volksvertretung ohne ständische Gliederung gebildet werden; erst in der Provinzialversammlung soll die ständische Einteilung herrschen; aus ihren Gliedern wird der Nationalsenat gebildet.

Die Schriften des Abbé Sieyès sind oft kritisch gewürdigt worden;¹⁰⁴ es genügt also, hier nur hervorzuheben, was ihn von seinen damaligen Standesgenossen unterscheidet. Hier sieht ein Angehöriger des ersten Standes gänzlich ab von den Interessen der Kirche und macht sich frei von dem im Klerus erstrebten Ideal einer Rückkehr zum Feudalstaat. Er sieht als Ursprung der Souveränität nicht Gott, sondern die Natur an, und macht zu ihrem Träger nicht den Monarchen, sondern die Nation. Ohne die monarchische Staatsform anzutasten, ohne auch mit seinen Angriffen auf den König zu zielen, unterhöhlt er doch die Gewalt des Herrschers, indem er ihn zu einem bloßen Vollzugsbeamten des nationalen Willens macht. Die zentralistischen Bestrebungen der Regierung, denen seine Standesgenossen einen so leidenschaftlichen Widerstand entgegensetzten, überbietet er noch durch seinen Plan einer neuen Einteilung des Landes. Am meisten aber setzt er sich in Widerspruch zu den Anschauungen des ersten Standes dadurch, daß er den beiden ersten Ständen die Berechtigung abspricht, über nationale Dinge zu beraten und zu beschließen, ja, überhaupt Nation zu sein. Der Ansicht der Prälaten, daß nur durch ihre Anwesenheit in den Provinzial- und Generalständen das Wohl der Nation gewährleistet sei, stellt er die

Behauptung entgegen, daß Privilegierte weder Wähler noch Gewählte sein könnten, solange ihre verhaßten Vorrechte beständen. Denn die besonderen Interessen entfremdeten sie dem allgemeinen Interesse, und diesem Interesse allein habe die Vertretung der Nation zu dienen. Dem gerade in den ersten Ständen so beliebten Bezugnehmen und Berufen auf historische Einrichtungen, auf alte Urkunden und verbrieftte Rechte setzt Sieyès die öffentliche Nichtachtung geschichtlicher Überlieferungen entgegen, der altgewohnten, tief eingebürgerten Praxis die klare Theorie, der lebendigen Wirklichkeit die blutleere Abstraktion. Indem er der Gesamtheit der Nation alle Souveränität zuschreibt, zeigt er sich als echter Jünger Mablys¹⁰⁵ und Rousseaus; daher konnte seine Schrift über den dritten Stand „eine Paraphrase des Contrat social“ genannt werden,¹⁰⁶ aber auch Rousseau gegenüber ist er selbständig, da er den nationalen Willen nicht durch die Gesamtheit der Nation, sondern ebenso wie Mably durch ihre Vertretung ausgeübt wissen will. Mit Montesquieu und Mably vertritt er die Teilung der Gewalten, wendet sich aber gegen die Bildung von zwei Kammern nach englischem Vorbild. Besonders polemisiert er gegen die schon bei Montesquieu erhobene Forderung, daß die Mitglieder des Oberhauses ihre Sitze als erbliches Eigentum inne haben müßten.¹⁰⁷ Auch hat Sieyès eine ganz andere Einstellung zur Geschichte der fränkischen Eroberung, von der Montesquieu die Idee der germanischen Freiheit, er aber die Knechtschaft des freien Volkes herleitet. Mit Mably und einem anderen politischen Denker seiner Zeit, dem Abbé Raynal, hat er den Grundsatz gemeinsam, daß die Nation unabhängig von allen Autoritäten sei und die Freiheit habe, sich eine neue Verfassung zu geben.¹⁰⁸ So tritt der ursprüngliche Anlaß zu dieser Schrift im Laufe seiner Darlegungen zurück, und sein Werk erhebt sich über das Niveau einer politischen Gelegenheitsschrift zur Höhe einer staatstheoretischen Darstellung. Damit hat Sieyès den dumpfen Wünschen und verworrenen Ansprüchen seines Volkes einen klaren Ausdruck und ein festes Ziel gegeben.

Eine andere, um dieselbe Zeit wie der „Tiers Etat“ von einem Geistlichen verfaßte Flugschrift, die ebenfalls zu den politischen Broschüren gehört, trägt dagegen völlig den Charakter des Augenblicksproduktes. Es ist der „Entwurf einer Antwort auf die Denkschrift der Prinzen“ von Abbé Morellet.¹⁰⁹ Morellet war ein Freund

und Gesinnungsgenosse Turgots; er hatte sich seit Jahren mit volkswirtschaftlichen Problemen beschäftigt und als Freund Briennes diesen auch in politischen Fragen beraten. So schlug er ihm während der Notabelnversammlung von 1787 vor, statt der Generalstände eine Versammlung von Vertretern aus den Provinzialständen zu berufen; denn ohne irgendwelche verfassungsmäßige Garantien könne die Nation sich nicht mehr zufrieden geben. Als nach der zweiten Notabelnversammlung im Auftrage der königlichen Prinzen eine Schrift erschien, die gegen die beabsichtigte Verstärkung des dritten Standes in den Generalständen protestierte und jede Änderung der alten Formen als eine Gefahr für die Monarchie hinstellte, entwarf Morellet in der Form eines offenen Briefes eine Antwort des Königs an die Prinzen. Er widerlegte darin Wort für Wort die Behauptungen der Denkschrift. So stellte er fest, daß dem Staate nicht Gefahr drohe, weil das Volk die Rechte des Königs angreife, sondern weil die Finanzen in Unordnung seien. Es sei Anmaßung, die Vorrechte der beiden ersten Stände den Rechten des Königs gleichzusetzen; denn die Privilegien seien etwas Willkürliches, der Thron dagegen stehe seit 1400 Jahren, seine Rechte seien historisch begründet. Der Widerstand gegen die Krone gehe nicht vom Tiers, sondern von den Prinzen aus, die dem Könige das Recht bestritten, die Nation so zu berufen, wie er es nach Befragung des Parlamentes und der Notabeln für richtig hielte. Stände seien für das Leben des Staates nicht wesentlich. Feudalrechte, wie das Jagdrecht, schädigten die Kultur und den Wohlstand der Nation. Mainmorte und Corvées seigneuriales seien grausame Angriffe auf die Freiheit der Bürger, Markt-, Mühlen- und andere grundherrliche Rechte beeinträchtigten den Handel. Es sei sinnlos, von den Generalständen eine Teilung des Besitzes zu befürchten; denn dem reichen Tiers sei ein Angriff auf das Eigentum nicht zuzutrauen. Ebenso falsch sei es, die Unterscheidung der drei Stände, ihre Stimmengleichheit und getrennte Beratung als die „einzigen verfassungsmäßigen Formen und unveränderlichen Grundlagen der französischen Monarchie“ zu bezeichnen. Ihre geschichtliche Begründung sei ganz unsicher, auch dürften nicht alte, veränderliche Gebräuche die Entschlüsse des Königs beeinflussen, sondern die Verhältnisse und Notwendigkeiten des Staates, die Prinzipien der Gerechtigkeit und Vernunft. Adel und Klerus brauchten für sich keine Gefahr zu befürchten, da sie

immer noch die Hälfte der Stimmen in den Generalständen haben würden. Mit Unrecht brüste sich der Adel, als habe er allein den König gegen auswärtige Feinde verteidigt; auch das Volk kämpfe für den Herrscher, freilich ohne Ruhm und Ehre dafür zu ernten. Wenn man jetzt das Volk mit dem drohenden Despotismus schrecken wolle, um damit eine Kluft zwischen König und Volk aufzureißen, so vergäße man, daß allein die Könige das Volk vor Unterdrückung durch den Adel gerettet und Ordnung und Sicherheit im Lande begründet hätten. Es gezieme sich nicht, in der gemeinsamen Beratung mit dem dritten Stand eine Demütigung für Adel und Geistlichkeit zu sehen; es sei keine Schande, mit den Vertretern von 23 Millionen des dritten Standes in einem Saale zu tagen. Es sei auch kein Grund vorhanden, den Verzicht der ersten Stände auf die Steuerprivilegien, den die Prinzen in Aussicht stellten, falls der König die alten Formen von 1614 beibehalte, als ein großmütiges Opfer anzusehen. Dieser Verzicht sei ihre selbstverständliche Pflicht und werde vom ganzen Volke erwartet.

In vier Briefen an den Adel der Bretagne nahm Morellet zu Beginn des Jahres 1789 Stellung zu den Zwistigkeiten zwischen den Ständen der Bretagne.¹¹⁰ Der dritte Stand hatte im Dezember des Vorjahres beschlossen, von den Generalständen eine neue Verfassung der Provinzialstände zu verlangen. Der Adel der Bretagne hatte sich im Januar feierlich gegen diese Forderung ausgesprochen und sie als einen Angriff auf Recht und Freiheit des Vaterlandes gebrandmarkt. Er tadelte ferner die Regierung, weil Necker sich nicht mit Bestimmtheit in dem Staatsratsbeschluß vom 27. Dezember für die Abstimmung nach Ständen ausgesprochen hatte. Morellet hielt nun dem Adel vor, daß er nicht das Recht besäße, sich zum Sprecher der Provinz aufzuwerfen, da die Nation sich aus drei Ständen zusammensetze. Wenn aber ein Konflikt zwischen diesen entstände, so hätten nicht die 10 000 Adligen, sondern die zwei Millionen Bürgerlichen den Anspruch darauf, als Nation angesehen zu werden, da sie über die Majorität verfügten. Sie bildeten das Vaterland, und deshalb wäre die Behauptung unbegründet, daß das Vaterland bedroht sei, wenn diese zwei Millionen ihre Rechte und Freiheiten aufrecht erhalten wollten. Es könne nur als Doppeltzüngigkeit bezeichnet werden, wenn sie behaupteten, das Interesse des Volkes liege ihnen am Herzen, und wenn sie dann verlangten, daß jeder bretonische Bürger die alte Verfassung verteidige, die alle

schändlichen Mißbräuche schützte. Auch das Verhalten des Adels der Regierung gegenüber verdiene Tadel. Als der König die Stände auf einen Monat suspendierte, weil sie nicht aktionsfähig waren, da habe der Tiers gehorcht, der Adel aber nicht. In ihrem Protest gegen den Beschluß vom 27. Dezember würfen die ersten Stände Necker ohne Berechtigung vor, er hätte sich gegen die getrennte Beratung der Stände ausgesprochen. Die Adligen versündigten sich auch gegen die Nation mit dem Versuch, der Nationalversammlung gegen den Willen des Volkes eine verwerfliche, fehlerhafte Verfassung aufzuzwingen; dabei sei es doch wohl klar, daß die versammelte Nation bessere Mittel ergreifen könnte als gerade die, mit denen in Zeiten der Barbarei und Unwissenheit ihre Ahnen gearbeitet hätten. Im Hinblick auf das Übergewicht der Nation könne der Verfasser dem Adel nur raten, sich zu unterwerfen. Er lade die beiden ersten Stände daher ein, sich mit dem dritten Stand gemeinsam um die Aufstellung gerechter Gesetze und die Auffindung der Menschenrechte zu bemühen; denn vernünftige neue Formen wären immer besser als unvernünftige altertümliche. Morellet berief sich gegenüber dem einstmals geschlossenen unbilligen Kontrakt der Bretagne mit der Krone von Frankreich, der die alten Formen der Stände festgelegt hatte, hinter denen sich der Adel jetzt verschanzte, auf den natürlichen und ursprünglichen Vertrag, den einst das ganze Volk mit seinem Herrscher geschlossen hätte.

Auf den ersten Blick hat Morellet manches mit Sieyès gemeinsam. Auch er unterstützt die Forderung des dritten Standes und weist darauf hin, daß die Majorität der Nation durch ihn vertreten wird. Er bekämpft das Feudalwesen und will den Staat nach den Prinzipien der Gerechtigkeit und Vernunft geleitet wissen, aber er geht von einer anderen Staatsauffassung aus: Es ist — vor allem in der ersten Schrift — der Physiokrat, der aus ihm spricht, wenn er die Stände verschwinden lassen möchte zu Gunsten des Königtums, nicht eines Willkürregiments freilich, sondern zu Gunsten eines aufgeklärten Absolutismus, der nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Vernunft den Staat im Sinne physiokratischer Theorien lenkt und die Volkswohlfahrt durch Aufhebung alles wirtschaftlichen Zwanges begründet. Über die Stellung und die Befugnisse des Reichstages spricht er sich nicht deutlich aus; in den Abgeordneten sieht er hauptsächlich die Vertreter des Gesetzes; sie sollen Ordnung

in die Finanzen des Staates bringen. Im Gegensatz zu Sieyès denkt er sich die Nation auf Grund eines Herrschaftsvertrages des Volkes mit dem Fürsten entstanden; aber er stimmt mit Sieyès darin überein, daß er die Menschenrechte durch die Generalstände aufgestellt wissen will.

Diese Schriftchen Morellets zeigen, wie die physiokratische Anschauung praktisch dieselbe Stellungnahme zu den augenblicklichen politischen Lebensfragen zeitigen konnte wie eine demokratische Staatsauffassung. Die gemeinsame Front gegen die ständischen Vorrechte ließ in der kurzen Epoche des Ständekampfes den großen Unterschied vorläufig zurücktreten, der zwischen beiden Richtungen bestand. Dieser mußte sich aber in dem Augenblicke deutlich zeigen, als es sich darum handelte zu entscheiden, wem die Fülle der Macht zufallen sollte, die durch Niederwerfung des gemeinsamen Feindes, der politischen Herrschaft der privilegierten Stände, frei wurde. Im niederen Klerus mögen sich, nach den Beschwerdeheften zu urteilen, damals mehr Gesinnungsgenossen des Abbé Morellet als des Abbé Sieyès befunden haben. Das bedeutet nicht, daß die Pfarrer alle Anhänger der physiokratischen Doktrin gewesen wären, aber man war von alters her gewohnt, vom Könige selbst, nicht etwa von seinen despotisch regierenden Ministern, aber auch noch nicht vom Volke die Erfüllung aller Wünsche für die Wohlfahrt des Staates und für das Glück des Volkes zu erwarten.

Zu den politischen Schriftstellern aus dem Klerus hat wohl auch der Abbé Pacot gehört. Er schrieb 1783 und 1787 „Briefe über die Freiheit“, in denen er Erläuterungen zu Montesquiéus Schriften und eine Darstellung der englischen Verfassung gab.¹¹¹

Zwischen diesen beiden Gattungen von Schriften, die entweder kirchliche Reformpläne entwickelten oder rein politischen Inhalt aufwiesen, steht die Broschüre „Die Pfarrer des Dauphiné an ihre Amtsbrüder, die Pfarrer der Bretagne“.¹¹² Ihr liegt folgender Tatbestand zu Grunde: Den Pfarrern des Dauphiné war es gelungen, auf der Versammlung der Provinzialstände in Romans im September 1788 eine Petition einzubringen, in der sie forderten, durch selbstgewählte Abgeordnete in den Ständeversammlungen vertreten zu werden. Alle drei Stände hatten dieser Forderung zugestimmt; das wurde als ein erster Erfolg des niederen Klerus angesehen. Die Wahlen zu den Generalständen wurden gemeinsam von allen drei

Ständen in den Provinzialständen des Dauphiné vorgenommen. In der Bretagne dagegen weigerten sich Adel und Klerus, in den Formen zu wählen, die das königliche Reglement vom 24. Januar 1789 vorschrieb. Sie verlangten auch vom dritten Stand und vom niederen Klerus, daß er sich der Wahlen zu den Generalständen enthielte. In der erwähnten Flugschrift läßt der unbekannte Verfasser die siegreichen Pfarrer des Dauphiné sich in einem offenen Brief an die Pfarrer der Bretagne wenden. Es wird nur eine Angelegenheit des niederen Klerus behandelt, aber ausschließlich ihre politische Seite hat der Verfasser im Auge. Er ermahnt die Pfarrer der Bretagne, für ihre Freiheit zu kämpfen, dem dritten Stand zur Hilfe zu kommen und sich nicht durch die Autorität ihrer Bischöfe davon abschrecken zu lassen. Die Bischöfe seien zwar in der kirchlichen Rangordnung ihre Vorgesetzten, im bürgerlichen und politischen Leben dagegen nur einfache Bürger wie sie selbst auch. Wenn die Bischöfe gute Staatsbürger sein wollten, würden sie gemeinsame Sache mit dem Volke machen; wären sie aber angesteckt von den Grundsätzen einer Zwangsherrschaft, so dürfe man nicht auf sie hören; denn die Interessen des Volkes und der Pfarrer seien untrennbar miteinander verbunden. Indem das Volk für sich selbst kämpfe, kämpfe es auch für den niederen Klerus. Die reaktionären Beschlüsse des Parlamentes der Bretagne brauchten die Pfarrer nicht zu schrecken, da der König und die Generalstände diese Beschlüsse aufheben würden. Die Pfarrer sollten predigen gegen Revolten, Aufstände und Meutereien, aber niemals dürften sie die Stimme der Religion dem Ruf der Freiheit entgegensetzen; denn dem Menschen sei der Zug zur Freiheit angeboren und der Wille des Schöpfers habe kein Wesen zur Sklaverei bestimmt. „Haltet euch immer vor Augen“, so schließt der Verfasser, „nicht eure eigenen Interessen, aber die Würde eures geistlichen Standes und die Not und Unterdrückung eures Volkes, dann werdet ihr alle Anstrengungen und reaktionären Pläne eures hohen Klerus, eures Adels und Parlamentes zusammenbrechen sehen“.

Hier ist die Interessengemeinschaft zwischen dem dritten Stand und dem niederen Klerus offen gefordert, der Ruf nach Freiheit und Gleichheit kräftig aufgenommen, und als Streben nach der schöpfungsgemäßen Bestimmung des Menschen ausgedeutet. Damit wurde dem häufig erhobenen Vorwurfe, daß die Freiheits-

bestrebungen im Volke der Religion widersprächen, der Boden entzogen. Mit diesen einfachen Gedankengängen konnte der Verfasser sicher sein, überall im Lande Verständnis und Beifall bei den Pfarrern zu finden. Sie brachten den natürlichen Drang des niederen Klerus nach Freiheit von politischer Bevormundung zum Ausdruck. Eine bestimmte politische Anschauung wie bei Sieyès oder Morellet stand nicht dahinter. Der König und die Generalstände — das sind die beiden Machtfaktoren, von denen man glaubte, daß sie helfen würden im Kampf gegen alle Ränke der herrschsüchtigen Aristokraten im Klerus und im Parlament; über die Abgrenzung ihrer Befugnisse aber zerbrach man sich nicht den Kopf.

Die Wahlperiode sollte zeigen, daß diese Rufe, die das Selbstbewußtsein des niederen Klerus bedeutend stärken mußten, in den Reihen der Geistlichkeit nicht überhört worden waren. Die Pfarrer begannen einzusehen, daß dem dritten Stande die Macht in der Nation zukam und daß ihr Platz in den Reihen dieses dritten Standes war, daß sie also Anteil haben würden an dieser Machtfülle. Wenn ihnen jetzt eingeredet wurde, daß alle Autorität, die sie bisher in Niedrigkeit, Unmündigkeit und Rechtlosigkeit gehalten hatte, ein „Schatten“, ein Nichts sei, so mußten sie solchen Lehren natürlich freudig zustimmen, und es konnte kein Zweifel bei ihnen darüber bestehen, wo sie ihre Stellung im kommenden Kampf zu wählen hatten. Mit ihrer Königstreue brachten sie diese Überzeugungen nicht in Zwiespalt. Niemand tastete die geheiligte Majestät des Monarchen an, ja, der König erschien fast durchweg in diesen Schriften als der Bringer der Freiheit, weil er die Generalstände berief.

Den vielen Flugschriften, die in den Reihen des niederen Klerus entstanden, setzte die hohe Geistlichkeit nur wenig Ähnliches entgegen. Die Geistesbewegung unter den Pfarrern war ihr nicht verborgen geblieben; denn die Bischöfe hatten auch unter den Pfarrern genug Freunde, die ihnen von der Stimmung in den Kirchenkreisen berichteten.¹¹³ Das Mittel, das sie wählten, um ihre Einstellung zu den politischen Geschehnissen der Gegenwart darzulegen, war meistens nicht die Broschüre, sondern die ihnen vertraute Form des öffentlichen Rundschreibens an die Geistlichen ihrer Diözesen. Der enge Rahmen des Hirtenbriefes brachte es mit sich, daß darin die politischen Fragen nur gestreift werden konnten. Allen diesen

Schreiben, soweit wir sie kennen, ist gemeinsam, daß die Bischöfe darin den Zusammentritt der Generalstände als den Anbruch einer neuen Epoche auffassen, der sie entweder mit freudiger Erwartung oder mit ernster Besorgnis entgegensehen. Der Erzbischof Marbeuf von Lyon erblickt in der aufgeregten Volksstimmung die Anzeichen eines nahenden Gewitters, das die Augen blende und das Herz erstarren lasse; denn Zwietracht und Verachtung sind nach seiner Ansicht aus der Saat neuer Ideen unter den Mitbürgern aufgegangen. Ahnungsvoll ruft er aus: „Eine allgemeine Umwälzung scheint alle politischen, bürgerlichen und religiösen Einrichtungen zu bedrohen. Das Königreich geht durch eine furchtbare Krise.“¹¹⁴ Das Schreiben des Erzbischofs von Clermont spiegelt deutlich die Unruhen in den Provinzen wieder. Es weist auf den Geist der Unabhängigkeit und Empörung hin, der sich überall erhebe, und auf die betrübende Tatsache, daß die Bürger bewaffnet gegeneinander stünden. Schon sieht er das Vaterland in Gefahr, in einem tiefen Abgrund zu versinken. Schuld an diesem Unglück sei die Verwechselung aller Begriffe, die die Philosophen verursacht hätten. Autorität schelte man jetzt Despotismus, Ungebundenheit rühme man als Freiheit, Haß und Verachtung nenne man Brüderlichkeit; man verbreite Verwirrung und Anarchie unter dem Namen der Gleichheit. Der Bischof beklagt die Abkehr von den alten Grundsätzen der Unterordnung und mahnt, an der gegenwärtigen Form der Regierung festzuhalten.¹¹⁵

Der Erzbischof von Bordeaux sieht zwar auch den Kampf der Meinungen und Interessen, die Aufregung und Unruhe im Volke und verbirgt sich nicht, daß die Zukunft völlig ungewiß ist, aber doch begrüßt er freudig die Berufung der Generalstände. Sie sind ihm ein Zeichen dafür, daß der König gewillt sei, sich hinfort nicht mehr in Unterwürfigkeit und Schweigen dienen zu lassen, sondern im Zusammenwirken mit dem ganzen Volke zu regieren. Zu einem glücklichen Ziel werde man jedoch nur gelangen, wenn sich nicht einer vom andern, ein Stand und eine Körperschaft von der anderen absondere und in sich allein das Vaterland verkörpert sähe, sondern wenn alle ihre besonderen Interessen dem Wohle der Gesamtheit unterordnen würden.¹¹⁶ — Schon in diesen beiden verschiedenen Einstellungen der Prälaten zu der zukünftigen Tagung der Generalstände wird ihre spätere Stellungnahme in der Kleruskammer angedeutet.

Herzhaft packt der Erzbischof Boisgelin von Aix in seinem Hirtenbrief vom 27. März das Verhältniß der Stände zueinander an. Er spricht den feierlichen Verzicht des gesamten Klerus seiner Diözese auf die Steuerprivilegien aus, weil sie der Vernunft widersprächen.¹¹⁷ Im Hinblick auf die schweren Kämpfe, die die Provence erschütterten, betont er die brüderliche Verbundenheit aller Stände durch Natur und Religion: Nach der Ordnung der Natur sind alle Menschen Brüder; denn Geburt und Tod sind unser aller Schicksal. Ebenso verbinden die Lehren der Religion alle Herzen und stiften Frieden unter den Ständen. Die von der Gesellschaft weise aufgerichteten Unterschiede füllen nur den kurzen Zwischenraum zwischen Geburt und Tod, das Leben, aus und dürfen das Gesetz der natürlichen Gleichheit und die ewige Bestimmung nicht vergessen machen.

Geschickt sind hier also die Schlagworte Gleichheit und Brüderlichkeit aufgenommen und in einem Sinne ausgedeutet, der ihnen ihre Spitze gegen die Privilegierten nahm. In dieser Ausdeutung konnten sie auch von der Kirche, von ihrem aristokratischen Oberhaupt verkündet werden. Die Gleichheit aller Stände vor der Natur und vor Gott erscheint nun als so bedeutsam, daß die sozialen und politischen Unterschiede, die nur die kurze Lebensspanne hindurch gelten, davor verschwinden. Auch sind sie nach des Erzbischofs Ansicht eine weise Einrichtung; er ist also nicht gewillt, sie antasten zu lassen.

Schließlich ist noch der Hirtenbrief des Erzbischofs von Paris zu nennen, in dem dieser öffentliche Fürbitte für die Generalstände anordnet.¹¹⁸ Er hofft, daß die Abgeordneten Mittel zur Heilung der Wunden des Staates und zur Förderung der allgemeinen Glückseligkeit finden werden. Er rühmt den Patriotismus, der sich überall regt. Die Regierung erinnert er daran, daß das Wohl des Volkes höchstes Gesetz sein soll und daß auch die Großen nur für das Glück der Nation da sind. Rührende Beweise von Zuneigung und Selbstlosigkeit habe der Adel bereits durch die Ankündigung großmütiger Opfer zu Gunsten des Volkes gegeben. Es gezieme dem Volke, sich wieder auf seine Pflichten den Höhergestellten gegenüber zu besinnen und ihnen die Achtung und Ergebenheit zu beweisen, die Gott um der öffentlichen Ordnung willen geboten habe. Mit warmen Worten schildert der Prälat sodann alle Vorzüge der

monarchischen Regierung; sie sei die natürlichste Herrschaftsform, da sie ihren Ursprung in der väterlichen Autorität habe und für die innere Ruhe des Staates ebenso wertvoll sei wie für die Religion, deren Einheit und Einfluß sie wahre. Er preist die regierende Dynastie wegen ihrer Güte, die sie stets vor allen regierenden Häusern ausgezeichnet und in allen Herzen Anhänglichkeit und Liebe erweckt habe. Diese Gefühle der Anhänglichkeit können nach seiner Meinung durch keine noch so kühnen und aufreizenden Schriften erschüttert werden; der König selbst werde alles daran setzen, die Anhänglichkeit noch zu verstärken, dadurch, daß er auf Bitten der Nation jeden Mißbrauch seiner Autorität verhüte. In der Reform der Finanzen und der Verwaltung, in der Sorge für eine gleichmäßige Verteilung der Steuern würden die Generalstände ein reiches Arbeitsfeld finden. Der Erzbischof erwartet jedoch, daß sie auch der täglich zunehmenden Gottlosigkeit und Sittenlosigkeit Einhalt gebieten, da Religion und Tugend zwei wichtige Pfeiler des Staates seien: „Car la piété véritable, bien loin d'affaiblir l'amour de la patrie, l'enflamme de plus en plus“. Für jeden Franzosen, der durch das Vertrauen seiner Mitbürger in die Generalstände berufen werde, gelte es, sein eigenes Interesse dem Wohl der Allgemeinheit zum Opfer zu bringen. Der heiße Wunsch des Prälaten ist, daß von dieser Versammlung der Geist der Rivalität und Zwietracht fernbleibe. „Sollten nicht“, so fragt er, „die von den ersten Ständen angekündigten Opfer im voraus jeden Keim der Uneinigkeit ersticken? Getreu den wesentlichen Rechten eurer Stände und eurer Provinzen, die ihre Interessen in eure Hände gelegt haben, werdet ihr immer geeint sein durch das gemeinsame Interesse des Vaterlandes, und Frankreich wird keine andere Rivalität unter euch sehen als den edlen und reinen Wettstreit für das allgemeine Wohl.“

Deutlich tritt hier die Ideologie zutage, die vom Klerus seit hundert und mehr Jahren vertreten und nur unlängst durch andere Ideen zum Teil verdrängt worden war: überzeugter Royalismus, Festhalten an allen ständischen und provinziellen Vorrechten, Ausgleich sozialer Härten durch Mildtätigkeit, Reformen in allen Zweigen der Verwaltung, aber keine Änderung der Verfassung, kein Nachgeben gegenüber begehrliehen Wünschen des Bürgertums nach politischer Gleichberechtigung; sie erschienen dem Prälaten nur als unliebsame Versuche, die Eintracht unter den Ständen zu stören.

Eine andere Form, seine politischen Anschauungen vor der Öffentlichkeit auszusprechen, wählte der Bischof Thérmines von Blois. Er hatte auf der Klerusversammlung im Jahre zuvor die Regierung wegen ihrer absolutistischen Eingriffe in die Rechte der Parlamente scharf getadelt, hatte die Errichtung der Cour plénière angegriffen und behauptet, daß das Steuerbewilligungsrecht der Nation zukomme. In einer Schrift, der er die Form einer Unterweisung mit angefügtem Beschwerdeheft gab, verteidigte er nun die Politik des Klerus in den letzten Jahren und wiederholte die Gedanken seiner „Vorstellungen“ vom Juni 1788 über das Recht der Nation, die Steuern zu bewilligen.¹¹⁹

Der Verfasser spricht der Regierung die Befugnis ab, über die Veranlagung und zeitliche Begrenzung der Steuern zu bestimmen. Er behauptet, die Protokolle der Versammlungen des Klerus bewiesen seine Bereitwilligkeit, die finanziellen Lasten des Staates mit zu tragen. Jetzt erscheine nun der Klerus vor der Nation, beladen mit seinen Privilegien, um sie zu opfern; denn sein Wahlspruch sei: Alles für die Nation! Nie wäre er konsequenter und nationaler gewesen als in seiner letzten Versammlung, in der er allgemeine Freiheiten für die gesamte Nation forderte, während er seine besonderen Freiheiten aufrecht erhielt, und in der er alle Anträge der Regierung an die Generalstände verwies, um auf diese Weise deren Einberufung zu sichern. Nach der Ansicht des Bischofs sind Religion und Politik natürliche Bundesgenossen; deshalb fordert er, daß die Bischöfe in den Generalständen Sitz und Stimme hätten. Einer Aufstiegsmöglichkeit der Pfarrer zu den höchsten Würden der Kirche ist der Bischof gänzlich abgeneigt. Die Macht der Stände wünscht er als Schranke zu erhalten gegen das Streben der Krone nach Absolutismus und gegen das Streben des Volkes nach Demokratie. Die Trennung der Stände hält er für notwendig; denn die privilegierten Stände wären der Anker, der den Thron in dem Meer der Volksbewegungen hielte, sie ständen aber auch vermittelnd zwischen Volk und Monarchen. Aus diesem Grunde verteidigt Thérmines die Entscheidung der zweiten Notabelnversammlung, die dem dritten Stand die Verdoppelung seiner Sitze verweigert hatte. Seine Meinung über die Beratungsform faßt er in dem Artikel 3 des Cahiers zusammen: „Freiheit und Besitz sind Naturrechte, die in einer großen Monarchie nur durch Beratung nach Ständen gesichert werden

können. In diesem Punkte daher keine Übereinkunft, keine Nachgiebigkeit! Und im Fall von Neuerungen sollen unsere Abgeordneten die Versammlung verlassen, wie man ein einstürzendes Haus verläßt!“

Diese Schrift bietet in keiner Beziehung etwas Neues. Sie zeigt, daß auch jetzt noch im hohen Klerus Anschauungen vertreten wurden, wie sie der Abbé Desprez auf der Generalversammlung entwickelt hatte. Wenn man auch die Steuerfreiheiten nicht mehr in Anspruch zu nehmen wagte, so wird doch unentwegt festgehalten an dem Ideal der Wiederbelebung des Ständetums in den alten Formen mit der doppelten Front gegen Absolutismus und Tiers.

Einen anderen Standpunkt nahm der Bischof von Langres, M. de la Luzerne, ein, der in einer zu Beginn des Jahres 1789 erscheinenden Schrift „Über die Art der Beratung in den Generalständen“ den beiden sich schroff gegenüberstehenden Forderungen nach getrennter oder gemeinsamer Beratung der drei Stände eine dritte Lösung entgegensetzt.¹²⁰ Nicht eine und nicht drei Kammern solle man bilden, sondern zwei: ein Oberhaus aus den beiden ersten Ständen, ein Unterhaus aus dem dritten Stand. In jeder dieser Kammern solle nach Köpfen abgestimmt werden. Die Spaltung in drei Kammern hält der Bischof für überflüssig und schädlich. Gegen die Vereinigung aller Stände in einer Kammer führt er mehrere Gründe an:

Sein schwerstes Bedenken ist, daß eine einzige Kammer, welche die ganze Nation hinter sich habe, der königlichen Autorität zu gefährlich werden würde. Nach seiner Meinung darf Frankreich seine monarchische Verfassung nicht aufgeben; für das Bestehen der Nation dem Auslande gegenüber sei ein Monarch notwendig, könne doch selbst England nicht ohne König auskommen. Er rät daher, daß man alle Mißbräuche abschaffe, die die königlichen Minister eingeführt hätten, sich selbst aber vor dem größten hüte, nämlich dem, der königlichen Autorität den Lebensnerv zu durchschneiden und sie so zu schwächen, daß sie nichts Gutes mehr leisten könne, und ihre Schwäche schließlich die Anarchie im Inneren herbeiführe. Im Interesse der Freiheit müsse daher die Autorität des Herrschers aufrecht erhalten werden. Stelle man dem Könige aber die in einer einzigen Kammer vertretene Nation gegenüber, so werde er sich dieser Rivalin seiner Gewalt gegenüber nicht halten können; denn

die Nation besitze die größere Machtfülle. Der Souverän habe nur Gewalt durch die Nation; auf seine eigene Kraft beschränkt sei er nichts: „Ce n'est parce qu'il représente et qu'il exerce la volonté générale qu'il jouit d'une autorité, lorsque la volonté générale lui est opposé, son autorité tombe et s'anéantit“. Es sei daher gefährlich, der Nationalversammlung ihre ganze Machtfülle zu lassen: man teile sie in zwei Kammern!

Beide Ständegruppen hätten zwar das gemeinsame Interesse, von der Gewalt des Königs nicht unterdrückt zu werden, aber beiden sei auch an der Erhaltung der königlichen Macht gelegen; denn da beide ihre besonderen Interessen hätten und sich bekämpften, so würde jede fürchten, selber niedergeworfen zu werden, wenn es der anderen nur erst gelungen sei, die Macht des Königs zu Falle zu bringen. Aus diesem Grunde müßte ihnen die Einrichtung zweier Kammern ebenfalls willkommen sein. Auf diese Weise würde das Gleichgewicht zwischen den drei Mächten, dem Könige, den beiden privilegierten Ständen und dem dritten Stand hergestellt.

Darüber hinaus bestände für die beiden ersten Stände noch ein besonderes Interesse am Zweikammersystem. Eine einzige Kammer würde schnell alle Ehrenvorrechte des Adels abschaffen, aber auch gegen die vom Klerus so zähe verteidigten Freiheiten und gegen seinen Besitz vorgehen. Das Steuerprivileg will der Bischof gern opfern; aber im übrigen müsse der Adel auch vom Klerus gegen die Angriffe des Tiers verteidigt werden, und der Klerus seinerseits könnte nur mit dem Adel zusammen stark genug sein, seine besonderen Vorrechte zu behaupten. Die Pfarrer, die durch Geburt und Stellung zum Tiers gehörten, sähen sich durch das Zweikammersystem zur Bundesgenossenschaft mit dem Adel genötigt. Ohne die Vereinigung der beiden Körperschaften des Klerus mit dem Adel würde der Tiers das Übergewicht in den Generalständen erhalten und die monarchische Verfassung vernichten.

Der Bischof La Luzerne hat hier eine wichtige Frage in ihrem Kernpunkt erfaßt. Er erkannte die Notwendigkeit einer starken Zentralgewalt für eine erfolgreiche Außenpolitik wie für die innere Ruhe des Staates und sah die Schwächung der Zentralmacht voraus, die durch ein Übergewicht des Tiers in den Generalständen eintreten würde. Sein Vorschlag, zwei Kammern zu bilden, wies in der Tat auf ein brauchbares Mittel hin, die nationale Vertretung in heilsamer

Weise an radikalem Vorgehen zu hindern. Dieser Gedanke war übrigens keineswegs neu, sondern durch das allerdings andersgeartete englische Zweikammersystem und Montesquieus Schriften, auf die sich der Bischof auch häufig beruft, den Franzosen vertraut. Der Vorschlag, ein Zweikammersystem einzuführen, enthielt aber einen Irrtum. Dieser lag in der Zusammensetzung der beiden Kammern. La Luzerne wollte den gesamten Klerus mit dem Adel vereinigen. So wie die Dinge nach dem 24. Januar in Frankreich lagen, konnte sich jedoch weder der dritte Stand damit zufrieden geben, daß ihm auf diese Weise der Zuzug aus den Reihen des niederen Klerus abgeschnitten wurde, auf den er jetzt rechnete, noch konnten die Pfarrer freiwillig solche Lösung fördern. Dann hätten sie ihr neues Recht auf selbstgewählte politische Vertretung nur erhalten, um aufs neue unter das Joch ihrer aristokratischen Oberen zu geraten, da diese durch die Bundesgenossenschaft mit dem weltlichen Adel doppelt stark werden mußten. Man konnte von den niederen Geistlichen nicht erwarten, daß sie sich freiwillig in solche politische Abhängigkeit begaben, durch die ihnen jede Möglichkeit genommen wurde, ihre abweichende Meinung zur Geltung zu bringen. Der bischöfliche Verfasser hat, wenn auch seine Auffassung vom Könige als dem Vollstrecker der *volonté générale* den Einfluß Rousseaus erkennen läßt, doch die Stärke dieses allgemeinen Willens nicht erkannt und im Grunde den Standpunkt eines Kirchenfürsten des *ancien régime*, der unbefangenen den Untergebenen auch die politische Meinung vorschrieb, nicht verlassen. Nicht daß er als Aristokrat sich für die Privilegien der Aristokratie einsetzte, ist sein Fehler, sondern daß er sie verteidigen lassen wollte von Leuten, die die natürlichen Gegner dieser Vorrechte sein mußten, weil sie selbst keinen Anteil an ihnen hatten. Nachdem die Regierung dem niederen Klerus so weitgehende Rechte eingeräumt hatte, war jedenfalls die Bildung eines Zweikammersystems sehr erschwert, dessen Dekretierung Ende 1788 vielleicht noch möglich gewesen wäre. Die Pfarrer, an die La Luzerne bei Beginn der Verhandlungen in der Kleruskammer seine Broschüre verteilen ließ, lehnten sie einmütig ab. Heftig griff auch Mirabeau im vierten Brief „*A mes commettants*“ den Bischof an, weil er sich auf Montesquieu stützte, um die Notwendigkeit des Adels zu beweisen.¹²¹

Überblicken wir die literarischen Erzeugnisse, die im Schoße

des Klerus in jener Zeit entstanden, so sehen wir, daß alle Verfasser von den Generalständen das allgemeine Wohl, den Wiederaufstieg der Nation, erhofften. Während aber der hohe Klerus bei aller Bereitwilligkeit, finanzielle Opfer zu bringen, durchweg das Heil des Staates und die Wohlfahrt des Volkes in der Aufrechterhaltung der ständischen Gliederung sah, und während er allen politischen Einfluß sowie eine Fülle von sozialen und wirtschaftlichen Vorteilen in die Hände der beiden ersten Stände legen wollte, vertraten die Autoren aus dem niederen Klerus die Forderung nach bürgerlicher und sozialer Gleichheit und erstrebten eine Beseitigung der politischen Macht der ersten Stände, um entweder dadurch die Macht des Königs zu stärken oder um damit das Bürgertum auszurüsten.

2. Der Wahlkampf.

Die Ankündigung der Generalstände und ihre Berufung auf das Ende des Jahres 1789 hatte im Klerus einen Kampf der Ideen entfesselt, der zunächst nur von einzelnen geführt und mit der Feder ausgefochten wurde. Erst die Wahlen selbst mußten zeigen, von welchen Ideen die große Masse der Geistlichen, all die Bischöfe und Domherren, Pfarrer und Mönche, beherrscht war. Wie würde sich der Klerus zu den anderen Ständen stellen und wie zur Regierung? Welchen Gebrauch würde der Sekundärklerus von seinen neu gewonnenen Rechten machen? Wie würde sich der hohe Klerus in die veränderte Lage finden, die durch die Bestimmungen der Regierung geschaffen war, wodurch diejenigen, welche ihm nach der Ordnung der kirchlichen Hierarchie unterstellt waren, ihm jetzt als gleichberechtigte Staatsbürger an die Seite gestellt wurden? Der Wahlkampf mußte die Antwort auf alle diese Fragen bringen.

Nach der Wahlordnung bestand die Möglichkeit für alle drei Stände, ihre Beratungen gemeinsam abzuhalten und ihre Abgeordneten in gemeinsamer Sitzung zu wählen. Der Klerus war aber im allgemeinen für gemeinsame Verhandlungen aller drei Stände nicht zu haben; auch stellte er seine Beschwerdehefte allein zusammen. Aus der Generalität von Moulins wird berichtet, daß der Klerus es ausdrücklich ablehnte, zusammen mit den beiden anderen Ständen ein Heft aufzustellen und Abgeordnete zu ernennen. Adel und Tiers dagegen standen hier in ausgezeichneten Beziehungen zueinander.¹²² Ebenso war es in Péronne; auch hier bestand ein gutes Einver-

nehmen zwischen Adel und drittem Stand. Der dortige Klerus entschuldigte sich damit, daß er seine Beratungen beschleunigen müsse, da die Pfarrer wegen der Nähe des Osterfestes eiligst in ihre Gemeinden zurückkehren wollten.¹²³ Auch in Paris intra muros waren die anderen beiden Stände für gemeinsame Beratung; der Klerus aber wies diesen Vorschlag mit Schärfe zurück, weil er, wie der Verfasser eines privaten Berichtes über die Klerusversammlung sagt, „ständig den frevelhaften Anspruch erhebt, immer und gegen jede Vernunft und gegen jedes Recht der erste Stand im Staate zu sein“.¹²⁴

In der Bretagne beschlossen die beiden ersten Stände, die Generalstände überhaupt nicht zu beschicken. Der dritte Stand schloß sich diesem Vorgehen nicht an; deshalb warfen ihm die ersten Stände vor, er griffe die alten Rechte der Provinz an. Dem niederen Klerus, der niemals in den Provinzialständen vertreten gewesen war, konnte an einer Wahl im Rahmen derselben nichts liegen. Er wählte ohne seine Bischöfe und in enger Fühlungnahme mit dem dritten Stand, mit dem gemeinsam er auch in den größeren Orten der Bretagne einen Nachrichtendienst einrichtete, der die Beziehungen der Provinz zu ihren Abgeordneten in Versailles aufrecht erhalten sollte.¹²⁵

In der Provence standen die Stände in einem sehr gespannten Verhältnis zueinander. Es kam zu tätlichen Angriffen auf mehrere Bischöfe; denn die durch die Teuerung erregte Bevölkerung erblickte in ihnen Parteigänger der Beamten, die das Volk dem Hunger ausliefern wollten. Der Adel beabsichtigte, nicht in den Wahlversammlungen, sondern in den Provinzialständen zu wählen, und bemühte sich, die Bischöfe auf seine Seite zu bringen. Der Erzbischof von Aix erkannte jedoch, daß die sechs Bischöfe nicht die Abgeordneten für den gesamten Klerus der Provence wählen konnten. So protestierten die Bischöfe zwar wie der Adel gegen die königliche Verordnung, wählten aber gemeinsam mit ihrem Klerus in der vorgeschriebenen Form. Nach der Ansicht des Erzbischofs verstanden die ersten Stände die Zeichen der Zeit nicht. Ihr Festhalten an den Steuerprivilegien schade der Eintracht der drei Stände. Der Tiers war nach seiner Meinung eine urteilslose Menge, die einigen schlecht beleumundeten Führern folgte. Er glaubte, von sich sagen zu können: „Ich bin mehr dritter Stand als diese Leute; sie wollen nur Lärm machen, ich aber möchte ohne Unruhe und Heftigkeit für das

Volk etwas Nützliches vollbringen“.¹²⁶ Mirabeau wird von ihm nicht erwähnt. So wenig wie er für eine königliche Willkürherrschaft gewesen war, so wenig wollte er jetzt, daß der Klerus mit dem auf-rührerischen Volke zusammenginge. Sein Rundschreiben, in dem er den Verzicht auf die Steuerprivilegien aussprach, seine Versuche, den Adel für denselben Schritt zu gewinnen, seine Fürsorge für die notleidende Bevölkerung erreichten, daß seine Autorität in allen Stürmen unangetastet blieb und daß Adel und Tiers sich aus-söhnten. Man feierte ein großes Verbrüderungsfest und ließ die Fahnen der Bürgerwehr vom Erzbischof weihen. Aus diesen Er-folgen schöpfte der Prälat die Hoffnung auf ein ersprießliches Zu-sammenwirken der drei Stände in der Versammlung der General-stände.

Im Bezirk von Auxerre bestand eine Verbrüderung zwischen niederem Klerus und Tiers. Aus Melun berichtet ein bischöflicher Vertrauensmann, daß der dortige Adel geneigt scheine, dem Klerus den Vorrang zu belassen, aber der Sekundärklerus ließe sich nicht auf diese Taktik ein; denn: „Les curés ont plus d'entrailles pour le Tiers que pour leur ordre“.¹²⁷ In Riom gelang es dem Klerus in Abwesenheit des Bischofs, den Zusammenschluß mit dem Tiers zu erreichen.¹²⁸ In Chaumont-en-Bassigny kam es zu Unstimmigkeiten mit dem Adel, weil der Klerus sich für Beratung par tête in den Generalständen entschied.¹²⁹ In Caen verzichteten Adel und Klerus einmütig auf die Steuerprivilegien.¹³⁰ Zu einer spontanen Ver-brüderung der Stände kam es in Château-Thierry durch die An-regung eines Pfarrers, eine besondere Spende zur Linderung der Volksnot aufzubringen. Er selbst opferte seine Börse, und sein Bei-spiel begeisterte die gesamte Versammlung. Der dritte Stand schmückte ihn mit der Bürgerkrone und trug ihn, von Adel und Klerus begleitet, auf den Schultern in den Sitzungssaal der Geist-lichen.¹³¹

Aus diesen Beispielen läßt sich erkennen, daß es zu keiner ein-heitlichen Stellungnahme des Klerus zu den anderen Ständen kam, daß sie nicht einmal innerhalb einer Provinz überall gleich war. In der Mehrzahl bestanden wohl da, wo der niedere Klerus sich durch-setzte, freundliche Beziehungen zum dritten Stand; aber auch die Bischöfe scheinen meistens für ein korrektes Verhältnis zum Tiers gesorgt zu haben. Eine derartige Spaltung wie in der Bretagne war

eine Ausnahme. Aus dem Wahlkampf ließ sich jedenfalls entnehmen, daß die Tagung der Generalstände den Klerus weder geschlossen im Lager des Adels noch in dem des Tiers finden würde.

Deutlicher jedoch als an der Stellung zu den anderen Ständen sollte an den gegenseitigen Beziehungen der beiden Klassen des Klerus selbst offenbar werden, welche politischen Wünsche die französische Geistlichkeit bewegten. Schon der äußere Verlauf der Wahlversammlungen läßt die Gesinnung der Teilnehmer erkennen. Die Bischöfe brachten an vielen Stellen feierliche Proteste gegen die Bestimmung des königlichen Reglements ein, wonach sie nur durch regelrechte Wahl einen Sitz in den Generalständen erhalten sollten. Zu lange waren sie gewöhnt gewesen, allein den Klerus zu vertreten, als daß sie sich jetzt sofort in die veränderte Lage hätten finden können. Die Kapitel protestierten ebenfalls, weil sie nur auf je zehn Mitglieder eine Wahlstimme haben sollten. Die Begründungen für diese Proteste konnten oft nicht anders als aufreizend auf die niedere Geistlichkeit wirken, so etwa, wenn ein Pariser Kapitel behauptete, das Eindringen der Pfarrer in die politische Vertretung des Klerus gefährde die Religion, und es müsse in der geistlichen Hierarchie eine Klasse geben, die herrsche, und eine andere, die beherrscht werde. Diese heilsame Ordnung werde durch das Wahlrecht umgestürzt zum Schaden der Kirche, und es werde ein Geist der Auflehnung und Feindseligkeit unter ihren Dienern verbreitet.¹³² Oder was sollte man davon denken, wenn das Kapitel der Ludwigskirche schrieb: „Die Körperschaft der Pfarrer hat im geistlichen Stande den verhältnismäßig geringsten Besitz, zahlt die wenigsten Abgaben und hat folglich das geringste Interesse am Staatswesen“.¹³³

Die Verhandlungen, die frühestens Mitte März beginnen konnten, wurden mitunter vom hohen Klerus absichtlich verzögert, um dadurch den Einfluß der Landgeistlichen möglichst von ihnen fern zu halten; denn die Pfarrer wollten zur Osterzeit wieder in ihren Gemeinden sein und reisten schließlich ab. Man machte auch den Versuch, den Artikel 14 der königlichen Verordnung, der den Pfarrern verbot, sich an den Wahlort zu begeben, wenn er mehr als zwei Meilen von ihrem Wohnort entfernt war, zur Anwendung zu bringen. So wollte der Abbé Maury Necker dafür gewinnen, die Beobachtung dieser Vorschrift durchzusetzen; denn er fürchtete von

der Teilnahme der Landpfarrer „Anarchie“.¹³⁴ Häufig bemühten sich die Bischöfe, den Klerus zur Annahme ihrer eigenen Beschwerdehefte zu bewegen oder durch bischöfliche Vertrauensleute die Wünsche der Versammlung aufzeichnen zu lassen; die Pfarrer wurden sogar ermahnt, „à ne s'occuper que des affaires de la religion; les autres étant déshonorantes“.¹³⁵ In Auxerre rief die Bischofspartei, wenn die Hefte der Pfarrer verlesen wurden, ihr gewohntes „Rayé, rayé!“ mitunter schon, ehe der betreffende Artikel zu Ende gelesen war.¹³⁶ Am meisten lag den Prälaten ihre Wahl am Herzen; sie ließen auf dem Lande durch Freunde Stimmung dafür machen und Anhänger werben. Manche hatten sich von vornherein die Stimmen der Nonnenklöster gesichert. Wenn trotz dieser Vorkehrungen die Versammlung nicht nach ihren Wünschen verlief, verließen sie vielfach vor Schluß der Wahlhandlung den Versammlungssaal und kehrten in ihre Residenz zurück. Der Bischof von Périgord soll es mit der Bemerkung getan haben: „Je serais bien fâché que cette curetaille m'eût député; c'est de la cochonnaille dont je méprise les suffrages; malgré eux je serai aux Etats, c'est là ma place“.¹³⁷

Zeigte sich so der hohe Klerus gewillt, seinen Einfluß und seine Stellung mit allen Mitteln zu behaupten, so zog andererseits der niedere Klerus in die Wahlversammlungen im Vollbewußtsein des Rechtes, das ihm die Regierung jetzt verliehen hatte. Die Entschlossenheit aber, mit der er nunmehr daran ging, seine Rechte wahrzunehmen, war nicht überall gleich stark; oft war sie abhängig von der Beliebtheit, deren sich der einzelne Bischof bei seinen Pfarrern erfreute. Vom Erzbischof von Aix wissen wir, daß er seinen Stadtklerus geschlossen hinter sich hatte; aber auch Mgr de La Fare, Bischof von Nancy, lebte mit seinem politischen Gegner, dem Pfarrer Grégoire von Embermenil, in den besten persönlichen Beziehungen und befürwortete seine Wahl.¹³⁸ Bekanntlich gibt auch da, wo es sich um politische Entscheidungen handelt, oft das Gefühl den Ausschlag. So war es auch in diesem Wahlkampf. Es war dem niederen Klerus häufig hauptsächlich um die Verteidigung seiner Ansprüche auf bessere Besoldung und auf Versorgung im Alter, auf gerechtere Verteilung der Pflichten und Rechte im geistlichen Stande zu tun. Hatte nun der Bischof sich die Achtung und Liebe seiner Diözese erworben, so vertraute man ihm jetzt ruhig

die Vertretung des Klerus in den Generalständen an und gab seinen Ratschlägen bei der Aufstellung der Wünsche und Beschwerden Gehör. Auch war die große Masse der Landgeistlichkeit noch wenig im politischen Denken geschult, oft ungebildet und auch in sittlicher Hinsicht nicht genug gefestigt, um Versuchen der Wahlbeeinflussung widerstehen zu können. So wäre z. B. der gänzlich unbeliebte, hochfahrende Bischof von Périgord beinahe doch gewählt worden, wenn er sich nicht noch durch seine heftigen Ausfälle gegen die Pfarrer in der Versammlung geschadet hätte; denn „parmi des ignorants, des imbéciles et des fous, quelle prépondérance pourront avoir un petit nombre de sages?“ schrieb resigniert einer von ihnen und berichtete, daß von 300 Klerikern doch 51 Abtrünnige dem Bischof gefolgt wären, als er im Zorn die Versammlung verließ.¹³⁹ Häufig trugen auch Spaltungen im niederen Klerus dazu bei, die Wahl des Bischofs zu ermöglichen; denn um eine Wahl durchzusetzen, war es notwendig, daß sich Stadt- und Landklerus darüber verständigten. So wurden in Aix die Landgeistlichen vom Stadtklerus dazu gebracht, den Erzbischof zu wählen, während umgekehrt in Nancy die Stadtpfarrer die geplante Wahl eines Landgeistlichen aufgeben mußten, weil die Landpfarrer dagegen waren mit der Begründung, daß sie ihre Amtsbrüder für nicht geeignet hielten, Abgeordnete zu werden. Außerdem wollten sie sich in dieser Sache nichts von den Stadtpfarrern vorschreiben lassen, sie wollten „voter selon la conscience“. So wählte man den Bischof und einen Fremden, den curé Grégoire.¹⁴⁰

Kam es aber zu einem Widerstreit der Meinungen zwischen Bischofspartei und Pfarrern, so verteidigten diese ihren Standpunkt mit zäher Energie. So schrieb ein Domherr aus Orléans, bei soviel Geschrei sei es nicht verwunderlich, daß man die seltsamsten Abgeordneten gewählt habe.¹⁴¹ In Béziers beklagte sich der Bischof von Agde über die Ungehörigkeiten von 260 Pfarrern, die über die Besitzungen einer Minderheit von 50 Geistlichen verfügt hätten, obwohl sie selbst kaum begütert wären.¹⁴² In Evreux haben die Pfarrer nach dem Urteil des Bischofs die Versammlung „durch Verschwörung und Auflehnung gestört; sie haben vorher zündende Rundschreiben verbreitet und heimlich illegale Versammlungen abgehalten, um sich zu verbünden; sie haben sich mit Tumult und Unordnung in den Besitz von Ämtern gesetzt und es an Höflichkeit

und Gehorsam gegen die Oberen fehlen lassen und so die ältesten und geachtetsten Richtlinien verletzt und verachtet“.¹⁴³ „Alles, was die Bischöfe vorschlugen“, schrieb ein anderer, „wurde mit Geschrei zurückgewiesen, keine einzige Beratung war möglich“¹⁴⁴ Die Pfarrer wiesen die von den Kapiteln und Äbten gewählten Kommissare zurück und stellten selbst eine Liste auf nach dem Verhältnis der verschiedenen Gruppen innerhalb des Klerus. Im Brief eines Abtes an Necker heißt es: „Ich verlasse die Versammlung von Vermandois; ich habe mich dort inmitten eines Trupps von Pfarrern ohne Erziehung, ohne Anständigkeit, ohne Höflichkeit befunden, so daß mir nur das Bedauern bleibt, mich so deplaciert zu haben.“¹⁴⁵ Anders dagegen urteilt der Abbé Soulavie über die Vorbereitung der Wahl in Caen, in der es zu einem Zusammenschluß der Pfarrer gegen die Bischofspartei kam: „Ich habe niemals so viel Weisheit, Vorsicht, Gerechtigkeit und Mäßigung gesehen wie im Pfarrerstand. Sie bilden den Gegenstand der Bewunderung für die Stadt. Die Generalstände werden durch die Pfarrer gewinnen, die Normandie ordnet solche von größtem und ganz unbekanntem Verdienste ab.“¹⁴⁶ Und der Abbé Lastorde meinte, der Bischof von Périgord habe statt der Schar von Idioten ohne Erziehung und Kenntnisse, die er erwartete anzutreffen, in seinen Gegnern geriebene Leute gefunden, die zwar gut über ihre Rechte unterrichtet und empört über die Anmaßungen und Machenschaften der Bischofspartei gewesen wären und ihr mit Eifer und Festigkeit entgegentraten, die aber niemals die Grenze des Respektes überschritten, die sie der überragenden Würde des Erzbischofs schuldig wären.¹⁴⁷

Das Ergebnis der Wahlen zeigte also, daß die Pfarrer die Handhabe zu benutzen wußten, die ihnen das Wahlgesetz bot, um sich die Majorität zu verschaffen: es wurden 47 Bischöfe, 208 Pfarrer und 35 Abbés oder Domherren gewählt.¹⁴⁸ Sowohl der Erzbischof von Narbonne als auch der Bischof von Blois, die den französischen Klerus bisher an hervorragender Stelle vertreten hatten, mußten die Demütigung erleben, daß sie der Klerus ihrer Diözesen nicht zu seinen Vertretern in den Generalständen wählte.

Den oft persönlichen Gegensätzen lagen bedeutende sachliche Differenzen zu Grunde. Die beiden Stände im Klerus waren verschiedener Meinung über die Bedeutung, die der Vertretung der

Geistlichkeit in den Generalständen zukommen sollte. Es handelte sich hier um einen Kampf zwischen alten Ansprüchen und neuen Rechten. Die Auffassung der Pfarrer ersehen wir aus einem Brief an den Bischof von Auxerre: „Der Plan, den die Pfarrer im Herzen hegen, ist der, das Joch abzuschütteln, das sie 'bischöfliche Zwangsherrschaft' nennen. Sie haben sich geschworen, nur ihre Amtsbrüder zu Deputierten zu ernennen; denn . . . sie bilden sich ein, daß die Regierung den Plan habe, ihnen jetzt Vorteile zu gewähren, die sie noch niemals besessen haben, daß sie daher jede Gelegenheit ausnützen müßten, die sich ihnen böte.“¹⁴⁹ Es waren also Gedanken an die Förderung ihrer eigenen Angelegenheiten, an die Hebung ihres Standes und an die wirtschaftliche Verbesserung ihrer Lage, die den Pfarrern am Herzen lagen. Das Urteil der Bischöfe über den Egoismus, den die Pfarrer gezeigt hätten, war nicht unbegründet.¹⁵⁰ Aber es war ein berechtigtes Selbstbewußtsein, das sich jetzt im niederen Klerus regte, wenn er die Bevormundung abschüttelte und sich auf seine Würde und sein Recht als Bürger und als Standesgenosse der Prälaten besann. Die Front des niederen Klerus war gegen alle Privilegierten des geistlichen Standes gekehrt.

Der hohe Klerus betrachtete die Lage naturgemäß von einem anderen Standpunkt aus. Er ahnte jetzt, daß es in den Generalständen um das Bestehen des Klerus als einer besonderen politischen Körperschaft gehen würde. Vor allem traute er allen Ernstes der Regierung Angriffspläne zu: „Das Projekt der Regierung ist scheinbar“, schreibt ein hoher Geistlicher, „die politische Existenz des Klerus zu vernichten, den hohen Klerus in eine Pairskammer eintreten zu lassen und den Sekundärklerus in den Tiers zurückzudrängen.“¹⁵¹ Sodann hatten die Feindseligkeiten in den Provinzen die hohe Geistlichkeit über die Absichten des Tiers belehrt. Ihr mußte also alles daran liegen, daß sich in den Reihen der geistlichen Abgeordneten Männer befanden, die sich für die Vorrechte des Klerus gegen die Angriffe des Tiers und der Regierung einsetzten. Das konnten nach Lage der Dinge nur Mitglieder der Aristokratie sein, da diese allein aus jenen Vorrechten Vorteil zogen. Es kam daher viel darauf an, daß jetzt die Pfarrer in der Unterordnung und Gefolgschaft gehalten wurden, damit sie die Stellung der Prälaten gegen den doppelten Feind stützen halfen. „Ein Zusammenhalten

der beiden Stände des Klerus erscheint mir als einziges Hilfsmittel“, so urteilt einer von ihnen,¹⁵² und ein anderer schreibt: „Ich gestehe, daß das Reglement, das so ganz den zweiten Stand im Klerus begünstigt, der Harmonie sehr schadet, die zwischen Gliedern und Führer bestehen muß, und daß die Illusionen und der Egoismus, die im Sekundärklerus herrschen, wenig günstige Vorzeichen sind. Aber vielleicht ist er anderswo aufgeklärter über das Standesinteresse.“¹⁵³ Das Standesinteresse bildete das Leitmotiv des politischen Denkens des gesamten Klerus, nur verstand jede der beiden Gruppen innerhalb desselben etwas Anderes unter diesem Begriff: der hohe Klerus dachte dabei an seine Vorrechte, die er Jahrhunderte lang besessen und immer noch vermehrt hatte, und der niedere Klerus an die neuen Rechte, die er jetzt mit Hilfe der Regierung erringen wollte.

Noch an einem zweiten Punkte schieden sich die Geister, und zwar an dem Problem, welche Verfassung die Generalstände erhalten sollten. Diese von der Regierung einstweilen noch offen gelassene Frage wurde in den Wahlversammlungen heftig umstritten. Wir sind über das Zustandekommen der Cahiers nicht genug unterrichtet, um feststellen zu können, wodurch im einzelnen Fall in den Versammlungen die Entscheidung für die eine oder andere Form herbeigeführt wurde. Sicherlich war es an vielen Orten so wie im Amtsbezirk von Auxerre, wo die Hefte der einzelnen Pfarrer zwar in der Mehrzahl die Abstimmung nach Köpfen forderten, wo es der Bischof aber doch erreichte, daß sich das Gesamtcahier für die Abstimmung nach Ständen aussprach. Ein Geistlicher schreibt über die Wahlen in Sézanne: „Ich stand allein in meinem Bestreben nach Aufrechterhaltung der Formen des Klerus und der Abstimmung nach Ständen in den Generalständen.“¹⁵⁴ Und von einer Versammlung in Nevers heißt es: „Fast alle Wähler waren mit dem Entschluß angekommen, die Abstimmung nach Köpfen zu verlangen, da mußte man begründen, ausführlich reden, Autoritäten anrufen. Endlich sprach sich die allgemeine Meinung für Abstimmung nach Ständen aus und der Artikel ging durch.“¹⁵⁵ Die Verfechter der getrennten Abstimmung führten für sie drei Gründe ins Feld:

1. Sie sei die einzig verfassungsmäßige Form der Abstimmung, sie entspreche den alten Gepflogenheiten der Monarchie und sei die

sicherste Schutzwehr der königlichen Autorität, der Würde der Krone und der öffentlichen Ruhe.¹⁵⁶

2. Sie sei die gerechteste Form der Abstimmung; denn sie stelle ein vollkommenes Gleichgewicht zwischen den Ständen her und verhindere, daß ein Stand von den beiden anderen überstimmt werden könne.¹⁵⁷

3. Die Langsamkeit der Beratungen, die sie mit sich bringe, weil erst langwierige Verhandlungen zwischen den Ständen eine Einigung herbeiführen könnten, verbürge reifliche Überlegung und bewahre vor Überredung und Überlistung. Auch gefährde die Abstimmung nach Köpfen die Religion.¹⁵⁸

Die Geistlichen, die die Abstimmung par tête forderten, vermochten sich nicht auf altverbriefte Rechte und Gewohnheiten zu berufen, sie mußten daher ihre Stellungnahme durch irgendeine Theorie begründen. Ein Pfarrer der Diözese Auxerre ging dabei von einer ganz patriarchalischen Auffassung aus, um daraus moderne Folgerungen zu ziehen. Er sagte: Alle Bürger sind Glieder des Staates und bilden eine einzige Familie, deren Vater der König ist. Die Abgeordneten des Klerus müssen daher in alles willigen, was die andern zum Vorteil und Gedeihen des weiten Reiches vorschlagen. Sie müssen die Vereinigung der drei Stände und die Abstimmung par tête verlangen.¹⁵⁹ Der Klerus von Aval, der auch dem Doublement des Tiers ausdrücklich zustimmte, wünschte, daß diese Abstimmung nach Köpfen die verfassungsmäßige Abstimmungsform würde und vom Könige die Sanktion erhalte.¹⁶⁰ In vielen Orten kam man im Klerus zu folgender Einigung: für alle Fragen der Besteuerung verlangte man die Abstimmung par tête, sonst jedoch die Abstimmung par ordre. In anderen Orten wollte man in den besonderen Angelegenheiten der einzelnen Stände getrennte Beratung zulassen, forderte in allem übrigen aber gemeinsame Beratung und Abstimmung.¹⁶¹ Mit diesen Wünschen befanden sich die Geistlichen in völliger Übereinstimmung mit Necker. Wenn dieser auch im Aktenstück vom 27. Dezember 1788 jenen Modus nicht dekretierte, so erklärte er doch ein bedingtes Par tête für wünschenswert.¹⁶²

Über eine andere wichtige Frage, welche die Generalstände beschäftigen sollte, über die Frage der Steuerfreiheiten des Klerus, gingen die Ansichten nicht so schroff auseinander. Von klugen

Bischöfen war ein Verzicht darauf schon lange geplant. Boisgelin von Aix, der ihn vor Beginn der Wahlen öffentlich aussprach, schrieb darüber an eine Freundin: „Sie werden nicht annehmen, daß ich (aus Angst) Augenblicksentschlüsse fasse; Sie kennen seit langem meine Anschauung, ich ändere sie nicht“.¹⁶³ Er war schon zur Zeit der ersten Notabelnversammlung bereit gewesen, einer Unterwerfung der geistlichen Güter unter die Grundsteuer zuzustimmen; denn er erkannte, daß sich die Steuerfreiheiten nicht mehr aufrecht erhalten ließen, und hielt es für klüger, selbst auf diese zu verzichten als sie sich nehmen zu lassen. Zu diesem Verzicht hatte er den Adel zwingen wollen und durch ihn wiederum den Klerus, der weniger einsichtig war als sein Oberhaupt. Im allgemeinen war der Klerus jetzt durchaus bereit, unter voller Wahrung aller seiner anderen Ehrenvorrechte die Steuerprivilegien aufzugeben. Mitunter geschah es mit der Versicherung, daß die Hartnäckigkeit früherer Generalversammlungen in diesem Punkte niemals egoistische Motive gehabt hätte; der Klerus habe damit nur das Bewilligungsrecht der Nation dem Könige in Erinnerung bringen wollen. Dagegen mißbilligten die Domherren von Vézelay ausdrücklich das frühere Verhalten ihrer Korporation, wenn sie schrieben: „Wer würde sich so wenig patriotisch zeigen, daß er seine eigenen Privilegien zur Geltung bringen wollte? . . . Fern sei jedem französischen Herzen ein so kleinliches Hängen an pekuniären Auszeichnungen, die gegenüber dem allgemeinen Wohl verschwinden müssen! Ohne Zweifel waren dem Klerus die Vorrechte, die er immer genossen hat, lieb und wert. Aber die Anhänglichkeit an sie war davon abhängig, in welchem Maße man ihrer bedurfte. Wenn unser Stand früher wie heute gefragt worden wäre, so hätte die Not der Lage ihn zu demselben Opfer bereit gefunden, wie er es jetzt bringt. Wenn in früheren Zeiten und sogar noch in unseren Tagen Versammlungen, die als Vertretung des Klerus betrachtet wurden, mit Macht für die Erhaltung dieser Privilegien gekämpft und geredet haben, trotz der Notlage des Staates, so kann man deswegen nicht den Klerus anklagen. Diese Versammlungen hatten weder Vollmacht noch Auftrag, ihre Teilnehmer waren nicht von dem Stand anerkannt, dessen Vertreter sie zu sein vorgaben.“¹⁶⁴ Hier zeigt sich ein deutliches Abrücken von der Politik der Bischöfe, mit denen diese Domherren in anderen Fragen zusammengingen.

Häufig wurde die Angelegenheit der Besteuerung im Zusammenhang mit den Schulden des Klerus behandelt, d. h. die Bereitwilligkeit, die gleichen Steuern wie alle übrigen Bürger zu zahlen, wurde an die Bedingung geknüpft, daß die Schulden des Klerus zur Staatsschuld erklärt würden. Doch der niedere Klerus sprach sich mitunter aus Gerechtigkeitsgefühl und nationaler Gesinnung dagegen aus, daß man dem Staat die Last aufbürden wollte, die der Klerus in seinen Dons gratuits sich bereit erklärt hatte zu tragen; er machte den Vorschlag, den hohen Klerus diese Schulden abtragen zu lassen. So meinte ein Pfarrer, die Schulden sollten von denen bezahlt werden, die sie ohne Vorwissen des Sekundärklerus gemacht hätten.¹⁶⁵ Andere schlugen vor, zur Tilgung der Schulden die Einkünfte der vakanten Pfründen zu verwenden; einer wollte sogar, daß der Klerus seinerseits dem Staat dadurch aus den Finanzschwierigkeiten helfe, daß er dem Papst die Notlage Frankreichs schildere und ihn bitte, „vouloir bien lui accorder gratuitement (excepté les frais indispensables de parchemin de scribes) jusqu'à l'entier acquit de ses dettes, toutes les bulles et dispenses qui lui seront demandées, et que, dans ce cas, les évêques, chacun dans leur diocèse, touchent ce qui selon l'usage, aurait dû passer à la Cour de Rome, pour être par eux au bout de chaque année, remis entre les mains du controleur général des finances de Sa Majesté. Ce moyen ne serait pas peu avantageux; chacun sait comme l'argent de France s'en va à Rome et personne ne l'en voit revenir.“¹⁶⁶ Diesen Zeugnissen von Bereitwilligkeit, die Lasten des Staates wie die übrigen Stände zu tragen, stehen einige wenige gegenüber, die von anderer Gesinnung zeugen. So wurde in Orléans die Ansicht laut, man solle sich auf jeden Fall die eigene Veranlagung vorbehalten; denn es wäre vorteilhafter, sich selbst zu besteuern, als sich von Laien besteuern zu lassen.¹⁶⁷ Der Klerus von Riom in der Auvergne verzichtete einmütig auf seine Freiheiten, aber der Bischof von Clermont und sein Generalvikar fügten dem Protokoll ihren Protest gegen diesen Verzicht bei.¹⁶⁸ Der Abbé de Montesquiou suchte in der Diözese Soissons Stimmung für Schonung der Steuerprivilegien zu machen. Hier war es der Bischof, der seine Unzufriedenheit mit diesem Vorgehen äußerte, weil überall sonst der Klerus die Privilegien preisgegeben habe und dieser neue Anspruch auf sie nutzlos sei und nur die Gemüter er-

hitzen müsse, die ihre ganze Besonnenheit nötig hätten, um sich nutzbringend mit den Angelegenheiten der Allgemeinheit beschäftigen zu können.¹⁶⁹ In Caen versuchten Bischof, Kapitel und Mönche, den Verzicht zu verhindern.¹⁷⁰

Die Zwiespältigkeit, die in den Ansichten über wichtige Fragen im Klerus bestanden, läßt indessen nicht zu, daraus auf ein geringeres oder größeres Maß an nationaler Gesinnung bei den Angehörigen der beiden Stände innerhalb der französischen Geistlichkeit zu schließen. Beide Stände glaubten, dem Vaterland dadurch zu dienen, daß sie gerade ihren Standpunkt verfochten. Gewiß war man zur gegenwärtigen Regierung verschieden eingestellt. Der niedere Klerus brachte dem Minister Necker eine überschwengliche Verehrung entgegen, gerade als sei die Zulassung der Pfarrer zu den Wahlen das ganz persönliche Verdienst des Ministers. Der Klerus teilte in diesem Punkte völlig die Gefühle des dritten Standes. Die Kleriker einer Pariser Gemeinde schilderten dem Minister die Begeisterung, die er in allen französischen Herzen durch seine Talente und patriotischen Tugenden entzündet hätte.¹⁷¹ Die Pfarrer von Bordeaux schrieben an ihn: „Digne émule des Colbert et des Sully, vous auez au-dessus d'eux la gloire d'avoir éclairé l'Europe par vos écrits“.¹⁷² Der Klerus von Bassigny beklagte in seinem Cahier den schlechten Zustand der Finanzen des Staates, den die Mißwirtschaft früherer Minister herbeigeführt habe, und fügte hoffnungsvoll hinzu: „Der würdige Minister, der sie jetzt verwaltet, verdankt seine Stellung nur seinem Verdienst und der Weisheit des Königs. Unter so glücklichem Vorzeichen gibt uns dieser wahre Patriot nur Anlaß zu schönen Hoffnungen“.¹⁷³ Aus der Normandie schrieb der Generalvikar des Bischofs von Châlons, Abbé Soulavie, an den Minister: „Ihr Name ist auf dem Lande gesegnet. Mut, wackerer Necker! Der kritische Augenblick naht, alles Volk ist für Sie, aber auch für den König. Dieser gute Fürst dankt es Ihnen, daß Sie ihm alle Herzen zurückerobert haben. Man hatte den bei den Franzosen so beliebten Ruf: „Es lebe der König!“ seit mehr als einem Jahr nicht erschallen lassen, und seit Sie zum Minister gemacht wurden, hat man ihn von neuem und oft ausgerufen . . . Der Sekundärklerus besonders liebt und achtet Sie.“¹⁷⁴ Angesichts der Schwierigkeiten der Wahl und der Ungesetzhlichkeiten, die sich eingeschlichen hatten, angesichts auch der Versuche

verschiedener Parteien, mit Überredung und Gewalt die ordnungsmäßige Aufstellung des Beschwerdcheftes zu verhindern, rief er am Schlusse aus: „Grand Dieu, quel ouvrage avez-vous entrepris, incomparable Necker, et comment pouvez-vous soutenir cet édifice? Ce me paraît impossible à réparer, les bases étant aussi pourries; ah! du moins soyez bien sûr que je vous soutiens ici!“ Soulavie hat mit diesen Sätzen, wenn auch in überschwenglichen Worten, doch nur dem allgemeinen Gefühl Ausdruck gegeben. Der König war durch die Berufung der Generalstände so populär geworden, wie er es seit langen Jahren nicht mehr gewesen war, und in Necker sah man im Volk seinen treuesten Bundesgenossen bei dem großen Werk der Wiederherstellung des Glückes der Nation.

Es darf nicht Wunder nehmen, daß der hohe Klerus diese Gefühle nicht teilte. Necker war früher bei den Prälaten sehr beliebt gewesen. Seine Entscheidung aber für die Verdoppelung des Tiers, seine Zurückhaltung gegenüber der Forderung der Notabeln auf getrennte Beratung in den Generalständen und die Bestimmungen des Reglements vom 24. Januar, die mit dem Anspruch des hohen Klerus auf einen Sitz in den Generalständen aufräumten, hatten ihm die Herzen der Prälaten entfremdet. Der Erzbischof von Aix traute dem Minister nicht nur Intrigen gegen seine Wahl zu, er glaubte sogar, daß die Regierung offen durch ihre dem Tiers freundliche Politik und heimlich durch Agenten die Bevölkerung planmäßig gegen die ersten Stände aufgehetzt habe. Nach den Aufständen in der Provence, bei denen die Bischöfe von Toul, Fréjus und Sisteron ernstlich bedroht worden waren, schrieb er: „Das ist es, was ich der Regierung nicht verzeihe. Sie hat eine ganze Provinz diesem traurigen Zustand ausgeliefert. Sie hat den Schutz, den sie den beiden ersten Ständen schuldet, zurückgezogen. Es lag nicht an ihr, wenn diese nicht durch eine Jacquerie verfolgt worden sind, und ich bin bereit zu glauben, daß sie das wünschte. Ich bin davon überzeugt, daß Necker im Grunde seines Herzens mich stürzen wollte.“¹⁷⁵ Viele Bischöfe und Kapitel protestierten, wie gesagt, ausführlich und energisch gegen das königliche Reglement. Aber ein Kriterium für die Ergebenheit gegen den König ist diese Stellungnahme zu den Maßnahmen der Regierung nicht. Sowohl die Pfarrer als auch die Prälaten sparten nicht mit Ausdrücken ihrer unbedingten Anhänglichkeit an den König und ihrer Bereitwillig-

keit, seine wohlmeinenden Absichten zum Besten des Staates zu unterstützen. — Die Pfarrer stellten sich König und Volk gern als eine große Familie vor. Sie sahen in der Berufung der Generalstände eine Tat der freien Willensentschließung des Königs, die seiner Großmut und Güte entsprungen wäre. Er wurde mit dem Stern verglichen, der nach Sturm und Ungewitter einen neuen Tag heraufführe, der das Ende aller Leiden und den Anfang der allgemeinen Glückseligkeit bringe.¹⁷⁶ Der hohe Klerus schickte der Regierung Berichte über die Wahlen in den Provinzen. Er verhehlte darin sein Bedenken über den gegenwärtigen Kurs nicht und zeigte sich durch die Vorgänge in den Versammlungen verletzt, aber stets drückte er zugleich seine vollste Ergebenheit und den Wunsch aus, die Zufriedenheit des Königs zu erringen. Auch in ihrem Briefwechsel miteinander redeten die Bischöfe von ihrem Eifer, dem Könige zu dienen, und von ihrem Gehorsam gegen seinen Willen; sie sprachen die Hoffnung aus, seinen Beifall für ihr Verhalten während der Wahlperiode zu finden.¹⁷⁷ Gerade weil sie sich ihrer loyalen Gesinnung durchaus bewußt waren, kränkte es sie, daß die Regierung anscheinend keinen Wert auf ihre Mitarbeit legte, da sie ihren Eintritt in die Generalstände von einer Wahl abhängig machte. So schrieben die Domherren von Auxerre: „Der Einfluß des Klerus in der Generalversammlung der Stände Ihres Reiches wird sich fast im umgekehrten Verhältnis zu den geistlichen Rangstellungen und Würden befinden, als ob die Gefühle der Billigkeit und des Patriotismus aus dem Herzen aller derer verbannt wären, die irgendeine Autorität oder Auszeichnung im Klerus besitzen.“¹⁷⁸ So wetteiferten beide Stände der geistlichen Hierarchie miteinander im Ausdruck ihrer königstreuen Gesinnung, und mochte auch der Wahlkampf so manchen Gegensatz zwischen ihnen aufgedeckt haben, in ihrer Liebe für König und Vaterland waren sie einig.

3. Die Verfassungsideen der Cahiers.

Der Eindruck von der damaligen Haltung des Klerus, den der Wahlkampf hinterläßt, wird noch durch das Bild vervollständigt, das die Beschwerdehefte geben. Ob nun diese Hefte, welche die *voeux et doléances* des Klerus enthielten, hauptsächlich von dem Sekundärklerus bestimmt wurden, oder ob sie, wie beispielsweise das Heft des Klerus von Autun, den Einfluß des Bischofs verraten,

immer finden sich die gleichen politischen Grundanschauungen und Forderungen darin.¹⁷⁹

Alle Hefte stimmen überein in dem Bekenntnis zur monarchischen Staatsform; und oft schließt sich daran die Erklärung, daß man niemals den geringsten Angriff auf die Monarchie dulden werde.

Nach der Meinung der Stände ist Frankreich „une monarchie tempérée“; daher verlangt man fast einmütig die Aufstellung einer Charte, welche die Grundgesetze des Reiches enthält und die absolutistische Gewalt der Krone beschränkt. Deutlich tritt hier der Einfluß Mablys und Montesquieus zu Tage, die beide in einem *gouvernement modéré* oder *tempéré* die Idealform der Verfassung sahen. Zu den in den Cahiers geforderten Staatsgrundgesetzen werden die Sicherheit von Person und Eigentum und das Steuerbewilligungsrecht der Nation gerechnet. Keine Steuerbewilligung, keine Beratung über andere Gegenstände, ehe nicht diese Forderung nach einer Verfassung erfüllt sei!¹⁸⁰ Der Katholizismus als Staatsreligion wird selbstverständlich vom Klerus gefordert. Geordnete Finanzen, Sauberkeit in der Verwaltung, Ministerverantwortlichkeit, Provinzialversammlungen, Reform der Rechtsprechung und Vereinfachung des Steuerwesens sind andere Punkte, die sich in fast allen Heften des Klerus finden. Bemerkenswert ist, daß die Feudalrechte verhältnismäßig selten erwähnt werden. Ein Heft spricht die Hoffnung aus, daß der Adel großmütig auf seine Feudalrechte verzichten werde.¹⁸¹ Sehr wenige Hefte verlangen die Abschaffung aller Privilegien; einige dringen auf endliche Aufhebung der *Mainmorte réelle et personnelle*,¹⁸² andere sprechen sich gegen *Franc-fief* und gutsherrliche Gerichtsbarkeit aus. Im allgemeinen begnügt sich die Geistlichkeit damit, menschliche Handhabung der Feudalrechte zu wünschen; auf dem Lande wird besonders auf die Schäden hingewiesen, die durch die uneingeschränkte Taubenhaltung von Seiten der Gutsherren entstanden, und Anpassung des grundherrlichen Jagdrechtes an die Bedürfnisse der Landwirtschaft verlangt. Ebenso wenden sich die Geistlichen gegen die demütigenden Formen bei der Leistung des Lehnseides und gegen den Brauch, daß der Pfarrer dem Gutsherrn in der Kirche das Weihwasser darreichen mußte.¹⁸³ Im Verhältnis zu den Heften des dritten Standes nehmen alle diese Wünsche beim Klerus aber nur einen geringen

Raum ein. Das erklärt sich daraus, daß die Kirche selbst Guts-herrin war, deren Rechte von Bischöfen, Kapiteln und Äbten ausgeübt wurden. Deshalb begründet auch ein Bischof seine Beschwerde über die Wahl der Pfarrer damit, daß diese kein Interesse an der Verteidigung des kirchlichen Grundbesitzes, der kirchlichen Lehnrechte und Gerichtsbarkeit hätten und völlig unfähig seien zur Verwaltung der großen Angelegenheiten der Kirche.¹⁸⁴

Einen breiten Raum nehmen dagegen die Vorschläge für eine Reform des Klerus ein; sie kommen indessen nur insofern, als sie eine politische Bedeutung haben, für unsere Betrachtung in Frage. Die Einzelhefte aus dem Bezirk von Auxerre zeigen, daß hier der Kampf um das Formular Alexanders VII. noch nicht völlig erloschen war. Gegen dieses Formular, dessen Unterzeichnung vor Verleihung einer Pfründe noch immer vom Bischof verlangt wurde, protestieren 10 Pfarrer mit der Begründung, daß dieses Formular nicht mit den Gesetzen des Reiches übereinstimme; denn stillschweigend erkenne man mit der Unterschrift die Unfehlbarkeit des Papstes an und verstoße damit gegen die gallikanischen Artikel.¹⁸⁵ Der Klerus von Auxerre bekennt sich ausdrücklich zu diesen Artikeln: „Die Sicherheit der Person des Königs und seines Staates erfordert, daß man darüber wacht, daß die Gesetze, welche die Unterweisung der Lehre der vier Artikel des Klerus von 1682 vorschreiben, genau beobachtet werden“.¹⁸⁶ Für Wiederherstellung der pragmatischen Sanktion und gegen das Konkordat sprechen sich einzelne Hefte aus, weil das Konkordat Frankreich arm mache, dadurch, daß es große Geldsummen aus dem Lande herauslocke.¹⁸⁷ Es wird der Vorschlag gemacht, die kanonische Institution nicht mehr vom Papst erteilen zu lassen und die Annaten nicht mehr nach Rom zu zahlen.¹⁸⁸ Die Reform der Kirche wird von der weltlichen Autorität erwartet.¹⁸⁹ Die Cahiers sind somit ein Zeugnis für die überwiegend gallikanische Gesinnung des französischen Klerus.

Ebenso wie die jansenistische Streitfrage wird auch die Frage der religiösen Duldung vom Klerus politisch ausgewertet. So wird das Toleranzedikt von 1787, das den Protestanten bürgerliche Rechte gab, vom Klerus der Franche-Comté zurückgewiesen, da es gegen die Sonderrechte dieser Provinz verstoße.¹⁹⁰ Auch sonst wird dieses Edikt angefochten, z. T. mit der Begründung, daß durch die Toleranz die katholische Religion vernichtet würde; diese sei

jedoch der mächtigste Zügel, um die Völker in rechter Unterordnung unter dem Herrscher zu halten.¹⁹¹

Wie die andern Stände, so setzt sich auch der Klerus für die Rechte der Provinzen ein. Wo aber, wie in Besançon, ein Teil der provinziellen Sonderrechte aufgegeben wird, da geschieht es nur mit einer ausführlichen Begründung dieses Verzichtes: Der Klerus von Besançon möchte durch dieses Opfer beitragen zu einer neuen Ordnung der Dinge, von der er Frieden und Glückseligkeit für das ganze Volk erhofft. Würden die anderen Provinzen jedoch nicht denselben Patriotismus aufbringen oder würden die Generalstände das erstrebte Ziel nicht erreichen, dann sollte der Deputierte erklären, daß er ausdrücklich auf sämtliche Vorrechte und Freiheiten seines Standes und seiner Provinz bestände.¹⁹²

Den Unterschied der Stände will der Klerus einmütig gewahrt wissen; häufig betont er, daß mit Ausnahme der Steuerprivilegien alle Ehrenvorrechte des Klerus und besonders seine Würde als erster Stand des Reiches unangetastet erhalten bleiben müßten. Mitunter werden alle drei Stände aufgezählt und ihre besondere Stellung im Staate dargelegt.

Der französische Historiker Champion ist nach gründlichem Studium der Beschwerdehefte zu dem Urteil gekommen, daß im Grunde genommen alle Stände Frankreichs damals mit denselben Wünschen den Generalständen entgegen gesehen hätten. Sie hätten von ihnen die Erhaltung der monarchischen Staatsform, die Aufstellung einer Verfassung, welche die absolute Macht des Königtums zu Gunsten des in den drei Ständen vertretenen Volkes beschränken sollte, und eine Reform der Verwaltung und Rechtsprechung, des Erziehungswesens und des Klerus erwartet. Selbst in der Stellung zu den Steuerprivilegien und zu der Verfassung der Generalstände seien keine grundsätzlichen Unterschiede zwischen den Ständen festzustellen.¹⁹³ Man wird diesem Urteil darin recht geben müssen, daß in vielen wesentlichen Fragen eine Übereinstimmung zwischen den Ständen bestand und daß sich auch gelegentlich Hefte der beiden ersten Stände fanden, die betreffs der Verfassung der Generalstände sich mit einem bedingten *Par tête* einverstanden erklärten, also nicht wesentlich vom dritten Stande abwichen. Eine *d u r c h g ä n g i g e* Übereinstimmung dagegen gerade in diesem Punkt läßt sich nicht behaupten. Der Tiers sprach

sich so entschieden für die Abstimmung nach Köpfen aus, wie die ersten Stände im allgemeinen für die Abstimmung nach Ständen eintraten. In dieser Weise eingeschränkt, wird man Champions Urteil, das sich auf alle drei Stände bezieht, auch auf die beiden Stände innerhalb des Klerus anwenden können; d. h. hoher und niederer Klerus hatten in vielen wichtigen Punkten dieselben Wünsche, in ihrer Stellung zur Verfassungsfrage aber bestand im allgemeinen ein grundsätzlicher Unterschied. Beiden Ständen des Klerus war freilich die Überzeugung gemeinsam, bei der Aufstellung ihrer Hefte das Wohl des Staates im Auge gehabt zu haben.

Wenn also nach den Wünschen und Beschwerden der Cahiers wenig grundlegende Unterschiede in der Gesinnung und den Idealen der Stände bestanden, warum beherrschte dennoch den dritten Stand und die niedere Geistlichkeit dieses tiefe Mißtrauen gegen den hohen Klerus, das in den Flugschriften und dem Wahlkampf zutage getreten war und sich bald noch deutlicher zeigen sollte? Warum auf der anderen Seite dieser Widerstand der Prälaten gegen eine stärkere Vertretung des Tiers und der Pfarrer im kommenden Reichstag?

Die Mißstimmung des Bürgertums rührte sicherlich z. T. daher, daß der Verzicht auf die Steuerprivilegien zu spät ausgesprochen war. Zu spät hatte sich der hohe Klerus darauf besonnen, daß den Rechten, die er genoß, nicht mehr dieselben Pflichten entsprachen wie einst. Zu spät hatte er eingesehen, daß nicht auf der einen Seite aller Reichtum und alle Ehre sein konnten und auf der anderen Seite nur alle Lasten. Boisgelin von Aix sprach es in seinen Briefen immer wieder aus, daß es eine ungeheure Torheit wäre, sich erst durch den Druck des Tiers die Vorrechte rauben zu lassen. Er selbst war stolz darauf, daß er noch vor Beginn der neuen Unruhen in Aix öffentlich für seinen Klerus den Verzicht ausgesprochen hatte; aber auch das war schon zu spät. Auch die Erklärung der Notabeln wog nicht viel, da sich die beiden ersten Stände nicht dadurch gebunden zu fühlen brauchten. Nur ein unzweideutiger Verzicht der letzten Generalversammlung des Klerus im Sommer 1788 hätte das Volk auf die Dauer davon überzeugen können, daß nicht Berechnung und Angst, sondern freier Wille und Einsicht, Patriotismus und Gerechtigkeitssinn das Handeln der Prälaten lenkten. So hätte man eine nationale Einheitsfront hergestellt, die

fester gehalten haben würde als diejenige, die eben noch die Notabeln, der Klerus und das Parlament mit der öffentlichen Meinung zusammen gegen den Absolutismus gebildet hatten. Diesen, nach Sieyès' Wort gemeinsamen Gegner aller Stände, etwa durch den Verzicht auf alle pekuniären Vorrechte ungewollt zu stützen, hätte der Klerus schon deshalb nicht zu befürchten brauchen, weil er die sofortige Berufung der Generalstände für seinen rückhaltlosen Verzicht zur Bedingung machen konnte. Er hatte sich, wie so oft schon, auch auf dieser letzten Versammlung nicht gescheut, seine Zusicherung eines *Don gratuit* an Bedingungen zu knüpfen, sobald es sich um seine eigensten Interessen handelte; aber hier wäre es angebracht gewesen, einmal die Preisgabe der pekuniären Freiheiten als Druckmittel im Interesse der Nation zu benutzen. Der Kampf des Klerus gegen die Schäden, die sich unter der absolutistischen Regierung in alle Zweige der Verwaltung eingeschlichen hatten, sein Ruf nach den Generalständen und seine Forderung, der Nation das Steuerbewilligungsrecht einzuräumen, hätten durch eine solche Handlungsweise nur an Nachhaltigkeit gewonnen. Für die Tagung der Generalstände aber wäre schon von vornherein viel erreicht gewesen, wenn der Klerus hätte annehmen können, daß der Klerus gewillt war, nicht nur seine eigene Sache zu führen, sondern die des Volkes. Aber diese Gelegenheit, sich das Vertrauen des dritten Standes zu erwerben, hatte der Klerus ungenützt vorbeigehen lassen. Mochte er im Sommer vorher noch des Beifalls der Nation sicher gewesen sein, als er seine „Vorstellungen“ gegen die Regierung erhob, jetzt stand das Volk gegen ihn. Er erntete nun die Folgen seiner eigennützigen Politik. Vergessen war sein Eintreten für alte Rechte der Nation und für eine gesunde Finanzwirtschaft; das Volk hörte jetzt aus allem, was bisher vom hohen Klerus gegen die Reformversuche der Regierung gesagt worden war, nur das Widerstreben heraus, seine Vorrechte der Not des Staates zum Opfer zu bringen, und es faßte — wie Sieyès — den jetzt in vielen Heften des Klerus ausgesprochenen Verzicht als Versuch auf, noch im letzten Augenblick das Zusammentreten der Generalstände überflüssig zu machen.

Dazu kam, daß die Begründung, die man während der Wahl dem endlichen Verzicht auf die Steuerfreiheiten gab, seinen Wert in den Augen des Volkes herabsetzen mußte. Wie einst das *Mémoire*

der Prinzen, so stellten jetzt häufig auch die Geistlichen diesen Schritt als ein großmütiges Opfer hin. Gewiß bedeutete der Verzicht ein schmerzliches Opfer für den hohen Klerus; es wäre jedoch klüger gewesen, diesen Schmerz nicht zu zeigen. Es mußte das Selbstbewußtsein der anderen Stände verletzen, daß es den Dienern der Kirche so schwer wurde, die gleichen Lasten mit ihnen zu tragen. Außerdem warf es aber auch ein wenig günstiges Licht auf den Gerechtigkeitssinn, auf das soziale Empfinden des Klerus. Statt offen zu bekennen, daß ein Rechtstitel für eine Ausnahmebehandlung des Klerus nicht bestand, suchte er den bisherigen Zustand mit der Behauptung zu rechtfertigen, daß er im Interesse des ganzen Volkes seine Steuerfreiheit verteidigt habe, eine Behauptung, die schwer zu glauben war.

So war durch die Preisgabe des Steuerprivilegs wenig gewonnen für die Anbahnung eines wirklich inneren Verstehens zwischen dem Klerus und dem dritten Stand, wie auch zwischen den beiden Korporationen des Klerus.

Hierzu kam ein zweites. Die Stände waren sich einig im Willen, das gemeinsame Wohl des Volkes zu begründen und eine gründliche Reform der Regierung und Verwaltung zu erzwingen, einig auch in der Hoffnung, daß eine neue, glückliche Zeit für Frankreich anbrechen werde; aber sie dachten ganz verschieden über den Weg, auf dem dieses Ziel erreicht werden sollte. Die Meinung des hohen Klerus ist bei Boisgelin zwischen den Zeilen zu lesen, wenn er sagt, daß die anderen alles erreichen wollten durch das Volk, er aber wolle alles für das Volk.¹⁹⁴ Von ihm war das gemeint als Betonung seiner uneigennütigen Gesinnung gegenüber den Männern, die das Volk zur Erreichung selbstsüchtiger Zwecke benutzten. Unbewußt hat er damit aber den innersten Kern der politischen Anschauung der geistlichen Aristokratie offenbart. Alles für das Volk! Das war auch das Motto des aufgeklärten Absolutismus, das Ziel eines Turgot gewesen. Aber die Zeit war vorbei, wo das Volk Andere für sich planen und schaffen ließ.¹⁹⁵ Es sollte fortan heißen: Durch das Volk für das Volk! Weder der dritte Stand noch der niedere Klerus wollten Reformen durchgeführt wissen, andere Zustände kommen sehen, an denen sie nicht mitgearbeitet hatten. Ungestüm verlangten beide danach, bei der Aufstellung der Pläne gehört zu werden, die man jetzt schon für die zukünftige Ver-

fassung entwarf; und selber wollten sie helfen bei der Durchführung dieser Pläne, indem sie ihre politischen Rechte ausübten. Daher bestand trotz allen guten Willens eine tiefe Kluft selbst zwischen wohlmeinenden Prälaten und besonnenen bürgerlichen Wählern. „Ce sont les formes, qui me 'blessent!“ klagte der Erzbischof von Aix¹⁹⁶ und meinte mit diesen Formen nicht den Mangel an Mäßigung, die Verletzung der geziemenden Umgangsformen dem Höhergestellten gegenüber, sondern den inneren Drang des selbstbewußten Bürgertums zur Mitarbeit am Staat. Diesem Drange setzte die weltliche und geistliche Aristokratie einen energischen Widerstand entgegen. Die Ursache dieses Widerstandes war einmal die tief eingewurzelte Überzeugung, daß im Bürgertum und im niederen Klerus nicht die Befähigung vorhanden sei, die Notwendigkeiten des staatlichen Lebens zu erkennen, und daß ihr Werk in den Generalständen nur im Zerstören bestehen würde; andererseits waren es rein egoistische Motive. Eine Gefahr für die Religion sah man angeblich in dem Eindringen des Bürgertums in die Generalstände, und Ungläubige und Gottlose schalt man bald seine Abgeordneten in der Nationalversammlung. Religion aber war für den hohen Klerus immer gleichbedeutend mit Kirche. Und dieses Wort barg in sich: Ansehen, Einfluß, Herrschaft, Abgesondertsein von der Masse der Armen, der Ungebildeten, des gemeinen Volkes. Wer wollte dies alles gern einbüßen? So durchdrangen sich die beiden Motive auf das Innigste: Auf der einen Seite die ehrliche Überzeugung, daß es zum Besten des Staates sei, wenn der Klerus ein Stand für sich bliebe mit allen Rechten, an denen nicht gerüttelt werden sollte, und daß man daher dem radikalen Volk den Einzug in die Generalstände verwehren müsse, und auf der anderen Seite der ganz menschliche Wunsch, sich seine bevorzugte Stellung zu erhalten. Die Tagung der Generalstände mußte nun zeigen, ob die nationale Gesinnung des Klerus stark genug war, den Egoismus zu besiegen, und ob der hohe Klerus den guten Willen aufbringen würde, sich besserer Einsicht zugänglich zu zeigen und sich frei zu machen von der Verkennung der wertvollen Kräfte, die im Volke lagen.

Viertes Kapitel.

Die Politik des Klerus in den Generalständen.

1. Die Verhandlungen in der Kleruskammer.

Als am 5. Mai 1789 die Generalstände in Versailles zusammentraten, war von der Regierung noch immer keine Entscheidung über ihre Verfassung getroffen worden. Necker wollte die Idee, die er selbst hatte von einer Volksvertretung, mit der eine Regierung fruchtbar arbeiten könnte, den Ständen nicht aufzwingen, sondern es ihrem Patriotismus überlassen, von sich aus diese Verfassung zu realisieren. Vergebens drängten ihn seine Freunde, auf die Bildung einer Regierungspartei hinzuwirken und den Generalständen ein bestimmtes Programm vorzulegen. Damals traten auch hervorragende Persönlichkeiten aus dem Klerus mit solchen Vorschlägen an ihn heran. So versuchte M. de La Luzerne, Bischof von Langres, ganz im Sinne seiner Denkschrift, den Minister für die Bildung eines Zweikammersystems zu gewinnen. Er schlug vor, die Anzahl der Stände auf zwei zu verringern und mit dem ersten Stand alle Adligen zu vereinigen, in dem zweiten aber alle Bürgerlichen zu sammeln.¹⁹⁷

Hätte Necker sich für diesen Plan gewinnen lassen und am 27. Dezember 1788, als das Volk noch von der Regierung eine Entscheidung über die Verfassung der Generalstände erwartete, ein Zweikammersystem nach diesem Vorschlag dekretiert, so hätte er vielleicht den Beifall weiter Kreise gefunden. Der nieder Klerus war zu diesem Zeitpunkt noch nicht zum Bewußtsein seiner ausschlaggebenden politischen Stellung gekommen. Erst die zahlreichen Flugschriften aus dem dritten Stand klärten ihn in den ersten Monaten des Jahres 1789 über seine Bedeutung auf. Vielleicht hätten sich im Dezember des Vorjahres die Geistlichen noch nicht dagegen ge-

wehrt, mit dem Adel in einer Kammer vereint zu werden. Auf diese Weise hätte es der Regierung gelingen können, die Generalstände von Anfang an verhandlungsfähig zu machen, und das hätte einen ungeheuren Vorteil bedeutet. Die ganze unfruchtbare literarische Diskussion der vier ersten Monate des Jahres 1789 wäre unterblieben, welche die Stände nur gegeneinander aufgehetzt hatte. Die Frage jedoch, ob noch am 5. Mai die Dekretierung der vom Bischof von Langres vorgeschlagenen Verfassung von Nutzen gewesen wäre, muß verneint werden. Nach den oben erwähnten abfälligen Äußerungen zu schließen, mit denen die Pfarrer jetzt die Denkschrift des Bischofs aufnahmen, war der richtige Zeitpunkt für die Einführung eines Zweikammersystems von Necker verpaßt.¹⁹⁸ So fand dieser Vorschlag auch nur die Billigung Malouets.

Auch Malouet bemühte sich, Necker zu veranlassen, eine Verfassung für die Generalstände zu bestimmen und durch einen festen Plan ihren Beratungen Richtung und Ziel zu geben. Aber alle Minister lehnten es ab, den Ständen ein Programm vorzuschreiben. Nur der Erzbischof von Bordeaux, der zu Neckers Freunden gehörte, unterstützte Malouets Vorschläge.¹⁹⁹ Necker glaubte, die Freiheit der Beratungen nicht im geringsten beeinträchtigen zu dürfen, und hatte vollstes Zutrauen zu dem patriotischen Eifer der Stände. Er erwartete, daß sie nicht zögern würden, sich für ein bedingtes Par tête zu entscheiden, wenn man sie nur auf diese Möglichkeit hinwies. Er hoffte ferner, daß ein schneller Verzicht der ersten Stände auf ihre Steuerprivilegien dem Staate das für den Augenblick erforderliche Geld liefern und zugleich den dritten Stand geneigt machen würde, die Staatsschulden zu garantieren, um so den drohenden Staatsbankrott zu vermeiden. Der Patriotismus aber, den Necker — nicht ohne Berechtigung — voraussetzte, wurde die Triebfeder zu ganz verschiedenen Handlungsweisen der drei Stände. Die Meinung darüber, was dem Staate in erster Linie not tue, war eben bei den drei Ständen nicht die gleiche, und sie konnte es auch nicht sein. Die für Necker so wichtige Frage der Sanierung der Staatsfinanzen trat in den Hintergrund vor der anderen, ob die Stände gemeinsam oder getrennt beraten und abstimmen sollten. Die Ansichten darüber gingen vollständig auseinander. Damit hing die Frage zusammen, ob die Verifikation der Vollmachten in den Kammern der Stände oder in gemeinsamer Sitzung stattfinden sollte.

Die Haltung, die der Klerus in den folgenden Wochen einnahm, ist äußerst charakteristisch. Während der Adel standhaft an getrennter Beratung festhielt, sich konstituierte und zur Verifikation seiner Vollmachten schritt, während andererseits der Tiers sich von Anfang an mit aller Energie für gemeinsame Beratung und für Verifikation im Schoße der vereinigten Stände einsetzte, war der Klerus so recht eine Beute seiner zwiespältigen Zusammensetzung. Es war einmal die während der Wahlperiode offen zutage getretene Divergenz der politischen Ansichten zwischen dem hohen und niederen Klerus, die es ihm jetzt unmöglich machte, ebenso zu handeln wie die Adelskammer. Es war aber auch die starke Rücksichtnahme auf den Tiers, — die auch bei dem Teil des Klerus vorhanden war, der im Herzen für Trennung der Stände stimmte, — welche die Kleruskammer davon abhielt, sich jetzt zu konstituieren; denn damit hätte der Klerus mit allem Nachdruck von vornherein einen Trennungsstrich zwischen sich und dem dritten Stande gezogen, den er unter keinen Umständen zu ziehen gewillt war. Ebenso fern aber lag es dem Klerus, sich etwa die Ansichten des Tiers in dieser Frage zu eigen zu machen; das hätte seiner ganzen Tradition widersprochen. Deutlich genug war in der Wahlzeit überall da, wo der hohe Klerus Einfluß hatte ausüben können, der Grundsatz der Abstimmung *par ordre* in die Cahiers aufgenommen worden. Wieviel Stimmen sich innerhalb der anwesenden Kleriker zu Gunsten der einen oder der anderen Beratungsform fanden, wußten diese selbst nicht, und die Bischöfe hüteten sich wohl, es festzustellen.

Es waren ungefähr 300 Geistliche, die die Kleruskammer bildeten; unter ihnen hatten die Bischöfe eine starke Anhängerschaft. Wir hatten gesehen, daß sie mit einer doppelten Frontstellung nach Versailles gekommen waren: Die Front war nach oben hin gekehrt gegen das verschwenderische *absolute* Königtum — das war dieselbe Haltung, wie sie der Klerus in den beiden Vorjahren eingenommen hatte, und nach unten hin, gegen die Ansprüche des Tiers — das war die Haltung der Prälaten in der zweiten Notabelnversammlung und z. T. auch während der Wahlperiode gewesen. Ein Beispiel dafür war die Predigt, die der Bischof von Nancy am 4. Mai zur Eröffnung der Generalstände hielt. Er wandte sich mit scharfen Worten gegen den Luxus und gegen die Verschwendungssucht des Hofes und verletzte dadurch die Königin;

und er erklärte, daß die ersten Stände zwar die Steuerlast mit dem Volke tragen wollten, aber nicht dazu verpflichtet wären, damit verstimmt er den Tiers.²⁰⁰

Die Gegensätze zwischen hohem und niederem Klerus, die sich während der Wahlen zum ersten Male schroff gezeigt hatten, äußerten sich in der Kleruskammer der Generalstände von Anfang an in einer gereizten Stimmung und führten zu vielen kleinen Zwischenfällen. Das erwachte Selbstbewußtsein der Pfarrer wehrte sich gegen den hochfahrenden Ton, den sich einige Bischöfe erlaubten. Diese Reibereien waren aber nur Begleiterscheinungen der Meinungsverschiedenheiten, die in der Frage der Beratungsform bestanden. Die geistlichen Abgeordneten der verschiedenen Landschaften hielten zwar außerhalb der Sitzungen zusammen, so die Geistlichen der drei Bistümer und die der Bretagne und des Hennegau; sie verabredeten gemeinsames Vorgehen und suchten von sich aus zu einer gegenseitigen Annäherung in den schwebenden Fragen zu kommen; in der Kleruskammer selbst aber führte gerade dieses Zusammenhalten der Provinzen zu Spaltungen.

Alles, was die Kleruskammer zunächst tat, trug den Stempel des Provisoriums.²⁰¹ Man wählte einen vorläufigen Präsidenten, den Kardinal de La Rochefoucauld. Mit einer schwachen Mehrheit hatte man in der ersten Sitzung am 6. Mai beschlossen, die Vollmachten innerhalb der Korporation zu prüfen und vorläufig zu legitimieren, bis eine Einigung der Stände über diesen Punkt erzielt sei. Dagegen vertrat der Erzbischof von Vienne die Ansicht, daß die Verifikation nur durch Kommissare aus allen drei Ständen vorgenommen werden könne. Gleichzeitig verteilte der Bischof von Langres in der Kammer Exemplare seiner Schrift „*Sur la forme d'opiner aux États-Généraux*“ und suchte dadurch Stimmung zu machen für die Bildung von zwei Kammern, die er — wie gesagt — vergeblich Necker noch unmittelbar vor Eröffnung der Generalstände empfohlen hatte. Auf den Vorschlag des Tiers oder der Gemeinen, wie sich die Abgeordneten des dritten Standes jetzt nannten, am 7. Mai, die Vollmachten gemeinsam zu verifizieren, erfolgte am 13. Mai der Gegenvorschlag des Klerus, daß jeder Stand Kommissare ernennen solle, die in gemeinsamen Konferenzen über jene Aufforderung des dritten Standes beraten sollten; denn der Klerus wußte wohl, daß hinter der gemeinsamen Verifikation

auch die gemeinsame Beratung stand. Tiers und Adel willigten ein, und so liefen in den nächsten Wochen diese Zusammenkünfte der Kommissare neben den Hauptverhandlungen der Stände her.

Diese Hauptverhandlungen selbst waren aber zur Unfruchtbarkeit verurteilt, solange nicht in den Konferenzen eine Entscheidung gefallen war über die brennende Hauptfrage. Die damit verbundene Untätigkeit war für die mit soviel Tatendrang und Idealen nach Versailles gekommenen Pfarrer schwer zu ertragen. Außerdem war ihnen die Kritik, die man im dritten Stand an ihrer zögernden Haltung übte, kaum verborgen geblieben. Der Erzbischof von Bordeaux stellte daher am 13. Mai, um jegliches Murren und Mißtrauen durch „une démarche d'éclat“ zu beseitigen, den Antrag, dem Tiers den feierlichen Verzicht des Klerus auf alle Geldprivilegien zu verkündigen. Es handelte sich hier nicht mehr darum, die geistlichen Güter einer Grundsteuer zu unterwerfen, sondern um die Preisgabe der Immunität überhaupt. Über diesen Antrag wurde heftig debattiert, und er wurde besonders vom Erzbischof von Arles bekämpft,²⁰² jedoch am 19. vom Domherrn Coster erneut eingebracht und am 20. gegen den Widerspruch des hohen Klerus angenommen, allerdings in veränderter Form. Statt einer feierlichen Kundgebung an die anderen Stände wurden die Versöhnungskommissare ermächtigt, in den Konferenzen von der Absicht des Klerus zu berichten, auf seine Steuervorrechte zu verzichten. Es verdroß die Pfarrer nicht wenig, daß das Protokoll dieser Sitzung nichts von diesem Kampf der Meinungen erwähnte, sondern behauptete, der Vorschlag von Bordeaux und Coster sei durch Zuruf angenommen worden. Man mutmaßte, daß die Bischofspartei den Sekretär beeinflußt hätte, damit ihr Verhalten nicht bekannt würde und ihnen Tadel zuzöge, aber auch zu dem Zweck, sich, falls die Generalstände nicht arbeitsfähig würden, eine Ausflucht zu verschaffen, weil ein so zustandegekommener Beschluß ja für niemanden verpflichtend sei.²⁰³ Die hierin zutage tretende Unwahrhaftigkeit der bischöflichen Partei entfremdete die beiden Stände des Klerus einander immer mehr. Es kam in der Folgezeit zu verschiedenen Konflikten, die schließlich zur offenen Spaltung im Lager des Klerus führten.

So ereignete sich ein Zwischenfall, als es sich darum handelte, die verschiedenen Cahiers zu einem einzigen umzuformen. Die

Pfarrer des Hennegau erklärten, daß sie sich an dieser Arbeit nicht beteiligen könnten, weil ihre Wähler ihnen aufgetragen hätten, diese Umformung nur in der Versammlung der drei Stände vorzunehmen. Gleichzeitig machten sie darauf aufmerksam, daß es den Wünschen des Königs zuwiderliefe, wenn der Klerus sich jetzt allein mit dieser Arbeit befasse, und daß diese Handlungsweise die Geistlichkeit nur immer mehr dem dritten Stande entfremden müsse.²⁰⁴ Die bretonischen Pfarrer verteidigten die Legitimität ihrer Wahl gegen den Einspruch ihres hohen Klerus. Sie erreichten auch tatsächlich, daß die Kleruskammer ihre Wahl anerkannte.²⁰⁵

Am 15. Mai hatten die Pfarrer von Poitou in der Vollversammlung die Vereinigung des Klerus mit dem Tiers verlangt, obwohl die Vermittlungskonferenzen schon beschlossene Sache waren. Als einige Tage darauf die Bischöfe den dritten Stand beschuldigten, er wolle den Thron erschüttern und die Religion vernichten, war es wieder ein Pfarrer von Poitou, der Curé Jallet, der die Angeschuldigten verteidigte durch den Hinweis auf die Cahiers, die alle für die Erhaltung von Monarchie und Religion einträten, die aber auch Abstellung der Mißbräuche, des unerträglichen Luxus der Prälaten, ihrer mangelhaften Beobachtung der Residenzpflicht und der Ausschließung der Bürgerlichen von den Bischofsstellen forderten. Jallet behauptete, daß der Klerus es sich zur Ehre anrechnen müßte, schleunigst diese Reformen einzuleiten, anstatt aus Eigennutz an diesen Mißständen festzuhalten.²⁰⁶ Ein adliger Kleriker wies ihn auf die Schwierigkeit dieser Materie hin, die erst sorgsam durchgearbeitet werden müsse; darauf wurde ihm jedoch erwidert, daß selbst die Landpfarrer mit ihrem gewöhnlichen Menschenverstand in den zwölf Monaten, in denen von den Generalständen geredet worden sei, Zeit genug gefunden hätten zur Erlernung dessen, was ein kluger Stadtgeistlicher in zwei Monaten begriffen hätte.²⁰⁷

Einen weiteren Anlaß zu heftigen Auseinandersetzungen gaben die Berichte, welche die Kommissare über die Versöhnungskonferenzen erstatteten. Diese Konferenzen wurden durch den starren Widerstand des Adels von Anfang an zur Ergebnislosigkeit verurteilt. Der Pfarrer Thiebault, der zum provisorischen Sekretär ernannt wurde und auch als einer der Kommissare an den Konferenzen teilnahm, schlug am 25. Mai vor, die Vollmachten des Adels zur Überprüfung vor die beiden anderen Kammern zu bringen und

ebenso mit den Vollmachten der anderen Stände zu verfahren. Angefochtene Mandate aber sollte man von den vereinigten Kommissaren aus allen drei Ständen prüfen lassen und schließlich vor die vereinigten Stände bringen, ohne jedoch damit über die Abstimmungsform irgendwie zu entscheiden. Der Tiers behielt sich seine Stellungnahme zu diesem Vorschlage noch vor; der Adel zeigte deutlich seine Ablehnung. Bei dieser Konferenz hatte sich nach dem Urteil der Pfarrer der Bischof von Clermont mehr als Vertreter des Adels als des Klerus gezeigt und seinen Charakter als Versöhnungsstifter ganz aus dem Auge verloren.²⁰⁸ Denselben Tadel zog sich der Erzbischof von Arles später zu.²⁰⁹ In der Vollversammlung berichtete dieser Prälat nicht wahrheitsgemäß über die Konferenz und riet davon ab, über den vermittelnden Vorschlag von Thibault zu beraten.²¹⁰ Dadurch wurde dieser zu einer heftigen Rede gereizt, in der er das unversöhnliche, ja feindselige Verhalten der Bischöfe schonungslos angriff. Der Tiers aber erneuerte statt aller Antwort am nächsten Tage, dem 27. Mai, seine Einladung an den Klerus. Er beschwor ihn „au nom du Dieu de paix et de l'Intérêt national“, sich mit dem dritten Stand zu vereinigen. Die Pfarrer wünschten, unterstützt vom Bischof von Chartres, daß diese Einladung sofort zur Diskussion gestellt würde. Da sprang der Abbé Maury auf und griff in einer flammenden Rede den Bischof an.²¹¹ Es kam weder an diesem noch am nächsten Tage zu einer Einigung; wieder standen die Bischöfe von Arles und Clermont als Führer der aristokratischen Partei gegen die Pfarrer, die in den Bischöfen von Langres und Chartres Helfer gefunden hatten. Noch immer konnte man dem Tiers keine Antwort geben; und der Mai war fast zu Ende, ohne daß es in der Frage der Verfassung der Generalstände zu einer Einigung zwischen den Ständen gekommen war.

Ein Brief des Königs entthob den Klerus noch einmal der Notwendigkeit, sich klar zu entscheiden. Ludwig XVI. schrieb, daß er nicht ohne Sorge die Stände in Untätigkeit verharren sehe, die er doch berufen habe, damit sie mit ihm über die Wiedergeburt des Reiches berieten; er wünsche daher, daß die schon ernannten Vertreter der Stände ihre Konferenzen in Gegenwart des Großsiegelbewahrers und anderer königlicher Kommissare wieder aufnähmen. Die Stände gehorchten, aber in der Kleruskammer kam es zu einer Debatte bei der Frage der Vollmachten, über die die geistlichen

Kommissare verfügen sollten. Die Aussprache wurde am Abend bei dem Erzbischof von Arles fortgesetzt. Dieser und der Bischof von Clermont wollten den Beauftragten nicht das Recht zur Unterzeichnung der Sitzungsprotokolle zugestehen, welche die Vertreter des Tiers anfertigten. Der Erzbischof von Bordeaux bekämpfte diese Ansicht; zu einer Einigung über diesen Punkt kam es vorläufig nicht.

Noch bei einer anderen Gelegenheit kam es zu Unstimmigkeiten in der Kleruskammer. Es handelte sich diesmal um die Stellung zum Adel. Am 30. Mai ließ nämlich die Adelskammer durch eine Deputation mitteilen, daß sie die Beratung nach Ständen und das Einspruchsrecht, das jedem Stande gegen die Beschlüsse der beiden anderen zustehe, für Grundrechte der Monarchie hielte, und daß der Adel sich zu den Grundsätzen, die zur Erhaltung von Thron und Freiheit dienten, standhaft bekennen würde. Der Präsident der Kleruskammer gab dieser Deputation zur Antwort: „Ihre Väter haben unsere Kirche gegründet und verteidigt, Sie sind heute die Verteidiger des Vaterlandes“. Die Pfarrer versuchten, diese Antwort des Präsidenten zu desavouieren, konnten aber mit ihrem Antrage nicht durchdringen.²¹²

In den Versöhnungskonferenzen kam man zu keiner Einigung. Der Adel blieb fest bei seinem Widerstand; er weigerte sich auch weiterhin, die Sitzungsberichte des dritten Standes anzuerkennen. Die Vertreter des Klerus nahmen in dieser Angelegenheit eine eigentümliche Haltung ein: sie wollten nur unterzeichnen, wenn die Vertreter der beiden anderen Stände ebenfalls ihre Unterschrift gäben; denn es wäre ihnen strengste Unparteilichkeit zur Pflicht gemacht. Dieses Verhalten führte am 4. Juni zum ersten Zusammenstoß zwischen Geistlichkeit und Gemeinen, zwischen denen die Beziehungen sonst ausgesucht korrekt waren.²¹³ Jetzt machten die Kommissare der Gemeinen die Kleriker auf das Seltsame ihrer Vorschrift aufmerksam, wonach der Vermittler abwarten sollte, bis sich die streitenden Parteien einig wären. Sie warfen dem Klerus vor, daß er unter dem Deckmantel des Friedensstifters seinen Vorteil suche. Auf nochmaliges Drängen hin erklärte ein Beauftragter des Klerus, daß er nicht ermächtigt sei, unabhängig vom Adel die Protokolle zu unterschreiben. Einige Geistliche versicherten schließlich, daß sie für ihre Person die Protokolle des Tiers durch ihre Unter-

schrift anerkennen würden. Diese Handlungsweise trug ihnen aber heftige Vorwürfe in der Kleruskammer ein. Sie hätten, behaupteten die Bischöfe, ihre Befugnisse überschritten. Die Pfarrer verteidigten sich gegen diesen Vorwurf, aber der Abbé Maury, der sich immer mehr zum hitzigsten Wortführer der bischöflichen Partei entwickelte, verdächtigte die Glaubwürdigkeit der Sitzungsberichte, obwohl alles zur Gewährleistung ihrer Richtigkeit getan war. Er behauptete, es sei ein Mangel an schuldigem Respekt, wenn ein Pfarrer eine andere Meinung als sein Erzbischof veretrete.²¹⁴ Maury wurde ausgepiffen und suchte sich vergebens mit Donnerstimme und heftigen Gestikulationen Gehör zu verschaffen.

So vermehrten diese Konferenzen, die der Versöhnung dienen sollten, nur die Zwietracht und machten die Gegensätze zwischen den beiden Gruppen innerhalb des Klerus auch den anderen Ständen und dadurch der Öffentlichkeit deutlich sichtbar. Sie schufen aber auch eine Kluft zwischen Klerus und Tiers durch die Begünstigung des Adels, die in dem Verhalten der geistlichen Kommissare lag. Der Klerus, der sich scheute, eine klare Entscheidung in der Kammer für oder gegen die Vereinigung der Stände herbeizuführen, und der erfreut nach jedem Mittel griff, das ihm die Verantwortung für sein Handeln abnehmen konnte, nahm jetzt einen Vermittlungsvorschlag Neckers vorbehaltlos an. Dieser Vorschlag sah Verifikation der Vollmachten innerhalb jedes Standes und Austausch der umstrittenen Vollmachten vor und legte das letzte Urteil über ihre Gültigkeit in die Hand des Königs.

Während dieser Plan in den Konferenzen erörtert wurde, nahm die Vollversammlung des Klerus einen Antrag an, der die Bildung einer Kommission zum Gegenstand hatte; sie sollte die Gründe für die Teuerung der Lebensmittel und die Not des Volkes untersuchen und Ratschläge für ihre Behebung geben. Dieser Beschluß wurde dem König und den Ständen mitgeteilt, und diese wurden eingeladen, sich mit derselben Frage zu beschäftigen. Der König gab in seiner Antwort dem Wunsche Ausdruck, daß die Kommission aus Mitgliedern der Generalstände gebildet würde, nicht nur aus dem Klerus. Die bretonischen Pfarrer beriefen sich auf diesen Wunsch des Königs und begründeten damit ihre Weigerung, an dieser Kommission teilzunehmen, solange nicht die Generalstände wirklich zustande gekommen wären.²¹⁵

In diese Beratungen über Wege zur Linderung der Volksnot platzte die Nachricht, daß die Kommunen statt aller Antwort auf den Vorschlag des Ministers und auf die Anregung des Klerus eine letzte Aufforderung zur Vereinigung der drei Stände ergehen lassen würden. Noch am selben Tage, am 10. Juni, wie auch am folgenden, an dem die Kleruskammer keine Sitzung abhielt, versammelten sich etwa 100 Pfarrer allein und berieten über die zu ergreifenden Maßnahmen. Die Meinungen waren sehr geteilt. Neben erklärten Anhängern der Bischöfe und offenen Freunden des Tiers standen solche Männer, die abgesagte Feinde der Bischofspartei waren, aber doch dem Klerus gern seine politischen Rechte gerettet hätten, also nicht im dritten Stande aufgehen wollten. Zu ihnen gehörte der Domherr Coster. Er warnte vor einem Sonder-schritt der Pfarrer, der dem Könige mißfallen würde, und betonte, daß ein Mehrheitsbeschluß für die Vereinigung mit dem Tiers die Gegner nicht binden könnte.²¹⁶ Andere Geistliche befürchteten von einem solchen Zwiespalt innerhalb des ersten Standes sogar die Auflösung der Generalstände.²¹⁷ Dem Pfarrer Jallet gelang es aber schließlich, die Anwesenden zu dem Beschluß zu bringen, in der nächsten Vollversammlung die Vereinigung mit dem dritten Stande zu beantragen. Am 12. Juni traf die offizielle Einladung der Gemeinen ein. Sie wies hin auf die Verantwortung gegenüber der Nation, die von ihren Abgeordneten eine nützlichere Verwendung ihrer Zeit erwarten könnte, und erklärte es als dringende Pflicht aller Repräsentanten der Nation, nunmehr eine tätige Versammlung zu bilden. Sodann kündigten die Gemeinen an, daß sie jetzt unverzüglich mit der Verifikation der Vollmachten beginnen würden. Der Präsident des Klerus antwortete auf dieses Ultimatum wieder zuvorkommend, man würde diese Einladung in Erwägung ziehen und sei selbst ungeduldig, ans Werk zu gehen.²¹⁸ Der eben erst eingetroffene Pfarrer Grégoire, der schon vorher in einem Brief den Klerus für die Vereinigung der Stände zu gewinnen versucht hatte, beantragte, daß man sich sofort zur gemeinsamen Verifikation in den Saal des dritten Standes begäbe. Jallet befürwortete ebenfalls die Vereinigung und erklärte, er für seine Person werde hinübergehen unabhängig von irgendwelchen Beschlüssen der Kammer.

Aber auch die Gegenseite war bei der Hand. Der Erzbischof von Aix kündigte eine große Denkschrift über diese Frage an und

schilderte mit Pathos die Gefahren, die für den Klerus in der Vereinigung liegen würden. Die Bischöfe von Auxerre und Langres pflichteten ihm bei; die Pfarrer jedoch lachten, weil sie nicht an die Echtheit dieser Erregung glaubten.²¹⁹ Der Pfarrer Le Cèsve legte in einer Rede dar, daß es nicht die Aufgabe des Klerus sei, sich allein mit den Angelegenheiten der Nation zu befassen, und daß er auch nicht etwa dazu besonders befähigt wäre; denn es handle sich nicht um ein Konzil, sondern um eine Versammlung, in der man Mißbräuche abschaffen und die Nation regenerieren wolle; dazu brauche man nicht Bischöfe, Generalvikare, Domherren, Mönche oder Pfarrer, sondern Bürger, einzig und allein Bürger.²²⁰ — Nach diesen Worten handelten die Pfarrer von Poitou, Le Cèsve, Jallet und Ballard. Sie gingen am 13. Juni in den großen Saal der Generalstände, wo die Kommunen schon mit der Prüfung der Mandate begonnen hatten, und ließen dort ihre Vollmachten verifizieren. Jallet hielt dabei eine Ansprache, in der er diesen Schritt begründete: „Die Fackel der Vernunft geht uns voran, uns führt die Liebe für das allgemeine Wohl an die Seite unserer Mitbürger, unserer Brüder. Auf den Ruf des Vaterlandes eilen wir herbei, um zwischen den Ständen die Eintracht und Harmonie aufzurichten, von der der Erfolg der Generalstände und das Wohl des Staates abhängt.“²²¹

Mit Jubel wurden diese ersten Kleriker von den Gemeinen aufgenommen; sie kehrten jedoch nochmals in die Kleruskammer zurück, um dort für die Vereinigung der Stände zu werben. Jallet sah sich zur Stellungnahme gegen seinen Bischof gezwungen. Als der Bischof behauptete, seine Wähler hätten ihm in ihrem Cahier die Trennung der Stände zur Pflicht gemacht, mußte er sich sagen lassen, daß in diesem Cahier nur sein eigener Wille zum Ausdruck gekommen wäre und er es auch nur allein unterschrieben hätte. Kühn rief Jallet den Bischöfen zu: „Wir wagen es zu sagen, hochwürdige Herren, daß wir hier dasselbe sind wie Sie, Ihre Rechte sind nicht größer als die unsrigen. Wenn wir eine andere Ansicht haben als Sie, so heißt das nicht, 'das Banner der Empörung erheben', wie man die Stirn gehabt hat zu behaupten, sondern heißt, die Gewalt gebrauchen, die wir von der Nation selbst haben, welche uns zu ihren Repräsentanten gewählt hat.“²²² Schon am nächsten Tage folgten einige Pfarrer, unter ihnen die Bretonen und Grégoire, dem Beispiel Jallets; bis zum 16. Juni waren es

19 Geistliche, die ihre Vollmachten in der Kammer der Gemeinen prüfen ließen. Aber die Debatten über die Haltung, die die ganze Körperschaft einnehmen sollte, gingen weiter. Boisgelin von Aix verlas seine angekündigte Denkschrift; Arles beantragte ihre Drucklegung. Maury griff Necker an, weil er den Tiers in den großen Saal der Generalstände gelassen und das Verbrechen begangen hätte, die Zahl seiner Abgeordneten zu verdoppeln.²²³ Er verurteilte die Bischöfe, die sich der Vereinigung geneigt zeigten, und hielt eine Schmährede auf den Tiers, doch es nützte ihm alles nichts. Immer wieder gingen Einzelne seiner Amtsbrüder hinüber und beteuerten ihre Bereitwilligkeit zur Mitarbeit für das Wohl des Staates und für die allgemeine Glückseligkeit. Diese Überläufer verglich der Deputierte des Klerus von Paris, der Abbé de Montesquiou, mit dem Connétable von Bourbon und erklärte sie für ehrlos.²²⁴ Maury redete über dasselbe Thema in so verletzender Weise, daß er nach dem Schluß der Sitzung auf dem Wege zu seinem Wagen von den Verwünschungen der draußen wartenden Menge begleitet wurde.

Die Ereignisse im dritten Stand zwangen schließlich aber auch den Klerus zu einer Entscheidung. Am 17. Juni erklärte sich der Tiers zur Nationalversammlung; zwei Tage danach schritt man endlich in der Kleruskammer zur Abstimmung. Der Erzbischof von Paris legte dar, daß durch die Konstituierung des dritten Standes zur Nationalversammlung die Sachlage verändert wäre; er machte den Vorschlag, der Klerus möge sich sofort zur aktiven Kammer konstituieren und die Vollmachten endgültig in der Kammer verifizieren; den von Necker vorgeschlagenen Versöhnungsplan aber solle man weiter verfolgen und den König bitten, sich mit der Herstellung freundlicher Beziehungen zwischen den Ständen zu beschäftigen. Dem gegenüber forderte ein anderer Antrag gemeinsame Verifikation aller Stände, ein dritter Vorschlag enthielt dasselbe, aber mit der Modifikation, daß die Unterscheidung und Unabhängigkeit der Stände im voraus anerkannt würden. Ein vierter Antragsteller endlich riet, sich vorerst auf die Annahme des königlichen Vorschlages zu beschränken. Diese vier Anträge vereinfachten sich schließlich auf zwei; man stimmte darüber ab, ob die Verifikation getrennt oder gemeinsam vorzunehmen sei. Bei der Abstimmung ergaben sich 141 Stimmen für gemeinsame, 134 Stimmen für getrennte Verifikation. Dennoch verkündete der Kardinal,

daß die Mehrheit der Kammer für getrennte Verifikation wäre, und hob die Sitzung auf, ohne daß es zu einer Beschlußfassung gekommen war.²²⁵ Die Majorität blieb jedoch zusammen und beschloß unter dem Vorsitz des Erzbischofs von Vienne, daß die endgültige Prüfung der Vollmachten nur in der allgemeinen Versammlung aller drei Stände vollzogen werden könne. Ausdrücklich wurde betont, daß dadurch die Unterscheidung der Stände nicht aufgehoben würde. Diesem Beschluß traten später auch noch einige Abwesende bei, so daß er am Abend mit 149 Unterschriften veröffentlicht werden konnte.

Am 22. Juni versammelten sich die Geistlichen, die diesen Beschluß unterschrieben hatten, bei dem Erzbischof von Bordeaux, der dem Präsidenten der Kleruskammer ihre Absicht, sich mit den Gemeinen zwecks Prüfung der Vollmachten zu vereinigen, mitgeteilt hatte. Und dann begaben sich 149 Kleriker, unter ihnen die Erzbischöfe von Bordeaux und Vienne, die Bischöfe von Chartres und Rodez in die Ludwigskirche, wo die Nationalversammlung tagte und sie mit freudigem Zuruf empfing. Dem Schwur der Nationalversammlung im Ballspielhaus am 20. Juni hatten sich sofort noch an demselben Abend fünf Geistliche, unter ihnen Jallet und Grégoire, und am nächsten Tag weitere fünf angeschlossen.

Die gegenwärtige Vereinigung war vorerst nur zum Zwecke der gemeinsamen Prüfung der Vollmachten gedacht; doch wurde sie schon am 24. Juni zu einer endgültigen Vereinigung. Der Grund dazu waren die Bestimmungen der königlichen Sitzung am 23. Juni. Der König annullierte die revolutionären Beschlüsse vom 17. Juni, durch die der dritte Stand sich zur Nationalversammlung erklärt, alle Steuern als ungesetzmäßig bezeichnet und sie für die Dauer der gegenwärtigen Tagung aufs neue genehmigt hatte. Die Trennung nach Ständen sollte aufrecht erhalten bleiben, für alle Gegenstände des allgemeinen Nutzens aber wurden gemeinsame Beratung und Abstimmung nach Köpfen eingeführt. Als der König am Schluß den Ständen befahl, den Saal zu verlassen und am nächsten Tage sich in ihren besonderen Beratungsräumen zu versammeln, und der Tiers dieser Weisung nicht nachkam, blieben auch einige der Geistlichen, die für gemeinsame Prüfung der Vollmachten gestimmt hatten, im Saale zurück, und diejenigen, deren

Vollmachten schon geprüft waren, stimmten mit den Gemeinen für die Erklärung der Unverletzlichkeit der Abgeordneten.²²⁶

Am folgenden Tage fanden sich alle Mitglieder des Klerus wieder in ihrem eigenen Beratungsraume ein. Als aber der Präsident die Abstimmung der letzten Vollversammlung vom 19. nicht zum Ausgangspunkt der Verhandlungen nahm, geschweige denn für die fernere Politik des Klerus daraus die Konsequenzen zog, sondern in die Beratung der königlichen Deklarationen vom Tage zuvor eintreten wollte, da trennte sich die Majorität endgültig und begab sich in die Nationalversammlung, um dort an der Aussprache über die königliche Sitzung teilzunehmen. Das Gebot des Königs, daß jeder Stand in Sachen der Verfassung für sich beraten solle, konnte sie nicht wankend machen; denn eifrige Parteigänger der Gemeinen, die schon vorher über die zu erwartenden Bestimmungen der Regierung unterrichtet waren, hatten sich bereits am Abend vor der königlichen Sitzung im Club bréton versammelt und dort beschlossen, daß man fest bleiben und die ängstlichen Freunde bearbeiten wolle, nicht nachzugeben.²²⁷ Mit diesem Schritt erkannte der Klerus die Souveränität des Volkes an, die der dritte Stand aus eigenem Entschluß und eigener Machtvollkommenheit für sich in Anspruch genommen hatte.

Die in der Kammer verbleibende Minderheit des Klerus erklärte sich jetzt zur *Assemblée active de l'Ordre du clergé aux Etats-généraux*; sie erkannte die im Mai provisorisch verifizierten Vollmachten als endgültig an und trat in die Beratung über die königlichen Deklarationen ein.²²⁸ Dabei sprach sie die Gewißheit aus, den königlichen Befehlen gemäß zu handeln; weder Adel noch König hätten sich der gemeinsamen Verifikation geneigt gezeigt, und der König hätte die Stände in ihre getrennten Versammlungssäle geschickt. Durch Deputationen am 24. und 25. Juni wurde der König fortlaufend von den Absichten und Schritten der Kammer unterrichtet. Eine Entschliebung wurde angenommen, welche die Einwilligung zur Besteuerung aller geistlichen Güter und die Sicherstellung der von den Generalständen anerkannten Staatsschuld durch diese aussprach. Aber schon verringerte sich die Zahl der Abgeordneten in der Kammer immer mehr, wie auch der Adel durch Abzug zur Nationalversammlung ständig Mitglieder verlor. Am 26. gingen die Bischöfe von Autun und Orange über und schließlich

auch der Erzbischof von Paris.²²⁹ Dieser war durch die Feindseligkeiten und Bedrohungen, die er durch das aufgeregte Volk in den letzten Tagen erfahren hatte, dazu gebracht worden, gegen seine eigene politische Meinung den Anschluß an die Nationalversammlung zu vollziehen. Er betonte in seiner Ansprache seine völlige Hingabe an das Vaterland, an den Dienst des Königs und das Wohl des Volkes und sprach die Hoffnung aus, für die Versöhnung wirken zu können, die er immer erstrebt hätte.²³⁰ Ein Brief des Königs forderte am 27. Juni Adel und Klerus zur sofortigen Vereinigung mit dem Tiers auf. Diese Vereinigung war im Sinne der königlichen Deklaration, also nur so gemeint, daß jetzt über Angelegenheiten des allgemeinen Nutzens beraten werden sollte und daß dazu die Vereinigung der drei Stände notwendig sei. Die Vereinigung war also nicht als endgültig gedacht. Für die beiden ersten Stände bedeutete jedoch selbst diese bedingte Vereinigung eine Demütigung. Die beiden Stände fügten sich, aber der Klerus verfaßte ein Schreiben an den König „pour déposer dans son sein les justes réclamations du clergé contre la violence qui lui est faite, et les vrais principes conservateurs de l'autorité royale et des privilèges du clergé“.²³¹ Diesen Brief sowie einen Bericht über die Sitzungen vom 19. und 24. ließen die Prälaten drucken und in der Provinz verbreiten. Darauf zogen sie mit dem Rest des Adels in die Nationalversammlung ein als die Partei, die in ihrem Kampf gegen Absolutismus und dritten Stand unterlegen war. Mit einer selbstständigen Politik des ersten Standes im Rahmen der Generalstände war es von diesem Tage an vorbei.

2. Der Klerus in der Nationalversammlung.

Die Rolle, die der Klerus nach der Vereinigung aller drei Stände in der Nationalversammlung bis zum Beginn der lokalen Revolution gespielt hat, soll nur kurz angedeutet werden. Es kann nicht verwundern, daß die nur auf Befehl des Königs in der allgemeinen Versammlung erschienene Minderheit zuerst allerlei Vorbehalte machte und die Sonderrechte des ersten Standes aufrecht zu erhalten suchte. Ihre Sprecher waren der Kardinal de la Rochefoucauld, der bisher das Präsidentenamt in der Kammer des Klerus bekleidet hatte und sich jetzt einem bürgerlichen Präsidenten unterordnen

mußte, und der Erzbischof von Aix Ihr Protest erstarb unter dem Tadel der Abgeordneten. Mirabeau faßte das Urteil der Nationalversammlung in die Worte zusammen, die zugleich ein Zeugnis ihres ungeheuren Selbstbewußtseins waren: „On ne proteste pas, on ne fait pas de réserves contre la Nation. Nul ne peut rester membre de l'assemblée nationale, s'il n'en reconnaît pas la souveraineté . . . aucune puissance sous le ciel, pas même le pouvoir exécutif n'a le droit de dire 'je veux' aux représentants de la nation“.²³² Aus dieser klerikalen Minderheit bildete sich die Partei der oppositionellen Rechten in der Volksvertretung; ihr hitzigster und redegewaltigster Vorkämpfer wurde der Abbé Maury, ihr klügstes und geschicktestes Mitglied der Erzbischof Boisgelin von Aix.

Die der Majorität angehörenden Geistlichen fanden sich aus Überzeugung zur aktiven Mitarbeit in der Versammlung bereit. Diese Bereitwilligkeit zur Mitarbeit bedeutete jedoch nicht, daß sie sich allen Wünschen des dritten Standes anbequemten. Das sollte sich bald zeigen. Am 1. Juli wurde nämlich von dem Abgeordneten Le Chapelier der Antrag gestellt, 6 Abgesandte aus der Nationalversammlung zum König zu schicken, um Gnade für meuternde Soldaten der Gardes françaises zu erbitten, er schlug für diese Deputation die Prälaten als besonders geeignet vor. Der Erzbischof von Vienne und der Bischof von Langres protestierten jedoch heftig gegen diesen Antrag und verlangten, daß man wenigstens keine Geistlichen damit beauftragte, „Gnade für Aufrührer zu erbitten“. Es sei unvorsichtig, Straflosigkeit für solches Vergehen zu versprechen.²³³ Im übrigen gestaltete sich das Zusammenwirken der Stände in der ersten Zeit ganz harmonisch, und dem Klerus wurden mannigfache Gelegenheiten gegeben, sich zu betätigen. Schon am 3. Juli übertrug man dem Erzbischof von Vienne das Amt des Präsidenten; zahlreiche Geistliche wurden in die verschiedenen Ausschüsse gewählt und arbeiteten dort an den Plänen über die Getreideversorgung, Verfassung und Verwaltung tätig mit. Zum ersten Mal trat jetzt der Bischof Talleyrand von Autun hervor. Er sprach am 7. Juli für die Ungültigkeitserklärung der imperativen Mandate. Malouet sagt in seinen Memoiren, Talleyrand habe mit dieser Rede einen großen Schritt vorwärts auf dem Wege der Revolution getan, indem er die Niederreißung der einzigen Schranke befürwortete, die

die Verfassung bis dahin gegen verwerfliche Neuerungen gesichert hätte. Alle Wähler hätten ihren Abgeordneten die Erhaltung der monarchischen Gewalt, die Sicherung einer ausreichenden Macht des Königs, die Bewahrung der Religion und eines wesentlichen Teiles der alten staatlichen Einrichtungen zur Pflicht gemacht und nur ihre Reform, nicht ihren Umsturz verlangt. Einem Angehörigen des ersten Standes wäre es also vorbehalten gewesen, diese Wünsche der Nation für nicht mehr verbindlich zu erklären, wenn er vielleicht auch nicht der eigentliche Urheber dieses Gedankens sei.²³⁴ Mit diesem Schritt begann Talleyrand, sich politisch von seiner Korporation zu lösen.

Der bedeutende Anteil, den der Abbé Sieyès an den Beschlüssen der Nationalversammlung gehabt hat, soll hier nicht besprochen werden, da Sieyès als Abgeordneter des dritten Standes in die Generalstände eingezogen war und von da ab nicht mehr zum Klerus zu rechnen ist. Von den anderen Pfarrern, die sich nicht wie Sieyès von der Kirche und dem geistlichen Amt trennten, aber wie er Seite an Seite mit den Vertretern des Volkes kämpften, ist besonders Grégoire zu nennen. Er ergriff in diesen ersten Wochen häufig das Wort und setzte sich gemeinsam mit Mirabeau und Sieyès für völlige Freiheit der Beratungen gegen jede Beeinflussung der Regierung ein und forderte den Rückzug der Truppen, die in Versailles zusammengezogen waren. Grégoire lenkte auch die Aufmerksamkeit der Abgeordneten auf die Gegner des Reformwerkes, welche die Abschaffung der Mißbräuche fürchteten und daher das Werk der Nationalversammlung zum Scheitern bringen wollten. Er verlangte, daß man diese Verbrecher an der Majestät der Nation der Bestrafung preisgebe; ja, als sich die Nachricht von der Verabschiedung Neckers verbreitete, beantragte Grégoire mit solcher Heftigkeit die Einsetzung eines Komitees, das alle schuldigen Minister und perfiden Ratgeber des Königs anzeigen sollte, daß der Präsident diese maßlosen Ausdrücke als unpassend im Munde eines Geistlichen rügte.²³⁵ Grégoire hat mit gleicher Energie seinen politischen und religiösen Standpunkt im ganzen Verlauf der Revolution verteidigt; er war der vielleicht „glühendste Republikaner Frankreichs“²³⁶ und zugleich überzeugter Katholik von staatskirchlicher Gesinnung. Andere Demokraten aus dem geistlichen Stande, die in dieser Anfangsperiode der Revolution in der National-

versammlung saßen, waren Jallet und Thibault, der bisherige Sekretär der Kleruskammer. Zu ihnen gesellte sich bald Dom Gerle, ein Vertreter der geistlichen Orden.

Daß bei der jetzt einsetzenden lokalen Revolution Geistliche auch außerhalb der Nationalversammlung die Sache des revolutionären Volkes mit Begeisterung ergriffen, soll an dem Beispiel des Abbé Fauchet nur kurz erwähnt werden. Fauchet hatte sich zu dem Gedanken der Gleichheit und Brüderlichkeit schon bekannt, ehe die breite Öffentlichkeit von dem Ideal der allgemeinen Menschenrechte ergriffen wurde. Die Demokratie, die er vertrat, zeigte sozialistischen Einschlag, und das Christentum war ihm vor allem das Evangelium der sozialen Gerechtigkeit. Von diesem Standpunkt aus hatte er schon 1776 und 1780 die Abschaffung der Feudalrechte und des Adels verlangt.²³⁷ Als Wähler von Paris wurde er am 13. Juli in den permanenten Ausschuß gewählt, der die Nationalgarde organisierte und von jetzt ab die Geschicke der Hauptstadt leitete. Sein Name steht neben dem Namen Flesselles unter dem Schreiben des Pariser Gemeinderats, durch das dieser den Kommandanten der Bastille aufforderte, Truppen der Bürgermiliz in die Festung aufzunehmen. Er hielt auch die Gedenkrede auf die Gefallenen des Bastillesturms, die er als die wahren Christen feierte, da sie für die Freiheit des Volkes gegen den Despotismus gefallen wären, wie einst Jesus als ein Feind des Cäsar.²³⁸ Wie er haben noch viele Pfarrer tätig in die Geschicke ihrer Städte eingegriffen; sie fühlten sich mehr als „concitoyens“ denn als Diener der Kirche; sie waren aber dabei von der Überzeugung beseelt, daß ihr Handeln dem eigentlichen Sinn der christlichen Religion entspreche.

3. Grundzüge der Politik des hohen Klerus und ihre Bedeutung für die Verfassungspolitik der Regierung und die Entschlüsse des dritten Standes.

An der Politik des Klerus seit dem Zusammentreten der Generalstände ist vor allem wichtig die Stellung der Kammer zur Verfassungsfrage und zur Regierung. Die Behandlung der Verfassungsfrage entsprach der Haltung, die der Klerus zu diesem Problem einnahm, seitdem es durch die Befragung von Parlament und Notabeln im Vorjahre aktuell geworden war. Deutlich genug

hatte sich der hohe Klerus für getrennte Beratung ausgesprochen; er war nach Versailles mit dem Vorsatz gekommen, in den alten Formen zu beraten. Er wußte aber, daß der niedere Klerus und der dritte Stand anders über diese Fragen dachten, und wollte es nicht zu einem Bruch mit ihnen kommen lassen. Deshalb regte er die Versöhnungskonferenzen an, wohl in der Hoffnung, daß der Tiers dem gemeinsamen Druck von Adel und Geistlichkeit nachgeben würde; er versuchte weiterhin, die dem Sekundärklerus angehörenden Kommissare zu Werkzeugen des hohen Klerus zu machen, ihnen also die eigene Meinungsäußerung zu unterbinden. Als dieses Mittel fehlschlug, kam ihm der Vermittlungsversuch des Königs sehr gelegen; er ergriff Neckers Vorschlag, umstrittene Vollmachten auszutauschen, als willkommenen Ausweg. Daneben sympathisierte er aber offen mit dem Adel, der diesen Vorschlag zurückwies. Das am 12. Juni gestellte Ultimatum des dritten Standes wagte die hohe Geistlichkeit nicht abschlägig zu beantworten, aber nur auf Drängen der Pfarrer nahm sie dazu Stellung und stellte die Frage der Verfassungsform, die doch seit dem Zusammentreten der Stände im Vordergrund des Interesses stand, zur Debatte. Nun wurde jedem Angehörigen der Kammer das Wort erteilt; 280 Reden wurden in 5 Tagen gehalten.²³⁹ Dadurch gelang es, die Entscheidung wieder um einige Tage hinauszuschieben. Und nach oberflächlicher Abstimmung wurde am 19. die Sitzung aufgehoben, ohne daß ein wirklich gültiges Resultat sich ergeben und die Kammer daraus Folgerungen für einen einmütigen Schritt nach irgendeiner Richtung hin gezogen hatte. Damit hatte der hohe Klerus erreicht, was er wollte. In den nächsten Tagen fanden keine Sitzungen der Kammer statt wegen der Vorbereitung zur königlichen Sitzung, damit war der Klerus des letzten Wortes enthoben, die Verhandlungen der Stände untereinander hatten ein Ende. Nun lag beim König die Entscheidung. Diese dilatorische Behandlung, die der hohe Klerus 6 Wochen hindurch der Kernfrage angedeihen ließ, war nur möglich durch virtuose Diplomatie seiner Führer. Sie verstanden es, zumal der Präsident, die Sitzungen immer irgendwie auszufüllen. Da mußten Abgeordnete zur Gedächtnisfeier für den früheren König, zur Trauerfeier für den Dauphin ausgewählt werden; da galt es Kommissare zu ernennen für die Versöhnungskonferenzen; da waren die Ursachen der Lebensmittelerhöhung zu

untersuchen und Maßnahmen zu ihrer Abhilfe vorzuschlagen. Mit diesen Angelegenheiten sekundären Interesses wurde Woche auf Woche verbracht und so der Anschein von Tätigkeit erweckt. Die Einrichtung von Vermittlungskonferenzen sollte der Öffentlichkeit den guten Willen, ja die Ungeduld des Klerus vortäuschen, zu einer Lösung der Streitfrage zu kommen und den Kontakt mit den anderen Ständen aufrechtzuerhalten. Er nahm die königlichen Deklarationen am 23. Juni in der Hoffnung an, dadurch den Widerstand im eigenen Lager zu besiegen, und er hielt daran fest, weil er vorläufig wohl nur heraushörte, daß es bei der alten Unterscheidung der Stände bleiben sollte. In die Nationalversammlung ging der hohe Klerus mit allen Ansprüchen einer Oppositionspartei, die sich im Rahmen der gemeinsamen Beratung ihre eigene Stellungnahme vorbehält. Er war bereit zu Reformen; aber er gedachte dabei zu gewinnen, nicht nur zu opfern. Er wollte die ständischen Vorrechte auch weiterhin gewahrt wissen; selbst die pekuniären Vorrechte gab er nicht sofort und nicht widerspruchslos auf. Die Ideologie des hohen Klerus war also auch weiterhin ständisch orientiert. Und aus dieser Einstellung heraus widersetzte sich der hohe Klerus einer Fortbildung der alten Formen, die der gegenwärtigen Lagerung der Kräfte im Staate Rechnung trug.

Gegenüber der konsequenten Haltung des hohen Klerus bei der Behandlung des Verfassungsproblems muß seine Stellung zum Königtum auffallen im Vergleich zu seiner Einstellung in den Vorjahren. Das Königtum, das er angriff, solange es absolutistische Neigungen zeigte, erschien ihm jetzt als erstrebenswerter Bundesgenosse. Von Necker allerdings war der hohe Klerus, wie schon die Wahlperiode gezeigt hatte, merklich abgerückt, seitdem der Minister das Doublement des Tiers über die Köpfe der Notabeln hinweg entschieden hatte und seitdem das Reglement für die Wahlen so demokratisch ausgefallen war. Weil aber Necker die Verfassungsfrage der Generalstände auch am 5. Mai noch unentschieden ließ und es in das Belieben der Stände stellte, sich zu einigen, blieben dem Klerus noch zwei Chancen zur Herbeiführung einer Lösung, die seinen Wünschen entsprach: Er konnte entweder die Stände zu seiner Ansicht bekehren oder die Regierung für sich gewinnen. Als die Aussichtslosigkeit seiner Bemühungen, den

dritten Stand für getrennte Verifikation und Beratung zu gewinnen, immer deutlicher wurde, als sich innerhalb des eigenen Standes die Schwierigkeiten häuften, als der Tiers drängte und das Volk schon Stellung zu nehmen begann, da wandte sich der Klerus der zweiten Chance zu, die er freilich von Anfang an nicht vernachlässigt hatte, und begann nunmehr beim Könige energisch für seine Ziele zu arbeiten. Die auf weitgehende Reformen und Fortbildung des Ständetums bedachte Regierung mußte dem hohen Klerus zwar nicht weniger verdächtig erscheinen als die ehemals absolutistische; aber wenn man diese im Vorjahre zum Aufgeben ihrer Pläne hatte bewegen können, so hoffte man, auch jene von ihren den privilegierten Ständen gefährlichen Neigungen abzubringen, um dann die Macht der Regierung in den Dienst der eigenen Politik zu stellen. Der Klerus unternahm daher immer von neuem den Versuch, die Gunst des Königs zu erringen. Durch Ergebenheitsadressen, Deputationen, Besuche der höchsten geistlichen Würdenträger, durch geflissentliche Betonung seiner loyalen Gesinnung umwarb er den Monarchen und suchte ihn von der Legitimität seiner Handlungsweise zu überzeugen. So gab er, obwohl er damit gegen den hohen Klerus der Bretagne entschied, dem Antrag der bretonischen Pfarrer auf Anerkennung ihrer Wahl statt, weil die Pfarrer sehr geschickt ihre Handlungsweise als die den Befehlen des Königs entsprechende hingestellt hatten, und weil der Kleruskammer daran lag, ihren Gehorsam gegen des Königs Majestät auf diese Weise zu bezeugen.²⁴⁰ Ebenso wurde Neckers Kompromißvorschlag über die Verifikation der Vollmachten angenommen, um dadurch die unbedingte Ergebenheit des Klerus darzutun. Auch die königlichen Deklarationen, die die Beschlüsse des dritten Standes vom 17. Juni für ungültig erklärten, beeilte sich der Klerus anzunehmen, obwohl sie von den ersten Ständen erhebliche Opfer forderten. In der kurzen Zeit, in der die Minderheit des Klerus noch ihre eigenen Sitzungen abhielt, suchte sie die Beziehungen zum Könige noch zu festigen. Als dann nach wenigen Tagen der König den beiden ersten Ständen die Vereinigung mit dem dritten Stand zur Pflicht machte, da gehorchte der hohe Klerus auch diesem Befehl; aber seine Kundgebung läßt erkennen, daß er den Kampf für seine besonderen Rechte damit nicht aufgab und das Königtum als seinen natürlichen Bundesgenossen in diesem Kampfe betrachtete.

Diese so in ihren Grundzügen dargestellte Politik des hohen Klerus aber darf nicht nur für sich betrachtet werden. Der erste Stand war so eng verknüpft mit dem Leben des Staates, daß die großen historischen Ereignisse jener Tage entscheidend beeinflußt wurden von der Haltung, welche die französische Geistlichkeit zu ihnen einnahm. Es erhebt sich nun also die wichtige Frage, welche Bedeutung diese Politik des Klerus im Rahmen des allgemeinen politischen Geschehens gewann. Um diese Frage zu beantworten, müssen wir uns die politischen Ereignisse vom Mai und Juni 1789 kurz vergegenwärtigen.²⁴¹

Die dringende Aufgabe, den Generalständen eine Verfassung zu geben, hatte die Regierung, wie wir sahen, unerledigt gelassen. Necker versprach am 5. Mai nur mit Genehmigung der drei Stände die gemeinsame Beratung zu verfügen; er wollte es den Ständen überlassen, sich zu einigen. Aber die folgenden sechs Wochen, in denen die Stände ohne ein festes Programm sich selbst überlassen blieben, verschärften in verhängnisvoller Weise die Gegensätze zwischen ihnen. Sie gaben den radikalen Gliedern des dritten Standes Gelegenheit, sich das Übergewicht zu verschaffen, und gleichzeitig dem Pöbel die Möglichkeit, Einfluß auf die Beratungen des Tiers zu gewinnen. Dies alles führte mit zwingender Notwendigkeit zu den Ereignissen des 17. und 20. Juni, zu der Revolution des dritten Standes, dem entscheidenden Stoß gegen Königtum und Ständetum. Der dritte Stand unternahm es, die Monarchie auf revolutionärer Basis umzubilden. Durch die Ungültigkeitserklärung aller bestehenden Steuern und ihre provisorische Neuschaffung für die Dauer der Tagung übte die Nationalversammlung das Recht des Souveräns aus und stellte sich damit über die Regierung. Am 23. Juni ergriff endlich die Regierung die Initiative. Sie versuchte, die Verfassung des Staates auf legitimer Basis umzubilden, indem sie eine Beschränkung ihrer Rechte auf finanzpolitischem Gebiet zugestand und dem Volke Teilnahme am politischen Leben gewährte. Die politische Führung wollte sie jedoch nicht aus der Hand geben. Es war ein Plan, der sich zwar in wichtigen Punkten von Neckers Vorschlägen unterschied, aber bei einer anderen Kräftelagerung eine Fortbildung in konstitutioneller Richtung nicht ausschloß.²⁴² Diese Entscheidung wäre sicher am 27. Dezember und vielleicht sogar noch später vom Volke mit

Freuden begrüßt worden; jetzt kam sie zu spät.²⁴³ Denn sie war nur durchzuführen nach Aufhebung der Beschlüsse des 17. Juni. Das Volk aber, das so souverän die Zügel in die Hand genommen hatte, war nicht gewillt, sich die Macht wieder entwinden zu lassen, und die Regierung ihrerseits war infolge des Versagens des Militärs zu schwach, um mit Entschlossenheit und Energie den Kampf aufzunehmen. So verzichtete sie darauf, für ihre Verfügung Gehorsam zu erzwingen; sie gab dem Druck der Nationalversammlung nach und wich im Verlaufe der jetzt einsetzenden kommunalen Revolution auch weiter Schritt für Schritt vor dem radikalen Volk zurück.

Die Frage, ob die zurückhaltende Politik der Regierung irgendwie durch die Haltung der beiden ersten Stände, insbesondere die des Klerus, beeinflußt worden ist, hat, soweit es sich um das Zustandekommen der königlichen Sitzung vom 23. Juni handelt, schon die Zeitgenossen beschäftigt. In neuerer Zeit ist man diesem Problem auch für den davorliegenden Abschnitt bis zum Dezember 1788 nachgegangen. Die historische Forschung hat festgestellt, daß Necker zwar schon am 27. Dezember die Einführung eines bedingten Par tête wünschte, es aber nicht zu erzwingen wagte aus Angst vor den beiden ersten Ständen.²⁴⁴ Die Ursache für diese Angst war die Widerspenstigkeit, die Adel und Geistlichkeit in den Vorjahren in der Notabelnversammlung, in der Bischofsversammlung und im Parlament gezeigt hatten. Der Minister fürchtete, daß sie dem Beispiel der ersten Stände der Bretagne folgen und die Generalstände überhaupt nicht beschicken würden, wenn die Regierung jetzt eine Verfassung verfügte, die ihnen unwillkommen sein mußte. Ein solcher Widerstand der beiden ersten Stände konnte die Tagung völlig unfruchtbar machen und die schwersten Folgen für den Staat haben. Aus eben derselben Rücksicht auf die ersten Stände unterließ Necker auch noch am 5. Mai, als die Tagung gesichert scheinen mußte, die Entscheidung der Verfassungsfrage. Ihm lag an der Garantierung der Staatschuld durch die Stände und an einem schnellen Verzicht der Privilegierten auf ihre Steuervorrechte. Wenn er jetzt ihren Widerstand hervorrief, mußte er fürchten, daß sie seine finanziellen Pläne zunichte machen und ihn zum Staatsbankrott zwingen würden. So haben also indirekt die beiden ersten Stände das Handeln Neckers unheilvoll beeinflußt.

Gewiß war es Neckers Fehler, daß er sich zu der Verschleppung der Entscheidung einer Angelegenheit von so grundsätzlicher Bedeutung durch die Rücksicht auf die Mentalität der beiden ersten Stände verleiten ließ. Eine tatkräftigere staatsmännische Persönlichkeit hätte anders gehandelt. Diese Tatsache befreit aber den hohen Klerus noch nicht von der Schuld, durch sein Verhalten in den Vorjahren Anlaß zu der Annahme gegeben zu haben, daß er es eher auf einen Machtkampf ankommen lassen würde, als sich einer fortschrittlichen Entscheidung der Regierung zu fügen. Die Politik, die dann in den ersten Wochen nach Zusammentreten der Stände in der Klerusversammlung getrieben wurde, konnte Neckers Besorgnis nur vermehren und mußte den Minister in dem Glauben bestärken, richtig gehandelt zu haben.

Einen entscheidenden Einfluß auf den Gang der Ereignisse gewann die hohe Geistlichkeit auch dadurch, daß sie durch ihre intransigente Haltung Necker zwang, die Wahl der niederen Geistlichen so weitgehend zu begünstigen. Welche politische Bedeutung diese gewann, soll im folgenden Kapitel dargelegt werden.

Die Frage, inwiefern der Klerus die Entscheidung des Königs in der Sitzung vom 23. Juni beeinflußt hat, fand schon Beachtung bei den Zeitgenossen. Die Bevölkerung schrieb den Erzbischöfen einen bedeutenden Einfluß auf die Entschlüsse des Königs zu. Den Anstoß dazu gaben verschiedene Besuche, die einzelne Prälaten beim Könige gemacht hatten. So suchten der Erzbischof von Paris und der Kardinal de La Rochefoucauld den König noch am 19. Juni, also kurz vor der königlichen Sitzung, in Marly auf. Der Abbé Barbotin gibt in seinen Briefen, die er während der Tagung der Generalstände schrieb, als Zweck dieses Besuches an, man habe den König um Schutz für den Klerus bitten wollen, der verschiedentlich nach Schluß der Versammlung beim Verlassen des Gebäudes angegriffen und belästigt worden war, auch habe man ihm einreden wollen, die Mehrheit der Kammer wäre gegen die Vereinigung mit dem dritten Stande.²⁴⁵ Nach den Aufzeichnungen des Domherrn Coster soll der Erzbischof von Paris den König um Sicherheit für den Klerus gegen die Ansprüche des Tiers gebeten haben. Als am Tage der königlichen Sitzung sich das Gerücht verbreitete, der König wolle Necker verabschieden, wurde derselbe Prälat tödlich angegriffen, vom Pöbel mit Steinen beworfen und mit

Verwünschungen bedroht, weil die Menge glaubte, er habe bei dem erwähnten Besuch Neckers Entlassung gefordert.²⁴⁶ Die Geistlichen teilten, obwohl sie politische Gegner dieses Kirchenfürsten waren, die Auffassung des Volkes über seine politische Rolle nicht. Barbotin sagt, daß man ihn fälschlich für den Führer der Bischofspartei halte; er sei nur die Katze, deren sich die Affen bedienten, um die Kastanien aus dem Feuer zu holen.²⁴⁷

Tatsächlich scheint es sich bei den Besuchen der Prälaten um den Versuch gehandelt zu haben, den König für eine Entscheidung in der Verfassungsfrage nach den Wünschen der ersten Stände zu gewinnen. Haben diese Versuche Erfolg gehabt? Das Volk war fest davon überzeugt und sah die weltliche und geistliche hohe Aristokratie als Urheber der königlichen Deklarationen an. Unter neueren Historikern ist es A. Aulard, der dem hohen Klerus neben der königlichen Familie einen großen Einfluß während dieser Zeit auf den König zuschreibt.²⁴⁸ Die Bemühungen der hohen Geistlichkeit, den König für eine völlige Aufrechterhaltung des ständischen Prinzips und der Abstimmung *par ordre* zu gewinnen, stehen zwar außer allem Zweifel; aber die Behauptungen, daß der König zu dieser Zeit von Intrigen kurzsichtiger Reaktionäre beherrscht und in geheime Konspirationen mit den ersten Ständen verwickelt gewesen wäre, lassen sich neueren Forschungen zufolge nicht beweisen.²⁴⁹

Auch von einer indirekten Einwirkung der Haltung der ersten Stände auf die Stellungnahme des Königs kann keine Rede sein. Der König erklärte die Beschlüsse des 17. Juni für ungültig nicht aus Vorliebe für Adel und Geistlichkeit, sondern im Interesse der Krone. So ist also der Klerus von jeder Urheberchaft an den königlichen Deklarationen frei. Und das dürfte auch selbstverständlich sein; denn die Deklarationen muteten ihm ein Opfer zu, das freiwillig zu bringen er bisher nicht gewillt gewesen war. Das bedingte *Par tête* war noch für viele hohe Geistliche eine bittere Zumutung.

Wohl aber könnte man von einem indirekten Anteil des Klerus an dem Nachgeben des Königs gegenüber den Beschlüssen der Nationalversammlung am 27. Juni reden. Durch die klerikale Politik in den Vorjahren, die das Bild einer Adelherrschaft so drohend hatte auftauchen lassen, war der König veranlaßt worden,

sich dem dritten Stand zu nähern. Um in ihm eine Stütze gegen die Ansprüche der Privilegierten zu finden, hatte der Herrscher den Tiers so stark gemacht, daß dieser es jetzt mit der öffentlichen Meinung im Bunde wagen konnte, begehrllich nach den Rechten der Krone zu greifen. Nun aber getraute sich der König nicht mehr, dem Tiers fest in den Weg zu treten, und verzichtete — erschrocken über die radikale Entwicklung der Bewegung — nach wenigen Tagen vorläufig darauf, den dritten Stand zur Zurücknahme seiner Beschlüsse vom 17. Juni zu zwingen. So forderte er die ersten Stände zur Vereinigung mit dem Tiers auf, obwohl dieser offen rebelliert und inzwischen nichts getan hatte, um den Wünschen des Königs nachzukommen.²⁵⁰

So sah sich der hohe Klerus gezwungen, sein leidenschaftliches Streben nach Wiederherstellung der ständischen Macht endgültig aufzugeben. Er erntete also die Früchte seiner Politik. Zu seinem eigenen Schaden hatte er die Regierung in die Abhängigkeit vom dritten Stande getrieben und besiegelte dadurch den Sturz des Absolutismus und schließlich den Sturz seiner eigenen Machtstellung.

Es muß zwar gesagt werden, daß der hohe Klerus sich vor der königlichen Sitzung und nach ihr bis zum 27. Juni der Regierung gegenüber völlig gesetzmäßig benommen hat. Aber er hat den Wunsch Neckers, daß die ersten Stände sich freiwillig mit dem dritten Stande über ein bedingtes Par tête einigen möchten, durch seine Haltung bekämpft. Er hat freilich alle offiziellen Vorschläge der Regierung angenommen. Auch das Unternehmen der Bischöfe, den Schutz des Königs gegen die Belästigungen durch den Pöbel und gegen die politischen Ansprüche des Tiers zu erbitten, kann nicht als Intrige und Hinterlist angesehen werden. Es war ihr gutes Recht, sich zur Wehr zu setzen. Der Klerus durfte sich wohl gehorsam nennen, als er sich am 24. Juni in seinem besonderen Versammlungsraum zusammenfand, und er war berechtigt, ein Zurückkommen auf die Abstimmung vom 19. Juni für unnötig zu halten. Die königliche Entscheidung enthob ihn der Notwendigkeit, weiter über den Antrag des Tiers abzustimmen. Mit den Augen der Regierung gesehen, waren die Prälaten und ihr Anhang im Recht auch noch dann, als sie am 27. Juni Beschwerde gegen den auf sie ausgeübten Zwang erhoben und nur unter Betonung ihres abweichenden Standpunktes

in die Nationalversammlung übergangen. Sie waren konsequenter als der König; denn sie hielten sich streng an seine Entscheidung vom 23. Juni, die er selbst nur noch formal, praktisch aber nicht mehr im vollen Umfange aufrecht erhalten konnte. Aber sie kämpften jetzt für eine Entscheidung des Königs, die rechtzeitig zu treffen, sie ihn gerade gehindert hatten.

Eine andere Frage ist, ob die Politik des hohen Klerus sich auch ausgewirkt hat auf die Entwicklung der Ereignisse innerhalb des dritten Standes. Schon der Abbé Morellet macht in seinen Erinnerungen die ersten Stände für den radikalen Verlauf der Revolution verantwortlich.²⁵¹ Nach der Ansicht Morellets hätte es das Interesse der Nation gefordert, daß der unruhigen, dem Druck des Pöbels ausgesetzten großen Masse der Gemeinen das Gegengewicht der beiden ersten Stände gegenüberstand und einen Angriff des Volkes auf das Eigentumsrecht verhinderte. Am Vaterlande also versündigten sich die ersten Stände mit ihrer Weigerung, ihre Vollmachten gemeinsam mit dem dritten Stande zu prüfen; denn sie gaben dadurch den Tiers dem unheilvollen Einfluß des Pöbels preis. Sie hätten aber mit ihrem Starrsinn auch ihre eigenen Interessen geschädigt: statt in einer so geringfügigen Angelegenheit nachzugeben und dadurch die Aufmerksamkeit des Volkes, das die Abschaffung der Vorrechte von Adel und Geistlichkeit für das dringendste Anliegen hielt, von diesem Punkte abzulenken und auf andere Fragen zu richten, an denen alle drei Stände in gleicher Weise interessiert waren, erklärten sie sich selbst zu Feinden des Volkes und machten sich zur besonderen Zielscheibe für die heftigen Angriffe des dritten Standes.

Morellet verurteilt also ganz folgerichtig im Sinne seiner physiokratischen Auffassung die ablehnende Haltung des Klerus im Interesse der Erhaltung des Besitzes. Das Motiv der ersten Stände war nach seiner Ansicht kleinlicher Starrsinn, der festhielt an Privilegien und an der getrennten Verifikation, die doch nichts zu sagen gehabt hätte, da die Vollmachten ja doch gemeinsam ausgeübt wurden. Morellet übersieht dabei aber, daß es damals bei Eröffnung der Generalstände noch gar nicht feststand, daß die Vollmachten wirklich in der Hauptsache gemeinsam ausgeübt werden sollten. Erst die königliche Deklaration vom 23. Juni setzte für die Fragen allgemeinen Nutzens gemeinsame Beratungen fest. Sodann

unterschätzt Morellet die Bedeutung, die diese Streitfrage in den Augen des hohen Klerus haben mußte. Für diesen wurde mit der gemeinsamen Verifikation ein Schritt von höchster ideeller Bedeutung vollzogen, nämlich die Anerkennung des politischen Übergewichts des dritten Standes. Diese widersprach so sehr den tiefeingewurzelten Vorurteilen und der Tradition der Aristokratie, daß es erst des Druckes der vereinigten Autorität von König und Nationalversammlung bedurfte, um diesen Widerstand zu überwinden.

Andere Zeitgenossen haben weniger um der Folgen dieser klerikalen Politik willen, die sie auch noch nicht übersahen, die Bischöfe angegriffen, als sie um ihrer Motive willen verurteilt. Nach Barbotin wurde die Politik der Prälaten von macchiavellistischem Geiste diktiert und auch die Vereinigung am 27. Juni nur vollzogen mit der Absicht, die Harmonie zwischen den Ständen zu stören.²⁵² Auch Jallet entrüstet sich über das schamlose und treulose Verhalten der hochwürdigen bischöflichen Partei.²⁵³ Von den Abgeordneten des dritten Standes bezeichnete schon am 14. Mai Le Chapelier den Vorschlag, Versöhnungskonferenzen einzurichten, als Verschleppungstaktik der Geistlichen und hielt bei der Anregung des Klerus, über Behebung der Lebensmittelteuerung zu beraten, das Vorhandensein von „des motifs perfides“ für möglich.²⁵⁴ Von neueren Historikern kommt Sagnac zu dem Urteil, daß dieser Vorschlag ein taktischer Zug war, um den Tiers zum Aufgeben seiner festen Haltung in der Verifikationsfrage zu veranlassen.²⁵⁵ Carlyle wertet diesen Antrag als „clutch at the Galleries“.²⁵⁶

Der französische Historiker Pressensé erkennt durchaus die Schwierigkeit an, welche die Frage der Vereinigung für den Klerus haben mußte, der allein schon durch sein Priestertum sich aus der Masse der Nation heraushob. Auch für ihn sind zwar die drei Anträge der Kleruskammer, die sich mit der Einrichtung von Vermittlungskonferenzen, dem Verzicht auf die Steuerprivilegien und der Behebung der Getreideteuerung befaßten, nur dilatorische Maßnahmen, um sich das letzte, größte Opfer zu ersparen. Verwerflich wird ihm aber diese Politik dadurch, daß der Klerus sich den Anschein gab, als handele er immer im Sinne seines heiligen Amtes, im Geiste der Versöhnung und Liebe, während er lediglich politische Zwecke mit seinen Vorschlägen verband. Der letzte

Antrag sollte den Tiers durch Überrumpelung dahin bringen, sich zu konstituieren, weil der Klerus auf diese Weise die Beratung par ordre zu erreichen hoffte. Gleichzeitig verhandelte er aber mit dem Könige über einen coup d'état.²⁵⁷

Zu einer ganz anderen Wertung kommt E. Guglia. Seiner Ansicht nach überwogen im Klerus die Tendenzen der Versöhnung und des Ausgleichs, die ebenso der milden christlichen Gesinnung entsprangen, die in dieser Kammer vorherrschten, als auch staatsklugen Erwägungen. Es habe im Interesse der revolutionären Elemente des Tiers gelegen, die Verwicklung zu keiner friedlichen Lösung kommen zu lassen; es sei ihnen gerade recht gewesen, daß die Generalstände zu keiner ernsthaften Arbeit kamen. Für die in politischen Dingen erfahrenen Prälaten wäre es keine Frage gewesen, „daß in der vereinigten Ständeversammlung die konservativen Interessen viel eher zur Geltung kommen durften als in den gesonderten, der Nation als unnachgiebig und eigensüchtig verdächtigen Kammern“. Danach hätten sie gestimmt.²⁵⁸ Auch deutet Guglia die Aufforderung des Klerus an die anderen Stände, über Mittel zur Behebung der Notlage des Volkes zu beraten, dahin aus, daß nach der Meinung des Klerus ein gemeinsamer Ausschuß aus den drei Ständen gebildet werden sollte, um auf diese Weise endlich Abgeordnete aller drei Stände zu einer fruchtbringenden Tätigkeit zu vereinen. Auch dieser Schritt wäre nicht etwa bloß auf Popularitätshascherei zurückzuführen, sondern den Tendenzen des Ausgleichs entsprungen, die der erste Stand seit Eröffnung der Generalstände immer gezeigt hätte.

Guglia versucht also mit allen Mitteln eine Ehrenrettung der hohen Geistlichkeit und setzt sich zu diesem Zwecke in offenem Widerspruch zu den Tatsachen. Im Gegensatz zu ihm muß betont werden, daß die oben charakterisierte Stellungnahme des hohen Klerus und die von ihm angewandten diplomatischen Mittel durch seine egoistischen Ziele mitbestimmt wurden und zwangsläufig dazu führen mußten, den dritten Stand und die Bevölkerung immer mehr in eine feindselige Stimmung gegen die Privilegierten zu bringen. Es lag nicht ausschließlich an dem bösen Willen des dritten Standes, sondern auch mit an der klerikalen Politik, daß es zu keiner harmonischen Zusammenarbeit der drei Stände kam. Das Mißtrauen gegen den Klerus wuchs durch dessen eigenes Verschulden mit

jedem Tage. Der Tiers hatte von Anfang an die Steuerfreiheit der geistlichen Güter beseitigen und mit den politischen Vorrechten der ersten Stände aufräumen wollen, aber fanatische persönliche Feindschaft gegen die Geistlichen dominierte noch nicht. Die Winkelzüge der Politik der hohen Geistlichkeit in den Generalständen erweckten Zweifel an der Ehrlichkeit ihres Handelns, an der Offenheit ihrer Gegnerschaft. Wo war der kühne Ton geblieben, den der Klerus noch vor einem Jahre der Regierung gegenüber angeschlagen hatte? Ihr gegenüber schwieg er jetzt, ja, er suchte heimlich ihre Bundesgenossenschaft; den anderen Gegner aber, den dritten Stand, wollte der Klerus durch heuchlerische Freundlichkeit umgarnen. Der Leisetretere während dieser 6 Wochen kann man es nicht nur zuschreiben, daß der hohe Klerus so merklich im Volke an Sympathie verlor, sondern in dem Kampfe gegen den Starrsinn, der sich unter den glatten Formen der klerikalen Verschleppungspolitik verbarg, entzündeten sich auch die politischen Leidenschaften des Volkes immer mehr. Durch ihre zwar begreiflichen, aber doch unklugen Bemühungen um den Herrscher lieferten die Prälaten dem Pöbel willkommenen Stoff zur Agitation gegen den Adel und trugen so zur schnellen Entwicklung der lokalen Revolution bei. Dennoch wird man selbst bei voller Erkenntnis der verderblichen Folgen, die diese Politik des Klerus für den Staat und das Königtum gehabt hat, nicht bei allen Geistlichen, die der Minderheit angehörten, nur politische Kurzsichtigkeit und Eigennutz als Beweggründe annehmen dürfen. Davor warnt das Beispiel eines Mannes wie Coster, der ein lebhaftes Empfinden für Recht und Wahrheit hatte und verschiedentlich gegen die bischöfliche Partei auftrat. Sein Ziel war, auf legitimum Wege, durch das Übergewicht der Stimmen, die gesamte Kleruskammer zur gemeinsamen Beratung mit dem dritten Stand zu bewegen, wobei er freilich das Besitzrecht des Klerus und seine politische Selbständigkeit anerkannt wissen wollte. Er wurde durch das revolutionäre Vorgehen des dritten Standes und die auf eine Spaltung innerhalb des Klerus hinzielenden Bestrebungen der demokratischen Pfarrer zum Anschluß an die Minderheit bewegt, weil es seiner Anschauung von den politischen Befugnissen der Stände widersprach, daß eine einfache Erklärung des Tiers genügen sollte, die beiden ersten Stände politisch zu vernichten. So schreibt er am 14. Juni nach der letzten Aufforderung des dritten Standes:

„On ne peut se déguiser qu'il faut plus qu'un simple arrêté du Tiers pour anéantir les trois Ordres constitutionnels de la Monarchie française, et l'on ne peut croire de bonne foi, que le Tiers forme la Nation et que le Clergé et la Noblesse ne sont que deux classes de privilégiés“.²⁵⁹ Ähnlich äußert er sich am 17. Juni über die Erklärung des dritten Standes zur Nationalversammlung: „Journée à jamais mémorable dans l'histoire de la Monarchie . . . Ainsi dans l'opinion du Tiers, les deux premiers Ordres de l'État se trouvent anéantis d'un trait de plume“.²⁶⁰ Sein gesundes politisches Gefühl wandte sich gegen die revolutionäre Wendung, die die Dinge genommen hatten. Aber es war ein vergebliches Unterfangen, sich als Einzelner einer Entwicklung entgegenstellen zu wollen, die unvermeidlich geworden war. In den Augen des Demokraten Jallet war Coster freilich ein Intrigant, weil er sich nicht dem Druck der Massen fügte. — Auch den Erzbischof von Aix und den Bischof von Langres wird man nicht zu den intransigenten Prälaten rechnen können; sie wären für ein bedingtes Par tête sicher zu haben gewesen, wenn die Regierung es nur rechtzeitig verfügt hätte.

4. Die politische Bedeutung des niederen Klerus.

Die eigenartige Zusammensetzung der Kleruskammer aus Gliedern zweier geistlicher Rangklassen brachte es mit sich, daß ein Teil des Klerus sich von der Haltung der Bischöfe und ihrer Anhänger lossagte, so daß von einer selbständigen Politik des niederen Klerus gesprochen werden kann. Die ungeheure Bedeutung, die den Pfarrern zukam, war schon in der Wahlzeit vom dritten Stand erkannt worden. Er hatte wohl darauf gerechnet, daß es dem niederen Klerus sofort gelingen würde, das Übergewicht in der Kleruskammer zu erlangen und die Prälaten für gemeinsame Verifikation und Abstimmung nach Köpfen zu gewinnen. Diese Erwartung ging zwar nicht in Erfüllung, aber der niedere Klerus versäumte keine Gelegenheit, deutlich seine demokratischen Neigungen zu zeigen, und die gewisse Aussicht auf den Zuzug aus den Reihen der Geistlichkeit war es, die den dritten Stand in seinem Vorgehen am 17. Juni bestärkte.

Andererseits hielt die Rücksicht auf die demokratische Mehrheit in der Kleruskammer die Bischöfe davon ab, offener mit ihrer Abneigung gegen die Ansprüche des Tiers hervorzutreten. Hätten

Adel und Klerus in den Generalständen eine geschlossene Front gebildet, so hätte dem Tiers mehr daran liegen müssen, das Königtum auf seiner Seite zu haben und die Bundesgenossenschaft der Regierung zu suchen. Die Anwesenheit des niederen Klerus in den Generalständen machte eine solche Kräftegruppierung unmöglich und unnötig. Die Abgeordneten des dritten Standes wußten infolge der engen Verbindung, die zwischen dem niederen Klerus und dem Tiers in einzelnen Landschaften wie z. B. in der Bretagne und dem Elsaß bestand, daß die gegnerische Front unterhöhlt war. Infolgedessen durfte der dritte Stand nicht nur glauben, das Bündnis mit der Krone entbehren zu können, sondern es sogar wagen, sich in den revolutionären Beschlüssen vom 17. und 23. Juni gegen die Regierung zu kehren.

Die Rolle, die der niedere Klerus in der Entwicklung der Revolution gespielt hat, ist naturgemäß von den klerikalen Historikern hervorgehoben und getadelt worden nicht wegen der verhängnisvollen Bedeutung, die jene Politik indirekt für die Monarchie gehabt hat, sondern im Hinblick auf die Privilegien des hohen Klerus, die durch die Pfarrer vernichtet wurden. Gegen Necker als den Urheber des Wahlgesetzes, das den Pfarrern den Zutritt zu den Generalständen ermöglichte, ohne zuvor dem hohen Klerus eine überwiegende Anzahl Sitze zugesichert zu haben, kehrt sich daher der ganze Zorn dieser Schriftsteller. So behauptet der Abbé de Boulogne, Necker habe nicht allein die Unterdrückung des Klerus durch Verdopplung des dritten Standes vorbereitet, sondern seinen Untergang auch herbeigeführt durch die Zusammensetzung der Generalstände „en y introduisant la démocratie presbytérale, en les peuplant de ces dignes pasteurs, à un grand nombre desquels la vapeur des éloges, jointe au poison de l'égalité, avait fait tourner la tête“. Das Resultat dieser verderblichen Maßnahmen faßt der Abbé de Boulogne in den Worten zusammen: „L'on vit alors toute la hiérarchie brisée, et le clergé devint la proie d'une poignée des curés fanatiques, qui se liguèrent avec les impies pour écraser le corps épiscopal, sans lequel le clergé ne peut exister“.²⁰¹ Dieser aristokratische Abbé beklagt also das Eindringen der Pfarrer in die Generalstände, weil sich in ihnen die kirchliche Demokratie mit den Gottlosen zur Vernichtung der Bischöfe verbunden hätte.

Der Jesuit Barruel sieht die politischen Ereignisse ebenfalls

nur vom Standpunkt des Kirchenpolitikers aus und dichtet dem protestantischen Minister regelrechte Angriffsabsichten auf den katholischen Klerus an. In seiner „Geschichte des Klerus“, die er im Jahre 1793 verfaßte, rechnet er sogar schon das Wahlgesetz zu den Anfängen der Verfolgung. Nach seiner Ansicht wollte Necker den „Irrtum von Genf“, den Presbyterianismus, in Frankreich einführen. Um die Wahl der Prälaten, deren Autorität und Kenntnisse er fürchtete, zu verhindern, habe er durch Briefe und Agenten die Pfarrer gegen ihre Oberen aufgehetzt. Die Landpriester hätten in ihrer Harmlosigkeit den religiösen Hintergrund dieser Taktik nicht durchschaut und wären in die Falle gegangen. So wären Pfarrer statt der Bischöfe in die Generalstände eingezogen.²⁶² Nach Barruels Meinung waren in der Kleruskammer 25—30 Mitglieder, die ihre Wahl Neckers Machenschaften verdankten; sie hätten zu den Leuten gehört, die schon damals zu Meineid und Apostasie entschlossen gewesen wären.

So bemüht sich Barruel, dem Klerus die Verantwortung für seine Politik abzunehmen. Er stand, verbittert durch die Ereignisse, aber nicht klüger durch sie geworden, noch im Jahre 1793 mit voller Verständnislosigkeit den Gründen gegenüber, welche die niedere Geistlichkeit zu ihrer Stellungnahme veranlaßt hatten. Jeder Angriff auf die Privilegien des hohen Klerus wird bei ihm zu einem Angriff auf die Religion.

Daß die Pfarrer nicht nur blinde Werkzeuge der religionsfeindlichen Politik des protestantischen Ministers waren, wie Barruel behauptet, braucht nicht erst bewiesen zu werden; sind aber alle diese 149 Geistlichen, die am 24. Juni zur Nationalversammlung übergingen, aufrichtige Freunde des Volkes zu nennen, die, begeistert von den Idealen der Freiheit und Gleichheit, gewillt waren, dem Tiers Recht und Freiheit zu erkämpfen auf Kosten der ersten Stände? Dem dritten Stand mögen sie damals einen Augenblick lang in diesem Lichte erschienen sein. Aber die Untersuchungen der neueren Zeit über das Verhältnis von Pfarrern und Gemeinden zueinander warnen vor der Annahme, daß die Pfarrer in ihrer Gesamtheit tatsächlich von dem Gedanken der Volksgemeinschaft erfaßt waren.

Vielmehr hat ein dritter geistlicher Schriftsteller, der Abbé Sicard, richtig gesehen, wenn er in seiner „Geschichte des franzö-

sischen Klerus“ als das Ziel der Pfarrer den Sieg i h r e r Ideen und Interessen, die Abstellung der Mißbräuche, deren Opfer s i e waren, bezeichnet.²⁶³ Ihre sonstigen Forderungen trennten sie, wie die Cahiers zeigen, nicht vom Adel und von der hohen Geistlichkeit; aber das beim dritten Stande in der Forderung gemeinsamer Verifikation und Beratung zum Ausdruck kommende Selbstbewußtsein des Bürgers wohnte auch in den Pfarrern, und der Wille, dem der dritte Stand in seinen Heften Ausdruck gegeben hatte, nämlich der, die Nation zu vertreten, am Wiederaufbau des Staates mitzuhelfen und keine entehrenden Bräuche und Rechtsansprüche bestehen zu lassen, bewegte auch sie. Es war zuerst ihre eigene Sache, die sie in den Generalständen verfochten. Sie hatten den Wunsch, innerhalb ihres Standes zu gleicher menschlicher und politischer Würde wie ihre adligen Amtsbrüder zu gelangen; außerdem erstrebten sie, wie aus den Cahiers zu ersehen ist, mancherlei wirtschaftliche Verbesserungen für ihren Stand. Diese konnten sie nach den bisherigen Erfahrungen nicht von ihren geistlichen Oberen erhoffen, sie durften aber vom dritten Stand Sympathien dafür erwarten. Deshalb mußte ihre Losung lauten: „C'est aux communes que nous devons nous attacher“.²⁶⁴ Nicht alle Pfarrer waren Demokraten, welche die Standesunterschiede gänzlich beseitigt wissen und dem ganzen Volk Anteil an der politischen Macht verschaffen wollten, das zeigen schon die Vorgänge bei der Abstimmung in der Kleruskammer und in den besonderen Versammlungen des Sekundärklerus. Es ist nüchterne Interessenpolitik, die hier getrieben wurde. Auch im niederen Klerus wollte man zu allererst nicht opfern, sondern gewinnen. Der niedere Klerus war sich wohl bewußt, welche Bedeutung für den A u g e n b l i c k seinem Schritt vom 22. bzw. 24. Juni für den Machtkampf zwischen dem dritten Stand und dem Adel und Königtum zukam, — die Tragweite dieses Schrittes für die Z u k u n f t ahnte er nicht. Er fühlte sich als Retter der Nation, als er nach der königlichen Sitzung dem Befehl des Königs entgegen sich dauernd mit dem dritten Stand vereinte und sich damit der Revolution anschloß. Die subjektiven Antriebe des Sekundärklerus waren im allgemeinen nicht idealer, selbstloser als die des hohen Klerus. Aber sein Vorgehen erhielt geschichtliche Bedeutung, weil es die Aufgabe erfüllte, die das Königtum zwar in Angriff genommen

hatte, aber nicht fähig gewesen war zu verwirklichen, die Beseitigung der Hindernisse auf dem Wege zum Einheitsstaat.

Als eine von einer einheitlichen Idee bewegte und begeisterte Menge ist die Mehrheit des Klerus, die sich freiwillig dem Tiers anschloß, auf jeden Fall nicht anzusehen. Das läßt sich nicht einmal von den Bischöfen sagen, die den Klerus in die Nationalversammlung führten. Der Erzbischof von Bordeaux redete wohl der Teilnahme des Volkes an der Regierung das Wort, und den alten Erzbischof von Vienne leiteten hauptsächlich ethische Motive: Gerechtigkeitsgefühl und Liebe zu König und Volk; aber als begeisterte und begeisternde Führer des Klerus kann man sie nicht betrachten. Nur wenige Männer in den Reihen der Geistlichkeit haben während dieser Anfangsperiode der Revolution von ganzem Herzen die Sache des souveränen Volkes zu der ihrigen gemacht. Zu ihnen gehörten Grégoire, Jallet und Thibault, der Sekretär des Klerus, sowie der Abbé Fauchet. Sie alle wurden später Bischöfe der konstitutionellen Kirche. Von ihnen allen gilt, was Fauchet später schrieb: „Je suis voué à la Révolution, vous m'y trouverez jusqu'à la mort“.²⁶⁵

Ausklang.

Zum Schluß bleibt noch zu fragen, wie es überhaupt möglich war, daß die Diener einer Kirche, die mit ihren Vorschriften das gesamte Leben der Gläubigen ordnet, eine so verschiedene Stellung zu den Lebensfragen des Staates einnehmen konnten. Es gibt vom Standpunkt der Kirche aus keine Verfassung, die als die eigentlich legitime angesehen werden müßte. Der Jesuit Barruel urteilt, die katholische Kirche habe niemals die Empörung begünstigt, aber sie wisse sich zu halten trotz aller Veränderungen und unter allen Regierungen, die mit der Gerechtigkeit und dem Glück der Völker vereinbar seien. Sie mache ihren Kindern zum Gesetz, lieber das Joch neuer Regierungen zu tragen, als durch ihren Widerstand Spaltungen und Bürgerkriege zu verlängern.²⁶⁶ — Von diesem Standpunkte aus läßt sich eine Parteinahme sowohl für als auch gegen das absolute Königtum durchaus rechtfertigen. Gewiß war das französische Königtum nach gallikanischer Auffassung göttlichen Ursprungs, aber damit war noch nichts ausgesagt über die Machtfülle, die ihm innewohnen sollte. So erklärt es sich, daß die Häupter der französischen Kirche im letzten Jahrhundert vor der Revolution ganz verschiedene Anschauungen über Stellung und Aufgabe des Königs vortrugen, wie an Bossuet und Fénelon gezeigt worden ist.

Wie Bossuets Theorien von der absoluten Gewalt des Königs, so sind auch die Erinnerungen der „*Soupirs*“ an die alten Freiheiten und das von Fénelon verkündete Ideal der Mitregierung der Stände im französischen Klerus nicht vergessen worden. Je mehr das 18. Jahrhundert sich zu Ende neigte und die Gewalt des Königs

durch die Regierung der letzten Bourbonen an Ansehen und Macht im In- und Auslande verlor, desto mehr wandte sich der hohe Klerus von der Auffassung Bossuets ab und dem Ideal einer Beschränkung der königlichen Gewalt durch die Stände zu. Glagau hat darauf hingewiesen, daß das Wunschbild der Notabeln vom Jahre 1787 der Adelherrschaft nahekam, die Fénélon entworfen hatte.²⁸⁷ Und die „Vorstellungen“ der Klerusversammlung vom Jahre 1788 atmen nicht nur inhaltlich den Geist der „Soupirs“, sie scheinen auch in ihrem Wortschatz an diese anzuklingen, wenn sie Frankreich als ein „Empire temperé“ bezeichnen und die Parlamente „des Etats généraux raccourcis“ nennen. Mit dem Parlament, dem Adel und dem dritten Stand forderte damals die französische Geistlichkeit eine Konstitution, die die Macht der Krone beschränken sollte. Als aber die Beratungen der Generalstände begannen und es sich zeigte, daß nach dem Willen des Bürgertums die Beschränkung der königlichen Gewalt auch dem dritten Stande zu Gute kommen sollte, da griffen die Prälaten sofort auf das alte Bossuetsche Ideal zurück. Ihr Ruf nach einer Verfassung verstummte; sie opponierten gegen die Ansprüche des durch den dritten Stand vertretenen Volkes im Interesse der heiligen Rechte der Krone. Sie knüpften schnell das fast zerschnittene Band mit der Regierung fester und suchten dem König den Rücken zu stärken in seinem Vorgehen gegen die Nationalversammlung. Aber es läßt sich mit Sicherheit annehmen, daß diese Wandlung nur eine scheinbare, durch die politische Lage gebotene war. „Es war nur der Druck der augenblicklichen politischen Konstellation, der sie jetzt der Regierung gefügig machte; die Erfahrung lehrte, daß sie stets wieder bereit sein würden, ihrem alten Ideal zu folgen, dem mittelalterlichen ständischen Staatswesen.“²⁸⁸

Diese opportunistische Politik zeigt, daß es der französischen Kirche nicht auf die Stärkung der absoluten Macht des Königtums im Sinne Bossuets etwa aus der Überzeugung ankam, daß diese die beste und gottgewollte Regierungsform sei, noch auf die Beschränkung des Königtums im Sinne Fénélons und der „Soupirs“ um der alten Freiheit der Nation willen, sondern daß sie dem Absolutismus anhing, weil nach ihrer Meinung der König das Schwert nur führte, um es für die Interessen der Kirche zu ziehen, und daß sie die Belebung der ständischen Formen wiederum nur anstrebte, weil dieses

Streben für die Machtstellung der Kirche vorteilhaft erschien. Der französische Klerus trieb selbstsüchtige Klassenpolitik hier wie da. Man wird ihm dabei aber die Ehrlichkeit seiner Überzeugung nicht absprechen können, daß sich das Wohl des Staates immer und unter allen Umständen mit der möglichst ausgedehnten Macht der Kirche decke, so daß er jeweils in der Regierungsform das erstrebenswerte Ideal sah, bei der Besitz und weltliche Macht der Kirche unangetastet blieben, mochte sie nun eine absolute oder feudal beschränkte Monarchie sein.

Diese Haltung der französischen hohen Geistlichkeit ergab sich aber mit Notwendigkeit aus dem Prinzip der katholischen Kirche. Die Kirche erhebt in ihrer Lehre den Anspruch darauf, eine geistige Macht zu sein, die das gesamte Leben der Gläubigen in Zeit und Ewigkeit umfaßt, die ihn also nicht nur in seinen Beziehungen zu Gott und zu seinen Mitmenschen, sondern auch in seinen Beziehungen zum Staat beherrscht. Diesen geistigen Machtanspruch hatte die Kirche dadurch zu stützen gesucht, daß sie für ihre sichtbare Organisation eine bedeutende Stellung im bürgerlichen und politischen Leben, also weltliche Macht im Staate, erstrebte. Sie hatte zwangsläufig aus ihrem Totalitätsanspruch die Berechtigung abgeleitet, von jedem Gläubigen eine bestimmte politische Haltung zu fordern und dem Staate die Gesetze seines Handelns vorzuschreiben. Dieser Versuch der Kirche, kraft ihres Amtes Einfluß zu gewinnen auf das staatliche Geschehen, auf die Bildung der Staatsform, ist nach dem Urteil von Max Lenz so natürlich, daß die Kirche sich selbst aufgeben würde, wenn sie diesen Versuch unterließe.²⁶⁹ Die französische Kirche mußte aber, weil sie so eng verflochten war mit dem alten, mit tausend Mißbräuchen belasteten Staat der Bourbonen, unter den Schlägen fallen, die diesen zerrümmerten. Auch war es das Verhängnis der gallikanischen Kirche bei Beginn der Revolution, daß die Lehre von der allumfassenden Macht der Kirche in den Händen ihrer oft freigeistigen Führer zu einer stumpfen Waffe geworden war, so daß sie wehrlos wurde gegen die Ideen einer materialistischen Philosophie. Daher versuchten die Führer der französischen Kirche aus ihrem mißverstandenen Kirchenbegriff heraus, mit allen Mitteln des Parteikampfes bei der sich jetzt ankündigenden neuen Ordnung des staatlichen Lebens den Besitz der Kirche zu sichern, auf dem ihr

Einfluß zu einem großen Teil beruhte, und ihre Diener in eine bevorzugte Ausnahmestellung zu bringen, statt mit den geistlichen Waffen des Glaubens gegen die zerstörenden Mächte des Unglaubens zu kämpfen. Denn nicht mehr auf ihrer Botschaft beruhte die Macht der Kirche, sondern sie verließ sich auf die äußeren Machtmittel, auf Besitz und Stellung.

Weil sich die französischen Bischöfe in ihrer politischen Haltung in Übereinstimmung mit der Tendenz der katholischen Kirche überhaupt befanden, haben sie diese Politik auch in späteren Jahren nicht bereut. Wohl haben sie im Exil ihren Luxus und ihre Verweltlichung bedauert, aber sie haben kein tadelndes Wort für ihre politische Haltung zu Beginn der Revolution gefunden. Der Ausspruch jedoch, den der Abbé de Boulogne im Hinblick auf die mancherlei ethischen und sozialen Verfehlungen der hohen Geistlichkeit getan hat, kann mit vollem Recht auch auf ihre Politik bezogen werden: „Ce que nous souffrons, nous l'avons mérité“.²⁷⁰

Die Führer des niederen Klerus haben sich für ihre andersgerichtete Politik ebenfalls auf die Dogmen der Kirche berufen; auch sie gingen zurück auf die Grundlagen der Religion. Sie erkannten, daß der Mensch nach dem Willen des Schöpfers zur Freiheit bestimmt sei; sie fanden im Alten Testament Vorbilder glühender Vaterlandsliebe, im Neuen Testament die Lehren der Barmherzigkeit und Nächstenliebe. Das Christentum war für sie die Religion der Brüderlichkeit und Freiheit, schon Jesus sei als Feind eines Despoten gefallen. Durch die Revolution, die die Ideale der Freiheit und Gleichheit im bürgerlichen und politischen Leben verwirklichen wollte, war nach der Auffassung der niederen Geistlichkeit der ursprüngliche Geist des Christentums, der Geist der „Tugend“ wieder lebendig geworden. Grégoire, der bedeutendste Vertreter des Sekundärklerus in den Generalständen und der spätere Führer der konstitutionellen Kirche, dessen ganze Seele von den Idealen der Revolution erfüllt war und der doch auch ein von Herzen gläubiger katholischer Christ war, gab in einer Ansprache an die Soldaten im November 1789 diesen Ideen einer christlichen Demokratie überzeugenden Ausdruck. Er fühlte sich eins mit den Kämpfern der Revolution gegen die Feinde des Königreiches, gegen Ungerechtigkeit und verbrecherische Anschläge. Im Rückblick auf die Ereignisse des Sommers und Herbstes des zu

Ende gehenden Jahres sah er in allen Geschehnissen, die der Aufrichtung und Stärkung der Volkssouveränität dienten, die Hand Gottes:²⁷¹ „Die ewige Vorsehung, die über die Reiche waltet, hat das Land der Franzosen mit ihren Wohltaten ausgezeichnet. Das Vaterland erwacht zu neuem Leben, und Euch zählt man zu denen, deren sich Gott bedient hat, um eine an Wunder grenzende Umwälzung zu vollbringen. Der Staat trieb dem Abgrunde zu, und die Feinde des Vaterlandes versprachen sich viel Erfolge von einer Verschwörung gegen die Beschlüsse des Himmels. Aber wenn Gott für uns ist, sagt die Schrift, wer wagt es, sich gegen uns zu erheben? Ja, der Finger des Ewigen, hat sichtbarlich die Geschicke Frankreichs vorgezeichnet.“²⁷²

So gehörten Christentum und Demokratie nach der Ansicht Grégoires und seiner Freunde zusammen. Sie setzten sich damit in Widerspruch zu dem von den damaligen Führern der französischen Kirche vertretenen hierarchischen Anspruch; ihre Auffassung ist indessen nicht weniger als die des hohen Klerus eine Verkennung des eigentlichen Wesens der Kirche. Während die Prälaten sich an das mittelalterliche Ideal einer Herrschaft der Kirche klammerten, machten die demokratischen Kleriker sich die Religionsphilosophie der Aufklärung zu eigen. Das Christentum wurde ihnen zur Religion einer vernunftgemäßen Moral. Sie deuteten daher auch die Lehren des Neuen Testaments, die sich auf eine *Communis sanctorum* beziehen, als Richtlinien für das politische Leben aus. —

In einer einzigartigen Stellung sahen wir den französischen Klerus zu Beginn der hier betrachteten Epoche. Ausgestattet mit politischer Macht, reichem Besitz, sozialem Ansehen und moralischem Einfluß, war er als erster Stand der Nation eng mit der Krone verbunden. Jede Gabe aber ist zugleich eine Aufgabe. Daß der hohe Klerus seine Aufgabe im Staate nicht erfüllte, lag an den ideellen Grundlagen seiner Politik. Der hohe Klerus versagte sich sowohl dem Ansinnen der Krone als auch dem Rufe des Volkes, durch Verzicht auf seine Sonderstellung die Bahn für Reformen freizumachen, die dem Staat zu einer Wiedergeburt verhelfen sollten. Er zeigte dadurch seinen Mangel an echtem Staatsbewußtsein und an wirklicher sozialer Gesinnung. Mochten auch unzählige Wohltaten durch die Hände der Prälaten ausgeteilt worden sein, ein wahrhaft soziales Empfinden hätte ein offenes Ohr

für die berechtigten Forderungen des niederen Klerus gehabt und die Bauern längst von den Resten mittelalterlicher Untertänigkeit befreit; es hätte den Protestanten bürgerliche Gleichberechtigung gewährt und wäre energisch für humane Rechtsprechung, gleichmäßige Steuerbelastung und Beteiligung der nicht privilegierten Volksmassen an den politischen Rechten eingetreten. So hat der hohe Klerus seine politische Aufgabe, der Nation voranzugehen in opferbereiter Staatsgesinnung, und zugleich seine ethische Aufgabe, das soziale Gewissen der Regierung zu sein, nicht erfüllt.

Es war einzelnen Vertretern des Sekundärklerus vorbehalten, wenigstens das soziale Ethos mit glühenden Worten zu verkünden. Schöpferische Staatsmänner sind damals aber auch aus den Reihen der niederen Geistlichkeit nicht hervorgegangen. Sie waren alle mehr oder minder Epigonen der Physiokraten oder eines Montesquieu oder Rousseau. Ihr optimistischer Glaube an die natürliche Güte des Menschen und an die siegreiche Kraft der Ideen der Freiheit und Gleichheit mußte sie zur Verkennung der politischen Notwendigkeiten des Staates führen. Sie bereiteten am Schluß unserer Epoche durch ihre Vereinigung mit dem dritten Stand den Boden für eine Verfassung, die wesensnotwendig den König zum Feind der Nationalversammlung machte, den Sturz der Monarchie herbeiführte und den Staat neuen Parteikämpfen auslieferte. So hat auch der niedere Klerus, der mit solchem Selbstvertrauen in das politische Geschehen eingriff, sich aus Mangel an politischem Verantwortungsbewußtsein und aus politischer Unreife den Aufgaben nicht gewachsen gezeigt, die seine Zeit ihm stellte.

Anmerkungen.

1. Courdaveaux, Le clergé sous la révolution et l'empire. Rév. fr. Bd. 10, S. 1000—1011.
2. Bossuet Politique ... Buch 6.
3. Ebenda, Buch 7.
4. Soupirs de la France esclave 85.
5. Ebenda 280.
6. In einer bisher noch nicht veröffentlichten Arbeit hat Gotthold Riemann, ein Schüler von Prof. Becker, einen katholischen Geistlichen als Verfasser der „Soupirs“ festgestellt.
7. Fénélon, Aventures de Télémaque 139, 340, 345.
8. Fénélon, Plans de Gouvernement X.
9. Osterloh, Fénélon und die Anfänge einer literarischen Opposition ... 49.
10. Ségur, Au couchant de la monarchie II p. 397 zitiert aus dem Journal des Abbé Véri.
11. Protestation d'un serf du Mont-Jura, 1789.
12. Gurian, Die politischen und sozialen Ideen des französischen Katholizismus, S. 17.
13. Procès-verbal de L'Assemblée Générale du Clergé de France en 1782 p. 15—19.
14. Ebenda p. 44—46.
15. Mandement de l'archevêque de Lyon, 1781.
16. Mandement de l'archevêque de Lyon, 1783.
17. Cans, Lettres de M. de Boisgelin. Revue Historique Tome 79, 80.
18. Revue Historique. T. 79, p. 319.
19. Ebenda p. 320.
20. Procès-verbal de l'Assemblée Générale du Clergé de France en 1775 p. 271.
21. Procès-verbal de l'Assemblée Générale du Clergé de France en 1780 p. 347.
22. Mandement de l'archevêque de Paris, 1785.
23. Lavis, L'Histoire de France IX p. 37 et p. 75.
24. Sicard, L'ancien clergé de France II p. 52.
25. Vgl. Rocquain, L'esprit révolutionnaire avant la révolution, p. 426: Au reste l'épiscopat sentait lui-même que son rôle religieux avait cessé.

26. Vgl. Hardy, L'anticléricalisme paysan avant 1789, Annales révolutionnaires Tome V p. 605—624 und Rébeillon, La situation économique du clergé. Rev. franc., Tome 82 p. 328—350.

27. Vgl. Groethuysen, Die Entstehung einer bürgerlichen Welt- und Lebensanschauung in Frankreich.

28. Struck, Zur Genesis der frz. Revolution, S. 41.

29. Oraison funèbre de Louis-Philippe, duc d'Orléans, par l'abbé Fauchet, 1786.

30. Vgl. Heinz Holldack, Der Physiokratismus und die absolute Monarchie. Historische Zeitschrift, Band 145, S. 517—549.

31. Procès-verbal de l'assemblée générale du Clergé de France en 1782 p. 195—196.

32. Die Darstellung stützt sich im folgenden auf Glagau, Reformversuche; Struck, Zur Genesis und Die französische Notabelnversammlung; Wahl, Vorgeschichte der französischen Revolution. Cherest, La Chute de l'ancien régime und Lavissee, L'Histoire de France, T. 9.

33. Glagau, Reformversuche und Sturz des Absolutismus, S. 37^f

34. Ebenda S. 365.

35. Ebenda S. 375, und ähnlich am Schluß der ersten Denkschrift S. 107 des Procès-Verbal.

36. Procès-verbal de l'Assemblée de Notables tenue à Versailles en 1787, p. 118—119.

37. Glagau, Reformversuche, S. 358/59.

38. Lettre d'un Anglais à Paris. 1787 p. 6 et 7.

39. Cans in der Revue Historique T. 79 p. 332.

40. Ebenda p. 323.

41. L'Assemblée de Notables p. p. Pierre Renouvin. Paris 1920. Dieser Bericht der Konferenz vom 2. März 1787 ist dem Procès-verbal historique der Arbeiten des zweiten Bureaus entnommen, der von Dupont de Nemours und dem Grafen von Montchevreil für den Grafen v. Artois angefertigt wurde.

42. Renouvin, p. 22.

43. Ebenda p. 44.

44. Ebenda p. 48.

45. Ebenda p. 66.

46. Cans, Lettres ... R. H. T. 80 p. 65 ff.

47. Ranke, Über die Versammlung der französischen Notabeln. S. 25—26.

48. Procès-verbal ... p. 107—119.

49. Cherest, La chute de l'ancien régime p. 152.

50. Cans, Lettres ... R. H. T. 80 p. 72.

51. Ebenda p. 65.

52. Glagau, Reformversuche ... S. 244.

53. Ebenda S. 361/62. M. Necker ... a donné à ces administrations une forme si vicieuse et un régime si susceptible d'altération, qu'il a paru peu convenable, et qu'il serait effectivement dangereux de les étendre à tout le royaume. En effet, c'eût été livrer le gouvernement de l'État au clergé, qui

par la présidence attribuée aux évêques non seulement sur l'assemblée provinciale mais aussi sur le bureau permanent, se trouverait avoir une influence dominante et absolue sur l'administration de chaque province.

54. Wahl, Vorgeschichte der französischen Revolution II S. 232/33.
55. Glagau, Reformversuche S. 320.
56. Ebenda S. 242.
57. Struck, Zur Genesis 62.
58. Struck, Die Notabelnversammlung von 1787. Histor. Vierteljahresschrift 419 und Zur Genesis 118. Glagau, Reformversuche 328—329.
59. Remontrances du clergé ... sur les droits franchises et immunités du clergé (Moniteur 1789 Introduction p. 138—141).
60. Mémoires de Weber p. 137.
61. Remontrances du clergé, présentées au roi le 15 juin 1788.
62. Discours au roi ... Moniteur. Introduction p. 142.
63. Mémoires de Weber p. 143.
64. Wahl, Vorgeschichte II 227.
65. Näheres zur Frage der Feudalität bei Göhring, Die Feudalität in Frankreich vor und in der großen Revolution. Kap. III u. IV.
66. Mautouchet, Les questions politiques à l'Assemblée du clergé en 1788. R. fr. 1902 T. 42 p. 1 ff.
67. Ebenda p. 30.
68. A. Mathiez: Besprechung des Buches von H. Hintze „Staatseinheit und Förderalismus“. Annales historiques de la Rev. fr. 1928, p. 577—585.
69. Mautouchet, Révol. fr. Tome 42 p. 33 ff.
70. Mémoires de Weber p. 143.
71. Sicard, L'ancien clergé de France II 128.
72. Mautouchet, R. fr. 1902 p. 43/44.
73. Wahl, Vorgeschichte II, 232—233.
74. Guglia, Die konservativen Elemente Frankreichs am Vorabend der Revolution, S. 86—87.
75. Remontrances ... Moniteur 1789 Introduction 138—141.
76. Struck, Zur Genesis ... S. 105.
77. Glagau, Reformversuche, S. 324.
78. Cans, Lettres ... R. H. T. 80 p. 303.
79. Blanchard, Une campagne de brochures ... R. fr. T. 65 p. 225—41.
80. Lods, L'attitude du clergé catholique à l'égard des protestants en 1789, R. fr. T. 33 p. 128—137.
81. Bossuet, Politique tirée de la Sainte Écriture. Livre VI.
82. Procès-verbal de l'Ass. de Notables tenue à Versailles en 1788, p. 309—10.
83. Wahl, Vorgeschichte II 344—45.
84. Cherest, I 10.
85. Carré in Lavis IX 1 p. 170.
86. Glagau 275.

87. z. B.: Le moment est précieux. Avis à Messieurs les Curés. (A. Brette, Recueil III 258) und: Avis important à M. M. les curés concernant l'élection des députés aux États-Généraux. (Porée, Cahiers des Curés XXXI.)

88. genannt bei Sicard II 164.

89. genannt bei Chassin, Les cahiers des curés p. 99.

90. Im Auszuge bei Sicard II.

91. genannt bei Chassin, Cahiers et élections II 61.

92. Réponse d'un curé du Perche-Gouet.

93. Sieyès, Emmanuel: Délibérations à prendre. Champion, La France d'après les cahiers ... p. 27 sieht in dieser Zurückhaltung von Sieyès in der Frage der Feudallasten die Ursache für den geringen Anklang, den diese Schrift auf dem Lande gefunden habe.

94. Sieyès, Essai sur les privilèges. Révolution française I p. 70—78, 127—146.

95. Ebenda 127.

96. Ebenda 134.

97. Sieyès, Was ist der dritte Stand? Klassiker der Politik, Bd. 9.

98. Ebenda Kapitel V.

99. Ebenda S. 107.

100. Ebenda S. 54.

101. Ebenda S. 109—111.

102. Ebenda S. 92—95.

103. Sieyès, Délibérations. 14.

104. z. B. Wahl, Vorgeschichte II 294, 301. Struck, Zur Genesis. O. Brandt in der Einleitung zu der von ihm veranstalteten deutschen Ausgabe von „Qu'est-ce que le tiers état?“

105. Vgl. Georg Müller, Die Gesellschafts- und Staatslehren des Abbés Mably, Kap. 3 u. 4. Im 5. Kapitel zeigt Müller, daß die von Sieyès in der Konstituante vertretenen Ansichten mehrfach von Mably beeinflußt sind.

106. Struck, Genesis S. 9.

107. Vgl. Struck, Montesquieu als Politiker, S. 217. Struck verweist auf Kap. IV § 6 des Tiers état und hebt die kurzsichtige Selbstsucht hervor, die aus Montesquieus Forderung spreche und die in der Revolution bei vielen Adligen zu finden gewesen wäre.

108. L'Abbé Raynal aux États généraux II.

109. Projet de réponse ...

110. Lettres à la Noblesse.

111. Moniteur de 1789 p. 232.

112. Im Auszug bei Chassin, Les cahiers des curés p. 114—115.

113. Vgl. die bei Porée „Cahiers des Curés du Bailliage d'Auxerre“, angeführten Briefe an den Bischof v. Auxerre.

114. Sicard II 132.

115. Ebenda 133.

116. Ebenda 134—35.

117. Boisgelin, Oeuvres 200—201.

118. Chassin, Elections . . . I 495—503.
119. Instructions et cahier du Hameau de Madon.
120. Sur la forme d'opiner aux États-Généraux.
121. Vgl. Houtin, Les Séances . . . Coster 88: Un des jugements les moins sévères est de trouver cette démarche prématurée. Ebenda Anmerkung p. 88 aus dem Journal von Jallet: On a aisément aperçu le véritable but de cet écrit. Si le plan était adopté, le clergé du second ordre, écrasé par la noblesse et le haut clergé, n'aurait pas la moindre force, même de résistance dans cette chambre, il se verrait nul et dédaigné de ce côté et se rendrait à jamais méprisable à la nation, en se privant lui-même de l'influence que la nouvelle forme de convocation des Etats lui donnait dans les délibérations“. Und Dubreuil zitiert aus dem Bulletin de la correspondance de Bretagne, Rév. fr. T 70 p. 498: „Mais cela ne prend pas parmi les curés“. Über Mirabeaus Stellungnahme vgl. Struck, Montesquieu als Politiker, S. 136.
122. A. Brette, Recueil III, 535.
123. A. P. V 347.
124. Relation sommaire . . . La Révolution française 26, 57—87.
125. Dubreuil, Révolution française 70, p. 481—506.
126. Cans, R. H. 80 p. 306.
127. Porée, Einleitung S. 151 VI.
128. Brette, Recueil III 633.
129. Ebenda III 255.
130. A. Brette, Les élections du clergé de Caen. Révolution française 27 p 162—169.
131. A. Brette, Recueil III 155.
132. Chassin, Elections II p. 6.
133. Ebenda II p. 21.
134. Brette, Recueil III 82.
135. Ebenda III 72.
136. Porée, Cahiers p. 128.
137. Lanzac de Laborie: La révolution en Périgord. Revue des questions historiques 58, p. 96—148.
138. Constantin, Mgr. La Fare aux E. G. Annales historiques de la Révolution. 5 p. 22—23.
139. Lanzac de Laborie, Revue d. qu. h. 58 p. 107.
140. Constantin, Campagne électorale . . . Annales historiques de la Révolution 4 p. 254—266.
141. Brette, Recueil III 410.
142. Porée, Einleitung S. 40.
143. Ebenda Einleitung 139.
144. Ebenda Einleitung 142. P. J. IV.
145. Brette, Recueil III 168.
146. Brette, Les élections . . . de Caen. Révolution fr. 27 p. 162—169.
147. L. de Laborie, Revue des questions historiques 58 p. 105.
148. Sicard II 131.

149. Porée, Einleitung S. 138—139 III.
150. Ebenda S. 150 u. Brette, Recueil III 250.
151. Porée, S. 138—139.
152. Ebenda 142.
153. Ebenda 150.
154. Ebenda 163. Par tête forderten auch die Cahiers des Klerus von Paris und Blois A. P. II 374. Arles A. P. II 54.
155. Porée, Einltg. 158.
156. z. B. A. P. II 92 Auch.
157. Chassin, Les élections ... II 12.
158. A. P. III 118 Dijon.
159. Porée 189.
160. A. P. II 137.
161. A. P. I 692—93 Aix: Que les trois ordres des Etats généraux soient maintenus dans le droit qui leur appartient d'opiner par tête ou par ordre, selon les différences de leurs intérêts propres et particuliers. Vgl. auch A. P. II 224, II 247, II 279, V 347.
162. A. P. I 489.
163. Cans, Revue historique 80 p. 308.
164. Porée 303.
165. Ebenda 50.
166. Ebenda 205.
167. Ebenda Einleitung 159.
168. Brette, Recueil III 633.
169. Porée, Einleitung 165.
170. Brette, Elections ... Rev. fr. 27.
171. Chassin, Cahiers II 50.
172. Brette, Recueil I Einltg. 17.
173. A. P. II 224.
174. Brette, Les élections ... Rev. fr. 27 p. 162—169.
175. Cans, Revue historique 80 p. 316.
176. Porée 188—89.
177. Ebenda Einltg. 139 und 150. Vgl. auch A. Mathiez, Rome et le clergé français, Kapitel IV 101—125.
178. Porée, Einltg. 172—173. P. J. XIII.
179. Vgl. hierzu Champion, La France ... Kapitel III u. IV.
180. Champion 43—44 bemerkt hierzu, daß der Eid vom 20. Juni im Ballspielhaus hier von allen drei Ständen vorweggenommen sei.
181. A. P. II 149 Avesnes.
182. A. P. II 233; vgl. auch A. P. I 760 Amont.
183. z. B. Porée 66 u. 243.
184. Ebenda, Einltg. S. 139, Anm.
185. Ebenda 235.
186. Ebenda 50 u. 53.
187. Ebenda 38.

188. Ebenda 188—89.
189. Ebenda 262.
190. A. P. II 138 Aval; ebenso intolerant ist das „Cahier du clergé de Colmar“ in bezug auf die Juden.
191. Porée 98.
192. A. P. II 333.
193. Champion, La France ... Kapitel III u. IV.
194. Cans, Revue historique 80 p. 306.
195. Vgl. hierzu L'Abbé Raynal aux États-Généraux IV.
196. Cans ... Brief vom 17. März 1789 R. H. 80 p. 307.
197. Vgl. Malouet, Mémoires I 292/293. S. auch Bouillé, Mémoires I 213.
198. Vgl. Anmerkung 121.
199. Malouet, Mémoires I 253/254.
200. Constantin, Mgr. La Fare ... Annales historiques d. 1. Révolution V p. 22—33. Mirabeau tadelte La Fare wegen dieser Rede in seinen Briefen an seine Wähler. Der Präsident der Kleruskammer brachte diese Angelegenheit vor die Kammer, aber keiner trat für den angegriffenen Bischof ein. Houtin 101.
201. Die Darstellung stützt sich im folgenden hauptsächlich auf die Journale von Thibault und Coster, die unter dem Titel „Les Séances des députés du Clergé aux E. G.“ von Houtin herausgegeben sind.
202. Houtin 89.
203. Houtin 22.
204. Houtin 16.
205. Dubreuil, Le clergé de Bretagne ... Rev. fr. T. 70 p. 492.
206. Barthélemy, L'abbé Jallet. Revue historique de la Révolution française T. 2 p. 66.
207. Ebenda.
208. Houtin 106.
209. Ebenda.
210. Ebenda 22—23.
211. Ebenda 107.
212. Ebenda 27 u. 110.
213. Aulard, Les Séances des Députés des Communes p. 70/71.
214. Houtin 122.
215. Dubreuil, Le clergé de Bretagne ... Rev. fr. T. 70 p. 500.
216. Houtin 126.
217. Barbotin 13.
218. Houtin 39.
219. Ebenda p. 127—28: „Il a fait un long pathos sur les dangers affreux que court le clergé. Il a poussé la charlatanerie jusqu'à faire semblant de pleurer amèrement, ce qui a fait rire sous cape une grande partie de la Chambre.“
220. Houtin 43 Anm.

221. Moniteur I. Bericht über die Sitzung vom 13. Juni.
222. Barthélemy R. H. de I. Rev. fr. T 2 S. 69.
223. Houtin 130—131.
224. Ebenda.
225. So bei Houtin 46—88. Die Zahlen differieren: Jallet nennt 148:136, Coster 139:136, Barbotin 144:135, Moniteur 139:124.
226. Houtin 53—54.
227. Grégoire, Mémoires I 381.
228. Houtin 56, 79.
229. Talleyrand, Mémoires I 124 gibt sich den Anschein, als habe er mit politischem Scharfblick früh erkannt, daß den ersten Ständen keine andere Wahl blieb als sich mit dem Tiers zu vereinigen; in Wirklichkeit aber war er einer der letzten Kleriker, die sich freiwillig anschlossen.
230. Moniteur de 1789 p. 51.
231. Houtin 75/76.
232. Moniteur 58/59.
233. Ebenda 56 u. 57.
234. Malouet, Mémoires I 299/300.
235. Moniteur 76.
236. Gazier, Etudes 4.
237. Charrier, Claude Fauchet I p. 59.
238. Fauchet, Second discours sur la liberté p. 4.
239. Barbotin 15.
240. Dubreuil, Le clergé de Bretagne ... Rev. fr. 70 p. 492.
241. Die Ansicht über die Bedeutung der Haltung der ersten Stände für Neckers Verfassungspolitik ist hauptsächlich gebildet auf Grund von O. Becker, Verfassungspolitik der frz. Regierung, Flammermont, Le second ministère de Necker. Cherest, La chute de l'ancien régime.
242. Becker, Verfassungspolitik S. 227. Dieser Auffassung stimmt zu Wahl, Deutsche Literaturzeitung 1911. 11. III. Dagegen vermag Struck ihr nicht beizupflichten. Hist. Vierteljahrsschrift XV. Jahrg. 1912, 3. Heft, S. 428.
243. Von den frz. Historikern ist auch A. Aulard der Ansicht, daß der König hier Konzessionen machte, die vor seinem Bündnis mit dem Adel, also wohl noch am 5. Mai, vielleicht Begeisterung erweckt hätten. Politische Geschichte, S. 28. Dagegen steht O. Karmin den Absichten des Königs vom 23. Juni durchaus skeptisch gegenüber. Vgl. seine Besprechung von Becker, Verfassungspolitik. Revue hist. d. la révol. 1911 p. 448.
244. O. Becker, Verfassungspolitik S. 19 unter Hinweis auf das Aktenstück vom 27. 12. 1788.
245. Barbotin 16.
246. Houtin 135—36.
247. Barbotin 23.
248. Aulard, Politische Geschichte 27.
249. Becker, Verfassungspolitik 215.
250. Ebenda 170.

251. Morellet, Mémoires I 338.
252. Barbotin 9 u. 28.
253. Houtin 22, Anm.
254. Aulard, Recit des séances . . . 85/86.
255. Sagnac 11 in Lavis, L'Histoire de France. Tome X.
256. Carlyle, The french Revolution I 203.
257. Pressensé, La Révolution et l'Eglise 31, 34—35.
258. Guglia, Die konservativen Elemente Frankreichs . . . 191.
259. Houtin 129.
260. Ebenda 131.
261. Aus „Mélanges de religion“ angeführt bei Sicard II 131.
262. Barruel, Histoire du clergé p. 6—7.
263. Sicard II 130—131.
264. Barbotin 5.
265. Charrier, Claude Fauchet I p. 105.
266. Barruel, Histoire du clergé 3.
267. Glagau, Reformversuche 49.
268. Becker, Verfassungspolitik 195.
269. Max Lenz, Kleine historische Schriften 257 u. 294.
270. genannt bei Sicard III 158.
271. Grégoire, Discours . . . pour la Bénédiction des quatre flammes de la Milice nationale.
272. siehe auch die Rede des Abbé Jallentin v. J. 1791. Rev. franc. 1881 S. 346. Fauchet sagte in seiner zweiten Rede auf die Gefallenen des Bastillesturmes: „Jesus Christ n' est que la divinité concitoyenne du genre humain.“ p. 26.

Literaturverzeichnis.

Sammel- und Nachschlagewerke.

- Archives parlementaires de 1787 à 1860. Hg. Mavidal und Laurent. Première Série. Tome 1—5.
- Lanson, Gustave:** Manuel bibliographique de la littérature française moderne. Nouvelle Edition. Paris 1925.
- Brette, Armand:** (Hg.) Recueil de documents relatifs à la convocation des Etats-Généraux de 1789. I—III. Paris 1904.
- Peloux:** Répertoire Général des ouvrages modernes relatifs au XVIII^e siècle français (1715—1789) nebst Supplément. Paris 1926/27.
- Porée, Charles:** Cahiers des Curés du Bailliage d'Auxerre pour les Etats-Généraux de 1789. Auxerre 1927.

Quellen.

- Barbotin, Emmanuel:** Lettres p. p. A. Aulard. Paris 1910.
- Boisgelin:** Oeuvres 1818.
- Bossuet, évêque de Meaux:** Politique tirée des propres paroles de l'écriture sainte. Oeuvres IV.
- Cahier du clergé de Colmar 1789.
- Cahier de Doléances et Remontrances du Clergé de Paris intra muros ... p. p. A. Aulard. La Révolution française. T. 25 p. 348—370.
- Fauchet, Claude:** Second discours sur la liberté française prononcé le 31 août 1789 dans l'Eglise de Ste. Marguerite. A Paris 1789.
- Oraison funèbre de ... Mgr. Louis-Philippe d'Orléans. (Prononcée dans l'église de S. Eustache.) 1786.
- Fénélon, François de Salignac:** Les aventures de Télémaque. Nouvelle édition. Paris 1755.
- Fénélon, François:** Oeuvres XI. Plans de Gouvernement. Versailles 1826.
- Gazette nationale ou le Moniteur universel de 1789. Paris L'an IV.
- Grégoire, Henri:** Mémoires I. II. p. p. H. Carnot. Paris 1837.
- Discours ... prononcé au mois de novembre 1789 ... pour la bénédiction des quatre Flammes de la Milice nationale.
- Instructions et Cahier du hameau de Madon: A' Blois 1789.
- L'abbé Raynal aux Etats-Généraux. Marseille 1789.
- L'assemblée de Notables p. p. Pierre Renouvin. Paris 1920.
- Lettre d'un Anglais à Paris. Londres 1787.
- Mably:** Oeuvres complètes. Paris. An III. T. VIII und XI.
- Mandement de Mgr. L'Archevêque et Comte de Lyon. ... le 27. octobre 1781.

Mandement de Mgr. l'Archevêque et Comte de Lyon ... XI 1783.

Mandement de Mgr. l'Archevêque de Paris pour le saint tems de carême ... 1785.

Mémoires de Malouet I 1868.

Mémoires de Bouillé I. II. 1821.

Montesquieu: L'esprit des lois. 2 vol. Genève 1748. (Oeuvres compl. p. E. Laboulaye. T. 3—6. Paris 1876—78.)

Morellet: Mémoires. Paris 1823.

— Lettres à la Noblesse de Bretagne.

— Projet de réponse à un écrit répandu sous le titre de Mémoire des Princes. Procès-verbal de l'Assemblée générale du Clergé de France de l'Année 1775. Paris 1777.

Procès-verbal de l'Assemblée générale du Clergé de France de l'Année 1780. Paris 1782.

Procès-verbal de l'Assemblée générale du Clergé de France de l'Année 1782. Paris 1783.

Procès-verbal de l'Assemblée de Notables tenue à Versailles en 1787. À Paris. De l'Imprimerie Royale 1788.

Procès-verbal de l'Assemblée de Notables tenue à Versailles en 1788. À Paris. De l'Imprimerie Royale 1789.

Recit des séances des Deputés des Communes depuis le 5 mai jusqu'au 12 juin suivant. Réimprimé par A. Aulard. Paris 1895.

Relation sommaire fidèle et véritable de ce qui s'est passé dans l'assemblée du Clergé de Paris intra muros. p. p. A. Aulard. La Révolution française Bd. 26, p. 57—87.

Les Séances des députés du clergé aux Etats-Généraux de 1789. (Journeaux du curé Thibault et du chanoine Coster) p. p. A. Houtin. Paris 1917.

Soupirs de la France esclave qui aspire après la liberté. À Amtserdam 1689.

Sur la forme d'opiner aux Etats-Généraux par l'évêque-duc de Langres. 1789.

Remontrances du Clergé, présentées au Roi le 15 juin 1788.

J. J. Rousseau: Der Gesellschaftsvertrag. Deutsch von Denhardt. Leipzig 1927.

Sieyès, Emmanuel: Was ist der dritte Stand? Klassiker der Politik. Bd. 9. Berlin 1924.

— Essai sur les privilèges, Réimpression. La Révolution française. T. I. p. 70—78, 127—146.

— Délibérations à prendre dans les assemblées de bailliages. 1789.

Talleyrand, Mémoires. P. p. le Duc de Broglie. Paris 1891. T. 1.

Weber, Mémoires. P. p. F. Barrière. Paris 1860.

Darstellungen.

Aulard, Alphonse: Politische Geschichte der französischen Revolution. München 1924.

Barthélemy, A.: L'abbé Jallet, constituant. Revue historique de la Révolution française. Bd. II p. 63—75.

- Barruel, Abbé:** Histoire du clergé pendant la révolution française. Londres 1793.
- Blanchard, Marcel:** Une campagne de brochures dans l'agitation dauphinoise de l'été 1788. *Rév. fr.* T. 65 p. 225—241.
- Becker, Otto:** Die Verfassungspolitik der französischen Regierung bei Beginn der großen Revolution. Berlin 1910.
- Brette, Armand:** Les élections du clergé de Caen en 1789. *Bulletin de l'abbé Soulavie. La Révolution française.* T. 27 p. 162—169.
- Cans:** Lettres de M. de Boisgelin, archevêque d'Aix à la comtesse de Gramont (1776—89) *Revue historique* T. 79 u. 80.
- Carlyle, T.:** The french Revolution. I. London 1851.
- Champion, Edme:** La France d'après les Cahiers de 1789. Paris 1897.
- Chassin, Ch.-L.:** Les élections et les cahiers de Paris en 1789. I u. II. Paris 1888.
- Les Cahiers des curés en 1789. Paris 1882.
- Charrier, Jules:** Claude Fauchet, évêque constitutionnel de Calvados I. II. Paris 1909.
- Cherest, A.:** La chute de l'ancien régime. Paris 1884.
- Constantin, C.:** Campagne électorale du clergé à Nancy. *Annales historiques de la Révolution française.* T. 4 p. 254—266.
- Mgr. La Fare aux Etats-Généraux de 1789. *Annales historiques de la Révolution.* N. S. 5 1928 p. 22—33.
- Courdaveaux, V.:** Le clergé sous la révolution et l'empire. *Révolution française.* T. 10 p. 1000—1011.
- Dubreuil, Léon:** Le clergé de Bretagne aux Etats-Généraux 1789. *Révolution française.* T. 70 p. 481—503.
- Flammermont, Jules:** Le second ministère de Necker. *Revue Historique.* T. 46, p. 1—67.
- Gazier, Augustin:** Etudes sur l'histoire religieuse de la Révolution française. Paris 1887.
- Glagau, Hans:** Reformversuche und Sturz des Absolutismus in Frankreich. München/Berlin 1908.
- Göhring, Martin:** Die Feudalität in Frankreich vor und in der großen Revolution. Berlin 1934.
- Groethuysen, Bernh.:** Die Entstehung einer bürgerlichen Welt- und Lebensanschauung in Frankreich. I u. II. Halle 1927/1930.
- Guglia, Eugen:** Die konservativen Elemente Frankreichs am Vorabend der Revolution. Gotha 1890.
- Gurian, W.:** Die politischen und sozialen Ideen des französischen Katholizismus. München-Gladbach 1929.
- Hardy, Georges:** L'anticléricalisme paysan dans une province française avant 1789. *Annales révolutionnaires.* 1912. T. 5, p. 605—624.
- Hintze, Hedwig:** Staatseinheit und Föderalismus im alten Frankreich und in der Revolution. Stuttgart/Berlin/Leipzig 1928.

- Holldack, Heinz:** Der Physiokratismus und die absolute Monarchie. Historische Zeitschrift, Bd. 145, S. 517—549.
- Holtzmann, Robert:** Französische Verfassungsgeschichte von der Mitte des neunten Jahrhunderts bis zur Revolution. München und Berlin 1910.
- Lanzac de Laborie:** La Révolution en Périgord et l'émigration périgordine d'après les notes et correspondences inédites de l'abbé Lespine. Revue des questions historiques. T. 58, p. 96—148.
- Lavissee, E.:** L'Histoire de France. Tome IX 1, 2. T. X.
- Lenz, Max:** Kleine historische Schriften, S. 234—260: Nationalität und Religion, S. 272—303: Die französische Revolution und die Kirche.
- Levy-Schneider:** L'abbé Morellet et la Révolution française. Révolution française. T. 57 p. 289—303.
- Lods:** L'attitude du clergé catholique à l'égard des protestants en 1789. La Révolution française. T. 33 p. 128—137.
- Mathiez, Albert:** Rome et le clergé français sous la Constituante. Paris 1911.
- Besprechung von: H. Hintze, Staatseinheit und Föderalismus. Annales historiques de la Révolution française. N. S. 5 p. 577—585.
- Mautouchet, Paul:** Les questions politiques à l'assemblée du clergé en 1788. Révolution française Bd. 42 p. 1—44.
- Müller, Georg:** Die Gesellschafts- und Staatslehren des Abbés Mably und ihr Einfluß auf das Werk der Konstituante. Berlin 1932.
- Osterloh, R.:** Fénélon und die Anfänge einer literarischen Opposition gegen das System Ludwigs XIV. Göttingen 1913.
- Pressensé, Ed. de:** L'église et la révolution française. 1864.
- Ranke, Leopold v.:** Über die Versammlung der französischen Notabeln im Jahre 1787. Berlin 1846.
- Rébeillon, A.:** La situation économique du clergé français à la fin de l'ancien régime. La Révolution française. T. 82 p. 328—350.
- Ricard, Mgr.:** L'abbé Maury. Paris 1889.
- Riemer, Siegfried:** Die Staatsanschauung des Grafen d'Antraigues in seiner Denkschrift über die Generalstände. Berlin 1933.
- Roquain, F.:** L'esprit révolutionnaire avant la Révolution. Paris 1878.
- Sicard, Abbé:** L'ancien clergé de France. I—III 1898.
- Struck, Walter:** Die Notabelnversammlung von 1787. Historische Vierteljahresschrift VIII, S. 362—420.
- Zur Genesis der französischen Revolution. Stralsund 1911.
- Montesquieu als Politiker. Berlin 1933.
- Wahl, Albert:** Vorgeschichte der französischen Revolution. I, II. Tübingen 1905—07.

Inhalt.

	Seite
Einleitung	5
1. Kapitel: Der französische Klerus am Vorabend der französischen Revolution:	
1. Die verfassungspolitische Einstellung der Kirche in Frankreich im 16. und 17. Jahrhundert	7
2. Der hohe Klerus	12
3. Der niedere Klerus	24
2. Kapitel: Der hohe Klerus im Machtkampf gegen den Absolutismus:	
1. Die Revolution der ersten Stände	29
2. Der Klerus als Vorkämpfer der Nation?	48
3. Die Haltung der Geistlichen in den Provinzen	64
4. Die zweite Notabelnversammlung	67
3. Kapitel: Die Entfesselung des Kampfes der politischen Ideen durch die Berufung der Generalstände:	
1. Der literarische Kampf	73
2. Der Wahlkampf	97
3. Die Verfassungsideen der Cahiers	111
4. Kapitel: Die Politik des Klerus in den Generalständen:	
1. Die Verhandlungen in der Kleruskammer	119
2. Der Klerus in der Nationalversammlung	133
3. Grundzüge der Politik des hohen Klerus und ihre Bedeutung für die Verfassungspolitik der Regierung und die Entschlüsse des dritten Standes	136
4. Die politische Bedeutung des niederen Klerus	149
Schluß: Ausklang	154
Anmerkungen	160
Literaturverzeichnis	169

